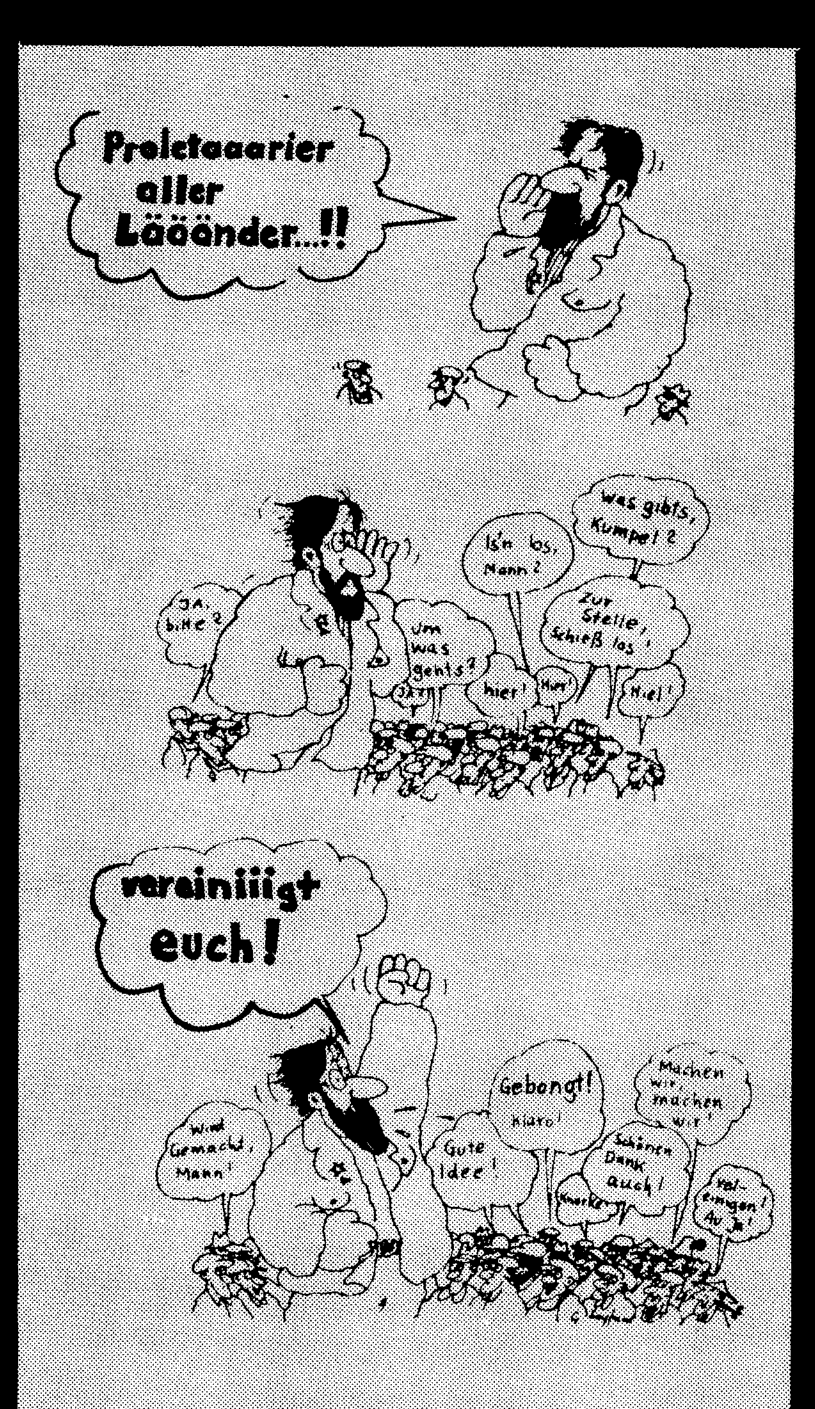


Kritik an der Internationalismus-Arbeit

impressum
blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16, (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau. Telefon: 0761 - 74003. Bürozeiten. Mo-Fr. 10 - 12 und 15 - 18 Uhr.

Zusammengestellt von: Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Birgit Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Alexander Bruder, Florence Buchmann, Georg Cremer, Dagmar Engels, Benedikt Fehr, André Guerrini, Walter Hättig, Stefan Helming, Horst Hüncker, Uli Kieser, Christopher Knauth, Werner Kobe, Volker Krempin, Elisabeth Lauck, Helga Maier, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Wolfram Mikuteit, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Matthias Rommel, Raili Salmela, Peter Schmid, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Georg Wacker, Hildegard Wenzler, Jörg Wetterich.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand, 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Druck: SOAK Hannover, Tel. 0511/17618

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35, (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: 25, DM).

Schweiz: SFR 35, (bzw. 25,)
Österreich: ÖS 260. (bzw. 190)
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 DM (bzw. 34,60 DM)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60 DM (bzw. 42,60 DM),
Südamerika, Südostasien, Fernost: 59, DM (bzw. 49, DM)
Australien, Südpazifik. 65,40 DM (bzw. 55,40 DM).

Einzelpreis: DM / SFR 4, // ÖS 30,--

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe Nr. 102: **8.6.82**

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

TAGUNGSHINWEISE

„Ökologie und Entwicklung in Lateinamerika", 11. – 13. 6. 82, Essen, Information und Anmeldung bei : FORUM FÜR INTERNATIONALE FRIEDENSARBEIT, Stoppenbergerstr. 13 – 15, 43 Essen 1

„Sozialistische Modelle in der Praxis: China, Kuba, Nordkorea, Jugoslawien", 17. – 20. 6. 82, 3533 Willebadessen
Information und Anmeldung bei: Internationale Bildungsstätte der RWAG, Alter Markt 5, 3533 Willebadessen

„Rüstung — ein Verbrechen gegen die Armen (zum bundesdeutshen Waffenhandel)", 4. – 6. Juni 82, Frankfurt, Information und Anmeldung bei: AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn

„Solidarität mit den Armen — oder: Was heißt hier Ökumene? Eine Einführung in die Arbeit des Weltrats der Kirchen", 18. – 20. 6. 82, Aachen, Information und Anmeldung: ESG, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart

„Ausländische Studentinnen in der BRD" (nur für Frauen), 25. – 27. 6. 82, Dortmund, Information und Anmeldung bei: ESG, s. o.

„Europäische Nahrungsmittelversorgung und Dritte Welt — Für eine andere Agrarpolitik in weltweiter Verantwortung", 18. – 20. 6. 82, Ravensburg, Information und Anmeldung bei: DEAB, Klaus Seitz, Altheimerstr. 2, 741 Reutlingen

Mein Eritrea — Unser Eritrea, Ausstellung des Eritrea Hilfswerk in Deutschland e.V., 14. Mai – 4. Juli 1982, Übersee-Museum / Bremen

Indianer, Sommerschule IV, 23. 7. – 1. 8. 82, Isny, Information und Anmeldung bei: Sommerschule '82, Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4

Das Informationsbüro Nicaragua hat zu Beginn dieses Jahres einen eigenen Verlag eröffnet: die Edition Nahua — Veröffentlichungen zu Mittelamerika GmbH.
Dort sind jetzt folgende Bücher erschienen: Komitees der Solidaritätsbewegungen zu Nicaragua, El Salvador, Guatemala (Hg.)
1. Antiinterventionsbewegung: Aktionsbroschüre, 48 S., 2,— DM
2. dito: Materialsammlung, 120 S., 12, DM

NACHRICHTEN UND BERICHTE



El Salvador

Gewinner der Wahlen ist der Krieg

Am 28. März hatte das Volk von El Salvador zu wählen, wer in Zukunft sein politisches Schicksal gestaltet: Eine gegen Nationalpolizei und Todesschwadrone machtlose Christdemokratie oder die paramilitärisch strukturierten Mordkommandos, mit deren Hilfe die „14 Familien" Recht und Ordnung im Lande wiederherstellen wollen.
Der Wahlzirkus ist zu Ende. Er fand im Kugelhagel statt – wie erwartet. Nicht erwartet hatte man den Sieg des Terrors: Rund 60 % der abgegebenen Stimmen bekamen die 5 rechtsextremen Parteien, die gegen Duartes Christdemokratie angetreten waren, die sogar Duarte als Kryptokommunisten bezeichnen.
Auf ihren Fahnen steht Nationalbewußtsein, Wiederherstellung der alten Macht des freien Unternehmertums, Ausrottung der Guerilla.
Die konservative bundesdeutsche Presse jubelt, die CDU zeigt sich „beeindruckt" von diesem „Akt der Selbstbefreiung" des salvadorianischen Volkes. Die Delegation christdemokratischer Bundestagsabgeordneter hat es vor Ort beobachtet: Die Wahlen waren „sauber und frei"!

Die Idee zur Durchführung von Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung entstand vor ziemlich genau einem Jahr. Ausgeheckt wurde sie zwischen den Mittelamerikastrategen des US-Außenministeriums und der Christdemokratischen Partei des Präsidenten Duarte.
Für die Reagan-Administration wurde das Wahlprojekt bedeutsam, weil sich eine immer heftiger werdende Kritik an der massiven Wirtschafts- und Militärhilfe entwickelte, die der salvadorianischen Mörderjunta gewährt wurde. Reagans Kampf gegen den „kommunistischen Expansionismus" in Mittelamerika verlor an Rückhalt im Kongreß und in der amerikanischen Öffentlichkeit. Auch wurde die rigorose El-Salvador-Politik der USA zunehmend vom westlichen Ausland kritisiert. In dieser Situation konnte eine demokratische Legitimation durch „Wahlen" gerade recht sein.
Auch für Präsident Duarte waren die von den USA protektionierten Wahlen eine Lösungsmöglichkeit aus der tiefer werdenden innenpolitischen Krise: Das Land war wirtschaftlich, militärisch und politisch am Ende (vgl. „blätter des iz3w" Nr. 98).
Reformversuche Duartes (die sogen. „Agrarreform", Verstaatlichung eines Teils des Außenhandels und der Banken, ebenda und „blätter des iz3w" Nr. 90) brachten von Anfang an Teile des Privatsektors in eine scharfe Opposition zu dieser us-gelenkten Politik. Alos sich dann allmählich herausschälte, daß die Sanierungsversuche zudem völlig unfruchtbar blieben, zerbrach der Burgfriede zwischen der reaktionären Agraroligarchie sowie verschiedenen Sektoren des Finanz- und Industriekapitals einerseits und dem liberaleren, reformorientierten Flügel der Bourgeoisie andererseits, der politisch von der Christdemokratie repräsentiert wird. Spekulationen über einen Regierungswechsel und Putschgerüchte wurden laut.
Dieses Wahlprojekt mit Recht als „Farce" denunzierend, nahm die gesamte Mitte-Links Opposition des Landes, die in der FDR (Frente Democratico Revolucionario) zusammengeschlossen ist, daran nicht teil.
Die Wahlen zeitigten nicht das Ergebnis, das sich ihre Erfinder erhofft hatten: Die Widersprüche innerhalb der salvadorianischen Machtelite brachen im Wahlkampf voll auf: Die extreme Rechte konnte wider Erwarten beträchtliche Massen mobilisieren und anscheinend für sich einnehmen.
Die weitere Entwicklung in El Salvador ist offen: Die rechte Mehrheit will die Guerilla innerhalb kurzer Zeit „auslöschen". Es wird vieles davon abhängen, ob die USA weiterhin wirtschaftliche und militärische Unterstützung leisten werden.
Verbessert hat sich bis jetzt für das salvadorianische Volk nichts – das allerdings war vorauszusehen.

Wahlergebnisse

Die Ergebnisse dieses Wahltheaters vom 28.3. in numerische Größen fassen zu wollen, ist ein riskantes Unterfangen, weiß doch niemand so recht, wieviele Untertanen ihr Kreuzchen malen durften (mußten!). Es wurde so ziemlich alles über den Daumen gepeilt: Die Gesamtbevölkerungszahl (die man 1971 das letzte Mal erfaßt hatte) und die Zahl der noch lebenden Wahlberechtigten, die sich im Lande befinden, einen Personalausweis (= Wahlausweis) besitzen und über 18 Jahre alt sind.
So schwanken dann auch die Zahlen in den verschiedenen Medien zur Wahlberichterstattung erheblich: Die Schätzungen zur Anzahl der Wahlberechtigten pendeln zwischen 1,4 und 2 Mio. bzw. 2,6 Mio.[1] Analog zur jeweils geschätzten Anzahl der Wahlberechtigten unterscheiden sich die Angaben zur Wahlbeteiligung: Sie schwanken zwischen 40 % und 70 %. Erschwerend kommt hinzu, daß bei der Schätzung zur Wahlbeteiligung nicht nur die Anzahl der Wahlberechtigten eine Rolle spielt, sondern auch Vermutungen über die absolute Zahl der abgegebenen Stimmen. Das offizielle, „amtliche" Resultat von 1,49 Mio. abgegebener Stimmen wird – nicht zu Unrecht – von vielen Seiten angezweifelt.[2]

Welche Alternativen stellten sich zur Wahl?

1. Christdemokratische Partei (PDC)
Sie bildete gemeinsam mit Sozialdemokraten und Kommunisten die erste Junta nach dem Sturz des General Romero 1979. Angeichts der faktischen Machtlosigkeit der „Reform"-Regierung stiegen schon bald Kommunisten, Sozialdemokraten und etwas später der Mehrheitsflügel der Christdemokraten aus der Regierung aus und schlossen sich der Opposition und ihrer Guerilla FDR/FMLN an. In der Regierung verblieb der rechte Flügel der Christdemokratie unter dem Feigenblatt-Präsidenten Napoleon Duarte.

2. Partei der Nationalen Versöhnung (PCN)
Sie wurde ebenso wie die PDC zu Beginn der sechziger Jahre gegründet und zwar von rechten Offizieren und Vertreten der Oligarchie. Von 1961 bis 1979 war sie die Regierungspartei der Militärs, verantwortlich für die Manipulationen der Wahlen von 1972 und 77, stellte bis 1979 ihre Militärpräsidenten.

3. Salvadorianische Volkspartei (PPS)
Sie wurde 1965 von Vertretern der Landoligarchie und Teilen der Bourgeoisie gegründet; Verbündete der PCN.

4. Partei der Volksorientierung (POP),
gegründet 1981 von General Jose Medrano, der von 1950 bis 70 Direktor der Nationalen Polizei und der Guardia Civil war, außerdem Vertrauensmann der CIA. Medrano gründete 1967 die paramilitärische Terror-Organiation „ORDEN" und unterhält enge Kontakte zu den Todesschwadronen.

5. Nationalistische Republikanische Allianz (ARENA)
1981 von dem Ex-Major D Aubuisson gegründet, der als rechtsextremer Militär gilt, der zwischen 1970 und 79 im Geheimdienst der Guardia Nacional tätig war, vom CIA ausgebildet wurde und eng mit dem o.g. General Medrano zusammenarbeitete. Er ist Anführer der Todesschwadrone und des Mordes an Erzbischof Romero verdächtig.

6. Partei der Demokratischen Aktion (AD)
ebenfalls 1981 gegründet, mit dem Rechtsanwalt für Wirtschaftsprozesse Rene Fortin Magaña vertritt sie die progressivsten Teile des Kapitals. Sie tritt für eine Modernisierung der Gesetzgebung ein und für eine Professionalisierung der Armee.

Wer seriös berichten will, wird jetzt natürlich Vergleichszahlen von früheren Wahlen bringen: Le Monde spricht z.B. von einer traditionellen Wahlbeteiligung von 60 % (Le Monde vom 27.3.82), während die NZZ von 30 – 40 % spricht (NZZ vom 29.3.82). Ein verwirrendes Spiel also! Gänzlich wundert sich der Betrachter jedoch, wenn er verfolgt, wie amtlicherseits in El Salvador mit den Zahlen umgegangen wird: Wird zunächst die Anzahl der Wahlberechtigten von Regierungskreisen auf 2 Mio. geschätzt, reduziert sich diese Schätzung plötzlich am Wahltag auf 1,5 Mio. 800.000 Wahlzettel werden angeblich nur gedruckt, aber 1,49 Mio. Stimmen werden abgegeben. Wahlbeteiligung also 100 %? Nein, 70 %! Also nun doch 2 Mio. Wahlberechtigte?! Es gibt noch mehr fragwürdige Zahlenangaben, auch im Zusammenhang mit der Stimmenauswertung, z.B. sinkt die Anzahl ungültiger Stimmen (absolut!) mit zunehmender Auszählung.

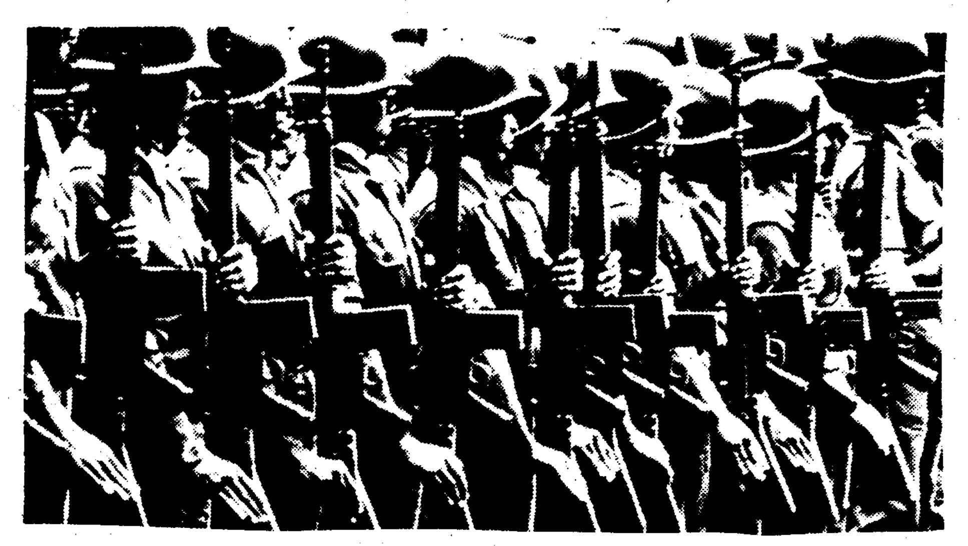
Angstwahlen

Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung, die El Salvador ein für allemal die Demokratie bescheren soll, haben sich auf dem Hintergrund des Grauens abgespielt:

– Für den ordnungsgemäßen und demokratischen Ablauf garantierte die Armee, die sich verantwortlich zeichnet für 30 – 40.000 Tote, die der Krieg der Militärs gegen das Volk bisher gekostet hat, eine Armee, die gemeinsam mit Nationalgarde und Paramilitärs unbeschreibliche Massaker unter der – besonders ländlichen – Zivilbevölkerung angerichtet hat, wobei mitunter ganze Dorfgemeinschaften ausgerottet wurden!

– Ausgeschlossen aus dem Wahlvorgang war die gesamte Opposition des Landes, die in der FDR zusammengeschlossen ist. Sie konnte es nicht riskieren, in diesem Wahlkampf als Opposition aufzutreten, ohne daß sich die einzelnen oppositionellen Politiker in akute Lebensgefahr begeben hätten.

– Auch für die teilnehmenden Rechtsparteien war der Wahlkampf nicht ungefährlich. Er fand fast ausschließlich über Rundfunk, Presse, Fernsehen statt. Öffentliche Wahlveranstaltungen gab es nur einige kurz vor Ende des Wahlkampfs. Öffentliche Auftritte sind lebensgefährlich: nur mit kugelsicheren Westen und großer Leibeache konnten es die Kandidaten überhaupt riskieren. Nicht nur, weil man Attacken der Guerilla befürchtete, sondern weil der Konkurrenzkampf unter den Rechten mitunter auch seine Opfer forderte.
In erster Linie aber waren es die Wähler, deren Gefühl am Wahltag von Angst beherrscht sein mußte. Wahlpflicht und Teilnahmemarkierungen im Personalausweis machte das Wählen für viele zum unfreiwilligen Akt. Es ist vorgekommen, daß Angestellte im öffentlichen Dienst und in einigen Betrieben ihre Gehälter erst ausgezahlt bekommen sollten, nachdem sie ihren Wahlstempel im Ausweis vorweisen konnten.
In manchen kleineren Städten, in denen es keine Wahlhelfer gab, führten Armee und Nationalgarde selbständig die Wahlen durch. Mit Jeeps zu den Urnen gekarrt, hatten die Bauern dann unter den Argusaugen der Uniformierten ihre Stimme abzugeben.
„Die Regierung wird denken, ich sei ein Feind des Vaterlandes". Der dies sagt, hat Angst davor, nicht mehr rechtzeitig – vor Schließung der Wahllokale seine Stimme abgeben zu können (Libération vom 30.3.82). Jemand anders meint, „Es ist egal, wo du Dein Kreuz hinmachst. Hauptsache, du wählst" (Der Spiegel vom 5.4.82).
Schon vor den Wahlen warfen sich die konkurrierenden Parteien gegenseitig Wahlmanipulation vor und einseitige, parteiische Kontrolle über den Wahlvorgang. Da es in vielen Wahllokalen keine Beisitzer der teilnehmenden Parteien gab und die Zahl der ausländischen Wahlbeobachter (200) angesichts der ca. 5.000 Wahllokale eine Kontrolle in den Bereich der Lächerlichkeit verweist, fällt es schwer, zu dem tatsächlichen



Soldaten der Nationalgarde präsentieren das Gewehr.

Ausmaß der Wahlfälschungen Stellung zu nehmen.

Die Würfel sind gefallen...

wie auch immer.
Die 60 Sitze in der Verfassungsgebenden Versammlung teilen sich auf wie folgt:

24 Sitze für die Christdemokraten (41 % der Stimmen),
19 Sitze für die Arena (29 % der Stimmen),
14 Sitze für die Nationale Versöhnungspartei PCN (19 %),
2 Sitze für die Demokratische Aktion (AD) und
1 Sitz für die Salvadorianische Volkspartei.

(vgl. NZZ vom 2. u. 7.4.82). 11,4 % der abgegebenen Stimmen waren ungültig bzw. leer.
Für viele Verfechter dieser Wahlen ward das unglaubliche Ereignis: Kurz nachdem man sich ein erstes Bild über die voraussichtliche Sitzverteilung in der Constituyente machen konnte, gaben die Rechtsparteien unter Führung der ARENA ihre Koalitionsabsichten bekannt. Ausgebootet werden sollte dabei die Christdemokratie, vor allem aber ihr bisheriger Präsident Napoleon Duarte, auf den sich alle konkurrierenden Parteien schon im Wahlkampf als Hauptgegner eingeschossen hatten.
„Das offizielle Amerika, und insbesondere das State Departement reagierte auf die Fernsehbilder vom Wahltag geradezu euphorisch; nun stellt sich Ernüchterung ein" (NZZ, 2.4.82)
Duarte, um dessen Stabilisierung willen das ganze Schauspiel vom Zaun gebrochen worden war, die „Verkörperung des Mittelweges zwischen Marxismus und konservativer Verkrustung" (ebenda), wie es die Reagan-Administration dem Militär- und Wirtschaftshilfe bewilligenden Kongreß und einer skeptischen Öffentlichkeit schmackhaft machen wollte, sollte von ultrarechten, ja faschistischen Organisationen beiseite gedrängt werden.

Ein „psychopathischer Killer"

ist der erfolgreichste Mann dieser „Wahlen". Niemand geringeres als der frühere US-Botschafter in El Salvador, Robert White, charakterisiert den Führer der ARENA Roberto D'Aubuisson so eindeutig.
Finanziert und gelenkt von den „14 Familien", die bis zum Sturz General Romeros im Oktober 1979 die politischen Geschicke El Salvadors in der Hand hatten, danach nach Miami sich abgesetzt haben, und jetzt ihr Comeback feiern wollen, hat sich die ARENA innerhalb weniger Monate zur zweitstärksten Partei entwickelt.
Eine ihrer publikumswirksamen Stärke ist die Einfachheit ihres Programms: Nationalismus, Antikommunismus, freies Unternehmertum. Die Guerilla will sie innerhalb weniger Monate ausrotten. „Man kann die Guerilla innerhalb von 3 Monaten auslöschen, vorausgesetzt, man ist im Besitze von Napalm", so Willi Aleman, Sprecher der ARENA (Libération vom 27.3.1982). „El Salvador wird das Grab derRoten sein". Hauptgegner im Wahlkampf sind die Christdemokraten, die D'Aubuisson in die Nähe der Kommunisten rückt. Er ist „wie eine Wassermelone, außen grün und innen rot" (NZZ vom 27.3.82).
Hugo Barrera, Nummer zwei der ARENA' antwortet auf den Vorwurf, die ARENA sei eine faschistische Organisation: „Wir wollen ein System, daß El Salvador angemessen ist! Ob man das Faschismus nennt oder sonst wie, interessiert uns nicht" (Le Monde vom 29.3.82). Die Parteiarbeit konzentriert sich auf 7 gesellschaftliche Sektoren: Landarbeiter landbesitzende Bauern, Arbeiter, liberale Berufe, Industrielle, Frauen und Jugendliche.
Mit dieser Struktur und seinem Programm durchdringt D'Abuisson, wichtige gesellschaftliche Bereiche: von den Großgrundbesitzern zu den marginalisierten Städtischen Schichten. Seine solideste Basis hat er momentan jedoch als charismatischer Führer innerhalb des Kleinbürgertums, der landbesitzenden Kleinbauern und unter den Zehntausenden von Paramilitärs (ebenda).



D' Aubuisson triumphiert.

Rettungsversuche der USA

Den Verfechtern der El Salvador-Politik der Vereinigten Staaten hätte die offene Kooperation mit D'Aubuisson den letzten Wind aus den Segeln genommen.
Deshalb traten die US-Diplomaten, die sich zumindest am Tage de Wahl ein wenig im Hintergrund gehalten hatten, wieder auf die Bühne. Über die Bildung einer Regierung der „Nationalen Einheit" wollte man die Bewilligung weiterer Militär- und Wirtschaftshilfe sichergestellt wissen. Denn „ohne US-Gewehre und Geld kann die salvadorianische Armee leicht von der Guerilla besiegt werden. Die siegreiche Linke könnte dann marxistische Aufstände im benachbarten Guatemala und in der gesamten Region unterstützen. Kurz: Washingtons schlimmsten Alpträume zur Dominotheorie könnten sich bewahrheiten gerade durch *die* Wahlen, auf die die USA ihre besten Hoffnungen gesetzt hatte." (Time, 12.4.82).
In der Wahlnacht schon begannen zähe Verhandlungen in der US-Botschaft zwischen dem Botschafter Hinton und den einzelnen Parteien.
Hinton knüpfte an die weitere Unterstützung der neuen Regierung folgende 5 Forderungen:

1. Einbezug der Christdemokraten in die Regierung,
2. D'Aubuisson darf nicht als Repräsentant des neuen Regimes auftreten,
3. das neue Regime muß die begonnenen Duarte'schen Reformen weiterführen
4. Bekenntnis zu zukünftigen freien Wahlen,
5. Abbau der Menschenrechtsverletzungen.

Die Mittelamerika-Strategen der Vereinigten Staaten bissen bei der rechten Koalition auf Granit. Drohungen mit dem Entzug der militärischen Hilfe halfen nichts: „Reagan wird niemals die Kommunisten hier siegen lassen. Es ist alles nichts als Bluff" schätzen die Rechten selbstsicher (Guardian vom 5.5.82).
Ende April lenkte das US-Außenministerium ein: Die Zusammensetzung der neuen Regierung sei eine interne Angelegenheit der Salvadorianer, die USA würden auch weiterhin an einer wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung für das Land festhalten.
Jetzt wurde nur noch die Bedingung

gestellt, die begonnenen Reformen weiterzuführen. D'Aubuisson erklärte sich hiermit zunächst einverstanden.

Die Rechte erweitert die Kompetenzen der Verfassungsgebenden Versammlung und ein neuer Staatspräsident wird gewählt.

Im nächsten Schritt begann der Machtkampf um die Benennung des Übergangspräsidenten. D'Aubuisson und die hinter ihm stehenden Kräfte hatten den Kandidaten der Arena, Hugo Barrera vorgeschlagen. Vom salvadorianischen Militär wurde der auch von den USA unterstützte parteilose Alvaro Magaña als Gegenkandidat aufgestellt. Magaña ist Bankier, hat zusammen mit Milton Friedman an der Universität von Chicago studiert und unterhält enge Beziehungen zur Armee. Unter Präsident Duarte hatte Magaña die Verstaatlichung des Banksektors durchgeführt, was ausreicht, um sich von rechtsaußen den Vorwurf einzutragen, ein Linker zu sein.
Der Vorsitzende der Arena und Präsident der verfassungsgebenden Versammlung Roberto D'Aubuisson hatte sich von Anfang an gegen die Nominierung Magañas zur Wehr gesetzt.
Während des fast vier Wochen dauernden Streits um den Präsidentschaftskandidaten waren die Rechtsextremen in der von ihnen beherrschten Verfassungsgebenden Versammlung nicht untätig: In einer ihrer ersten Sitzungen erweiterten sie – gegen die Stimmen der Christdemokraten – die Kompetenzen dieses Gremiums auf dast alle regierungspolitisch relevanten Bereiche aus. So beschlossen sie, Gesetze zu erlassen, die Verfassung auszuarbeiten und den Präsidenten, Vizepräsidenten, die Richter am Obersten Gerichtshof sowie am Berufungsgericht zu ernennen. Die Befugnisse des Staatspräsidenten beschnitten sie, indem sie sich ein Vetorecht bei der Benennung von Ministern und ihrer Stellvertreter einräumten.
De facto sind damit die regierungspolitischen Kompetenzen vom Staatspräsidenten auf die rechtsextreme Mehrheit in der verfassungsgebenden Versammlung übergegangen.
Das Tauziehen um die Präsidentschaft endete schließlich mit der Wahl Magañas. Unter dem Druck der Armee, der das Spiel um die us-amerikanische Militärhilfe zu risikoreich geworden war, die außerdem Spannung und Unmut in den eigenen Reihen spürte, kam es zu einer Einigung zwischen PDC und PCN, die gemeinam eine Stimmenmehrhauf auf Magaña erreichten.

Erstes Facit

Der amerikanischen und Weltöffentlichkeit kann ein neuer Präsident präsentiert werden, der als unbescholten und gemäßigt gilt. Ein Präsident, der gegen den Willen einer starken rechtsextremen Regierungsfraktion ernannt wurde, deshalb seiner politischen Kompetenzen beraubt



Soldaten der berüchtigten Nationalgarde nach der „Säuberung" eines Dorfes.

wurde. Diese liegen jetzt vielmehr bei Roberto D'Aubuisson, und seiner rechten Mehrheit in der Verfassungsgebenden Versammlung.
Große Chancen werden dieser Regierung nicht gegeben. Immerhin ist das gerade erst begonnene Wahlbündnis der Ultrarechten gegen die Christdemokratie bereits bei der Nominierung des Präsidenten von der Nationalen Versöhnungspartei gebrochen worden. Auch die anderen Parteien der Bourgeoisie haben teilweise entgegengesetzte Interessen, die fast jeden Monat zu größren Konflikten Anlaß geben können. Auch in der Armee ist es bereits zu Spannungen gekommen zwischen der reaktionären Nationalgarde und ihren Sympathisanten und einer Gruppe junger Offiziere, die eine gemäßigtere Politik befürworten.

Der Kampf gegen die politische Opposition und die FMLN geht härter weiter als zuvor. Schon Ende April hatte die Armee wieder zu einer Großoffensive angesetzt. Der Nachschub von Elitetruppen, die in den USA ausgebildet wurden, die Drohung mit Napalm gegen die Guerilla vorzugehen und die Befürchtung, daß die Reagan-Administration alles versuchen wird, um die Militärhilfe weiterfließen zu lassen, geben zu den größten Bedenken Anlaß.

Die Ultrarechte und ihre Basis

Alle 6 Parteien hatten den Anti-Guerilla-Kampf auf ihre Fahnen geschrieben. Während die 5 rechtsextremen Parteien diesen Kampf ausschließlich massiv militärisch führen wollen, hatte die

PDC unter us-amerikanischer Regie neben die militärischen Vernichtungsfeldzüge politische „Reformen" gestellt, die die Guerilla sozial isolieren sollten (zur Agrarreform bspw. vgl. „blätter des iz3w" Nr. 90).
In Bezug auf die Wahlentscheidungen am 28. März sollten sicherlich folgende drei Wählergruppen unterschieden werden:
– solche Wähler, die aus Angst wählen bzw. unter einem direkten Zwang stehen
– solche Wähler, die den Frieden sehnlich wünschen und ihn durch die Wahl der gemäßigten PDC erhoffen
– solche Wähler, die sich bewußt auf die Seite der Extremen Rechten stellen.

Rhodesien als Beispiel
Es ist erst drei Jahre her, daß der mit den Weißen gegen die Guerilla zusammenarbeitende rhodesiche Premier Muzorewa „allgemeine Wahlen" veranstaltete. Es herrschte – wie heute in El Salvador – Kriegsrecht, und die Guerilla nahm an den Wahlen nicht teil. Im Gegensatz zu gewissen zentralamerikanischen Staaten wurde bei der eigentlichen Auszählung der Stimmen nicht betrogen, und Muzorewa erhielt 70 Prozent der abgegebenen Stimmen. Ein knappes Jahr später – im Februar 1980 – fanden in Rhodesien wiederum Wahlen statt, an der auch die Guerilla teilnahm. Muzorewa erhielt bei dieser, den Wählern erstmals in der Entkolonialisierungsgeschichte eine wirkliche Altrnative bitenden Volksbefragung noch 8,2 Prozent der Stimmen, die Guerillafront 87 Prozent.
(T. Schellenbaum im Tagesanzeiger vom 27.3.1982)

Wie unsicher auch immer die Wahlergebnisse sind, eines steht fest: Mehr als 50 % derer, die an den Wahlen teilgenommen haben, haben für den rechtsextremen Weg der „Ausrottung der Guerilla" votiert.
Trotz aller Mutmaßungen über Wahlmanipulationen sollte man zur Kenntnis nehmen, daß die extreme Rechte in El Salvador anscheinend doch über eine relativ feste Verankerung in Teilen der Bevölkerung verfügt.
In der Berichterstattung der bundesdeutschen El Salvador-Solidaritätsbewegung scheint mir dieser Aspekt leider weitgehend ausgeklammert. Gewiß, es ist von größter Wichtigkeit, die Verlogenheit dieses Wahlmanövers zu benennen, die Brutalität hervorzuheben, die ein System charakterisiert, daß das Volk selbst zu der Wahl zwingt, von wem es sich umbringen lassen soll.
Dennoch sollten wir, die wir den Befreiungskampf der FMLN unterstützen, auch versuchen, zu einer Analyse der salvadorianischen Gesellschaft und ihrer politischen Kultur zu kommen, die über die einfache Schwarz-Weiß-Malerei hinausgeht. Damit ersparen wir uns politische Fehleinschätzungen und daraus folgende Frustrationen. Für den salvadorianischen Widerstand bedeutet das vielleicht eine fundiertere und längerfristige Solidarität.
Was in Nicaragua ein nationaler Befreiungskampf war in dem sich alle gesellschaftlichen Kräfte gegen den Somoza-Clan zusammenschlossen, ist in El Salvador ein Kampf, in dem Klasseninteressen vor nationalen Interessen vorherrschen, ein Kampf der besitzlosen Mehrheit der Bevölkerung und ihrer politischen Oppositionsfront einerseits gegen Oligarchie, Industrikapital und Militär andererseits.
Auch die herrschende Klasse ist untereinander zerstritten.
Die Fronten in der salvadorianischen Gesellschaft verlaufen daher nicht absolut klar und widerspruchslos. Weder bei den Herrschenden, noch bei den Beherrschten.
Der fortschreitende Verelendungsprozeß unter der Agrarbevölkerung z.B. führt zu einer enormen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Harald Jung beschreibt die Problematik folgendermaßen „...diese Konkurrenz ... kann über Leben und (Hunger-)Tod einzelner Familienmitglieder entscheiden. Politisches Wohl- und Mißverhalten kann darüber entscheiden, ob einem verschuldeten Kleinbauern die Existenzgrundlage entzogen wird." (H. Jung, Soziale Kämpfe und Klassenstruktur in El Salvador, Hrsg. ila, Bonn 1980)
Auf dem Land ist es dann auch die paramilitärische Spitzelorganisation ORDEN, die aus dem Elend der Bauern politisches Kapital schlägt. Mitglieder werden unter den Ärmsten geworben, ihnen winken kleine Ländereien, sichere Arbeitsplätze, günstigere Kredite. Sie waren die Nutznießer der Agrar-„Reform" der Christdemokraten." Ähnliche, die Solidarität der Ausgebeuteten zersetzende Faktoren existieren in den Städten... Die Massen der Marginalisierten stellen als Reservearmee... eine latente und ständige Bedrohung der unqualifizierten Arbeiter dar... Die Marginalisierten stehen in einem Konkurrenzkampf zueinander, um die wenigen Gelegenheitsjobs. Das Kleinbürgertum und die städtischen Mittelschichten haben ebenfalls eigenständige Gruppeninteressen" (ebenda). In einer sozialwissenschaftlichen Studie aus El Salvador wird die dortige Gesellschaft bezeichnet als „Desintegriert, im Sinne einer Schlachtordnung organisiert und sich selbst entäußert" (zit. ebenda).
Es nimmt wohl wenig Wunder, wenn es ultrarechter Propaganda mitunter gelingt, innerhalb dieser Bevölkerungsschichten eine Bresche zu schlagen, Vereinheitlichungsprozesse der oppositionellen Bewegung zu unterbrechen.

El Salvadoreanische Musikgruppe BANDA TEPEUANI möchte ab September wieder eine **Konzertrundreise durch Deutschland** machen und sucht noch Auftrittsmöglichkeiten. Wer an einem Solidaritätskonzert in seiner Stadt interessiert ist, wende sich an:
ESG Essen
Lateinamerika-Koordination
Universitätsstr. 2
4300 Essen 1

Wie gut der Sohn eines Kaufmanns aus Sonsonate die Mentalität des Kleinbürgers kennt, zeigt eine von seiner Partei verteilte Tabelle, die viele Angehörige der unteren Gesellschaftsschichten bei sich haben; auf dieser können sie sich ausrechnen, wieviel an Miete sie einsparen können, wenn die reprivatisierten Bankinstitute Bausparzinsen zahlen, wie sie die „Arena" verspricht. Daß seine Kampagne von Mitgliedern der Oligarchie finanziert wird, von denen viele zu den Wahlen aus dem Refugium in Miami zurückgekehrt sind, verschweigt er. Die Publikumswirksamkeit der kaum drei Monate alten „Arena" kommt nicht von ungefähr. D'Aubuissons Wahlkampfberater ist der Manager der nordamerikanischen Reklamefirma McKeen mit Namen Roberto Avila, der die beim Vertrieb von Coca Cola, Whisky und Zigaretten erarbeiteten Erkenntnisse auf seinen Schützling anwendet. Vom Namen „Arena" (zu Deutsch: Sand, den d'Aubuisson bei Kundgebungen symbolisch an die landlosen Bauern verteilt), bis hin zu einem einprägsamen Lied, das den Kampf gegen die Subversion zum Mythos der hebt, ist die Kampagne das Werk eines tüchtigen Geschäftemachers. (aus NZZ vom 27.3.82)

In den städtischen Zentren ist dies besonders leicht, da dort die Opposition und ihre Guerilla bis heute ihre Stärke nicht präsentieren, ihre Glaubwürdigkeit nicht unter Beweis stellen konnte. Die städtische Bevölkerung (und diese macht den Hauptteil der Wähler aus) ist der antikommunistischen Hetze der gleichgeschalteten Medien ausgeliefert, sie erfährt wenig über die militärischen Erfolge der Guerilla und über den Rückhalt, den diese zweifellos in der Landbevölkerung hat.
Teile des städtischen Kleinbürgertums stimmen schon deshalb leicht in die Terroristenhatz ein, weil sie erleben, wie der Bürgerkrieg auch ihre eigene Existenz bedroht (die Guerilla zerstört Autobusse und Transportwege, die Linke hat Schuld am wirtschaftlichen Niedergang.)
Die mit ORDEN liierte Landbevölkerung, städtisches Kleinbürgertum und ein Teil der oberen Mittelklasse bilden das Wählerpotential der faschistischen Rechten.

Aus vielerlei Gründen,die die Wahlergebnisse verzerren und die größtenteils im Vorangegangenen genannt wurden, läßt sich nicht abschätzen, wie stark die Basis dieser Rechten wirklich ist.
Als gesellschaftliche Kraft ist sie für El Salvador eine reale Gefahr. Die Solidaritätsbewegung hier bei uns sollte sie nicht unter den Tisch schweigen. Das wäre weder einer Analyse dessen, was in Mittelamerika passiert, zuträglich, noch einer Solidaritätsarbeit, die sich nicht selbst betrügen will.

Anmerkungen:

1) Dabei gehen die Angaben von „offiziellen Schätzungen" der salvadorianischen Regierung bzw. des Wahlrates aus, von Schätzungen der Vereinten Nationen oder von Angaben der FDR.
2) Es ist mit Sicherheit davon auszugehen, daß die Höhe der Wahlbeteiligung bzw. Enthaltung manipuliert wurde. Die Frage der Wahlbeteiligung bzw. Enthaltung war schon alleine deshalb von enormer politischer Bedeutung, weil die Opposition zum Boykott aufgerufen hatte. Die Auszählung von Stimmen konnte weder von Wahlbeobachtern noch von Journalisten überprüft werden. Es konnten also jede Menge fingierter Wahlzettel bei der Auszählung zugefügt werden.

SOLIDARITÆT MIT



Verwendete Quellen:

FR vom 30.3., 31.3., 1.4., 2.4., 3.4., 21.4., 22.4., 23.4., 24.4., 26.4.1982
FAZ vom 30.3., 31.3., 1.4.1982
Le Monde vom 27.3., 29.3., 30.3., 2.4.1982
Le Monde Diplomatique En Espanol vom März 1982
Libération vom 26.3., 27./28.3., 29.3., 30.3., 31.3., 1.4., 4.4. 1982
TAZ vom 12.3., 26.3., 29.3., 30.3., 31.3., 1.4., 2.4., 5.4., 26.4. 1982
Süddt. Ztg. vom 27./28.3., 29.3., 30.3., 31.3., 2.4., 3.4., 15.4., 26.4., 3.5., 4.5., 5.5. 1982
Der Spiegel vom 5.4.1982
Guardian 14.4., 21.4., 5.5.1982
Time vom 12.4.1982
NZZ vom 15.3., 25.3., 27.3., 29.3., 30.3., 31.3., 1.4., 2.4., 7.4., 16.4., 24.4., 25.4., 27.4., 29.4. 1982
Was Tun vom 15.4.1982
Financial Times vom 4.3.1982
Monitordienst vom 29.3., 30.3., 2.4., 11.4., 20.4., 26.4. 1982
Salpress Nr. 21 vom 4.-10.4.1982
IDES Nr. 77, 78/79, 80, 81
Lateinamerika Anders Nr. 19, März 1982
Harald Jung, Soziale Kämpfe und Klassenstruktur in El Salvador, Hrsg. ila, Bonn 1980

mape

Erklärung der FDR-FMLN zu der Wahl:

„Die Wahl vom 28. März '82 in El Salvador endete, wie sie angefangen hatte: als eine enorme Propagandaübung der Regierung Reagan und der salvadorenischen Junta, in welcher die Auszählung der Stimmen manipuliert worden sind. Dies geschah im Einvernehmen mit den Wünschen der Junta populär zu erscheinen und international akzeptiert zu werden.
Erstens gibt die Wahl die Legalisierung des blanken Faschismus in der Person von d'Abuisson und seiner Partei wieder, die öffentlich die Absicht verbreitete, die „Subversiven" mit Napalm auszulöschen und der für den Mord an Monsignore Romero verantwortlich ist.
Zweitens repräsentiert sie die politische Rehabilitierung der PCN – der nationalen Partei der Versöhnung –, die von 1961 bis 1969 für die Wahlbetrügereien und die Unterdrückung, welche in die heutige Situation mündet, verantwortlich war.
Drittens zeigt sie den politischen Abstieg der Christdemokraten auf, die, um in der Regierung zu bleiben, keine andere Chance haben, diese mit der vorigen offiziellen Partei – der PCN – und den Faschisten der Partei d'Abuissons. Man muß kein Prophet sein, um zu sehen, daß diese Wahl den Christdemokraten ihre Rückkehr in die Regierung verwehrt.
Viertens kann man bei den veröffentlichten Ergebnissen voraussehen, daß sich die Widersprüche zwischen den an der Wahl teilgenommenen Gruppen verschärfen werden – eine Situation, die die Gefahr der US-Intervention heraufbeschwört. Und es war offensichtlich: die Stimmenauszählung war noch nicht vorbei und schon frühstückte d'Abuisson am nächsten Tag mit dem US-Botschafter in El Salvador. Und am gleichen Tag folgten die Führer der sechs Parteien des US-Botschafters Einladung zum Lunch. Das Volk von El Salvador fragt sich: Welche Bedeutung hat diese Wahl, wenn sich am Tag nach der Wahl die Politiker im Hause des Yankee-Repräsentanten treffen, um den Kuchen zu teilen? Wir sehen darin die Rückkehr in die Zeit der US-Prokonsule.
In Anbetracht der Wahl wiederholen wir zum Schluß noch einmal unsere Position: in diesem Konflikt bringt die Wahl keine Lösung, sie repräsentiert nicht den freien Willen des Volkes und sie war nur eine Übung für die Junta und die Reagan-Regierung vor der internationalen Öffentlichkeit, sich selbst zu legitimieren. Unsere erklärte Politik, die der FDR und der FMLN, ist wie vor der Wahl: der Volkskrieg geht weiter und unsere Bereitschaft, Verhandlungen zu beginnen, die einen dauerhaften Frieden erscheinen lassen, bestand vor und während der Wahl und besteht weiterhin.

Argentinien

Von der Krise in den Krieg

Der argentinisch-britische Konflikt im Südatlantik

Zunächst wirkte die Krise zwischen Großbritannien und Argentinien um die Malvinas / Falkland Inseln nur exotisch, unverständlich, und noch vor wenigen Wochen hätte kaum jemand gedacht, daß es — unter den Vorzeichen einer sich verschärfenden Spannung zwischen Ost und West — zu einem Krieg zwischen zwei Staaten der westlichen Welt, die beide Verbündete der USA sind, kommen würde. Ein „Nord-Süd-Konflikt" paßt nicht ins Schema der auf Ost-West-Spannungen einseitig getrimmten Europäer; es fehlen Interpretationsmuster zum Verständnis dieser Krise, so daß das unhistorische Argument der Front der Demokratie und des Völkerrechts gegen die faschistische Militärdiktatur nur zu gerne aufgegriffen wird.
Der folgende Artikel möchte deshalb einerseits die historischen Hintergründe des Konflikts und die Malvinas / Falklands ausführlich darstellen, andererseits soll die Instrumentalisierung der Krise durch die argentinische u n d britische Regierung für ihre jeweiligen Zwecke deutlich werden.
Beide Staaten sind zur Zeit „Mittelmächte" mit einer wirtschaftlich und politisch — aber auch subjektiv empfundenen — gesehen großen „goldenen Vergangenheit": England als Weltmacht, Argentinien als das reichste, am weitesten entwickelste Land Lateinamerikas. Beide Staaten mußten diese Vormachtstellung nach dem Aufschwung der USA zur Supermacht abgeben.
Innenpolitisch und wirtschaftlich gesehen stecken diese beiden Staaten heute in der größten Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges: Hohe Arbeitslosigkeit und Inflation, verursacht durch konservativ-neoliberale Wirtschaftspolitik, führten zu Popularitätsverlusten bei der britischen Regierung, und die nie populären argentinischen Generäle hatten gerade aufgrund der fehlenden innenpolitischen Erfolge Anerkennung dringend nötig. Für beide Regierungen erweisen sich die mit der Malvinas / Falkland-Krise wiederauflebenden nationalistischen Gefühle als rettender Strohhalm, Ausweg und Ablenkung von den immer noch ungelösten innenpolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Problemen.

Die unverarbeiteten Träume von nationaler Größe, die Auswirkungen von Wirtschaftskrise und die Propaganda der Regierungen reichen allerdings nicht aus, das Wiederaufleben nationalistischer Emotionen und die anachronistische Begeisterung über ein ebenso anachronistisch anmutendes militärisches Abenteuer zu erklären: gerade angesichts der atomaren Bedrohung im Ost-West-Konflikt, der in seinen ungeheuren Dimensionen gar nicht mehr faßbar ist, wirkt eine „Seeschlacht" alter Prägung begreifbar, nachvollziehbar, und für die Briten aufgrund der großen Entfernung fast beruhigend; bis die Meldungen über die ersten Toten auf beiden Seiten zum entsetzten Erwachen führten, daß Krieg im Namen von nationalen Interessen nicht nur Ruhm und Ehre einbringt, sondern Vernichtung und Tod bedeutet.

Die historischen Beziehungen zwischen Argentinien und England

Bereits vor der argentinischen Unabhängigkeitserklärung von Spanien im Jahre 1816 hatte England in Argentinien eingegriffen. Nach der Vernichtung der spanischen Flotte durch Großbritannien in der Schlacht von Trafalgar (1805) waren die spanischen Besitzungen in Lateinamerika nahezu schutzlos gegenüber Operationen der führenden Seemacht England geblieben. Die einzige erwähnenswerte Unternehmung der Engländer gegen Hispanoamerika ging auf private Initiative zurück. Sie wurde jedoch von London offiziell gebilligt und unterstützt. Die Invasion zielte auf das La Plata-Gebiet, wo ein englischer General die spätere argentinische Hauptstadt Buenos Aires im Jahre 1806 vorübergehend einnahm. Nach einem Aufstand der Bevölkerung wurden die Engländer zur Kapitulation gezwungen.

Durch diese unerwartete Niederlage geriet die Angelegenheit zu einer Frage des militärischen Prestiges. Eine 10.000 Mann starke Armee wurde in den Südzipfel des lateinamerikanischen Kontinents entsandt. Nach blutigen Straßenkämpfen, bei denen die Engländer ein Drittel ihrer Armee verloren, mußte die aus 200 Kriegs- und Handelsschiffen bestehende Flotte 1807 geschlagen nach Hause zurücksegeln.[1]

1833 besetzten die Engländer die Malvinen / Falkland Inseln und erklärten sie 1892 zur Kronkolonie. Die heftigen Proteste des damals regierenden Diktators Rosas blieben erfolglos. Gegenüber den englischen und französischen Interventionsversuchen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und dem Freihandel versuchte Rosas Argentinien gegenüber dem Ausland abzukapseln. Aus diesem Grunde haben ihm marxistische Historiker wie Eduardo Galeano eine nationale und volkstümliche Komponente verliehen, weitgehend unabhängig von den repressiven Maßnahmen, die während seiner Herrschaft stattfanden.[2]

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts konnten sich englische Handelsinteressen dann ungehindert ausbreiten. Die englischen Investitionen konzentrierten sich auf die Eisenbahnen, Kredite an den argentinischen Staat, die Fleischindustrie und das Minenwesen. Im Jahre 1900 gehörten alle 21 Eisenbahnlinien englische Unternehmen, und das finanzielle Vermögen der Eisenbahngesellschaften lag nur geringfügig unter dem der damaligen argentinischen Regierungen. Vor dem Ersten Weltkrieg waren 80% des Auslandskapitals in Argentinien englischer Herkunft.

Insgesamt erwies sich der Freihandel als ein wesentlich geeigneteres Mittel zur Durchdringung der argentinischen Gesellschaft als die vorherigen direkten Interventionsversuche. Wirtschaftlich gehörte Argentinien zum englischen Einflußbereich, und der Freihandel führte zum Niedergang der bestehenden Manufakturen in den Provinzen des Landesinneren. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts konnte Lord Palmerston triumphierend erklären: „Englands Kühe weiden am La Plata." Schulkinder in Argentinien werden noch heute auf die ungleichen Handelsbeziehungen hingewiesen: „Wir verkauften die Rohstoffe an Großbritannien und mußten dann Pullover und Marmelade importieren", heißt es im Geschichtsunterricht.

Die enge Zusammenarbeit zwischen der Agraroligarchie und englischen Handelsinteressen bis zum Zweiten Weltkrieg, als der US-Einfluß bestimmend wurde, verschaffte Argentinien einen für lateinamerikanische Verhältnisse großen Wohlstand. Aus diesem Grunde herrschte gegenüber England in der Öffentlichkeit eine eigenartige Haßliebe: argentische Historiker haben stets auf die außenorientierte Wirtschaftsstruktur hingewiesen, die einseitig auf den Export von Fleisch und Weizen ausgerichtet war. Das eindeutigste Beispiel dafür ist der Aufbau des Eisenbahnnetzes, das strahlenförmig auf die Hauptstadt zuläuft, während fast keine Verbindungen zwischen den einzelnen Linien entstanden, da sie lediglich dafür gebaut wurden, um landwirtschaftliche Produkte nach Buenos Aires und von dort nach Europa zu bringen. Im Rückblick erscheinen die Jahre der regen Austauschbeziehungen mit England jedoch als

die „Goldenen Jahre" Argentiniens, vor allem im Vergleich zu der sich seit den 50er Jahren zuspitzenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise. Darüber hinaus orientierten sich die oberen Bevölkerungsschichten stark am englischen Vorbild, besonders die grundbesitzende Oligarchie.

Die seit den 20er Jahren aufkommenden anti-imperialistischen und nationalistischen Bewegungen der unteren und mittleren Bevölkerungsschichten besaßen dagegen einen gewissen anti-englischen Unterton. Gegenüber dem 1933 abgeschlossenen argentinisch-englischen Handelsvertrag von Roca-Runciman, der günstige Bedingungen für England beinhaltete und bereits erlassene Schutzzölle für einheimische Industrie wieder aufhob, regten sich starke nationalistische Proteste. Der damalige argentinische Vizepräsident Roca soll nach Vertragsabschluß erklärt haben: „Argentinien fühlt sich wirtschaftlich wie ein Teil des britischen Empire." (Zitiert nach FAZ 29. 4. 1982). Auch der populäre Führer Juan D. Peron, der zwischen 1944 – 1955 und später nochmals in den 70er Jahren regierte, und der die mehrheitliche Unterstützung der unteren Bevölkerungsschichten besaß, gewann einen Teil seiner Popularität aus der Auseinandersetzung mit England. 1948 erwarb er die defizitären Eisenbahnen von England zurück und machte aus diesem — schlechten — Kauf ein nationales Ereignis.

Angesichts dieser Vorgeschichte englischer Politk und Interessen erhält der Besitz der Malvinen / Falkland Inseln für die überwältigende Mehrheit der Argentinier den Charakter der Einlösung einer bis heute offenen nationalen Frage. Wegen des Symbolcharakters der Inseln und im Rausch der nationalen Stimmung ist es dabei zunächst von zweitrangiger Bedeutung, ob die Besetzung der in Argentinien ausschließlich als Malvinen bezeichneten Inselgruppe von einer demokratischen oder diktatorialen Regierung vollzogen wird.

Die Wurzeln des Konflikts

Der Streit zwischen Argentinien und Grobritannien um den rechtmäßigen Besitz der Malvinas / Falklands geht zurück auf die Zeit, als Spanien bemüht war, seine angeschlagene Weltmachtstellung (nach der Niederlage der Armada 1588) gegenüber England zu verteidigen. Der nach dem Westfälischen Frieden 1648 zwischen den konkurrierenden Kolonialmächten Spanien, Niederlanden und England ausgehandelte Rechtsgrundsatz der sogenannten „uti possidetis" zur Regelung strittiger Kolonialfragen besagte, daß diejenige Kolonialmacht in den Gebieten in Amerika das Recht auf Souveränität habe, die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses dort die Herrschaft ausübte. Damit sollten Kriege zwischen den Kolonialmächten um die Überseegebiete verhindert werden. Nach dieser Regelung gehörten die Malvinas zu Spanien.[3]

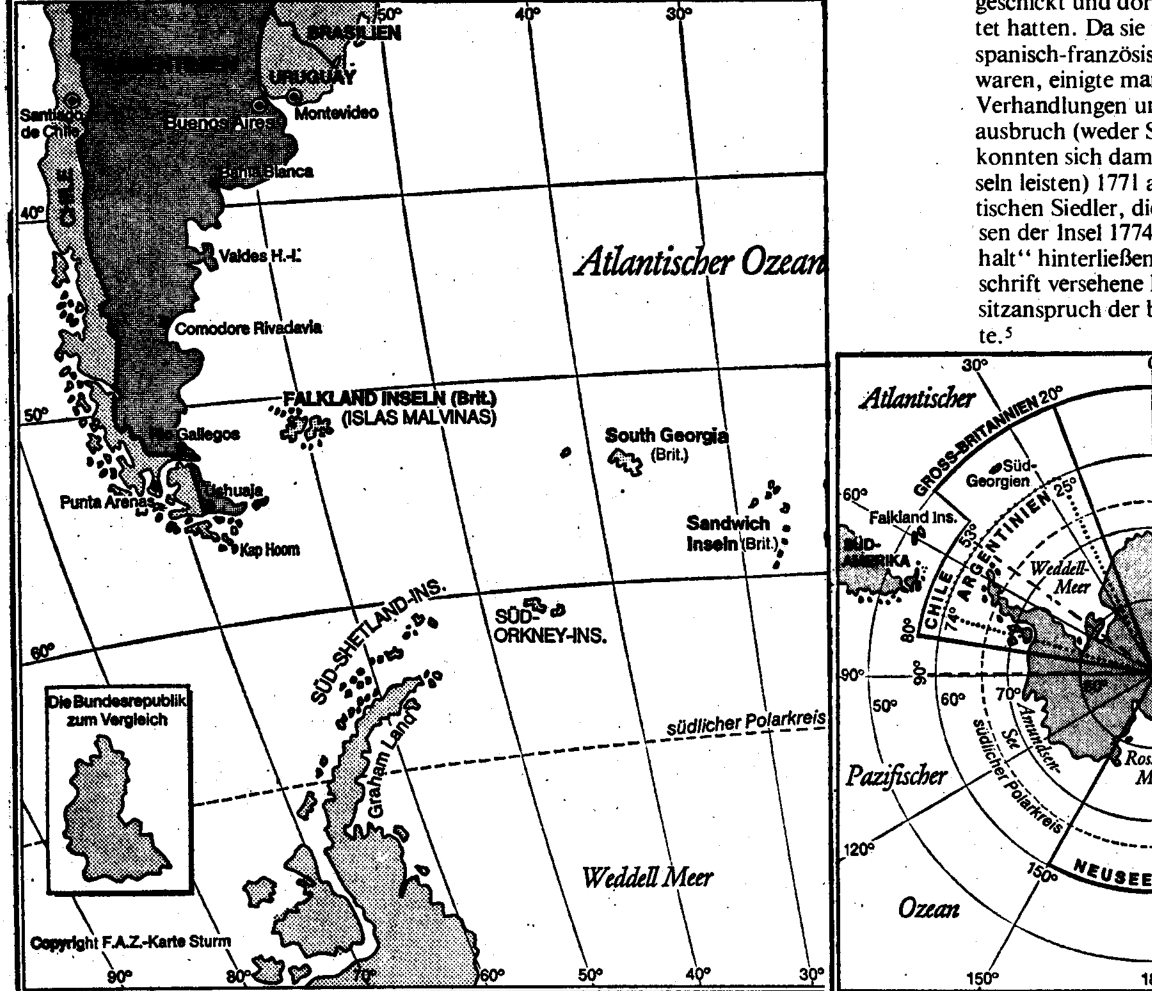
Dieser Grundsatz sicherte Spanien seine Einflußsphäre noch über 100 Jahre, konnte aber letztendlich die massiven Bemühungen Englands, das spanische Monopol von der Karibik bis zum Südatlantik zu brechen und selbst die wirtschaftliche und politische Kontrolle über die westliche Hemisphäre zu erlangen, nicht aufhalten oder verhindern.

Im 19. Jahrhundert — in der letzten Phase dieser Auseinandersetzung — besetzte England die Malvinas / Falklands.

Die eher Piraten- und Abenteurerkreisen zugehörigen Engländer, die Ende des 17. / Anfang des 18. Jahrhunderts auf den Inseln landeten und sie „ Falkland Islands" nannten, waren weder amtlich autorisiert, noch nahmen sie formell Besitz von den Inseln oder gründeten Siedlungen.

Die erste Inbesitznahme der Inseln erfolgte durch Frankreich 1764. Nach dem Heimathafen der französischen Siedler, St. Malo, nannten sie die Inselgruppe „Malouines". Spanien beobachtete Frankreichs Eindringen in den Südatlantik mit Mißtrauen; der Konflikt wurde gelöst, indem Frankreich auf den spanischen Vorschlag einging und die Inseln gegen angemessene Entschädigung 1766 an Spanien verkaufte; fortan unterstanden die Inseln der spanischen Verwaltung in Buenos Aires.[4]

Die Rechte der Spanier wurden allerdings von den Engländern angefochten, die zur gleichen Zeit eine Expedition auf die Inseln geschickt und dort einen Stützpunkt errichtet hatten. Da sie rechtlich gegen den spanisch-französischen Vertrag machtlos waren, einigte man sich nach jahrelangen Verhandlungen und einem beinahe-Kriegsausbruch (weder Spanien noch England konnten sich damals einen Krieg um die Inseln leisten) 1771 auf den Rückzug der britischen Siedler, die allerdings beim Verlassen der Insel 1774 einen „Eigentumsvorbehalt" hinterließen, d. h. eine mit einer Inschrift versehene Metallplatte, die den Besitzanspruch der britischen Krone bestätigte.[5]



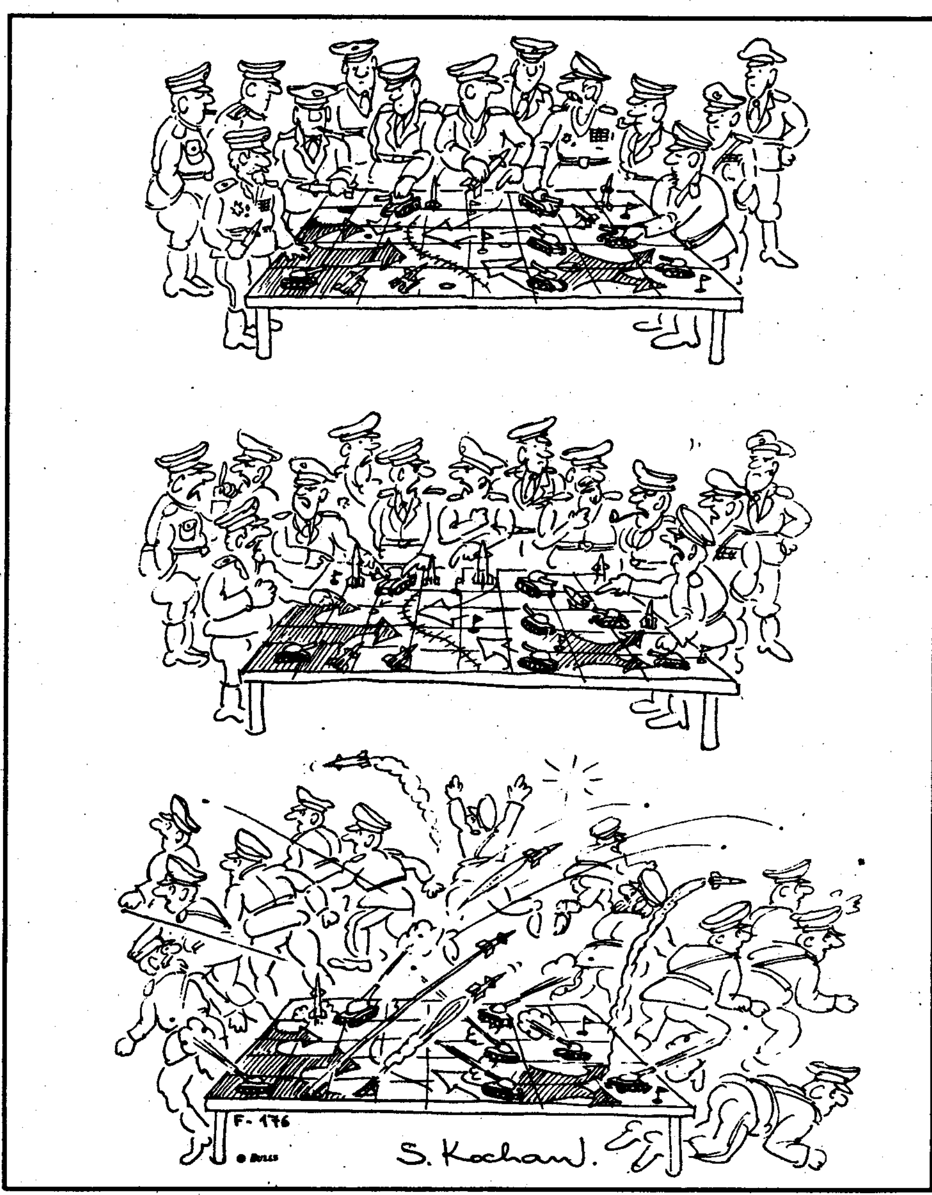
Im Zuge des Unabhängigkeitskampfes der lateinamerikanischen Kolonien gegen Spanien seit 1810 verließ auch der spanische Gouverneur der Malvinas / Falkland die Inseln. 1811 beschloß die provisorische Regierung der Provinzen des Rio de la Plata die Evakuierung der verbliebenen Siedler nach Patagonien und gab damit den Besitz praktisch auf. Auch Spaniuen äußerte kein weiteres Interesse mehr an der Kolonie.

Dieser Zeitpunkt bildet rechtlich die Ursache der heutigen Differenzen.

Obwohl die Inseln 1811 „herrenlos" wurden, konnte sich Argentinien nach seiner Unabhängigkeitserklärung 1816 die Malvinas / Falklands rechtmäßig aneignen, da die neue Republik als Rechtsnachfolgerin Spaniens alle früher vom Mutterland ausgeübten Rechte wahrnahm; auch dies orientiert sich am Grundsatz des „uti possidetis". 1829 ernannte die Regierung in Buenos Aires einen Gouverneur für die seit 1823 von Argentinien aus besiedelten Inseln. Die Briten machten sich die Schwäche der jungen Nation zunutze, besetzten die Inseln 1833 mit Gewalt und vertrieben die Bewohner; „das englische Argument, daß die Inseln vor 1833 herrenlos oder gar englisch waren, erscheint von den historischen Fakten her wenig überzeugend. Im Ergebnis bedeutet dies, daß die seit dieser Zeit bestehende Herrschaft Englands auf den Inseln wohl gegen das Völkerrecht verstoßen haben dürfte."[6]

Argentinien protestierte sofort und mehrmals gegen die Besetzung, war aber aufgrund interner Schwierigkeiten nicht in der Lage, etwas dagegen zu unternehmen; die Briten ihrerseits beriefen sich auf ihre seit 1774 nie aufgegebenen Rechtsansprüche.

Die Beziehungen zu England — das übrigens als eine der ersten Nationen die Unabhängigkeit Argentiniens anerkannt hatte — normalisierten sich nur langsam; 1849 unterzeichneten beide Staaten eine Freundschaftsvertrag.



Die Geschichte der Verhandlungen um die Malvinas / Falklands

Argentinien hat immer wieder seine Ansprüche auf die Malvinas erneuert, der Streit lebte aber erst 1932 wieder auf, als in England Briefmarken zum hundertsten Jahrestag der Inbesitznahme der Falklandinseln erschienen.

1964 brachte Argentinien den Streit vor die Vereinten Nationen. 1965 verabschiedete die Generalversammlung der UN eine Resolution, in der Argentinien und Großbritannien aufgefordert wurden, unverzüglich in Verhandlungen einzutreten, mit dem Ziel, eine friedliche Lösung des Streits zu suchen und dabei auch die Interessen der Bewohner zu berücksichtigen. Obwohl England nicht zugestimmt hatte, erklärte es sich zu Verhandlungen bereit. Als Ergebnis dieser Verhandlungen kam es 1971 zu einem Abkommen, nach welchem Argentinien eine direkte Flugverbindung (einmal wöchentlich) zum argentinischen Festland einrichtete, auch einen Teil der Kosten für den Ausbau der Piste übernahm, und in zwei weiteren Abkommen wurde die Belieferung der Inseln mit Brennstoffen durch die staatliche argentinische Erdölgesellschaft, Erleichterungen im Warenaustausch sowie die Möglichkeit medizinischer Notdienste für die Bewohner vereinbart.

Die Souveränitätsfrage blieb bei all den Verhandlungen ausgeklammert, gleichwohl Argentinien in seinen „uneigennützigen Bemühungen um Verbesserungen für das Leben der Inselbewohner"[7] einen ersten Schritt in Richtung auf eine Rückgewinnung der Hoheitsrechte sah. 1973 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen wieder eine Resolution zu der Malvinas / Falkland-Frage, in der die Notwendigkeit betont wurde, die Verhandlungen zu beschleunigen, mit dem Ziel, die koloniale Situation der Inseln zu beenden (Res. 3160 XXVIII).

Für die UNO fällt die Frage somit einerseits unter das Dekolonialisierungsgebot (Res. 1514 XV), andererseits wird der Streit als Souveränitätskonflikt zwischen zwei Staaten behandelt.

Immerhin erklärten sich die Briten aufgrund des Drucks der UNO bereit, die Verhandlungen auch auf die Rechtsfrage auszudehnen, allerdings nur unter Berücksichtigung der Interessen der Bewohner.

Für Argentinien kann das Ergebnis der Verhandlungen nur in der Wiederherstellung der 1833 gewaltsam beendeten territorialen Integrität liegen. Jede andere Ansicht würde eine nachträgliche Legalisierung des britischen Gewaltaktes bedeuten.[8]

Die territoriale Situation wird völkerrechtlich überlagert vom Problem des Selbstbestimmungsrechts. Für Argentinien ist das Selbstbestimmungsrecht auf eine „ausländische Bevölkerung" nicht anwendbar, die erst nach der Vertreibung der ursprünglichen Bevölkerung angesiedelt wurde. Auch durch das Verstreichen von 150 Jahren könne diese Tatsache nicht verwischt werden — die jetzige Bevölkerung der Malvinas seien „Invasoren" (E. Roca vor dem Sicherheitsrat der UN, 3. April 1982).[9]

Gegenüber den Briten hat Argentinien in den Verhandlungen seit 1965 immer wieder betont, daß es die sprachlichen und kultu-

rellen Eigenarten der Inselbewohner bewahren und nicht antasten werde; ebenso garantiere ihnen Argentinien den Erhalt des demokratischen Systems (LAWR 6. März 1981).

Angesichts der derzeitigen Besatzungssituation auf den Inseln mag das wenig glaubwürdig erscheinen; andererseits genießen die in Argentinien niedergelassenen Engländer seit langem vergleichbare Rechte.

Von daher gesehen ist es auch völkerrechtlich nicht klar, ob für die Bewohner der Inseln ein Selbstbestimmungsrecht besteht. „Geht man von der territorialen Zugehörigkeit der Inseln zu Argentinien aus, so läßt sich die Loslösung der Inseln von Argentinien mittels einer Ausübung des Selbstbestimmungsrechts wohl nur unter der Annahme rechtfertigen, daß Argentinien den Bewohnern die Verwirklichung ihrer traditionellen Eigenkultur verwehrt. Bisher traf dies schon deshalb nicht zu, weil Argentinien keine Herrschaftsgewalt über die Inseln ausübte."[10]

Die derzeitigen Bewohner sind britischer Abstammung und haben im Zusammenhang mit den Verhandlungen seit 1965 wiederholt geäußert, daß sie britisch sind und britisch bleiben wollen. Abgesehen von der wenig attraktiven politischen Situation in Argentinien wird diese Haltung auch durch das Interesse internationaler Mineralölkonzerne an Bohrlizenzen im Südatlantik mitbestimmt, was für die bisher nur Schafe züchtende Bevölkerung langfristig eine wirtschaftliche Perspektive bedeutet, unabhängig von Souveränitätsfragen.[11]

Auf der anderen Seite überschattet gerade die Souveränitätsfrage die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten, und auch Großbritannien war und ist sich im klaren, daß die vor den Küsten lagernden Naturreichtümer nicht ohne Beteiligung Argentiniens ausgebeutet werden können.[12]

Die hauptsächlich von seiten Argentiniens immer wieder angeregten Verhandlungen gerieten schließlich Ende 1980 in eine Sackgasse, da — auch bei weiteren Gesprächen im Lauf des Jahres 1981 — die Briten ihre Haltung unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht immer wieder von den Wünschen der Inselbewohner abhängig machten und das von Argentinien angestrebte (und von der UN-Resolution geforderte) Verhandlungsziel der Beendigung des kolonialen Status der Inseln ignorierten bzw. dessen Dringlichkeit für Argentinien nicht erkannten.

Ende Januar 1982 setzte Argentinien den Briten ein Ultimatum, in welchem ein konkreter Zeitplan für eine Rückgabe der Inseln gefordert wurde. Von da an fanden keine weiteren Verhandlungen mehr statt und in den folgenden Wochen wurde bereits deutlich, daß Argentinien die „Rückeroberung" bzw. „Besetzung" der Inseln plante (LAWR 15/82, 9. April 1982). Die Eskalation des Konflikts gewinnt nur Sinn vor dem Hintergrund einer veränderten politischen, ökonomischen und strategischen Lage im Südatlantik.

Politisch deshalb, weil die Küstenstaaten in Afrika und Südamerika seit einigen Jahren mehr Einfluß fordern (z.B. auf den internationalen Seerechtskonferenzen), sich nicht mehr mit einer Rolle im Schatten der Ersten Welt begnügen wollen, und deshalb Verständnis für die Position Argentiniens aufbringen; *ökonomisch*, weil erst in jüngster Zeit eine Ausbeutung der unter dem Meeresboden lagernden Bodenschätze

Fahnen, Vermittlungsversuche und Gewalt
Eine Chronik des Konflikts im Südatlantik

18. März — Eine Gruppe argentinischer Schrotthändler hißt auf South Georgia, das von den Falklandinseln aus erwaltet wird, die Flagge ihres Landes.
1. April — Großbritannien veranlaßt eine Dringlichkeitssitzung des Weltsicherheitsrates mit dem Vorwurf, Argentinien sei im Begriff, die Falklandinseln (Malvinas) zu besetzen.
2. April — Der argentinische Präsident General Leopold Galtieri teilt mit, Truppen seines Landes seien auf den Inseln gelandet.
3. April — Der Weltsicherheitsrat billigt den britischen Resolutionsentwurf, in dem der argentinische Rückzug und Verhandlungen verlangt werden.
5. April — Großbritannien setzt einen Flottenverband in den Südatlantik in Marsch, um die Kolonie notfalls zurückzuerobern. Außenminister Lord Carrington tritt zurück; sein Nachfolger wird Francis Pym.
7. April — Präsident Reagan kündigt Reisen seines Außenministers Alexander Haig als Vermittler nach London und Buenos Aires an.
8. April — Argentinien bildet ein „Militärkommando Südatlantik". Haig trifft in London ein, Ihm wird gesagt, Großbritannien werde direkte Verhandlungen erst aufnehmen, wenn die Argentinier abgezogen seien.
9. April — Haig kommt nach Buenos Aires
11. April — Haig fliegt überraschend noch einmal nach London. Er hat neue Vorschläge für die Beendigung des Konfliktes bei sich.
12. April — Großbritannien verhängt eine Seeblockade um den Archipel. Die meisten argentinischen Schiffe haben das Seegebiet inzwischen jedoch verlassen. Haig konferiert mit Premierministerin Thatcher.
13. April — Haig spricht von beträchtlichen Schwierigkeiten. Argentinien lehnt angeblich den amerikanischen Plan einer gemeinsamen Übergangsverwaltung mit Großbritannien ab.
14. April — Haig unterrichtet in Washington Präsident Reagan.
15. April — Haig fliegt erneut nach Buenos Aires. Galtieri betont, Argentinien werde seinen Besitzanspruch auf die Inselgruppe niemals aufgeben.
18. April — Haig konferiert weiter mit der argentinischen Regierung.
19. April — Großbritannien kündigt die Verstärkung der Falkland-Armade um 1000 Mann an. Haig fliegt mit argentinischen Friedenskonzept nach Washington.
20. April — Argentinien ist bereit, für die Dauer von Verhandlungen auf die Verwirklichung des Hoheitsanspruches zu verzichten, sieht aber in dessen Bestätigung das einzig annehmbare Ergebnis. Margaret Thatcher lehnt das ab und kündigt Gegenvorschläge an. Die EG-Partner stellen sich hinter Englang udn die amerikanischen Vermittlungsbemühungen. Hait unterrichtet Reagan. 18 von 21 Signatuarstaaten des Interamerikanischen Verteidigungsabkommens von Rio de Janeiro berufen für den 26. April eine Sitzung des Ministerrates der Organisation Amerikanischer Staaten ein. Die USA enthalten sich der Stimme.
21. April — Außenminister Francis Pym sagt im britischen Unterhaus, Gewaltanwendung könne nicht völlig ausgeschlossen werden.
22. April — Pym erläutert Haig in Washington die britischen Vorstellungen. Präsident Galtieri fliegt auf die Falklandinseln und droht mit Kampf bis zu letzten Mann. Das Europaparlament verurteilt die argentinische Besetzung.
23. April — Argentinien teilt mit, vor South Georgia seien britische Kriegsschiffe gesichtet worden. Pym verläßt Washington mit einem neuen amerikanischen Schlichtungskonzept.
24. April — Pym informiert Frau Thatcher in einer Sondersitzung über den Plan.
25. April — Das Londoner Verteidigungsministerium gibt die Landung auf South Georgia bekannt; die britische Fahne wehe wieder auf der Insel.
1. Mai. — Aufgabe der Vermittlerposition der USA, Bekenntnis zu Großbritannien. Bombardierung des Flughafens Port Stanley durch die Briten.
4. Mai — Britische Einheiten versenken den argentinischen Kreuzer „General Belgrano" außerhalb der 200-Seemeilen-Sperrzone.
5. Mai — Zerstörung der britischen „Sheffield" bei einem argentinischen Raketenangriff.
6. Mai — UNO Generalsekretär Perez de Cuellar übernimmt eine Vermittlerrolle. Die europäischen Staaten bekennen sich zwar weiterhin zur völkerrechtlichen Position Englands, entziehen jedoch die Unterstützung für weitere militärische Aktionen.

möglich ist; *strategisch* wurde der Südatlantik einerseits durch die Errichtung linker oder unabhängiger Regime in Afrika wichtig, andererseits durch die Unruhen in Zentralamerika, da die USA — im Falle einer Blockade oder Sprengung des Panama-Kanals — auf gesicherte Versorgungswege über den Südatlantik angewiesen wären, und jede stärkere Präsenz der Sowjetunion in der Region verhindern wollen. Auch der bald auslaufende Antarktisvertrag, nach dem die Antarktis bis 1991 eine „res nullius", Niemandsland bleiben soll, macht den Besitz der Malvinas / Falklands zu einer wichtigen Frage, da der Vertrag den an die Antarktis angrenzenden Staaten Vorrechte für antarktische Gebiete gibt; und dort lagern große unerschlossene Erdöl- und Erzvorkommen.

Die englische Position

Ähnlich wie die argentinische Militärdiktatur hat die britische Regierung im Konflikt von Anfang an Extrempositionen eingenommen und sich sowohl durch das Auslaufen des größten Flottenverbandes in der neueren Geschichte als auch durch rhetorische Äußerungen in einer Weise festgelegt, daß eine kriegerische Auseinandersetzung nahezu unvermeidlich wurde.

Aus der Lektüre der Kommentare in der Tageszeitung „The Times" in den vergangenen Wochen ergibt sich folgende Position: Bereits der Kommentar „Wir sind jetzt alle Falkländer", der zwei Tage nach der argentinischen Besetzung veröffentlich wurde, enthält eine grundsätzliche Stellungnahme. Demnach handle es sich bei dem Konflikt um eine Frage von Prinzipien. Die Inseln seien britisches Territorium, deshalb müßten die Aggressoren vertrieben und die britische Souveränität wieder hergestellt werden, damit die Falkländer frei entscheiden könnten. Es handele sich in diesem Falle nicht um Kolonialismus, da auf den Inseln keine Argentinier lebten. Darüber hinaus seien Aktionen notwendig, um das Prinzip der Abschreckung und internationale Rechtsgrundsätze aufrecht zu erhalten. Die englische Regierung beruft sich dabei auf Artikel 51 der UN-Charta und bezeichnet die Aktionen ihrer Flotte als Akt der Selbstverteidigung. Daneben enthält die Argumentation jedoch kräftige nationale Töne: „In den nächsten Wochen", so zitiert die „Times" eine Aussage im Parlament, „werde sich erweisen, ob die „Eiserne Lady" wirklich aus Metall sei". Und im Schlußabsatz erhob sie die Auseinandersetzung in den Rang eines gesamtnationalen Anliegens: „Wir sind eine Inselrasse, und das Ziel des Angriffes ist eine unserer Inseln . . ." (Times 5. 4. 1982)

Die darauffolgenden Kommentare fallen zwar etwas vorsichtiger aus, es werden jedoch keine grundsätzlichen Abstriche gegenüber der Ausgangsposition vollzogen. Es handele sich um die Frage politischer Prinzipien und die Handlungen Englands würden auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen aus einer moralischen Position heraus erfolgen. England könne nicht vor der Aggression von Diktatoren zurückweichen und müsse mit Gewaltherrschern aus einer Position der Stärke heraus verhandeln. (Times 8. 4. 1982) In anderen Zeitungen wurde die Besetzung der Malvinen / Falkland Inseln durch Argentinien indirekt mit dem Überfall auf Polen 1939 verglichen, der damals zum Kriegseintritt Englands in den Zweiten Weltkrieg führte. Damit versuchte man den Konflikt mit der argentinischen Militärjunta den Rang einer Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur zu verleihen. Gleichzeitig gehe es darum, internationalen Rechtsnormen Gültigkeit zu verschaffen, denn sonst werde ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen und ähnliche Vorgänge könnten sich schnell zwischen anderen Staaten wiederholen. Insgesamt beruft sich die englische Regierung einerseits auf die UNO-Resolution 502 vom 3. April 1982, die den unverzüglichen Abzug aller argentinischen Streitkräfte von den Inseln forderte, und sieht sich damit als Verfechterin einer Rechtsposition. Andererseits tritt sie für das Selbstbestimmungsrecht der Inselbewohner ein, die es in der Vergangenheit stets abgelehnt hatten, unter argentinischer Herrschaft zu leben.

giv'em hell". Es herrschte eine Art vorweggenommene Kriegsbegeisterung und Siegeszuversicht, während die Argentinier verschiedentlich als „Bloody Argies" bezeichnet wurden. (Zeit vom 9. 4. 1982) Noch Mitte April schrieb die Boulevard-Zeitung „The Sun" unter der Schlagzeile „Mit Volldampf in den Krieg": „Alexander Haigs fliegender Zirkus ist momentan zum Stillstand gekommen . . . Wir sollten Haig dankbar für seine Friedensbemühungen sein. Aber wir meinen, daß eine Menge Nebel verdeckt hat, daß es im Grunde um eine ganz einfache Sache geht: Die Inseln sind britisch, sie wurden gewaltsam weggenommen, wir wollen sie wiederhaben. Wir sind nicht interessiert an Kompromissen, die für Argentinien eine Belohnung für Agressionen bedeuten würde. Wir werden ihr unverschämtes Verlangen nicht akzeptieren, wonach ihre schäbige Flagge über einen Teil britischen Besitzes wehen soll. Triumvirate, irgendwelche Hoheitsaufteilungen — das alles kommt nicht in Frage. Eine multinationale Streitmacht ist auch nicht gefragt . . . Entweder gehen die Argentinier freiwillig oder sie müssen dazu gezwungen werden. So einfach ist das." (zitiert nach FAZ 15. 4. 1982).



Die Kommentare der „Times" sind gegenüber denen in Boulevard-Zeitungen und Reden einzelner englischer Politiker vergleichsweise zurückhaltend. Selbst der Vorsitzende der Labour-Partei, Michael Foot, der sein Leben lang für Abrüstung gekämpft hat, hielt eine vielbeachtete Rede über nationale Größe und Stärke. Auch nach den ersten Kriegshandlungen zeigte sich nur langsam ein Abweichen von einer Position militärischer Härte bei der Labour-Partei. Bewaffnete Aktionen seien nicht grundsätzlich auszuschließen, nur sollten möglichst keine Engländer dabei umkommen.

Nach dem Rücktritt von Außenminister Lord Carrington, der verhandeln wollte, setzte sich sowohl in der Regierung wie in weiten Teilen der Öffentlichkeit eine kriegerische Stimmung durch. Beim Auslaufen der britischen Flotte, das noch als eine Art Schauspiel des 19. Jahrhunderts mit einem echten Prinzen an Bord erschien, verkündeten Transparente: „Good luck Navy,

Obwohl sich nach Meinungsumfragen die Mehrheit der Briten mit der Entsendung der Flotte einverstanden zeigte, war nach den ersten eigenen Verlusten mit einer Abnahme der Zustimmung zu rechnen. Allerdings war mit dem Auslaufen der Schiffe eine kriegerischen Auseindersetzung eigentlich bereits vorprogrammiert, da das Beharren der Thatcher-Regierung auf der englischen Souveränität den argentinischen Generälen aufgrund innenpolitischer Zwänge und patriotischer Rhetorik keine Rückzugsmöglichkeit offen ließ, bei der nicht ihre Herrschaft infrage gestellt worden wäre.

Die englische Argumentation, mit Hilfe moralischer Prinzipien gegen südamerikanische Diktatoren ins Felde zu ziehen, ist neueren Datums und damit fragwürdig. In der Vergangenheit hat die Thatcher-Regierung eine wohlwollende Politik gegenüber südamerikanischen Militärregimen verfolgt und als einziges europäisches Land die anti-kommunistische Eindämmungspolitik der USA in Mittelamerika eindeutig

unterstützt. Bis vor wenigen Wochen lieferte England noch militärische Elektronik und Radarausrüstungen an die argentinische Armee. Dieses Verhalten gilt jedoch auch für die meisten Staaten, die sich jetzt an den Wirtschaftsboykott gegenüber Argentinien beteiligten. In den vergangenen Jahren wurde die Bundesrepublik zum größten Waffenlieferanten Argentiniens.

Die deutschen Rüstungsausfuhren haben von 1977 bis 1981 genau ein Drittel aller argentinischen Rüstungseinfuhren ausgemacht und in erster Linie aus Kriegsschiffen und gepanzerten Fahrzeugen bestanden. (FAZ 24. 4. 1982)

Die argentinischen Generäle: Aus der internen Krise in die außenpolitische Offensive

Kurz vor der argentinischen Besetzung der Inseln erreichten die seit einigen Monaten zunehmenden innenpolitischen Konflikte ihren Höhepunkt, die Popularität der Militärdiktatur dagegen ihren absoluten Tiefstand. Ende März kam es in mehreren Städten zu den größten Demonstrationen seit dem Militärputsch gegen die Regierung Isabelita Perón im Jahre 1976. Allein in Buenos Aires verhafteten die Militärs über 1000 Demonstranten, als die verbotenen Gewerkschaften und Parteien gegen die soziale Verarmung und für politische Freiheiten auf die Strasse gingen. Als Reaktion auf die Unterdrückungsmaßnahmen planten die Gewerkschaften für Anfang April einen Generalstreik, mit dem gegen die Niederschlagung der Demonstration vom 30. März protestiert und für die Freilassung der inhaftierten Gewerkschaftler gekämpft werden sollte.

Die Malvinas-Aktion kam dazwischen und führte zu einem vollständigen Stimmungsumschwung. Militärpräsident Galtieri und die Streitkräfte erhielten schlagartig eine ungeahnte Popularität. Mit der „patriotischen Tat" und der „Heimkehr der Malvinen nach Argentinien" gelang es vorübergehend, gegensätzliche politische Kräfte in einer Woge nationaler Begeisterung zusammenzuführen. Erstmals kam es zu Massenkundgebungen vor dem Präsidentenpalast, bei denen sich Generäle auf dem Balkon der jubelnden Menge zeigen konnten, statt die Demonstraten wie normalerweise durch die Sicherheitskräfte auseinander treiben zu lassen. Auch die Opposition erhielt einen ungeahnten Handlungsspielraum. Innenminister General Saint Jean empfing die Parteiführer, darunter auch den Vertreter der „linken Volksfront". Danach erklärten die Oppositionspolitiker im Fernsehen ihr vollkommenes Einverständnis mit den Streitkräften bei ihrem Vorgehen auf den Inseln und bekräftigten, daß Argentinien bei Verhandlungen keinen Schritt zurückweichen solle. Zahlreiche Politiker reisten ins Ausland, um für Verständnis für die argentinische Position zu werben. Selbst der Friedensnobelpreisträger Pérez Esquivel, von dem die Militärdiktatur bis dahin gar keine Notiz genommen hatte, trat öffentlich für den historischen Rechtsanspruch Argentiniens auf die Inseln ein, äußerte aber einzelne kritische Vorbehalte gegenüber dem Regime. (Spiegel-Interview 17/1982) Wie er sind die oppositionellen Kräfte der Ansicht, daß man zwischen der Militärdiktatur und dem Malvinen-Problem unterscheiden müsse. Für sie ist die Besetzung der Malvinas die Einlösung einer historischen Aufgabe und besitzt einen antikolonialistischen Charakter. Ähnlich argumentierte der argentinische Botschafter vor dem Weltsicherheitsrat: Die Besetzung der Inseln durch Argentinien habe eine unhaltbare koloniale Situation beendet. Die Agression sei von England ausgegangen, als es 1833 die Inseln besetzte, in der Folgezeit die Ansiedelung von Argentinien verhinderte und eine Verhandlungslösung durch eine Verzögerungstaktik verhindert habe. Da Argentinien die Malvinen als nationales Territorium betrachtet, beansprucht es das Recht auf Selbstverteidigung in diesem Gebiet und bezeichnet die Entsendung der englischen Flotte als Agression.



Argentinien-Diktator Galtieri, jubelnde Argentinier

Auch die Bischofskonferenz hat bei den nationalen Aufwallungen nicht abseits stehen wollen. In einer Erklärung bezeichneten die argentinischen Bischöfe die Rückgewinnung der nationalen Souveränität als gerecht. Zitat: „Die Bischöfe teilen die Freude aller Argentinier darüber, daß die Souveränität über die Inseln wiedererlangt wurde, aber auch die Furcht aller, daß es zu einem Krieg mit unvorstellbaren Folgen kommen kann." (FAZ 24 1982) Auch in England haben sich einzelne Bischöfe in ähnlicher Weise für die Politik ihrer Regierung ausgesprochen.

Die integrierende Kraft des Nationalismus durch den Konflikt ist in Argentinien überdeutlich. „Vereint ist alles einfacher," heißt ein Spruch, der im kontrollierten Fernsehen häufig auftaucht. In einem Interview äußerte der Innenminister die Hoffnung, daß sich die „Einigkeit" des Landes in Sachen Malvinen auch auf andere Bereiche des „nationalen Lebens" übertragen lasse. Die Militärregierung könne gerade deswegen keinerlei Zugeständnisse machen: „Wenn wir nachgeben würden, dann würden die Leute uns aufhängen, mit Recht." (FAZ 24. 2. 1982)

Tatsächlich sind die möglichen Auswirkungen des Konfliktes ebenso ungewiß wie zweischneidig. Obwohl die Generäle stets nationale Gründe vorschieben, ist sicher, daß sie angesichts der angespannten inneren Lage ein außenpolitisches Feindbild gut gebrauchen konnten. Die Indienststellung externer Gegensätze für innenpolitische Ziele ist in der jüngeren Geschichte Argentinien kein Einzelfall. So sollen politische Berater der Präsidentin Isabel Perón wenige Tage vor dem Militärputsch 1976 nahegelegt haben, eine schnelle Invasion der Inseln als außenpolitisches Ablenkungsmanöver zu nutzen. (LAWR 2.4.1982) Noch im Februar dieses Jahres provozierte die Militärregierung beinahe einen Zwischenfall in der Nähe von Kap Horn mit Chile, als es erklärte, auch dieses Gebiet am Südzipfel des lateinamerikanischen Kontinentes unterstehe argentinischer Oberhoheit. (FAZ 4. 5. 1982)

Es ist nicht klar ersichtlich, ob unter den Generälen Einigkeit über die Besetzung der Inseln bestand. Mit Sicherheit haben sie jedoch nicht mit einem so harten Vorgehen der Thatcher-Regierung gerechnet, das von ihnen als „Überreaktion" bezeichnet wird. Dies gilt ebenfalls für die erste Euphorie innerhalb der Bevölkerung, die die Besetzung der Inseln als gerechte Aktion betrachtet und die Begleiterscheinungen eines Krieges und einer Wirtschaftsblockade nicht bedachte.

Die Haltung der USA

Für die USA bekommen internationale Konflikte immer dann einen delikateren Beigeschmack, wenn sie nicht in das grobe Raster der Ost-West-Spannungen passen und dennoch oder gerade deswegen die Interessen der USA berühren; genau dies ist im Konflikt zwischen Argentinien und Großbritanien der Fall. Die Regierung Thatcher ist für Präsident Reagan verläßlichster Verbündeter im westlichen Bündnis; der im Dezember '81 an die Macht gekommene und mit großen US-Sympathien bedachte argentinische Präsident General Galtieri sollte für die USA — quasi als „Ersatz" für das sich politisch von den USA emanzipierende Brasilien — zum Ga-

ranten für politische Stabilität und Sicherung der US-Interessen am Cono Sur werden (siehe Blätter d. IZ3W Nr. 100); und dies ist für die USA angesichts des Krisenherdes in Zentralamerika dringend nötig.

Beiden Ländern ist die USA durch Bündnisse zu (militärischem) Beistand verpflichtet: Großbritanien durch die NATO, Argentinien durch das Verteidigungsabkommen TIAR innerhalb der Organisation Amerikanischer Staaten (Pakt von Rio 1947).

So ist die Malvinas / Falkland-Krise nicht nur ein politischer Interessenkonflikt (eine Behandlung der Krise als völkerrechtlichen Konflikt ist aufgrund der strittigen rechtlichen Ausgangssituation wenig sinnvoll, zumal eine Lösung nur politisch gefunden werden kann) zwischen Argentinien und England, sondern ebenso für die USA; aufgrund ihrer spezifischen Interessen konnten sie zunächst für keine Seite Partei ergreifen. Eine Unterstützung der britischen Flotten-Aktion hätte mit Sicherheit die Solidarisierung der lateinamerikanischen Staaten mit Argentinien gegen die USA und den Ausbau der argentinischen Beziehungen zur Sowjetunion zur Folge, und das zu einem Zeitpunkt, wo die USA sich wieder verstärkt um Einfluß in Lateinamerika bemühten und im Interesse ihrer Sicherheitspolitik für notwendig erachteten. Eine Parteinahme für Argentinien, das die Inseln ja mit militärischer Gewalt besetzte, gegen den wichtigsten NATO-Verbündeten, war politisch gesehen indiskutabel, auch wenn sich die USA nicht die Sichtweise „Demokratie versus Diktatur" aneigneten. Wollten die USA ihre Interessen in Europa und Lateinamerika bewahren, mußten sie sich praktisch als Vermittler im Konflikt anbieten: auch mit dem Ziel, so den Sturz zweier für sie wichtiger Regierungen zu verhindern, und damit einer drohenden Schwächung sowohl der NATO als auch der bisher stabilen und für die USA strategisch wichtigen Südspitze Südamerikas entgegenzuwirken.

Gerade diesen Interessenkonflikt wußten die argentinische und britische Regierung in den bis Ende April ergebnislosen Vermittlungsbemühungen Haigs für sich auszunutzen. Argentinien droht im Fall der Nichtberücksichtigung seiner Interessen mit einer (noch) stärkeren Hinwendung zur Sowjetunion, Großbritanien verweist darauf, daß die strategisch wichtigen Inseln im Südatlantik beim NATO-Partner England auch für die USA sicherer seien als unter Herrschaft des politisch chronisch instabilen Argentinien.

Anfangs zeigte sich Argentinien allerdings kompromißbereiter als die Briten (wohl auch deshalb, weil die erhoffte breite Unterstützung anderer Staaten ausblieb, stattdessen England die EG-Mitgliedstaaten auf seine harte Linie einschwören konnte), die sich nicht nur durch den militärischen Handstreich der argentinischen Regierung, sondern auch wegen der formalen Gleichstellung mit der „faschistischen Diktatur" in den Vermittlungen Haigs in ihrer nationalen Ehre schwer getroffen fühlen.

Durch die herannahende britische Flotte gerieten die Verhandlungen immer mehr unter Druck; die „Schwelle" zur militärischen Auseinandersetzung verringerte sich, da die Regierung Thatcher sowohl die Bevölkerung als auch die Europäische Gemeinschaft hinter sich wußte und Argentinien Ende April durch die OAS Rückendeckung erhalten hatte.

Als sich abzeichnete, daß Haigs diplomatische Schlichtungsversuche scheitern würden, bestand der einzige ehrenvolle Ausweg für die USA darin, sich auf die Seite des NATO-Partners Großbritannien zu stellen und wirtschaftliche Sanktionen gegen Argentinien zu verhängen; eine Entscheidung, die vom US-Kongreß und breiten Teilen der Bevölkerung erwartet und begrüßt wurde.

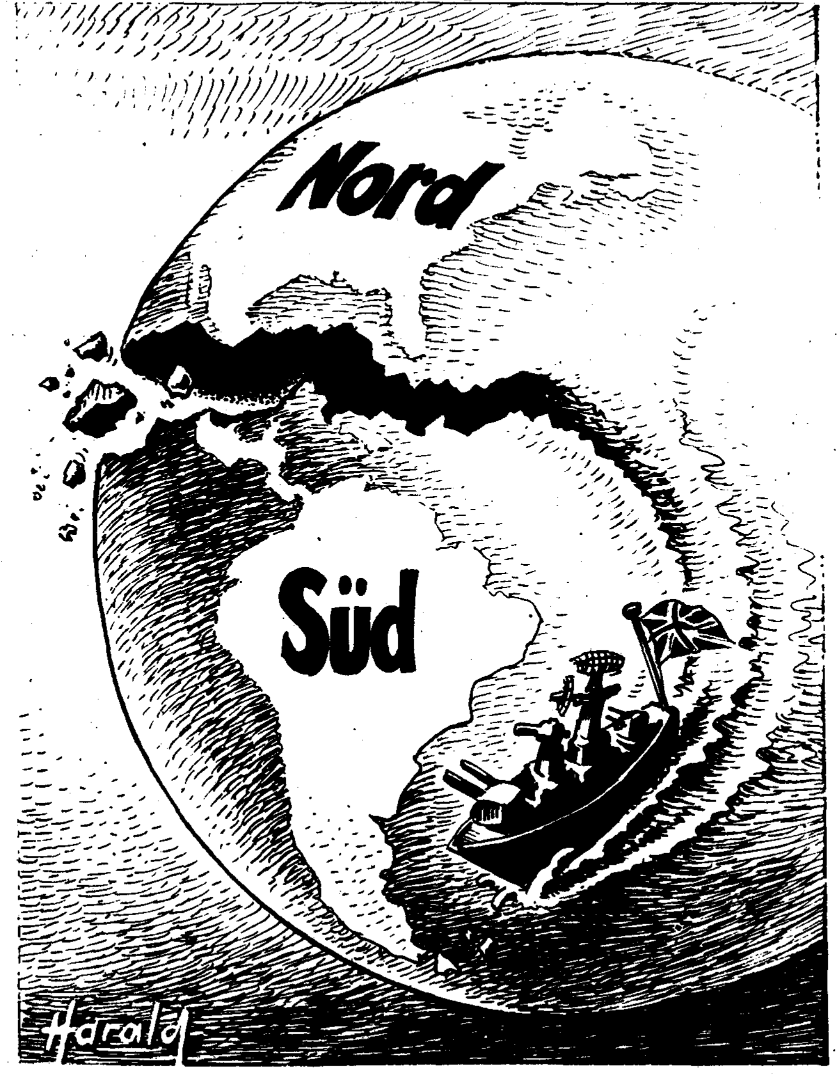
Dieser Schritt leitete nicht nur eine neue Phase im Malvinas / Falkland-Konflikt ein, sondern bedeutet auch einen Wendepunkt in der bisher relativ erfolgreichen Lateinamerikapolitik Reagans; d. h. die Aufgabe der angestrebten „engen Zusammenarbeit" mit den Diktaturen Lateinamerikas, besonders Argentinien (s. Bl. d. IZ3W, Nr. 100) und die Unmöglichkeit der Durchsetzung des wiederbelebten Hegemonialanspruchs. Reagan hatte versucht, die sich unter Nixon, Ford und Carter entwickelnde größere Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Länder von den USA wieder rückgängig zu machen, die Militärhilfe für die autoritären Regierungen wiedereinzuführen oder zu steigern, um die „Sicherheitsinteressen" der USA auf dem Kontinent wieder durchzusetzen. Diese langfristig angelegte Strategie zur Anbindung Lateinamerikas mußte jetzt aufgegeben werden.

Die Malvinas / Falkland-Krise wurde zum Stolperstein für die in doppelter Bündnisverpflichtung stehenden USA, da sich die von den USA ursprünglich zum Schutz ihrer Interessen gegründete OAS nun — mit Ausnahme Chiles und der englischsprachigen Karibikstaaten — gegen sie stellt.

Die Reaktionen der lateinamerikanischen Staaten

Die Reaktion der lateinamerikanischen Staaten war zunächst — entgegen den Erwartungen Argentiniens — nicht einheitlich.

Uneingeschränkt befürwortet wurde die argentinische „Wiedergewinnung" der Malvinas anfangs nur von den Ländern, die selbst territoriale Konflikte mit Großbritannien oder ihren Nachbarstaaten haben: Guatemala (Belize), Venezuela (ehemaliges brit. Guyana / Essequibo), Ecuador (Teil von Peru), Bolivien (Teil von Chile), Nicaragua (kleine Inseln vor Kolumbien); die



linken Regierungen Nicaraguas und Cubas stellten sich auch aus „antiimperialistischer Solidarität" auf Argentiniens Seite.

Lediglich Chile, das selber mit Argentinien in den Gebietskonflikt im Beagle-Kanal verwickelt ist, bezog klar gegen die argentinischen Ansprüche Stellung, und es tauchten Gerüchte auf, daß Chile den Briten seinen Hafen Punta Arenas an der Magellanstraße zur Verfügung stellen werde. Die Gerüchte wurden zwar dementiert, offiziell nimmt Chile eine strikt neutrale Position ein, versucht aber, aus der Krise Kapital zu schlagen: die argentinische Besetzung der Inseln sei der Beweis, daß die Generäle jenseits der Anden sich nicht mit dem vielzitierten „Säbelrasseln" begnügen, Chiles Aufrüstung als Schutz vor dem aggressiven Nachbarn habe im Nachhinein Legitimation erfahren und zeige, wie berechtigt die chilenischen Sorgen um die Sicherheit im Südatlantik sei. Chiles „sicherheitspolitisch verantwortungsvolle" Haltung zielt auch wieder auf seine Interessen an einem südatlantischen Verteidigungsbündnis ab (s. Bl. d. IZ3W, Nr. 100). Chile wird versuchen, sich als zuverlässiger Partner der USA zu profilieren und damit die Rolle einnehmen, die die USA Argentinien unter Präsident Galtieri geben wollte. Zudem wird der Krieg mit Großbritannien Argentinien wirtschaftlich auf längere Zeit schwächen, so daß Chile gegenüber Argentinien an regionaler und internationaler Bedeutung gewinnen kann, zumal mit den USA im Rücken.



Argentinische Waffen-Anzeige*

Aus „Internationale Wehr-Revue" Nr. 11/1981.

Die übrigen lateinamerikanischen Staaten nahmen nach der Besetzung der Malvinas / Falklands die von Brasilien formulierte „Zwischenposition" ein: Verurteilung der militärischen Aktion gemäß der UNO-Resolution 502, die den Abzug der argentinischen Truppen und eine diplomatische Lösung des Konflikts fordert, aber Unterstützung der argentinischen Ansprüche auf die Inseln.

Peru und Bolivien nehmen eine Sonderposition in den Reihen der Unterstützer Argentiniens ein, da sie besonders enge Beziehungen zu den argentinischen Militärs unterhalten und auch militärischen Beistand zugesichert haben. Das Handelsembargo der Europäischen Gemeinschaft leitete den Stimmungsumschwung der lateinamerikanischen Staaten zugunsten Argentiniens ein, der dann mit dem Ende der Vermittlerposition und der Parteinahme der USA für Großbritanien zu einer breiten Solidarisierungswelle für Großbritannien zu einer breiten Solidarisierungswelle für Argentinien führte.

Hatte die anfangs eher zurückhaltende Reaktion der lateinamerikanischen Länder und die Isolierung Argentiniens im UN-Weltsicherheitsrat noch einen gewissen Druck auf die Verhandlungsbereitschaft

OFFENER BRIEF

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

nachdrücklich begrüßen wir den Beschluß Ihrer Regierung, nach dem argentinischen Angriff auf die Falkland-Inseln endlich alle Kriegswaffenexporte in dieses Land einzustellen. Nicht ohne Befremden stellen wir aber fest, daß es dazu erst der Anzettelung eines Krieges im Südatlantik bedurfte, während die blutige Repression in Argentinien selbst seit dem Militärputsch 1976 mit zehntausenden von Opfern offenbar kein ausreichender Grund für ein Embargo war.

Noch inkonsequenter erscheint uns der zeitlich befristete und beschränkte Charakter der jetzt beschlossenen Maßnahmen. Laut Regierungssprecher Becker (Pressemitteilung vom 8. 4.) soll das Embargo nur für die Dauer des bewaffneten Konfliktes mit Großbritannien und nicht für den Bau und die Erprobung argentinischer Waffen auf dem Boden der Bundesrepublik gelten. Müssen wir daraus schließen, daß Ihrer Regierung die Kontinuität deutsch-argentinischer Waffengeschäft letztlich wichtiger ist als die Sicherung des Friedens im Südatlantik?

Das argentinische Militärregime hat mit dem Überfall auf Falkland nicht zum ersten Mal seinen Hang zu aggressiver Außenpolitik offenbart. Wir erinnern an den Beagle-Kanal-Konflikt mit Chile, die bewaffnete Beteiligung am Sturz der gewählten Regierung Boliviens 1980 und die gegenwärtige offene Intervention in El Salvador. Alle bisherigen Warnungen vor weiteren Waffenlieferungen sind von der Bundesregierung in den Wind geschlagen worden. Heute werden im Südatlantik deutsche Waffen eingesetzt, deren Export in den vergangenen Jahren mit der angeblichen Friedfertigkeit der Militärjunta begründet worden war. Sollten nach Beendigung des Falklandskonflikts erneut Waffen geliefert werden, wird sich mit Sicherheit auch dafür eine kriegerische Verwendung finden. Wenn die Gefahr eines innen- und außenpolitischen Mißbrauchs von Waffen wirksam ausgeschlossen sein soll, muß das Embargo daher so lange gelten, bis ein grundsätzlicher demokratischer Strukturwandel in der argentinischen Politik stattgefunden hat.

Mit der „flagranten Verletzung völkerrechtlicher Verpflichtungen" (Erklärung der Bundesregierung vom 8. 4.) durch die Militärjunta sind aber auch andere verbindliche Zusagen des Regimes unglaubwürdig geworden — u. a. die, Atomanlagen aus der Bundesrepublik Deutschland nur für friedliche Zwecke zu nutzen. Wir fordern deshalb, daß die Lieferungen der KWU für argentinische Atomreaktoren, die Mitwirkung der Firmen Uhde, und KEWA am Bau einer Plutonium-Wiederaufbereitungsanlage in Resende und die vom Kernforschungszentrum Karlsruhe koordinierte atomare Zusammenarbeit unverzüglich beendet werden.

Die Wahrung des Friedens und wirkliche Entwicklungshilfe müssen auch hier Vorrang haben vor Profitinteressen privater Unternehmen. Ein kompetenter Beobachter der argentinischen Politik, Friedensnobelpriesträger Adolfo Perez Esquivel, hat sich eindeutig gegen das Atomprogramm ausgesprochen mit der Begründung: „Wir sind nicht davon überzeugt, daß unsere Regierung die Atomtechnologie friedlich nutzen wird."

Unterzeichnet vom:
Forschungs- und Dokumentationszentrum
Chile-Lateinamerika gemeinnütziger e.V.
Savignyplatz 5
1000 Berlin 12

Argentiniens ausüben können, so lösten die EG-Sanktionen und die Parteinahme Was hingtons für die „Kolonialmacht" eine Identifikation mit der argentinischen Position aus, die sich im Abstimmungsverhalten der OAS — Beifall für den argentinischen Außenminister Costa Mendez, Schweigen auf Haigs Rede — und in konkreter Wirtschaftssolidarität zeigte.

Der Andenpakt, die lateinamerikanische Integrationsbewegung ALADI und die lateinamerikanische Wirtschaftsgemeinschaft SELA versprachen Hilfe, um die für Argentinien durch das EG-Embargo entstehenden Nachteile aufzufangen und auszugleichen.

Die jüngste Entwicklung wird in ganz Lateinamerika als schwere Belastung der Nord-Süd-Beziehungen gesehen: „Die von Washington immer beanspruchte Rolle einer Schutzmacht auch gegenüber seinen südlichen Nachbarn (stellt) sich in diesem Fall der Bedrohung Lateinamerikas als das heraus, was man schon immer habe vermuten müssen, nämlich als die überhebliche Bevormundung Lateinamerikas." (FAZ, 22. April 1982)

So erwächst aus dem Krieg im Südatlantik ein Konflikt zwischen dem Subkontinent Lateinamerika und den westlichen Inustrienationen, der erheblich weitreichendere Auswirkungen haben wird als ein auf Argentinien beschränktes Wiederaufleben nationlistischer Politik und die Notwendigkeit, die Oppositionsparteien wieder stärker ins politische Konzept miteinzubeziehen.

In den Staaten Lateinamerikas werden sich die Bestrebungen verstärken, sich von Europa und den USA abzuwenden und sich wirtschaftlich und politisch der Dritten Welt anzunähern, um dadurch einen größeren Handlungsspielraum zu erreichen. Diese veränderten Bedingungen werden auch in den Ländern selbst wieder die Fragen der Legitimation der Herrschaft aufwerfen; und, wenn die starke Anbindung der Militärdiktaturen an die USA, Europa und die multinationalen Konzerne sich lockert, könnte die Beteiligung der Parteien und populistischen Bewegungen für die autoritären Regimes zur Überlebensfrage werden.

Die Rolle der Sowjetunion

Die Sowjetunion verhält sich, formal gesehen, neutral im Konflikt (Stimmenthaltung im Sicherheitsrat der UN), politisch stellt sie sich eindeutig auf die Seite Argentiniens. Die „Prawda" legitimierte zwar nicht die militärische Aktion, strich aber das Wort „Besetzung" aus ihrem Vokabular und sprach stattdessen von einem notwendigen Akt der „Dekolonialisierung" (nach der FAZ, 14. April 1982).

Ungeachtet aller ideologischer Differenzen will die UDSSR ihrerseits die für sie negative Handelsbilanz durch Lieferung von Industriegütern vor allem im Bereich der Wasser- und Atomenergie ausgleichen. Moskau ist besonders an den strategischen Auswirkungen der Krise im Südatlantik interessiert und befürchtet eine Ausdehnung des Einflußbereichs der NATO, wenn die Inseln britisch bleiben oder auch die USA die Möglichkeit erhielten, auf den Malvinas / Falklands Militärstützpunkte zu errichten. Die Sowjetunion unterstützt nicht etwa „ein südamerikanisches Entwicklungsland" gegen die „globalen strategischen Interessen der imperialistischen Mächte, der Alliierten im aggressiven Nato-Block" (die „Prawda", zitiert nach FAZ vom 14. April 1982), sondern erhofft sich durch ihre positive Haltung den argentinischen Interessen gegenüber und von einem Besitzwechsel der Inseln grössere Einflußmöglichkeiten sowohl in Südamerika als auch im Südatlantik.



Die Auswirkungen des Konfliktes

Einige der Folgen der kriegerischen Auseinandersetzungen werden bereits jetzt deutlich, andere hängen von der weiteren Entwicklung des Konfliktes ab. Schon heute kann man festhalten, daß die Auswirkungen des Krieges zu überraschenden und teil weise einschneidenden Konsequenzen führen werden. Die Folgen beschränken sich dabei nicht nur auf Argentinien, sondern umfassen auch und gerade die interamerikanischen und internationalen Beziehungen.

Auf der *nationalen Ebene* würde der Ausgang des Krieges die wirtschaftliche Entwicklung Argentiniens, die Richtungskämpfe zwischen den Militärs und die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in den nächsten Jahren bestimmen:

- Intern befinden sich die herrschenden Generäle in einer Zwangslage: Ein Zurückweichen der Militärführung bei etwaigen Verhandlungen könnte ihr später von jüngeren Offiziersgruppen, die unmittelbar an den Aktionen beteiligt waren, als nationaler Verrat ausgelegt werden und die Machtkämpfe innerhalb der Streitkräfte weiter verschärfen. Darüber hinaus steht die „Einheit aller Argentinier" auf wackligen Beinen und kann
- je nach Ausgang des Inselstreites — schnell ins Gegenteil umschlagen. Die argentinische Oppositionsbewegung unterstützt die „nationale Wiedergewinnung" der Malvinen, damit aber nicht die Politik der Militärjunta. Diese wurde auf einer Gewerkschaftsdemonstration vor dem Präsidentenpalast in Buenos Aires deutlich, als die Demonstranten politische Freiheitsrechte forderten und riefen: „Die Malvinen gehören zu uns, die Verschwundenen aber auch."
- Drastische Folgen wird das Inselabenteuer der Generäle für die argentinische Wirtschaft haben. Argentinien ist höher verschuldet als Polen und hat die höchste Inflationsrate der Welt. Die mit der Einführung der Kriegswirtschaft erlassenen Maßnahmen werden die Lage der unteren Bevölkerungsklassen weiter verschlechtern.
- Eine Umorientierung der bisherigen marktwirtschaftlichen Politik, die eine totale Öffnung gegenüber Importwaren beinhaltete, zugunsten eines Wirtschaftsnationalismus mit Schutzzöllen gegenüber ausländischen Produkten ist wahrscheinlich. Solche Maßnahmen zur Förderung der nationalen Industrie würden auf Zustimmung bei den Gewerkschaften und der nicht mit den multinationalen Unternehmen verbundenen Industriebourgeoisie stossen. Sie könnten Veränderungen in den Außenbeziehungen mit den europäischen Staaten und den USA zur Folge haben.

Auf der *interamerikanischen Ebene* hat der Konflikt eine Reihe von überraschenden Veränderungen hervorgerufen:

- Wegen der Parteinahme der USA für England kam es zu antiamerikanischen Stellungnahmen einer Reihe von Regierungen, die bislang als engste Verbündete der USA galten (Venezuela, Peru). Der erstmalige Wirtschaftsboykott der EWG (ausgerechnet gegen ein Land der

Dritten Welt) wurde von Argentinien und anderen südamerikanischen Staaten als „Agression“ bezeichnet. Die Haltung der EWG wird Rückwirkungen bei der Vergabe von Staatsaufträgen durch lateinamerikanische Regierungen haben. Allerdings bleibt fraglich, ob auf den gegenwärtig vorgetragenen Antiamerikanismus und Antikolonialismus auch konkrete Taten, etwa eine dauerhafte Stärkung der lateinamerikanischen Integrationsbestrebungen, folgen werden.



- Die in den letzten Jahren feststellbare Aufrüstung südamerikanischer Staaten mit modernen und kostspieligen Waffensystemen (vgl. iz3w Nr. 95 / 1981) wird noch schneller zunehmen als bisher. Gleichzeitig wächst die Gefahr neuer Grenzkonflikte.

- Trotz des Ausbaues der wirtschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion und dem Bekenntnis zur Dritten Welt ist fraglich, ob die argentinische Regierung auf Dauer einen unabhängigen Kurs in den Außenbeziehungen einschlagen wird. Dagegen sprechen sowohl die Abhängigkeit Argentiniens von den westlichen Ländern und den multinationalen Unternehmen als auch die Klasseninteressen der Militärs und der einflußreichen Wirtschaftsgruppen. Die argentinischen Exporte in die SU und nach Ostasien bestehen darüber hinaus einseitig aus Agrarprodukten und tragen wenig zur Stärkung des eigenen Wirtschaftsmarktes bei.

- Die lateinamerikanischen Reaktionen auf den Krieg um die Malvinen / Falkland Inseln werden Rückwirkungen auf die US-Politik in Mittelamerika haben. Die engsten Verbündeten der USA in Mittelamerika (Argentinien und Venezuela) überbieten sich gegenwärtig in antiamerikanischen Stellungnahmen. Dadurch wird sich dort der Handlungsspielraum oppositioneller Bewegungen vergrößern.

Auch auf der *internationalen Ebene* zeichnen sich Auswirkungen ab:

- Im Unterschied zu der weltpolitischen Sichtweise der Reagan-Administration, die von einem allesbestimmenden Ost-West Gegensatz ausgeht, sehen die meisten Staaten der Dritten Welt den Streit der Malvinen / Falkland Inseln mittlerweile als einen Nord-Süd Konflikt. Er zeigt, daß Länder wie Argentinien, die bislang von den USA fest zum westlichen Bündnis gerechnet wurden, aufgrund nationaler Interessen und innerer Herrschaftsprobleme eigene machtpolitische Aktionen durchführen können und dabei die Unterstützung anderer Länder der Dritten Welt suchen.

- Mit dem Krieg ist der Südatlantik zu einer internationalen Krisenzone geworden. In Zukunft wird der Südatlantik eine größere strategische Bedeutung erhalten, da Verteilungskämpfe um Rohstoffe und Einflußsphären zu erwarten sind.
- Das sich abzeichnende Abrücken der EG von den militärischen Aktionen Großbritanniens beruht nicht zuletzt auf der Furcht, in Lateinamerika gesicherte Absatzmärkte zu verlieren. Vor allem Japan und die sozialistischen Länder könnten ihre Marktanteile in den südamerikanischen Staaten erheblich steigern.

- Schließlich wird der Krieg die weltweite Tendenz zur Militarisierung fördern, zumal er zeigt, daß weder die Supermacht USA noch die UN in der Lage waren, frühzeitig eine Verhandlungslösung in die Wege zu leiten.

Annegret Haffa/Nikolaus Werz

Mosambik

Guerilleros à la Südafrika

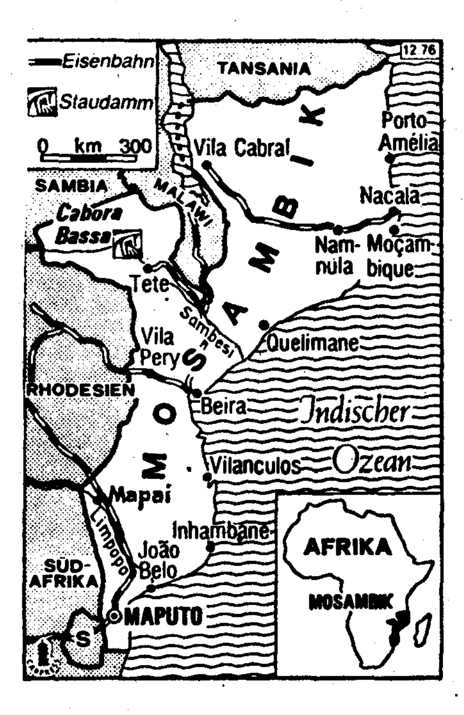
Anfang Januar dieses Jahres wurde Inhaminga, ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt an der Bahnlinie, die den benachbarten Binnenstaat Malawi mit Beira, der zweitgrößten Hafenstadt Mosambiks verbindet, Opfer einer großangelegten Aktion der regierungsfeindlichen Rebellenorganisation RNM (Resistencia Nacional de Mocambique). Mehrere hundert Schwerbewaffnete drangen am Morgen in die Stadt ein, vertrieben die schwache Garnison, plünderten Geschäfte und Behörden und verbreiteten unter der verschreckten Bevölkerung militante Anti-FRELIMO-Slogans. Erst am späten Nachmittag zogen sie wieder ab, nicht ohne große Mengen erbeuteter Waffen mitzunehmen.

Wenn dies auch die bislang spektakulärste Aktion der RNM war — immerhin hatten die Rebellen damit gezeigt, daß sie eine wichtige Stadt fast einen ganzen Tag lang unbehelligt besetzt halten konnten — so war sie bei weitem aber nicht die erste dieser Art. So wurde Beira bereits mehrmals durch die Zerstörung der Überlandleitungen von jeglicher Stromzufuhr abgeschnitten, und im April 1980 gelang es einem Kommandounternehmen der RNM sogar, das Wasserkraftwerk von Mavuzi, das den gesamten mittleren Teil von Mosambik mit Energie versorgt, in die Luft zu sprengen. Vor allem aber ist es die für Zimbabwe lebenswichtige und für Mosambik devisenträchtige Bahnlinie zwischen Beira und Umtali in Ostzimbabwe, sowie die parallel dazu verlaufende Ölpipline, die sich die RNM immer wieder als Zielscheibe ihrer Aktionen aussucht. Im Oktober letzten Jahres wurde diese Verbindung so zerstört, daß der Verkehr wochenlang lahmgelgt war, während die Pipline sogar Anfang dieses Jahres noch nicht wieder in Betrieb genommen werden konnte. Einen Monat später war es dann der Hafen von Beira selbst, der über mehrere Tage hinweg blockiert war, nachdem ein anderes Kommando der RNM die Hafeneinfahrt unpassierbar gemacht hatte. Zwar sind der mosambikanischen Armee in der Vergangenheit wiederholt Gegenschläge gelungen — so konnten im April 1980 das Hauptquartier der RNM und im November eine andere wichtige Basis ausgehoben werden — doch hat der Überfall vom Januar gezeigt, daß die Schlagkraft der Rebellen durchaus noch nicht gebrochen ist. Die bewaffneten Militärkonvois, die nahezu im Schrittempo auf der Verbindungsstraße von der Hauptstadt Maputo nach Beira rollen, werden daher wohl noch für lange Zeit die einzige sichere Reisemöglichkeit zwischen den beiden wichtigsten Städten des Landes darstellen.

Trotz ihrer bisweilen spektakulären Einzelerfolge sieht es allerdings nicht so aus, als könne die RNM die FRELIMO-Regierung ernsthaft in Bedrängnis bringen. Denn anders als etwa die UNITA in Angola, kontrolliert die RNM keine nennenswerten „befreiten" Gebiete, und es ist auch nicht bekannt, daß eine der vielen ethnischen Gruppen des Landes hinter ihr stehen würde, von dem Gedanken, in den Städten Fuß fassen zu können, einmal ganz zu schweigen.

Widerstand ohne Ziel

Die zahlenmäßige Stärke der RNM ist nicht genau bekannt, sie wird auf 1000 bis 3000 Mann geschätzt. Bekannt ist aber ihre relativ gute Bewaffnung und die Tatsache, daß sie vor allem in der südlichen Mitte des Landes operiert, also in der Nähe der Grenze zu Südafrika und Zimbabwe. In diesem Gebiet, in dem die FRELIMO während des Unabhängigkeitskampfes kaum präsent war, und das zudem recht unüber-



sichtlich ist, kann die RNM noch am ehesten auf einen gewissen Rückhalt — oder besser gesagt: eine passive Duldung — bei einigen Teilen der bäuerlichen Bevölkerung rechnen.

Von einer politischen Konzeption der RNM ist außer einem kruden Antikommunismus jedoch nichts bekannt, und selbst dieses Minimalprogramm scheint nur für die Führung zu gelten. Die einfachen Kämpfer sind jedenfalls, wie sich bei Gefangenenverhören herausstellte, nicht in der Lage, deutlich zu machen, für was sie eigentlich kämpfen. Das wenige was die RNM an konkreten politischen „Alternativen" zur FRELIMO anzubieten hat, etwa die Wiedereinsetzung der alten Dorfhäuptlinge und „feiticeiros"[1], offenbart zudem eine eindeutige Orientierung an konservativ-reaktionären Kräften.

Die Mühe, die die RNM drauf verwendet, die von ihr kontrollierte Bevöllkerung von jeglichem Kontakt zur FRELIMO und der offiziellen Verwaltung abzuschneiden — so versucht sie sogar den Verbrauch von Zucker und Salz zu verbieten, weil beides nur über die staatlichen Behörden erhältlich ist — zeigt denn auch, daß hier von einer wirklichen Verankerung nicht die Rede sein kann. Dagegen spricht auch die Tatsache, daß die RNM immer mehr zur Einschüchterung und puren Gewaltanwendung übergeht: Repräsentanten der Regierung werden umgebracht, Autobusse ausgeraubt und zerstört, sogar ganze Dörfer werden niedergebrannt und ihre Ernten vernichtet. Selbst wenn die RNM je eine politische Zielvorstellung gehabt haben sollte, dann ist durch dieses Verhalten die Grenze von der bewaffneten Opposition zum reinen Banditentum jedenfalls längst überschritten. Offiziell stellt die RNM sich allerdings immer noch als eine politische Gruppierung dar, die sich 1976 aus Protest gegen den forcierten marxistischen Kurs der FRELIMO von dieser abgespalten und seitdem die „wahre" Linie des FRELIMO-Gründers Eduardo Mondlane weiterverfolgt habe.

Diese Berufung auf das Erbe Mondlanes zeigt einerseits zwar, welches Ansehen der 1969 ermordete erste Führer der Unabhängigkeitsbewegung heute noch in Mosambik haben muß, wenn selbst eine solche Gruppe wie die RNM versucht, aus seinem Namen politisches Kapital zu schlagen, andererseits muß sie aber wie blanker Hohn wirken, wenn man sich die blinde Zerstörungswut der RNM, vor allem aber auch ihre personelle Zusammensetzung ansieht. Denn wenn auch die Gründer der RNM sowie ihr heutiger Chef — Alfonso Jacomo — tatsächlich ehemalige FRELIMO-Mitglieder sind, so rekrutiert sie sich in der Mehrzahl jedoch aus früheren Angehörigen oder Zuträgern der berüchtigten portugiesischen Geheimpolizei PIDE (später DGS), aus Mitgliedern der gegen die FRELIMO-Guerilleros eingesetzten Spezialeinheiten sowie ehemaligen Söldnern.

Im übrigen scheint die offizielle RNM-Führung ohnehin nur noch eine Nebenrolle zu spielen, da sie seit Jahren schon nicht mehr in Mosambik sitzt, sondern in Cascais, einem teuren Villenvorort von Lissabon, von dem aus sie zwar ständig Verlautbarungen und Pressemitteilungen in alle Welt verschickt, doch keine Kontrolle über die Ereignisse im Land selbst ausüben kann. Aber auch dort, an der sogenannten „Front", wie es in Lissabon heißt, gibt es offenbar keine wirksame Führungsspitze, sondern die gesamte „Bewegung" scheint schon längst in eine Vielzahl unabhängig voneinander operierenden Banden zerfallen zu sein.

Dieser desolate Zustand der RNM, die Tatsache, daß sie unter der Bevölkerung so gut wie gar keine Unterstützung hat und sich überdies aus den am meisten kompromit-

tierten Elementen der Kolonialzeit zusammensetzt, legen nun allerdings die Frage nahe, wieso sie sich eigentlich überhaupt noch halten kann. Die Antwort auf diese Frage kann indessen nicht mehr in Mosambik selbt, sondern nur noch jenseits der Grenzen des Landes gesucht werden.

Der lange Arm Südafrikas

Da sind zum einen die finanziellen Zuwendungen portugiesischer Ex-Kolonialisten, unter denen die Hauptrolle offensichtlich Jorge Jardim spielt, bis 1975 der reichste Mann Mosambiks. Großzügige Unterstützung, vor allem in Form von Waffen und Rückzugsmöglichkeiten, wurde bis 1980 natürlich auch durch das Regime in Salisbury gewährt, eine Quelle, die freilich versiegt ist, seitdem Mugabe an der Macht ist und die Armeen beider Länder ihre Aktionen gegen die RNM koordinieren.

Den entscheidenden Rückhalt dürfte die RNM aber in Südafrika haben, und das nicht erst seit dem Ende der Smith-Ära in Rhodesien. Pretoria streitet zwar „jegliche Einmischung in die inneren Angelegnheiten" Mosambiks ab, die Tatsachen sprechen jedoch eine andere Sprache. So ist es ganz offensichtlich, daß der Rebellensender „Voz da Africa livre" (Stimme des freien Afrika) aus Südafrika sendet und daß sich die südafrikanische Luftwaffe auf ihren Aufklärungsflügen im mosambikanischen Luftraum so ungeniert bewegt als wäre es der eigene, läßt sich ohnehin nicht verbergen.[2] Letzte etwaige Zweifel wurden im Dezember 1981 ausgeräumt, als anläßlich der Aushebung der Basis Garagua durch die mosambikanische Armee Protokolle über Treffen zwischen südafrikanischen Offizieren und RNM-Führern gefunden wurden.

Vor allem sind es Waffen, Medikamente und sonstige Ausrüstungsgegenstände, die den Rebellen geliefert werden, im übrigen meist per Fallschirm, was wegen der südafrikanischen Luftüberlegenheit vollkommen unproblematisch ist. Nach Aussagen von RNM-Deserteuren und Gefangenen leistet Südafrika Beistand aber auch in Form militärischer Ausbildung, die auf ihrem Territorium durchgeführt wird, häufig durch ehemalige portugiesische und rhodesische Armeeangehörige bzw. Söldner. Als bewiesen dürfte auch gelten, daß wichtige RNM-Leute dank südafrikanischer Hubschrauber eine große Bewegungsfreiheit im Hinterland Mosambiks genießen, ebenso wie es solche Hubschrauber wahrscheinlich auch gewesen waren, die, kurz bevor das Rebellenlager Garagua eingenommen wurde, einigen RNM-Führern die Flucht ermöglicht hatten. Nicht zuletzt bietet Südafrika der RNM eine rückwärtige Basis außerhalb der Reichweite der mosambikanischen Armee, auf die sie sich jederzeit zurückziehen und dort ungestört neue Aktionen vorbereiten kann.

An der Unterstützung der RNM durch Südafrika dürfte es also kaum noch Zweifel geben. Aus Südafrika Sicht gibt es zudem Gründe genug, an einer „Destabilisierung" Mosambiks interessiert zu sein, sodaß es ohnehin mehr als unwahrscheinlich wäre, wenn es eine solche günstige Gelegenheit, wie die Existenz der RNM, nicht ausnützen würde.

Die Motive Südafrikas

Grundsätzlich muß die südafrikanische Regierung natürlich befürchten, daß ein schwarzafrikanischer Staat in der unmittelbaren Nachbarschaft, der sozialistisch *und* erfolgreich zugleich wäre, schon durch seine bloße Existenz gefährliche Auswirkungen auf das innenpolitische Klima im eigenen Land hatte. Denn das Selbstbewußtsein der schwarzen Mehrheit würde dadurch höchstwahrscheinlich ungemein gestärkt werden, und das rassistische Argument von den Schwarzen, die noch mindestens fünfzig Jahre bräuchten, bis sie selbst „Verantwortung tragen" könnten, würde damit vollends in sich zusammenfallen. Südafrika muß aber auch befürchten, daß sich ein politisch und ökonomisch stbiles Mosambik langfristig aus seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit gegenüber dem Rassistenregime lösen könnte, sind als Hinterlassenschaft der Kolonialzeit die (ungleichen) Beziehungen zwischen beiden Staaten derzeit doch weitaus enger, als das der Regierung in Maputo recht sein könnte. So stammen noch heute 60 % des über Maputo laufenden Frachtverkehrs aus dem Süden, ebenso wie der größte Teil des qualifizierten Bahn- und Hafenpersonals, da es Mosambik bisher noch nicht gelungen ist, die portugiesischen Spezialisten, die das Land 1975 Hals über Kopf verlassen hatten, durch eigene Leute zu ersetzen. Südafrika ist aufgrund langfristiger, noch vor 1975 getroffener Abmachungen, auch Hauptabnehmer des Stroms, der vom Cabora-Bassa-Damm kommt, und schließlich arbeiten noch heute an die 35 000 mosambikanische Bergleute als wichtige Devisenbringer in südafrikanischen Goldgruben. Insgesamt haben so über 40% der Deviseneinnahmen Mosambiks ihren Ursprung in Südafrika. Sollte Mosambik aber die Befreiung aus dieser Abhängigkeit gelingen, wäre Südafrika nicht nur um Hafen, Arbeiter und billige Energie gebracht, sondern es müßte vor allem auch damit rechnen, daß die Regierung in Maputo sich dann stark genug fühlen würde, um der südafrikanischen Befreiungsorganisation ANC den Aufbau von Operationsbasen auf ihrem Territorium zu gestatten, ein Schritt, den sie bisher aus Angst vor Vergeltungsschlägen bisher noch nicht zu tun wagte.[3]

Ein besonderer Dorn im Auge ist Südafrika jedoch die zentrale Rolle, die Mosambik in der „Southern African Development Cooperation Conference", kurz SADCC, spielt. In ihr hatten sich 1979 acht Staaten des südlichen Afrika (Zimbabwe, Sambia, Botswana, Angola, Lesotho, Swaziland, Malwi und Mosambik) sowie Tansania zusammengefunden, um durch gemeinsame Entwicklungsanstrengungen den übermächtigen Einfluß Südafrikas, vor allem auf dem Gebiet des Handels und der Verkehrsverbindungen, langfristig zurückzudrängen. Wie ein Blick auf die Karte zeigt, beruht dieser Einfluß vor allem auf der geographischen Situation, also der Tatsache, daß die meisten Staaten des südlichen Afrika keinen eigenen Zugang zum Meer haber und daher für ihre Ein- und Ausfuhren weitgehend auf das südafrikanische Eisenbahn- und Hafensystem angewiesen sind. Sollte es nun aber gelingen, diese Handelsströme durch einen entsprechend zügigen Ausbau der Infrastruktur über Mosambik umzuleiten, wär diesen Staaten damit ein entscheidender Durchbruch auf ihrem Weg zu einer wirklichen Unabhängigkeit gelungen. Das gilt besonders für Zimbabwe, das sich in der prekären Situtation befindet, auch 1981 noch etwa 80% seines Außenhandels über ein Land abwickeln zu müssen, dessen Regierung schon mehr als einmal zu verstehen gegeben hat, daß es die Wirtschaft des nördlichen Nachbarn jederzeit zu Tode stranguliern könne,



Transportprobleme im Hafen von Beira.

sollte dessen außenpolitischer Kurs zu radikal — d. h. im Klartext ANC-freundlich — werden.

Ein Erfolg der SADCC-Strategie der Abkopplung von Südafrika würde schließlich wohl auch zur Folge haben, daß dann Malawi, Südafrikas einziger Partner in der Region, das sich der SADCC bezeichnenderweise auch nur zögernd angeschlossen hat, seine Beziehungen zu dem Rassenstaat dann wohl oder über aufgeben, zumindest aber stark einschränken müßte.

Südafrika hat also allen Grund, Mosambik so viele Schwierigkeiten wie nur möglich zu bereiten. In dieser Situation bietet sich die RNM als ein Instrument an, wie man es sich besser kaum vorstellen könnte, ist sie doch mangels einer Massenbasis für ihr Überleben vollkommen auf Südafrika angewiesen. In der Tat scheint das schiere Überleben zum eigentlich entscheidenden Antrieb für die RNM geworden zu sein. Denn in dem Maße, in dem sie mehr und mehr zu einer reinen Terrororganisation ohne jegliche politische Perspektive wird, werden natürlich auch die Chancen, sich je wieder in die mosambikanische Gesellschaft integrieren zu können, immer geringer. Der RNM bleibt damit nur noch die Flucht nach vorn, das heißt, der Versuch, sich durch desperadohafte Aktionen dem Patron in Südafrika stets aufs neue als nützlich zu erweisen, um so die eigene Existenz wieder für eine Weile abzusichern. Südafrika, das sonst der erste ist, wenn es darum geht, fortschrittliche Befreiungsbewegungen in Afrika als „terroristisch" zu denunzieren, hält sich hier einen Kettenhund, den es ganz nach seinem Belieben dirigieren kann und der, wenn er die Regierung in Maputo letztlich auch nicht in ihrem Bestand gefährden, ihr doch aber große Schwierigkeiten bereiten kann. Tatsächlich ist die von der RNM angewandte Technik der Nadelstiche für Mosambik nicht unproblematisch. Schon jetzt müssen 30% des Haushalts für die Verteidigung ausgegeben werden, und die ständigen Unterbrechungen der Bahnlinien bringen den Staat nicht nur um die dringend benötigten Einnahmen aus dem Transitverkehr, sondern verursachen natürlich auch im Land selbst erhebliche Transprotprobleme, ganz zu schweigen von dem allgemeinen Klima der Unsicherheit, das dadurch geschaffen wird.

fbt

Anmerkungen:

1) Eine Art von Zauberdoktoren
2) Innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten wurden allein vierzig Verletzungn des mosambikanischen Luftraums gezählt.
3) Mosambik hat dem ANC bislang nur die Errichtung eines Büros in Maputo gestattet. Daß die Furcht vor Südafrika nicht unberechtigt ist, zeigt dessen Kommandounternehmen gegen dieses Büro im Januar 1981.
4) In der Tat hat Südafrika im Sommer 1981 durch die Verzögerung wichtiger Dieseltransporte die Landwirtschaft Zimbabwes in eine krisenhafte Situation gebracht.

Quellen:

Le Monde: 2.,3.,4,.5.12.80; 18.11.81; 11.12.81; 14.12.81; 17.3.82
Financial Times: 8.12.80; 1.12.81
New African: März 82
FR: 4.5.82
NZZ: 1.9.81

Brandanschlag auf Dritte-Welt-Laden in Soest

In der Nacht vom 8. zum 10. Februar wurde der Dritte-Welt-Laden in Soest durch einen Brandanschlag weitgehend zerstört.
Träger des Ladens und eigentlicher Adressat des Anschlags ist der *„Soester Arbeitskreis Entwicklung und Frieden" (SAEF)*, der seine Öffentlichkeitsarbeit – vorrangig die Durchführung von Informationsveranstaltungen – vor allem auch auf die Kommunikations- und Informationsfunktion seines Dritte-Welt-Ladens stützt. Neben dem Verkauf von Gütern aus Entwicklungsländern dient der Laden dem SAEF als Informationsträger, u.a. durch Ausstellungen in den Schaufenstern.
Eine solche Ausstellung – Thema war der deutsche Kolonialismus und seine Rezeption durch den Faschismus – war offenbar der äußere Anlaß für den jüngsten und bislang schwersten Anschlag in einer Serie von Gewaltakten, denen sich der Dritte-Welt-Laden seit seiner Gründung vor knapp drei Jahren konfrontiert sieht. Bereits 1979 wurde dem SAEF gezeigt, was man in bestimmten Kreisen von seinen Aktivitäten zu entwicklungs-, friedens- und ausländerpolitischen Fragen hält: In seiner Post fand der SAEF eine fingierte *„Fahrkarte nach Moskau ohne Rückkehr – für Kommunisten und anderes Gesindel"*. Kurz darauf wurde eine Schaufensterscheibe eingeschlagen, einige Tage später die Eingangstür. Am 10. November 1979, dem Jahrestag der Reichsprogromnacht, gingen erneut die Scheiben in Trümmer, diesmal begleitet von rechtsradikalen Aufklebern: *„Rotfront verrecke"*.
Nach einem ersten, nur durch Zufall fehlgeschlagenen Brandanschlag im Frühjahr 1981, ist derLaden und sind damit seine Informationsmöglichkeiten nun, bei einem Schaden von mehr als 20 000 DM zerstört. Eine im ersten Stock über dem Dritte-Welt-Laden wohnende Familie mit zwei Kindern geriet dabei in akute Lebensgefahr: Sie wurde auf den Brand erst aufmerksam, nachdem die inzwischen von Nachbarn kurz nach drei Uhr verständigte Feuerwehr die Wohnungstür im Korridor eingeschlagen und die Bewohner verständigt hatte. Der Mietvertrag wurde unter Hinweis auf die Gefährdung der Mieter nicht verlängert; das Anmieten neuer Räume ist angesichts der systmatischen Bedrohung kaum mehr möglich.
Daß der Anschlag nicht als Zufall oder isoliertes Phänomen zu bewerten ist, belegt die ständig steigende Zahl rechtsterroristischer Gewaltakte in der gesamten BRD. Ursache dafür ist ein Klima nationaler Arroganz und Selbstzufriedenheit, dessen Ursprung in der nur halbherzig betriebenen Abrechnung mit dem Nationalsozialismus und der kollektiven Verdrängung unangenehmer historischer Fakten liegt, heute verschärft durch eine sich zuspitzende ökonomische Krise, in der die Gefährdung des gesellschaftlichen Wohlstandes von rechten Kreisen in eine Bedrohung von außen, sprich: durch Minderheiten, umgemünzt wird, und die daher, wie ehedem, Sündenböcke – diesmal vorzugsweise Ausländer – braucht.
Die Bestätigung oder gar Förderung kleinbürgerlicher Vorurteile durch Politiker und einschlägige Medien, die Versuche – etwa im *„Heidelberger Manifest"* vom 17. Juni 1981 – rassistischem Gedankengut neue wissenschaftliche Weihen zu geben, sind Stufen hin zur Eskalation von Intoleranz und Gewalt, wie sie sich u.a. in den Anschlägen auf Asylantenheime und den Soester Dritte-Welt-Laden manifestieren. Der Boden für minderheitenfeindliche Haltungen, die in rechtsradikale *„Schutzbünde"* oder Bürgerinitiativen *„Deutsche für Deutschland"* münden, wird durch die öffentliche Bagatellisierung derartiger Vorfälle genährt, was sich auch in der Reaktion auf den Brandanschlag zeigt: *„Na ja, ein Brandanschlag war zwar etwas übertrieben, ..."*.
Die Selbstverständlichkeit, mit der der VVN/Bund der Antifaschisten und die lokale Friedensinitiative die Anschläge verurteilten, war bei den auf Volkes (Wahl)Stimmen schielenden etablierten Parteien nicht zu finden.
Fast überflüssig zu erwähnen, daß die polizeilichen Ermittlungen, wie bereits in allen vorangegangenen Fällen, bislang erfolglos geblieben sind.
Überflüssig auch zu erwähnen, daß der Soester Anschlag ebenso allen ähnlich aufklärerisch wirkenden Gruppen gilt, ein Umstand, der ihre Arbeit umso dringlicher werden läßt.
Der SAEF jedenfalls ist fest entschlossen nicht aufzugeben, sondern weiterzuarbeiten.

Kontaktadresse: **Soester Arbeitskreis Entwicklung und Frieden**
Matthias Radetzki
Thomästraße 50, 4770 Soest

Im Dezember 1981 wird das „Heidelberger Manifest" vom 17. Juni 1981, noch im Stadium einer großangelegten Unterschriftenaktion, durch Zufall der Öffentlichkeit bekannt. Zu diesem Zeitpunkt hatten 15 Professoren, fünf Natur- und zehn Geisteswissenschaftler das Manifest *„auf der Grundlage unseres christlich abendländischen Erbes"* unterschrieben.
In völkisch gefärbter Sprache beklagt das schwarz-braune Machwerk die *„Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von Millionen von Ausländern"*.
Am 23.1.1982 wird in Heidelberg vom *„Schutzbund für das deutsche Volk"* ein Podiumsgespräch: *„Wissenschaftliche und ethische Grundlagen des Heidelberger Manifests"* veranstaltet, bei der man sich unter seinesgleichen wähnt. Entsprechend deutlich und deprimierend fällt das Protokoll aus:
Prof. Schröcke, München: *„Volkscharaktere werden genetisch weitergegeben und sind von Volk zu Volk verschieden."*
Prof. Schmidt-Kaler, Bochum: *„Gesunden unseres Volkes kann nur passieren, wenn mehr Motivation zum eigenen Kinderkriegen und zum Reduzieren der Asiaten und Afrikaner da ist."*
Prof. Finkeisen, Heidelberg: *„Der Mangel an nationaler Selbsterziehung setzt sich im vierjährigen Parlamentswechsel fort."*
Prof. Fricke, Karlsruhe: *„Jeder Floh ist klüger als viele Menschen, denn der geht nur an Menschen, die ihm gesundes Blut zur Verfügung stellen."*
Später distanzieren sich – offenbar unter öffentlichem Druck – einige der Unterzeichner des Manifests, auch Teilnehmer der Heidelberger Veranstaltung, vom *„Schutzbund"* und geben im *„Heidelberger Manifest"* vom 31.1.1982 eine bereinigte Fassung heraus.

INTERNATIONALISMUS

Im letzten Jahrhundert wurde die Welt durch die kapitalistische Entwicklung endgültig zu einem einheitlichen, vielfältig verflochtenem System zusammengefügt. Neue Transport- und Kommunikationsmittel (Eisenbahn, Telegraphie etc.) ließen die einzelnen Erdteile eng zusammenrücken. Seither gibt es keine Geschichte einzelner Erdteile oder Länder mehr – es gibt nur noch eine Weltgeschichte. Politische, ökonomische oder sonstige Ereignisse in den entferntesten Winkeln der Erde blieben fortan nicht mehr ohne Auswirkungen auf die übrige Welt. Der Internationalismus hat in dieser Entwicklung seine Wurzeln. Er blieb aber in erster Linie einer des Kapitals, obwohl sich die Hoffnung aufgeklärter Bourgeois, der Internationalismus des Kapitals möge die Welt nicht nur nach seinem Bilde gestalten, sondern auch die verschiedenen Nationen zu einer einzigen mit gemeinsamer Sprache verschmelzen, letztlich als trügerisch erwies.

Der Appell „Proletarier aller Länder vereinigt euch!", mit dem Marx und Engels ihr 1848 veröffentlichtes Manifest der kommunistischen Partei abschlossen, blieb nahezu ungehört.

Die Ironie der Geschichte wollte es, daß die kapitalistische Entwicklung – zumindest in Europa – zwar einheitliche gesellschaftliche Strukturen schuf, aber gleichzeitig begleitet war durch die Entstehung des Nationalismus. Die Kriege der Folgezeit demonstrierten immer wieder, wie sich die Arbeiterklasse verschiedener Nationen unter der Fahne des Patriotismus gegeneinander auspielen ließen. Kein Vorwurf traf die Anhänger der deutschen Sozialdemokraten mehr als der, sie seien „vaterlandslose Gesellen".

Das die heutigen Probleme der Internationalismusarbeit nicht erst in den 60er Jahren entstanden sind, zeigt die Geschichte der Linken. Sie setzte nach dem Sieg der Oktoberrevolution 1917 große Hoffnungen in die Sowjetunion. Die gesellschaftlichen Fehlentwicklungen, die dort bald einsetzten, riefen schon damals jene Verhaltensweisen hervor, die sich heute noch, wenn auch in gemäßigter Form, in der Solidaritätsbewegung finden lassen. Die Sowjetunion diskreditierte die Solidaritätsbewegung jedoch selbst, indem sie den Internationalismus zum Instrument ihrer Außenpolitik machte. Einem Teil der heutigen Solidaritätsbewegung ist es bis heute noch nicht gelungen, sich aus dieser Fessel zu befreien.

Der unbefriedigende Zustand der heutigen Solidaritätsbewegung ist der Ausgangspunkt für die im ersten Beitrag des Themenblocks angestellten Überlegungen. Der Autor kritisiert, daß es der Solidaritätsbewegung bis heute nicht gelungen ist, eine breite kritische Öffentlichkeit für die Probleme der Dritten Welt zu schaffen. Die Ursachen sieht er vor allem in den falschen Vorstellungen, die wir uns von den Verhältnissen in der Dritten Welt machen. Diese provozierende und sicherlich nicht auf alle Teile der Solidaritätsbewegung zutreffende Kritik, wird an vier weit verbreiteten Grundpositionen – Rolle der Gewalt, Rolle des Nationalismus, Besonderheit der Klassenstruktur und der Rolle der Sowjetunion in der Dritten Welt – ausführlich dargelegt und diskutiert. Der Autor zieht das Fazit, daß eine Solidaritätsbewegung, die bereit ist, die tatsächlichen Realitäten der Dritten Welt zur Kenntnis zu nehmen, eher in der Lage ist, modische Konjunkturen zu vermeiden.

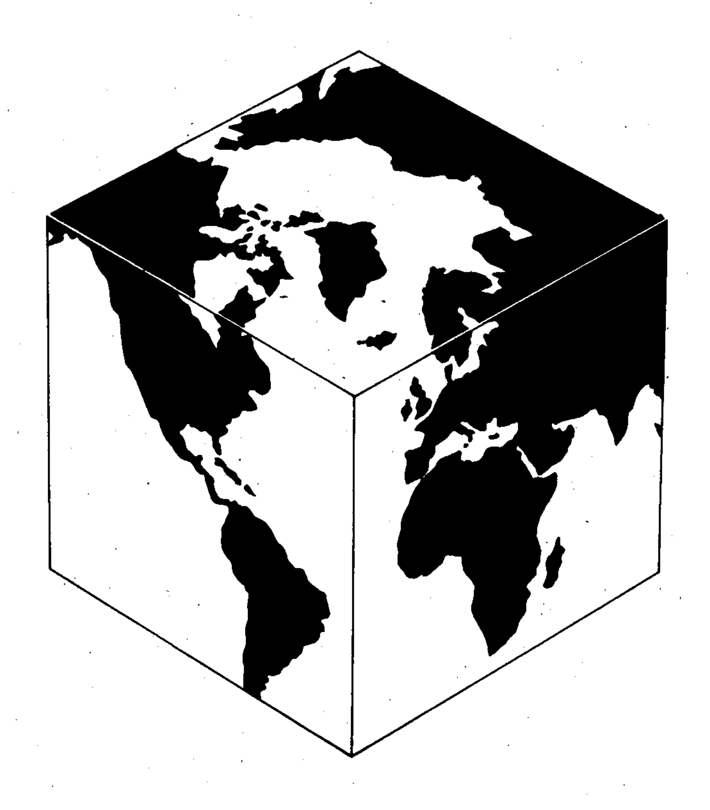
Die Unfähigkeit der Solidaritätsbewegung, die Realitäten in der Dritten Welt zur Kenntnis zu nehmen, ist auch das Thema der weiteren Artikel. Am Beispiel der Solidaritätsarbeit zu Kuba, Nikaragua und zu Guinea-Bissau wird dies und die damit verbundenen Probleme ausführlich dargestellt.

Den Abschluß des Internationalismus-Heftes bildet ein Artikel, in dem die Frage aufgegriffen wird, welche Folgen eine Abkoppelung der Entwicklungsländer vom Weltmarkt für uns in der Bundesrepublik hätte. Die Erörterung dieser Frage, die zwangsläufig spekulative Momente enthalten muß, schließt mit der Feststellung, daß eine Abkoppelung der Entwicklungsländer keineswegs mit unseren eigenen Interessen kollidiert.

Wir haben das Internationalismus-Thema nicht aufgegriffen, weil wir der Meinung sind, die Internationalismus-Arbeit befände sich heute in einer besonderen Krise. Konkreter – zugegeben äußerlicher – Anlaß war vielmehr, daß in diesem Jahr das 100. Heft der „Blätter" erscheinen sollte. Uns schien dies ein geeigneter Zeitpunkt, die Arbeit der Solidaritätsbewegung – vor allem auch die unserige – einer kritischen Reflexion zu unterziehen.

Als wir uns dazu entschlossen, konnten wir nicht ahnen, auf was wir uns damit einließen. Um es kurz zu machen: es gab wenig Themenblöcke, die uns derart viele Probleme bereiteten, wie dieser. Es gibt in der Solidaritätsbewegung offensichtlich nur wenige, die sich mit diesem Problem befaßt haben.

Zu einigen Themen (bzw. Kultur, Indianermythos) konnten wir trotz vielfältiger Bemühungen keine(n) Autor(in) finden. Aber diese redaktionellen Schwierigkeiten sind nur ein anderer Ausdruck für die Schwierigkeiten, die wir alle mit unserem internationalistischen Selbstverständnis haben.



Dieses Heft bleibt daher in der Behandlung des Internationalismus bruchstückhaft und unvollkommen. Wir haben auch keine Rezepte anzubieten, wie fortan Fehler in der Solidaritätsarbeit vermieden werden können; viele Beiträge in diesem Heft sind zudem in der Redaktion kontrovers diskutiert worden. Wir verstehen es daher als einen Beitrag zu einer notwendigen Diskussion. Wir würden uns sehr freuen, wenn unsere Leser und Leserinnen mit Briefen oder eigenen Beiträgen reagierten. Vielleicht nimmt auch einmal jemand zu der Frage Stellung, welche Rolle eine Zeitschrift wie die „Blätter" künftig in der Solidaritätsbewegung spielen sollte.

Wir werden uns bemühen, noch im Laufe dieses Jahres ein weiteres Heft zum gleichen Thema herauszugeben. Wir hoffen, daß wir bis dahin einige der jetzigen Lücken schließen können. *Red.*

Literatur zum Thema Internationalismus

Alsheimer, Georg W.; Eine Reise nach Vietnam. Frankfurt 1979 (es)

Befreiung. Zeitschrift für Politik und Wissenschaft. Nr. 15 / 16 (insbes.: Die Linke vor Indochina – ratlos. Fragen und Antworten)

Befreiung. Nr. 17 / 18: Reale Mythen des Marxismus

Biermann, Werner; Befreiungsbewegungen an der Macht. Antwort auf Reinhart Kößler. in: informationsdienst südliches Afrika. Nr. 11 / 12 (1981)

Bosse, Hans; Diebe, Lügner, Faulenzer. Zur Ethno-Hermeneutik von Abhängigkeit und Verweigerung in der Dritten Welt. Frankfurt 1979 (Syndikat)

Broyelle, Claudie u. Jaques, Tschirhart, Eveline; Zweite Rückkehr aus China. Ein neuer Bericht über den chinesischen Alltag. Berlin 1977 (Wagenbach)

Brückner, Peter; Debray und andere. Drei Versuche über die Ratlosigkeit. in: Kursbuch Nr. 25 (1971), S. 143–183

Enzensberger, Hans Magnus; Eurozentrismus wider Willen. Ein politisches Vexierbild. in: Transatlantik, 10 / 80, S. 62–67

Garbe, Eckhard; Reflexionen zu Indochina. in: Peripherie Nr. 2

Kößler, Reinhart; Befreiungsbewegungen an der Macht. Perspektive im südlichen Afrika – Thesen zur Diskussion. in: informationsdienst südliches Afrika. Nr. 8 / 9 (1981)

ders.; Die Partei erzieht das Volk. Anmerkungen zu einem Erfahrungsbericht. in: informationsdienst südliches Afrika. Nr. 11 / 12 (1981)

ders.; Was wird bloß aus unseren Träumen? Krisen der Befreiungsbewegungen? Krise der Solidaritätsbewegung? Krise des Internationalismus? Entgegnung als Versuch, Fragen zu stellen. in: Peripherie Nr. 3, S. 65–77

Kramer, Fritz; Verkehrte Welten. Zur imaginären Ethnographie des 19. Jahrhunderts. Frankfurt 1979 (Syndikat)

Kursbuch Nr. 57: Der Mythos des Internationalismus. Berlin 1979

Kursbuch Nr. 30: Der Sozialismus als Staatsmacht: Ein Dilemma und fünf Berichte. Berlin 1972

Marcuse, Herbert; Vietnam – Die Dritte Welt und die Opposition in den Metropolen. in: Das Ende der Utopie, Verlag Neue Kritik 1980, S. 124–152

Nairn, Tom; Hobsbawm, Eric; Debray, Regis; Löwry, Michael; Nationalismus und Marxismus. Anstoß zu einer notwendigen Debatte. Berlin 1978 (Rotbuch Verlag)

Reader: Internationalismus-Tage Tübingen 11. Dez. bis 13. Dez. 1981. Hrsg.: Basisgruppen in den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS). (Kontaktadresse: BG-Fraktion in den VDS / Kaiserstrasse 71 / 5300 Bonn; bei der gleichen Stelle ist in kürze ein weiterer Reader mit den Ergebnissen der Tagung zu erhalten)

Schroer, Herbert; Thesen zum „Nizer-Kapitalismus" in Mocambique. in: Peripherie Nr. 3, S. 53–64

Summers, Laura; Detobel, Robert; Kössler, Reinhart; Kampuchea. Ende des linken Traums oder Beginn einer neuen Sozialismus-Debatte? München 1981 (Simon & Magiera)

Blinde Flecken in unserem politischen Weltbild

Zur Kritik der westdeutschen Solidaritätsbewegung

Wir sprechen von der „Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland" oder von der „Dritte Welt Szene"[1] und wissen, was damit gemeint ist. Wie ist dieses Gebilde der politischen Kultur in der Bundesrepublik entstanden, und wie ist es beschaffen? Die Studentenbewegung der sechziger Jahre identifiziert sich mit der Guerilla in Indochina und Lateinamerika und griff die westdeutsche Entwicklungshilfe an. Dabei erinnerte sie sich nach und nach an Lenins Imperialismus-Theorie. Im Umfeld der Kirchen äußert sich seit langem die humane Absicht, den Menschen in der Dritten Welt aus ihrem Elend zu helfen. Sie stößt immer wieder auf die hinderlichen Strukturen des Weltwirtschaftssystems. Aus diesen beiden Traditionen, die sich zu vielfältigen Mischformen verbanden, entwickelten sich in den siebziger Jahren eine Reihe von politischen Gruppen und Institutionen, manche mit Parteien oder den Kirchen zusammenhängend, manche vollkommen selbständig. Allein gemeinsam ist das Ziel, zum Anwachsen einer kritischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik beizutragen, die von der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Dritte-Welt-Länder weiß und sich für deren Befreiung einsetzt. Zu diesem Zweck geben die Gruppen Zeitschriften und Broschüren heraus, führen Informationsveranstaltungen durch und sammeln Spenden. Ein Sonderfall sind die Dritte-Welt-Läden, die meinen, kritische Öffentlichkeit über den Verkauf von Waren herstellen zu können.

Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen ist, daß die Solidaritätsbewegung sich seit langem in einem unbefriedigenden Zustand befindet. Er kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß ihr zwar fast professionelle Spezialisten angehören, die kontinuierlich die Entwicklungen überall in der Dritten Welt verfolgen, daß aber die Öffentlichkeit, zu deren Entfaltung die Arbeit des organisierten Kerns beitragen will, sich stets nur auf ein oder wenige Länder konzentriert und unruhig flackert, ohne nennenswert zu wachsen. In den vergangenen fünfzehn Jahren hat es nacheinander große Kampagnen zu Indochina, Chile, den portugiesischen Kolonien, Zimbabwe, Iran und Nikaragua gegeben, die alle im Sande verlaufen sind, ohne daß wir dabei unserem Ziel näher gekommen wären, eine breite kritische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik hervorzurufen, die die Strukturen der internationalen Abhängigkeit kennt und sich für Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt in der Dritten Welt einsetzt. Gegenwärtig ist El Salvador der Solidaritäts-Schlager, aber es ist absehbar, daß auch von der augenblicklichen Begeisterung für dieses „Volk" nur ein paar Experten übrigbleiben werden, wenn der akute militärische Konflikt dort in dieser oder jener Weise entschieden ist.

Weil die Dritte-Welt-Szene ihre selbstgesteckte Aufgabe als Agentur der politischen Sozialisation schlecht erfüllt, ist auch die Art der Unterstützung verfehlt, die sie für die Befreiungsbewegungen hervorruft. Der Umfang dieser Unterstützung ist von Moden abhängig. Das muß ihre Adressaten in der Dritten Welt in zusätzliche Schwierigkeiten bringen.

Die Informationsarbeit der quasi-professionellen Dritte-Welt-Szene hat offensichtliche Schwächen, die mit dafür verantwortlich sind, daß die von ihr angestrebte Öffentlichkeit klein und unzuverlässig geblieben ist. Unsere politische Sprache ist immer noch zu abstrakt, auf Verständlichkeit legen wir zu wenig Wert. Das ist seit langem bekannt und hat sich auch



Was geschieht wirklich in der Dritten Welt?

schon ein wenig gebessert. Immerhin erscheint immer mehr kritisches Unterrichtsmaterial zur Dritten Welt, das sich zumindest um Anschaulichkeit bemüht. Ist es aber damit getan, unsere altbekannten Inhalte nur immer verständlicher und intensiver zu vermitteln, damit die Solidaritätsbewegung größer und kontinuierlicher wird? Ich meine, daß dazu auch eine Korrektur der Inhalte selbst nötig ist. Die Flackerhaftigkeit der von uns hervorgerufenen Öffentlichkeit ist u.a. auch eine Folge von Schiefheiten und blinden Stellen in unseren Vorstellungen von den Verhältnissen in der Dritten Welt.

Wir haben uns angewöhnt, das Flackern und Pulsieren der Solidaritätsbewegung so zu erklären, daß es als zweckmäßig, belanglos oder wenigstens unvermeidlich erscheint. Eine solche Erklärung: Es sei nützlich, daß die Kräfte des Fortschritts in aller Welt sich immer dort konzentrieren, wo der Imperialismus seine nächste Niederlage erleiden könnte, wo also Krisen akut werden und bewaffnete Kämpfe stattfinden. Eine andere: Die kontinuierliche Arbeit des organisierten Kerns der Solidaritätsbewegung sei von den wechselnden Moden kaum beeinträchtigt. Eine dritte: Die Adressaten unserer Informationsarbeit seien weitgehend von den etablierten Massenmedien beeinflußt, die nun einmal Sensationsberichterstattung betreiben. Ich halte solche Erklärungen für Selbstbetrug, der uns davon abhält, jenen Anteil an unserem Versagen zu erkennen, der bei uns selbst liegt. Nur wenn die Solidaritätsbewegung sich eine selbstkritische Analyse gestattet, hat sie die Chance, ihren unbefriedigenden Zustand zu überwinden und politisch erfolgreicher zu werden.

Diese Schlagseiten haben alle irgendwie damit zu tun, daß unsere Sichtweise zu sehr davon geprägt ist, was unseren hier in der Bundesrepublik gewonnenen Erfahrungen und Auffassungen nach dort in der Dritten Welt sein sollte, und daß wir uns zu wenig um das kümmern, was tatsächlich dort vor sich geht. Das ist natürlich eine besondere Gefahr für eine politische Arbeit, die ihren Gegenstand – im Unterschied zur ökologischen Bewegung beispielsweise – nicht immer

direkt vor Augen hat.
Wir stellen zum Beispiel Kriterienkataloge der Fortschrittlichkeit auf, die Befreiungsbewegungen erfüllen sollen, damit sie unsere Unterstützung verdienen.[2] Unser Bild von den Befreiungsbewegungen wird dann mehr von diesen Kriterienkatalogen bestimmt als davon, wie die soziale Zusammensetzung und die Politik der Befreiungsbewegungen tatsächlich aussehen. Das führt teilweise sogar dazu, daß Vertreter von Befreiungsbewegungen sich bei ihrer Selbstdarstellung unseren Kriterienkatalogen anpassen, um sich unsere Unterstützung zu sichern. Dazu ein extremes Beispiel: Vor einigen Jahren reisten drei Vertreter der ZANU gleichzeitig, aber getrennt durch die Bundesrepublik, um auf Informationsveranstaltungen zu Zimbabwe zu sprechen. Ihre Rundreisen waren von einander bekämpfenden Flügeln der Solidaritätsbewegung organisiert worden. Hinterher stellte sich heraus, daß jeder der drei ZANU-Vertreter auf seinen Veranstaltungen genau das gesagt hatte, was die Organisationen, die für seine Rundreise verantwortlich waren, hören wollten. Ich erwähne das hier nicht, um die ZANU zu kritisieren, sondern die Art und Weise, in der wir mit den Befreiungsbewegungen umzugehen pflegen. Aufgrund solcher falschen Herangehensweisen spannen wir unsere Erwartungen an das Ringen um Unabhängigkeit in der Dritten Welt meist viel zu hoch. Das führt dann zu Enttäuschungen und Frustrationen, die dem unruhigen Pulsieren der Solidaritätsbewegung zugrunde liegen.

Ich beanspruche nicht, im folgenden alle Gründe für den unbefriedigenden Zustand der Solidaritätsbewegung zu nennen. Es sollen lediglich Schiefheiten und blinde Flecken in ihrem politischen Weltbild untersucht werden, die m.E. dazu beitragen, daß die von uns hervorgerufene Öffentlichkeit klein und flackerhaft ist. Sie beruhen auf fehlerhaften Grundannahmen, die in vielen Fällen nicht wörtlich an Texten zu belegen sind. Denn diese Grundannahmen werden selten direkt ausgesprochen, sondern verbergen sich hinter der Selektivität dessen, was die Solidaritätsbewegung überhaupt wahrnimmt. Sie stecken in den Bedeutungsnuancen beliebter Begriffe wie „Kampf" oder „Volk" und kommen allenfalls einmal am Rande durch verräterische Formulierungen zum Vorschein. Gerade weil sie nie explizit werden, deshalb auch nie unmittelbar an der Realität scheitern können, halten sich fehlerhafte Grundannahmen immer besonders hartnäckig.

Die Schlagseiten im politischen Weltbild der Dritte-Welt-Szene haben Gründe. Sie sind in der sozialen Herkunft ihrer Mitglieder und den historischen und politischen Voraussetzungen jeder politischen Arbeit in der Bundesrepublik zu suchen. Sicher werden wir noch lange unter diesen Bedingungen leben müssen. Aber sie zu kennen, hilft möglicherweise, die Fehleinschätzungen in Zukunft zu vermeiden, zu denen sie verleiten können. Ich habe mir vorgenommen, diese Gründe in einem späteren Artikel zu untersuchen, der an gleicher Stelle veröffentlicht werden würde.

Überbetonung der Gewaltfrage

Wenn man Zeitschriften und Broschüren der Solidaritätsbewegung durchsieht, gewinnt man den Eindruck, daß die militärische Eroberung der Staatsmacht durch Befreiungsbewegungen für die alles entscheidende Phase des Ringens um Unabhängigkeit in der Dritten Welt gehalten wird. Die großen Kampagnen haben sich jedenfalls immer daran entzündet, daß eine Befreiungsbewegung (Vietcong, PAIGC, MPLA, Frelimo, ZANU), eine fortschrittliche Regierung (Allende) oder ein oppositionelles Parteibündnis (FDR) in einer gewaltsamen Auseinandersetzung gegen repressive, mit dem Imperialismus verbundene Kräfte sind.

Im Solidaritätsaufruf des iz3w zu El Salvador wird z.B. begründet, warum sich gerade „jetzt" die Aufgabe stellt, das Bündnis der oppositionellen Parteien „auch materiell zu unterstützen": weil die Unterdrückung durch das herrschende Regime keine andere Wahl läßt als den bewaffneten Kampf.[3] Das mag ja sein, aber ich frage mich bei solchen Formulierungen, ob eine Bevölkerung, die noch nicht oder nicht mehr in der besonderen Lage des Bürgerkriegs ist, denn keine Unterstützung verdient. Jedenfalls sind die großen Kampagnen der Solidaritätsbewegung immer dann wieder abgeflaut, wenn die militärische Auseinandersetzung um die Staatsmacht entschieden war – sei es mit einem Sieg (wie in Indochina, den portugiesischen Kolonien, Iran oder Nikaragua), sei es auch mit einer Niederlage (wie in Chile).

Nach der Lösung des vermeintlichen Hauptproblems erwartet die Solidaritätsbewegung, daß in einem „befreiten Land" sozialer Fortschritt bereits nach kurzer Zeit sichtbar wird. Ist das nicht der Fall, sucht sie sich bald ein anderes „Volk", das gerade den bewaffneten Kampf führt, um die Staatsmacht zu erobern. Dabei übersieht sie, daß sozialer Fortschritt sich gar nicht rasch einstellen kann, denn die sozialen und ökonomischen Strukturen der Abhängigkeit werden durch einen Bürgerkrieg ja nicht beseitigt. Der bewaffnete Kampf ist ein meist notwendiger, aber nur sehr kleiner Schritt in Richtung Unabhängigkeit. Danach, teilweise auch schon davor und währenddessen, stellen sich viel schwierigere Probleme: Zum Beispiel wie man Monokulturen allmählich in eine leistungsfähige Landwirtschaft für den eigenen Bedarf verwandelt, wie man die ausländischen Experten loswird, ohne daß die Fabriken stillstehen, wie man ein Gesundheitswesen aufbaut, das jeden erreicht usw.. Es gibt viele revolutionäre Bewegungen in der Dritten Welt, denen es gelungen ist, militärisch die Staatsmacht zu erobern. Aber von keiner, heute wissen wir: noch nicht einmal von der chilenischen KP, läßt sich mit Sicherheit sagen, daß es ihr gelungen ist, die Strukturen der Abhängigkeit ein für allemal zu beseitigen. Viele an die Macht gelangte Befreiungsbewegungen scheitern an dieser Aufgabe, so gut ihre Absichten auch gewesen sein mögen. Um sie zu lösen, braucht es viel Zeit. Weniger revolutionäre Gewalt ist dabei gefragt als Geduld, List, Hartnäckigkeit, Einsicht. Die einzige Alternative dazu ist erneute Repression.

Ein Beispiel: Pol Pot und Khomeiny fanden sich vor ganz ähnliche Aufgaben gestellt, nachdem die Bevölkerung ihrer Länder ihnen zur Macht verholfen hatte. Aufgrund der amerikanischen Kriegswirtschaft in Kambodscha und der „weißen Revolution" des Schah-Regimes in Iran waren ihre Hauptstädte noch mehr als anderswo in der Dritten Welt mit entwurzelten und unproduktiven Massen angefüllt, die ernährt werden mußten. Gleichzeitig war die Nahrungsmittelproduktion ihrer Länder so gering, daß die Versorgung der Bevölkerung in hohem Grade von Importen abhing, die mit Devisen bezahlt werden mußten. Um die daraus resultierende Abhängigkeit zu verringern, mußte offenbar die unproduktive Stadtbevölkerung in die Landwirtschaft zurückkehren. Pol Pot erzwang dies mit brutalem Terror. Sein Regime ließ hundert-

tausende von Kambodschanern erschießen. Obwohl die Reisproduktion den Inlandsbedarf bald wieder deckte und sogar Reis exportiert wurde, scheiterte Pol Pot mit dieser ungeduldigen Politik. Seine Partei verlor den Rückhalt in der Bevölkerung, das Land wurde eine leichte Beute der vietnamesischen Eroberer. Auch Khomeiny ist dabei, an dieser Frage zu scheitern, allerdings auf ganz andere Weise. Sein Regime tut nämlich gar nichts, um die städtische Slumbevölkerung zur Rückkehr auf's Land zu bewegen. Im Gegenteil: Es hat sich durch Untätigkeit in ökonomischen und sozialen Fragen immer mehr in eine Lage hineinmanövriert, in der es darauf angewiesen ist, die „Mustasafin" in der Stadt zu halten – mit Almosen und Sold, damit es überhaupt noch eine gewisse Basis in der Bevölkerung hat. Bei dieser Politik kann Iran nicht von Lebensmittelimporten und Ölexport unabhängig werden. In beiden Fällen wäre die einzige Möglichkeit gewesen, zielstrebig, aber geduldig materielle und kulturelle Anreize zu schaffen, um die unproduktiven Massen zur freiwilligen Rückkehr in die Landwirtschaft zu bewegen. So verwendet, könnten die Deviseneinnahmen Irans aus dem Ölexport langfristig zur Unabhängigkeit des Landes beitragen.

Die Hauptschwierigkeit war in beiden Fällen nicht, die Staatsmacht zu erobern, sondern so mit ihr umzugehen, daß die Strukturen der Abhängigkeit gelockert werden, die der Imperialismus geschaffen hat. Nur wenn die Solidaritätsbewegung sich intensiv mit solchen Problemen auseinandersetzt, anstatt den bewaffneten Kampf zu verherrlichen, kann sie eine dauerhafte Unterstützung für Bevölkerungen hervorrufen. Im Falle Kampucheas oder Irans hätte unsere Informationsarbeit beispielsweise darin bestehen können, vor und nach der Eroberung der Staatsmacht immer wieder auf die Notwendigkeit einer aktiven und geduldigen Politik in der erwähnten Frage hinzuweisen. Stattdessen haben wir uns aber über vermeintliche Greuellügen der „bürgerlichen" Presse aufgeregt und damit noch eine Weile unsere Illusionen über das Pol Pot-Regime aufrechterhalten.[4]

Die Gewalt ist in vielen Ländern der Dritten Welt nicht so sehr ein Problem der Legitimität als eine lebenswichtige Notwendigkeit. Für den, der Hunger und Folter am eigenen Leib erfährt, hat die Frage, ob es berechtigt sei, mit der Waffe in der Hand um die Veränderung solcher Lebensbedingungen zu kämpfen, einen geringen Stellenwert. Die Gewalt des Elends ist ein Bestandteil seines Alltags und die Gewalt, mit der er sich dagegen wehrt, ebenso – neben vielen anderen Formen und Techniken des Überlebens. Demgegenüber betont die westdeutsche Solidaritätsbewegung die Legitimitätsfrage, und zwar auch und gerade jene überwiegende Mehrheit in ihr, die den bewaffneten Kampf für berechtigt hält. Das Bekenntnis zum bewaffneten Kampf wird oft herausposaunt als hinge das Seelenheil davon ab oder als wäre das schon eine Garantie für die Überwindung der Abhängigkeit. Diese Überbetonung spiegelt falsches Bewußtsein: Sie problematisiert und verselbständigt etwas bis zum Äußersten in unseren Köpfen, was in der Dritten Welt eines unter vielen selbstverständlichen Mitteln ist, das Leben herzustellen.



Überall in der Dritten Welt gibt es Straßenhändler.

Die Unabhängigkeitsbewegungen sind nicht sozialistisch

Wenn die Solidaritätsbewegung von jenen politischen Kräften in der Dritten Welt redet, die sie unterstützen will, nennt sie sie „demokratisch", „fortschrittlich",

„oppositionell", „national", „Widerstand" oder „Volk" (das Adjektiv hieße übrigens „völkisch"). Die Bezeichnung „sozialistisch" wird in diesem Zusammenhang nur ganz selten verwendet. Dennoch habe ich den Eindruck, daß wir von den Befreiungsbewegungen im Grunde unseres Herzens immer erwartet haben, daß sie eine sozialistische Politik betreiben, die höchstens aus taktischen Rücksichten für eine gewisse Übergangszeit zurückgestellt werden darf. Mit „sozialistisch" meinen wir dabei eine radikale Politik, die im Interesse der Arbeiterklasse gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln gerichtet ist.

Ein Indiz für diese heimliche Erwartung der Solidaritätsbewegung ist, daß sie in der Praxis immer diejenigen Organisationen bevorzugt hat, bei denen es z.B. der marxistischen Sprache ihres Programms nach so schien, als würden sie am ehesten für eine sozialistische Politik gut sein: Die ZANU (im Vergleich zur „kleinbürgerlichen" ZAPU), MIR und MAPU (im Vergleich zur „reformistischen" Partei Allendes) usw. Ein anderes Indiz ist, daß von vielen in der Solidaritätsbewegung nachdrücklich die Auffassung vertreten wird, daß ein Land der Dritten Welt nur dann wirklich unabhängig werden kann, wenn die einheimische Bourgeoisie enteignet, entmachtet und unterdrückt wird, da sie doch immer wieder mit dem internationalen Kapital kollaboriert. Das heißt: Nur sozialistischen Kräften ist der Unabhängigkeitskampf im Grunde zuzutrauen. Es fällt auch auf, daß in den Zeitschriften und Broschüren der Solidaritätsbewegung mit Vorliebe die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse dargestellt werden, wenn es darum geht, auf das soziale Elend in der Dritten Welt hinzuweisen: Lohnabbau und steigende Lebenshaltungskosten, Unterdrückung der Gewerkschaften, Streiks und Fabrikbesetzungen sind bevorzugte Themen.

Auch diese Erwartung ist ein folgenschwerer Irrtum. Folgenschwer, weil sie einer der Gründe ist, warum die Solidaritätsarbeit immer wieder frustriert abflaut. Wenn sich nämlich herausstellt, daß eine Regierung wie die Mugabes in Zimbabwe, von der man eigentlich eine sozialistische Politik erhofft hatte, offenbar nicht nur aus taktischen Gründen und für eine Übergangszeit mit bürgerlichen Kräften zusammenarbeitet und keine Anstalten macht, Erwerbseigentum zu kollektivieren, zieht man sich enttäuscht von ihr zurück. Irrtum deshalb, weil Befreiungsbewegungen aufgrund der besonderen Klassenstrukturen in ihren Ländern und aufgrund ihrer eigenen sozialen Zusammensetzung in der Regel gar nicht anders handeln können als Mugabe. Die Besonderheiten der Klassenstrukturen in der Dritten Welt verkennt die Solidaritätsbewegung notorisch.

Kapitalismus und damit ein Proletariat sind dort ja erst im Entstehen. Die Arbeiterklasse wächst schon deswegen nur sehr langsam, weil die von ausländischem Kapital durchgeführte Industrialisierung auf einem hohen technologischen Niveau erfolgt, aufgrund dessen nur wenige Arbeitsplätze entstehen. Von ungleich größerer Zahl und Bedeutung als in den Industrieländern ist in der Dritten Welt nach wie vor die Klasse der Kleinproduzenten: Bauern, Handwerker, Händler. Daneben steht die Masse derjenigen, die einmal Kleinproduzenten waren, aufgrund des Eindringens von ausländischen Waren und ausländischem Kapital aber ihre Existenzgrundlage verloren haben und nun – überwiegend in den städtischen Zentren – als Schuhputzer, fliegende Händler, Lastenträger usw. ihr Leben fristen. Offizielle Statistiken geben über diese Verhältnisse nur unvollständig Auskunft, weil insbesondere die Deklassierten oft gar nicht als Erwerbstätige registriert sind. Die Dunkelziffer der Arbeitslosigkeit ist in den Ländern der Dritten Welt immens.

Dennoch seien hier einige offizielle Zahlen über Tunesien angegeben, um den großen Unterschied zu den Klassenverhältnissen in einem Industrieland zu verdeutlichen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Tunesien zu den entwickelteren Ländern mit relativ viel Industrie und nur kleinen Elendsvierteln gehört. 1975 machten hier die registrierten Erwerbspersonen 29,1% der Gesamtbevölkerung aus. (BRDeutschland: 42,5%). Davon waren 53,6% Lohn- und Gehaltsempfänger (BRDeutschland: 85,3%). Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger an der Gesamtbevölkerung also: 15,6% (BRDeutschland: 36,3%). In die Kategorie „Selbständige und mithelfende Familienangehörige" fielen 32% der Erwerbspersonen, außerdem führt die Statistik noch eine Kategorie „Sonstige" mit 14,4% auf, die zum allergrößten Teil in „nicht ausreichend beschriebenen Wirtschaftsbereichen" tätig waren. Dies dürften diejenigen unter den Schuhputzern, fliegenden Händlern, Lastenträgern usw. sein, die überhaupt als Erwerbspersonen registriert sind.[5]

Sowohl die regelrechten Kleinproduzenten als auch die Deklassierten, die es einmal waren, hängen am Privateigentum, das ihre Existenzgrundlage ist. Die einen verteidigen es erbittert gegen ausländische und industrielle Konkurrenz, die anderen träumen davon, seine letzten Reste wieder zu vermehren. Eine sozialistische Politik, die das Privateigentum in Frage stellt, können die Unabhängigkeitsbewegungen unter diesen Verhältnissen kaum durchführen, ohne einen großen und wichtigen Teil der Bevölkerung gegen sich aufzubringen. Wenn es überhaupt einen halbwegs zutreffenden Begriff in unserer Sprache dafür gibt, dann müssen wir sagen, daß die Befreiungsbewegungen – mit regionalen Besonderheiten und Ausnahmen natürlich – kleinbürgerlich orientiert sind. Darüber sollte uns auch nicht hinwegtäuschen, daß sie und die Regierungen, die sie stellen, nicht selten das Attrribut „sozialistisch" in ihrem Namen führen.

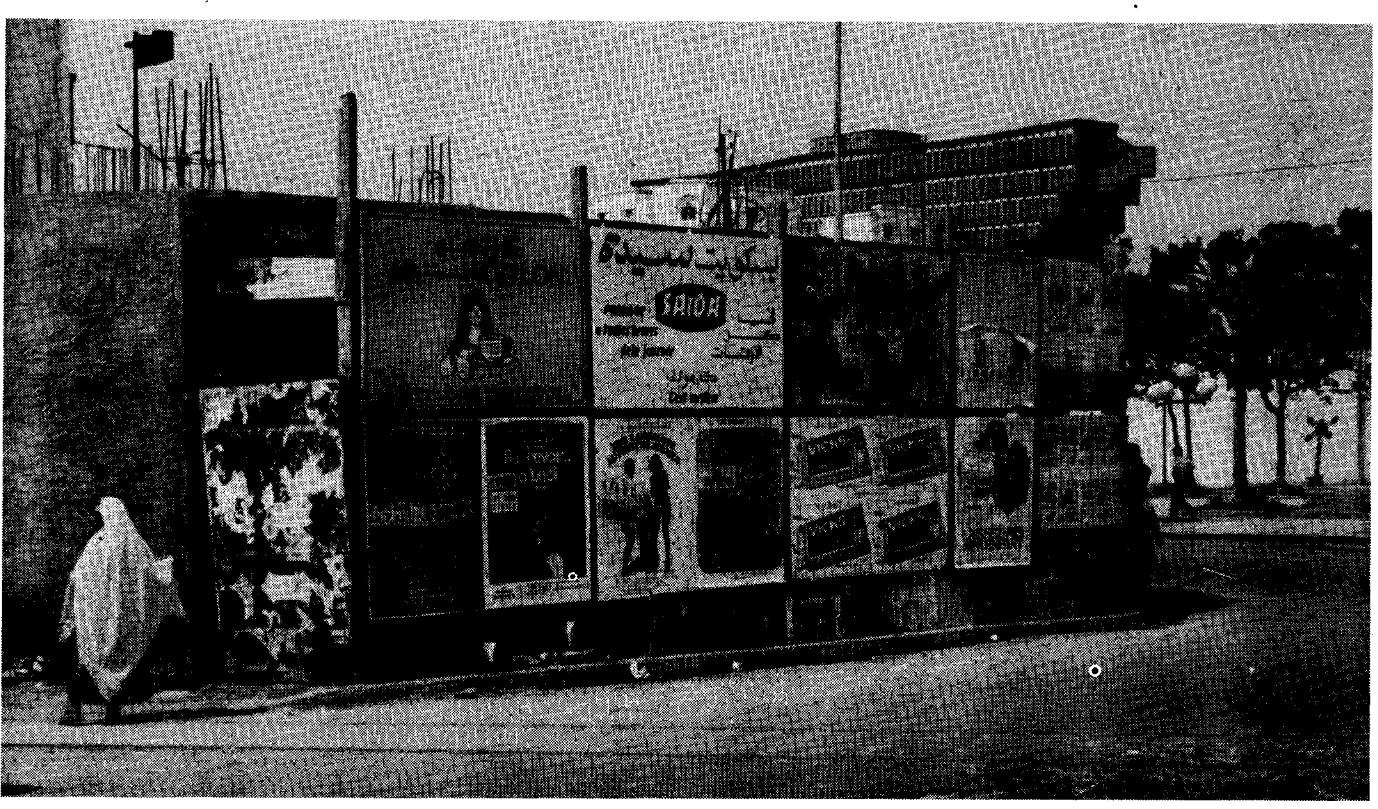
Für die kleinbürgerliche Orientierung der Unabhängigkeitsbewegungen gibt es noch einen anderen Grund: In den Kolonien war die mittlere Verwaltung größtenteils mit Franzosen, Portugiesen usw. besetzt. Die ausgebildete einheimische Mittelschicht (ebenfalls eine Form des Kleinbürgertums) hatte daher sehr schlechte Berufschancen. Unabhängigkeitsparteien rekrutierten sich häufig aus unzufriedenen Mitgliedern dieser neuen Mittelschicht, die auf Stellensuche waren.

Die in den dreißiger Jahren gegründete, seit der Unabhängigkeit 1956 in Tunesien herrschende Neo-Destour-Partei Habib Bourguibas, die übrigens auch das Attribut „sozialistisch" in ihrem offiziellen Namen führt, ist dafür ein klassisches Beispiel. Existenz und Aktivitäten dieser Partei hatten und haben immer noch in erster Linie den Sinn, ihren Mitgliedern Stellen in der staatlichen Bürokratie zu sichern. Auf diese Weise avancierte das tunesische Ausbildungsbürgertum zu einer saturierten „Staatsklasse", die vor allem in Ruhe ihre Privilegien genießen will und daher an sozialistischen Experimenten kein großes Interesse hat.[6] Die fünfzehn Prozent Lohn- und Gehaltsempfänger der tunesischen Bevölkerung sind also beileibe nicht alle Arbeiter, auch das moderne Kleinbürger-

tum hat seinen gewichtigen Anteil daran. Auch den Unabhängigkeitsbewegungen, die heute gegen eine Kompradorenbourgeoisie um die Staatsmacht kämpfen und die wir unterstützen, haben sich vermutlich manche Mitglieder hauptsächlich der Stellensuche wegen angeschlossen. Nach allem, was man darüber gehört hat, scheinen sie sich z.B. in der PAIGC schon bald nach der Unabhängigkeit Guinea-Bissaus durchgesetzt zu haben.

Daß die Befreiungsbewegungen in der Regel nicht sozialistisch, sondern in einem doppelten Sinne kleinbürgerlich sind, heißt freilich nicht, daß sie mit dem internationalen Kapital gemeinsame Interessen haben. Im Gegenteil: Zumindest die Kleinproduzenten werden von ausländischen Investitionen und industrieller Warenschwemme viel stärker bedroht als die Arbeiterklasse. Für sie steht die Existenzgrundlage auf dem Spiel, denn gegen die Konkurrenz von Fabriken und Supermärkten können sie sich auf die Dauer nicht behaupten, während die Lebensbedingungen des Proletariats sich mit zunehmender Industrialisierung eher verbessern. Auch dem „modernen" Kleinbürgertum der Dritten Welt kann der Technologie-Transfer nicht geheuer sein, der Beamte durch Computer, Fahrkartenautomaten, Selbstwählnetze usw. ersetzt und es erforderlich macht, daß immer mehr Experten aus den Industrieländern herbeigezogen werden.

Ich meine nicht, daß wir aufhören sollten, die Befreiungsbewegungen zu unterstützen, nur weil sie nicht proletarisch und sozialistisch, sondern meistens kleinbürgerlich orientiert sind. Auch Kleinbauern, Handwerker, Basaris, Beamte und vor allen Dingen die Deklassierten in den Elendsgürteln der großen Städte leiden darunter, daß der Imperialismus ihre Gesellschaft durchdringt und verformt. Wir sollten uns nur darüber klarer werden, wen und was wir eigentlich unterstützen, damit wir weniger Enttäuschungen erleben und unsere Arbeit kontinuierlicher wird.



Das internationale Kapital dringt mit seinen Waren ein.

Nationalismus und Ethnozentrismus werden übersehen

Vor drei Jahren habe ich in einem Artikel über die außenpolitischen Faktoren, die zum Sturz des Schah-Regimes beigetragen haben, folgendes geschrieben: „Das internationale Kapital kann die Menschen in einem Land der Dritten Welt zwar eine Zeitlang ausbeuten und durch ein eigens dafür geschmiertes und ausgerüstetes Regime unterdrücken lassen. Aber je fetter die Profite des internationalen Kapitals und je perfekter und brutaler sein Repressionsapparat, desto weniger sind die Menschen bereit, den Imperialisten ins eigene Verderben zu folgen. Dann hören die Arbeiter(!) auf, für ihren Hungerlohn die Extraprofite der Ausländer zu produzieren, und die Polizisten und Soldaten, die die streikenden Arbeiter in die Fabriken und auf die Baustellen zurücktreiben sollen, weigern sich, Gummiknüppel und Gewehre gegen ihre Landsleute zu erheben."[7] Diesen Sätzen liegt eine Auffassung zugrunde, die in der Solidaritätsbewegung seit jeher vorherrschend gewesen ist: Die Massen in der Dritten Welt leisten Widerstand, schließen sich Befreiungsbewegungen an oder unterstützen Unabhängigkeitsparteien, erstens weil sie wirtschaftlich ausgebeutet werden und in materiellem Elend leben, und zweitens weil sie politisch unterdrückt werden und sich nicht frei nach ihren Interessen organisieren können. Die Berichte in unseren Zeitschriften und Broschüren über Hunger, Krankheiten, Wohnungsnot, Verhaftungen, politische Prozesse und Folter sind Legion.

Diese Auffassung übersieht ein drittes Motiv, das mindestens so wirkungsvoll ist wie die beiden anderen. Menschen in der Dritten Welt werden nicht nur ausgebeutet und unterdrückt, der Imperialismus bedroht vor allem auch ihre hergebrachte Lebensweise. Er zwingt oder verlockt sie, ihre besondere Art zu wohnen, sich zu kleiden, zu essen und zu trinken, Fe-

ste zu feiern, Krankheiten zu behandeln, Kinder zu erziehen, ihre Sexualität, ihre Sprache, ihre Arbeitsteilung, kurz: ihre besondere Kultur aufzugeben. Damit bringt er sich in einen Zustand des Weltverlustes und der Anomie. Diesen Zustand können Menschen, die ja ihren Mangel an verhaltensregelnden Instinkten dadurch wettmachen müssen, daß sie kulturelle Normen hervorbringen und verinnerlichen, vielleicht am allerwenigsten ertragen, noch weniger als Hunger und Folter.



Lange Zeit schien es so, als würden die Menschen in der Dritten Welt auf dieses psychische Elend vor allem mit unterwürfiger Anpassung an das scheinbar übermächtige und daher faszinierende Fremde reagieren, als würden sie darüber ihre eigene kulturelle Tradition vergessen und sogar verachten. Lange Zeit schien es so, als könne das internationale Kapital mit seinem Warenangebot ungefährdet in die Wunde eindringen, die dem kulturellen Selbstbewußtsein der Menschen in der Dritten Welt zugefügt wird. Alles, was die Optik einer europäischen oder nordamerikanischen Großstadt prägt, findet sich heute auch in den Hauptstädten Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas: Autogewühl und Airport, Hochhäuser aus Glas und Beton, Levi's Jeans und Coca-Cola-Reklame, Aktenköfferchen und Fernsehantennen.

Wer aber deswegen glaubt, daß die „Modernisierung" im Sinne eines bruchlosen Wandels, an dessen Ende eine weltweite Einheitskultur stehen wird, nur eine Frage der Adaptionsgeschwindigkeit sei, läßt sich vom optischen Schein täuschen. In Europa und Nordamerika hat sich die industrielle Einheitskultur immerhin eigenständig und kontinuierlich entwickelt und findet deshalb – trotz wachsenden Widerstands gegen ihre ängstigende Seite – immer noch die Duldung breiter Massen. In der Dritten Welt dagegen ist sie nur aufgesetzt und fremd. Eine wachsende Zahl von Menschen dort reagiert auf die verunsichernde Überfremdung nicht mehr mit unterwürfiger Anpassung, sondern mit Haß, der verbunden ist mit einer Besinnung auf die Symbole der eigenen kulturellen Tradition: die großen Momente in der eigenen Geschichte, die großen literarischen Zeugnisse der eigenen Sprache, vor allem aber: die hergebrachte Religion.

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel ist der zunehmende Einfluß des Islam von Marokko bis zu den Philippinen. Die Moscheen waren lange nicht so voll wie heute, in allen islamischen Ländern beginnen Frauen, die sich längst europäisch gekleidet haben, den Tschador zu tragen. Die Suche nach der verlorenen oder bedrohten Identität hat einen Ethnozentrismus zur Folge, der oft auch über materielles Elend und Unterdrückung hinwegsehen läßt. Jemand, der vor einiger Zeit in Panama war, hat mir von einem Gespräch erzählt, das er dort geführt hat. Auf die Frage, wie es ihm ginge, habe der einheimische Gesprächspartner ganz ohne Ironie geantwortet: „Ich verdiene noch weniger als früher. Aber das macht nichts. Mir geht es sehr gut, der Panama-Kanal gehört nämlich jetzt uns."

Die Solidaritätsbewegung hat bisher übersehen, daß Fremdenhaß und Ethnozentrismus, die sich im Falle der islamischen Länder noch mit religiösen Inhalten anreichern, im Kampf um Unabhängigkeit eine wesentliche Rolle spielen. In bestimmten Phasen dieses Kampfes können sie als einende und stimulierende Momente eine entscheidende Bedeutung bekommen. (Das war jedenfalls im Volksaufstand gegen das Schah-Regime in hohem Maße der Fall.) Dementsprechend spielen bei den Befreiungsbewegungen Nationalismus und teilweise sogar Tribalismus (es sei hier nur auf die immer noch aktive UNITA in Angola hingewiesen) eine viel größere Rolle, als die Solidaritätsbewegung es bisher wahrhaben wollte. Für sie ist es überraschend und deshalb eine besonders große Enttäuschung, daß ausgerechnet Länder, deren Bevölkerungen besondere Anstrengungen unternommen haben, um sich vom Imperialismus zu befreien, so oft in kriegerische Konflikte untereinander verwikkelt sind: Vietnam, Kampuchea, China, Iran, Tansania, die Reihe ließe sich weiterführen. Die Solidaritätsbewegung müßte nicht überrascht und enttäuscht sein, wenn sie den Nationalismus als antreibende Kraft von Unabhängigkeitskämpfen in der Dritten Welt ernst nehmen würde, anstatt die Augen davor zu verschließen.

Denn der Ethnozentrismus, so wichtig er für Unabhängigkeitskämpfe sein mag, hat seine regressive Kehrseite, besonders in der Dritten Welt. Sozialer Fortschritt und Entwicklung setzt immer voraus, daß die verschiedenen Klassen und Volksgruppen eines Landes ihr Interessenkonflikte miteinander austragen können. Ethnozentrismus und Nationalismus leiten solche Konflikte aber nach außen ab, indem sie ideologische Fronten gegenüber anderen Nationen, Ländern, Ethnien, Stämmen usw. aufbauen. Privilegierte Klassen und Cliquen können sich den durch den Kulturimperialismus hervorgerufenen Fremdenhaß zunutze machen, um ihre Vorrechte zu verteidigen, besonders, wenn sie ein gegen das Nachbarland der

Dritten Welt gerichtetes Feindbild propagieren. Solche ideologische Fronten verwandeln sich natürlich schnell in Kriegsfronten.

Der Krieg zwischen Iran und dem Irak ist ein Beispiel für das Herunterkommen zweier ursprünglich gegen den Imperialismus gerichteten Ethnozentrismen auf ihre ideologische, konfliktableitende Wirkung. In beiden Ländern gibt es breite benachteiligte Bevölkerungsgruppen, die die Vorrechte der herrschenden Cliquen um Saddam Hussein und Khomeiny in Frage stellen. In beiden Ländern verteidigen sich diese Cliquen mit dem Ethnozentrismus, der ihnen ursprünglich im Kampf gegen die Abhängigkeit zur Macht verholfen hat. Die herrschenden Ayatollahs im Iran berufen sich auf die schiitische Tradition, das Baath-Regime in Bagdad beruft sich auf die arabische Nation. Die Opposition mußte sich in der Situation des Krieges den Maulkorb nationaler Einmütigkeit umlegen lassen. Sie zog wohl oder übel mit in den Krieg. Die iranischen Volksmujahedin haben das – der Nationalismus ist eben auch bei linken Bewegungen ausgeprägt – mit großer Begeisterung getan. Das hat ihnen freilich wenig genützt. Heute sind sie untergetaucht, füsiliert oder im Exil. Die „Islamisch-Republikanische Partei" hat die Situation der äußeren Konfrontation dazu benutzt, alle inneren Konflikte total zu unterdrücken und die Opposition restlos auszuschalten. Ohne den Krieg hätte ihr das kaum gelingen können.

Die Einsicht, daß in allen Ländern der Dritten Welt und auch bei den Befreiungsbewegungen aufgrund der Sehnsucht nach kultureller Identität Fremdenhaß, Ethnozentrismus und Nationalismus eine wichtige Rolle spielen, was Klassenkämpfe und sozialen Fortschritt behindert, herrschende Cliquen stabilisiert und sogar Kriege auslösen kann, sollte wiederum kein Grund sein, die Unterstützungsarbeit einzustellen. Sie sollte aber dazu beitragen, daß diese Arbeit auf einer realistischeren Grundlage erfolgt als bisher. Wir sollten sehen, daß der Nationalismus der Befreiungsbewegungen auch schon während des bewaffneten Kampfes eine ideologische Komponente hat, und wir sollten damit rechnen, daß diese Komponente nach der Eroberung der Staatsmacht zur Hauptsache werden kann. Unterstützung der Bevölkerung heißt von diesem Moment an: Kritik üben, jedenfalls nicht verschämt schweigen und sich aus der Solidarität hinwegstehlen.

Die Rolle der Sowjetunion in der Dritten Welt wird verdrängt

Auch beim letzten Punkt, auf den ich hier hinweisen möchte, handelt es sich um eine Unterlassung, einen blinden Fleck in unserem politischen Weltbild, und nur bei den Teilen der Solidaritätsbewegung um eine direkte Fehleinschätzung, die der DKP nahestehen. Wir haben uns immer sehr wenig darum gekümmert, welche Politik die Sowjetunion und die anderen Länder des „real existierenden Sozialismus" gegenüber der Dritten Welt betreiben und welche Einflüsse von ihnen auf die Befreiungsbewegungen ausgehen. Wir scheuen uns sichtlich, uns mit diesem Thema zu befassen, sparen es in unseren Analysen aus oder sind – wie die maoistischen Organisationen – in einer Art Überkompensation bei diesem Thema noch schablonenhafter als sonst, was ja auch keine wirkliche Auseinandersetzung mit den entsprechenden Fragen und vor allem keine wirksame Informationsarbeit ist. Wenn überhaupt, dann begründen wir dies damit, daß wir in der Bundesrepublik leben und uns deshalb mit den Machenschaften der westlichen Konzerne und Politiker zu befassen haben, getreu der Devise „Charity begins at home".

Mir kommt diese Begründung wie ein Vorwand vor, denn gerade die Solidaritätsbewegung befaßt sich ja laufend mit den Problemen fremder Länder, wobei sicher auch ein gewisser Eskapismus im Spiele ist. Wenn der uns so zuwider wäre, warum arbeiten wir dann ausgerechnet in der Dritte-Welt-Szene und nicht in einer linken Knastgruppe oder einer Anti-AKW-Initiative mit? Ich vermute daher, daß hinter unserer Scheu in Sachen „sozialistische Länder" etwas ganz anderes steckt: Diese Länder sind weltpolitische Gegner, zumindest Konkurrenten der multinationalen Konzerne und des US-Imperialismus, die auch wir bekämpfen wollen. Die falsche Logik, von der sich die Solidaritätsbewegung nicht freimachen kann, ist die, daß der Feind des Feindes ein Freund, zumindest ein Neutraler sein müsse, den man nicht angreifen sollte. Das Gefährliche an diesem Kalkül ist, daß in ihm substantielle Vernunft, für die die Qualität von Zielen vorrangig ist, von instrumenteller verzehrt wird, die nur noch Mittel kennt. Eine politische Bewegung, die solcher Zweckrationalität folgt, muß auf die Dauer erfolglos bleiben, weil ihr die überzeugenden Inhalte abhanden kommen.

Welche Rolle spielt die Sowjetunion in der Dritten Welt? Zunächst zur wirtschaftlichen Seite: Ich habe in einem seit zehn Jahren maßgeblichen sowjetischen Standardwerk die Feststellung gefunden, daß die Wirtschaft der Entwicklungsländer und die der „sozialistischen Länder" sich in idealer Weise ergänzen: die einen haben Rohstoffe, die anderen haben Industrien, um diese Rohstoffe zu verarbeiten. Ergänzt wird diese Feststellung durch den nur dürftig verblümten Hinweis, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten aus Gründen der Konkurrenz zum Westen die üblichen Weltmarktpreise nehmen müßten.[8] Mit anderen Worten: Hier wird der „internationalen Arbeitsteilung" zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, sprich: Rohstoffausplünderung, das Wort geredet, die die Solidaritätsbewegung als eine entscheidende Struktur der Abhängigkeit kritisiert. In der Praxis hält sich die Sowjetunion an diese Theorie: Sie baut Ägypten den ökologisch verheerenden Assuan-Damm und sichert sich dafür auf Jahrzehnte die ägyptische Baumwollernte; sie schließt Fischereiverträge, die ihr für das bloße Versprechen, beim Aufbau einer Fangflotte behilflich zu sein, das Recht einräumen, mit ihren eigenen hochmodernen Trawlern im Staubsaugerverfahren die afrikanischen Küstengewässer leer zu fischen; sie erschließt Marokko seine Phosphatvorkommen, das sich dafür verpflichtet, die UdSSR für 30 Jahre mit diesem wichtigen Rohstoff zu beliefern.[9] Einziger Unterschied zur westlichen Praxis: Die Preise, die die Sowjetunion aushandelt, sind vertraglich auf lange Fristen festgelegt. Das erlaubt den betroffenen Ländern eine gewisse Planung, zementiert aber auch ihre Monokulturen.

Zur politischen Seite: Es ist ein offenkundiges Bestreben der Sowjetunion, über kommunistische Parteien, die sich nach Moskau orientieren, sowie über Staatsklassen, die gewisse Ähnlichkeiten mit der in der UdSSR herrschenden Bürokratie haben, ihren Einfluß in der Dritten Welt auszudehnen. Auch das ähnelt der westlichen „Entwicklungspolitik", die ja nach der formalpolitischen Unabhängigkeit der Dritte-Welt-Länder darauf angewiesen war, kooperationsbereite einheimische Eliten („Trägergruppen") zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen und militärstrategi-

schen Interessen zu finden. Die Sowjetunion ist in der bequemen Lage, sich ihre „Trägergruppen" selbst heranziehen zu können: Vor allem durch die Ausbildung von KP-Funktionären aus der Dritten Welt an sowjetischen Parteihochschulen. In umgekehrter Richtung geht eine große Zahl von sowjetischen Experten in die Dritte Welt, die ähnlich wie ihre westlichen Kollegen ein um ein Vielfaches höheres Gehalt bekommen als entsprechende einheimische Fachkräfte und die wegen ihres arroganten Auftretens bei der Bevölkerung oft sehr unbeliebt sind. Ein sowjetischer Botschafter in Guinea hat einmal gesagt: „Guineer wollen nicht arbeiten, zerstören sowjetisches Material und können nicht ernst genommen werden."[10]

Zur militärischen Seite: Die UdSSR ist einer der größten Rüstungsexporteure in die Dritte Welt. Einige Zahlen: Zwischen 1954 und 1976 hat die Sowjetunion 8500 schwere Panzer, 5000 leichte Panzer, 5000 Geschütze und Rakentenwerfer, 3540 Kampfflugzeuge sowie 400 Kriegsschiffe an Länder der Dritten Welt geliefert.[11] Empfängerländer sind nicht nur solche des „nichtkapitalistischen Entwicklungswegs", sondern z.B. auch Nigeria, Marokko, Nordjemen oder Iran. Die Sowjetunion kennt keine Skrupel, kriegerische Konflikte zwischen Ländern der Dritten Welt zur Erhöhung ihrer Rüstungsexporte auszunutzen. Als die Iraner bei Ausbruch des Golfkrieges von der UdSSR verlangten, sie solle ihre Waffenlieferungen an den Irak einstellen, antwortete Moskau mit dem Angebot, zum Ausgleich auch an den Iran Rüstungsgüter zu liefern.[12] Der wirtschaftliche Vorteil der Sowjetunion beim Rüstungsexport ist vor allem, daß die Stückkosten jedes von ihr produzierten Düsenbombers oder Panzers mit verlängertem Produktionslauf sinken.[13] Auf diese Weise läßt sich die Sowjetunion – ähnlich wie Frankreich – von den Ländern der Dritten Welt ihre eigene Rüstung finanzieren.



Sowjetische Hubschrauber auf dem Flugplatz Kabul

Die DDR hat sich darauf spezialisiert, Ländern der Dritten Welt beim Aufbau innenpolitischer Repressionsapparate (Geheimpolizei, Strafvollzug usw.) zu helfen. Kuba bildet vor allem Soldaten und Offiziere aus. Alle diese Militärhilfe trägt dazu bei, daß in den Ländern der Dritten Welt enorme Repressionsapparate bestehen, daß zwischen ihnen Kriege geführt werden und daß dort weniger Mittel zur Verfügung stehen, um unabhängigkeitsstärkende Entwicklungsprojekte durchzuführen. Seit der russischen Invasion in Afghanistan wissen wir, daß die Sowjetunion auch nicht davor zurückschreckt, in Länder der Dritten Welt direkt einzumarschieren, wenn ihre Führung das für zweckmäßig hält.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der UdSSR zu den Ländern der Dritten Welt schon seit vielen Jahren darauf hinauslaufen, diese abhängig zu machen. Die Sowjetunion hat zumindest nach außen das Erscheinungsbild einer imperialistischen Supermacht, was auch immer die Gründe in ihrem Innern dafür sein mögen.

Allerdings ist sie als imperialistische Supermacht auf vielen Gebieten nicht so erfolgreich wie die USA, weil es ihr an ökonomischer Potenz fehlt. Ägypten z.B. konnte sich relativ leicht aus dem sowjetischen Einflußbereich lösen. Diesen Nachteil versucht die Sowjetunion durch besondere militärische Anstrengungen auszugleichen. Außerdem hat sie noch einen Vorteil gegenüber den USA und anderen westlichen Ländern, der sie besonders für Befreiungsbewegungen und „befreite Länder" gefährlich macht: Ihren Vertrauenskredit. Der in einem südafrikanischen Gefängnis zu Tode gefolterte Führer der black-consciousness-Bewegung, Steve Biko, hat gewarnt: „Rußland ist ebenso imperialistisch wie Amerika. Aber die Russen haben einen weniger schmutzigen Namen. Ih-

re Politik scheint für revolutionäre Gruppen akzeptabel zu sein. Sie sind nicht mit einem „Tabu" belegt. Hier sehen wir uns dem wahrscheinlich größten Problem der Dritten Welt gegenüber."[14] Aus diesem Grund sind revolutionäre Gruppen und Befreiungsbewegungen für die Sowjetunion ideale Ansatzpunkte, um ihren Einfluß auszudehnen. Man holt ihre Funktionäre nach Moskau, sie erhalten militärische Unterstützung im bewaffeten Kampf – und wenn sie zu Regierungsparteien geworden sind, hat man wieder ein Land der Dritten Welt im Griff. So war es mit Vietnam, mit Angola und – weniger deutlich – mit Mosambik.

Die Solidaritätsbewegung hat diese Entwicklung nicht vorausgesehen, weil sie sich um die Rolle der Sowjetunion zu wenig gekümmert hat. Auch das hat sicher Enttäuschungen mit sich gebracht und zur Flackerhaftigkeit der Unterstützungsarbeit beigetragen. Eine realistische Einschätzung der Sowjetunion und ihrer Verbündeten hätte der Solidaritätsbewegung erlaubt, der MPLA und der Frelimo eine Unterstützung zu geben, die vielleicht in manchen Phasen weniger emphatisch und sicher mit solidarischer Kritik gewürzt gewesen wäre, die aber einen kontinuierlicheren und ernsthafteren Charakter gehabt hätte. Und noch etwas zum Thema Sowjetunion und Solidaritätsarbeit: Es ist schwierig, sich z.B. gegen westliche Rüstungsexporte in die Dritte Welt einzusetzen, wenn bekannt ist, daß die Empfängerländer um diese Militärhilfe bitten, weil ihre (potentiellen) Kriegsgegner mit Waffen aus den RGW-Staaten beliefert werden. Erfolgreicher Widerstand gegen Rüstungsexporte in die Dritte Welt setzt Solidarität auch in der Querrichtung zwischen den Friedensbewegungen der Industrieländer einschließlich Sowjetunion und DDR voraus.

Die angolanische Regierung hat unter Neto immer versucht, sich außenpolitisch und wirtschaftlich von der Sowjetunion freizuschwimmen. Ist das nach Netos Tod so geblieben? Haben wir uns in den letzten Jahren überhaupt noch Mühe gemacht, das zu verfolgen und darüber zu berichten? Oder ist die angolanische Bevölkerung uns heute keine Zeile und keinen Gedanken mehr wert, nachdem wir angolanische „Volk" schließlich lange genug auf dem Schild der Solidarität getragen haben? Ich kann mich erinnern, daß ich 1975 ein MPLA-Abzeichen an der Jacke hatte. In welcher Ecke mag es jetzt verstauben? Und in welcher Ecke werden in ein paar Jahren die Plakate und Fahnen verstauben, die wir heute bei El-Salvador-Veranstaltungen aufhängen? hpö

Anmerkungen:

1 Beide Ausdrücke finden sich z.B. in den Einladungen zu einem Kongreß, der im Februar 1982 in Frankfurt / Main über Probleme der Internationalen Solidarität diskutierte.

2 Kürzlich wieder Dieter Boris auf dem erwähnten Kongreß in Frankfurt / M. Vgl. blätter des iz3w, Nr. 100, März 82, S. 52

3 blätter des iz3w, Nr. 90, Dez. 80, S. 53

4 Vgl. blätter des iz3w, Nr. 56, Okt. 76, S. 20–24

5 Statistisches Bundesamt: Länderkurzbericht Tunesien 81, S. 18f

6 Zur Neo-Destour-Partei vgl. Tibi, Bassam: Internationale Politik und Entwicklungsländerforschung. edition suhrkamp 983. Zu den Staatsklassen in der Dritten Welt allgemein: Elsenhans, Hartmut: Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft – Versuch über den Staat in der Dritten Welt. Frankfurt / M. Campus 1981

7 blätter des iz3w, Nr. 76, März 79, S. 46

8 Vgl. Tjulpanow, S.J.: Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern. Frankfurt 1972, S. 184f

9 Vgl. Melchers, Konrad: Die sowjetische Afrikapolitik von Chruschtschow bis Breschnew. Berlin: Oberbaum 1980, S. 171–178

10 Le Soir, 26.10.61

11 Melchers, S. 204

12 Frankfurter Rundschau, 18.9.80

13 Vgl. Albrecht, Ulrich: Der Handel mit Waffen. München: Hanser 1971

14 Zitiert nach Melchers: Die sowjetische Afrikapolitik

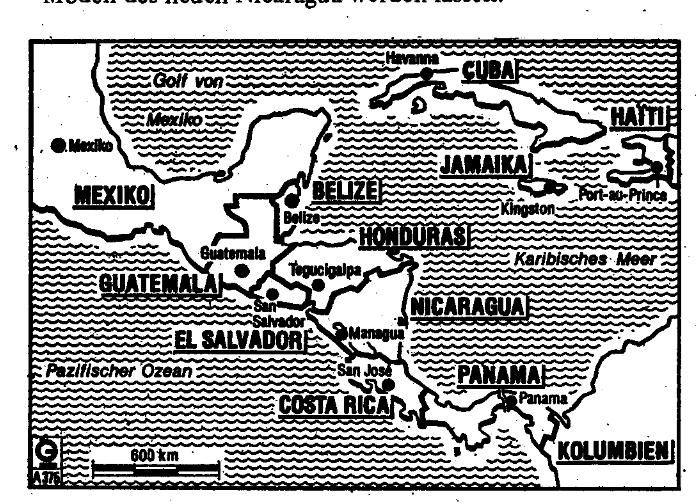
Nikaraguas Revolution zwischen Stabilisierung und Transformation wirtschaftlicher Strukturen*

Ausgangsbedingungen und Grenzen eines Befreiungsprozesses

1. Unhistorische Berichterstattung und Solidaritätsbewegung

Anlaß zu diesem Artikel ist die Beobachtung, daß die westdeutsche Linke in den mehr als zwei Jahren seit der nicaraguanischen Revolution mit drei Arten von Berichterstattung aus diesem Land konfrontiert worden ist, die allesamt das Verständnis für die Eigenheiten, Widersprüche und Schwierigkeiten dieses Prozesses versperren und damit auch eine kritisch verstandene Solidarität mit diesem um eine neue Identität kämpfenden Volk zunehmend schwieriger machen.
Da ist einerseits die Berichterstattung der bürgerlichen Medien der Bundesrepublik Deutschland und der internationalen Presseagenturen, deren Blick – mit wenigen Ausnahmen – von der Anwendung westeuropäischer oder nordamerikanischer Demokratiemodelle auf politische Entwicklungen in Zentralamerika (die „Wahlen" als Fetisch) und von der Einordnung der gegenwärtigen Befreiungskämpfe in das Schema des Ost-West-Konfliktes bestimmt wird. Ein zweiter Blickwinkel, unter dem auch ursprünglich viele Nicaragua-Solidaritätskomitees entstanden sind, ist mittlerweile nur noch wenig vertreten: eine idealisierende Auffassung von der nationalen Befreiung, die automatisch soziale Befreiung und den „neuen Menschen" hervorbringen würde. Dieses Interpretationsmuster tendiert dazu, zunehmend die Rosinen aus dem Kuchen zu picken und kein reales Bild von den Widersprüchen der Revolution zu vermitteln.
Die Widersprüche dagegen sind es gerade, wovon die dritte hier erwähnte Art von Berichterstattung lebt – unerklärte Widersprüche allerdings, die als oft zynisch anmutende Gegenüberstellung von Realität und „linken" Normen einer gedachten Volksrevolution präsentiert werden.
Dieses letzte Interpretationsmuster geht auf die Erfahrungen der Linken vor allem mit der Indochina-Solidarität und ihre enttäuschten Erwartungen zurück. Daß der Fall so tief war – von der unkritischen und auf Identifizierung mit Organisationen beschränkten Solidarität bis zur radikalen Ablehnung der Solidarität mit Befreiungsbewegungen an der Macht (und auch schon vorher), – liegt nicht zuletzt daran, daß es jahrelang keine verläßlichen Informationen über innergesellschaftliche Vorgänge in den befreiten Ländern und über die Schwierigkeiten und Widersprüche dieser Revolutionen gegeben hatte. (1) Die Beschränkung auf die von den verschiedenen Konfliktparteien angebotenen Interpretationsmuster und das unvermittelte Gegenüberstehen von idealisierender linker und manipulierter rechter Berichterstattung haben damals keinen Raum gelassen für eine historisch orientierte und differenzierte Herangehensweise an die revolutionäre Entwicklung in Indochina. Umso fassungsloser haben wir deswegen den Kriegen zwischen den „Staat gewordenen Befreiungsbewegungen" gegenübergestanden.

Die Art, wie militant rechte Massenmedien die Ereignisse in Nicaragua manipulieren, ist kürzlich am Beispiel der Fernsehsendung von J. Waldmann „Die gestohlene Revolution – Nicaragua zwei Jahre nach Somoza" gezeigt worden (2). Sie soll an dieser Stelle nicht noch einmal behandelt werden.
Das idealisierte Bild der nicaraguanischen Revolution auf der anderen Seite ist vor allem in christlichen Kreisen der Bundesrepublik durch eine optische Verzerrung entstanden. Diese geht einerseits auf die Politik einer breiten Allianz der FSLN selbst und andererseits auf die Art zurück, wie das Werk und die Ideen des Dichters, Priesters und heutigen Kultusministers Nicaraguas, Ernesto Cardenal, ins Zentrum der Aufmerksamkeit und Solidaritätsarbeit gerückt worden sind. Die Glaubwürdigkeit, mit der er den humanistischen (und in Teilen christlichen) Charakter des nicaraguanischen Widerstandes gegen Somoza verbreiten konnte, hat ohne Zweifel dem Aufbau einer breiten Unterstützung gerade in Kreisen, die zuvor an internationalen Solidairätsbewegungen nicht beteiligt gewesen waren, immens geholfen. Die Idylle der Insel Solentiname im Nicaraguasee, auf der Ernesto Cardenal zwölf Jahre lang eine christliche Kommunität aufgebaut und betreut hat (1978 von der Nationalgarde dem Erdboden gleichgemacht),und die von Nächstenliebe und zwangfreien Dialog- und Kommunikationsformen durchdrungenen Schriften und Berichte aus Solentiname haben diese einzigartige Erfahrung im Bewußtsein vieler zu einem Modell des neuen Nicaragua werden lassen.



Solentiname wird jetzt wieder aufgebaut werden, aber es wird nicht typisch für das sein, was heute in Nicaragua geschieht. Denn der 19. Juli ist eben kein Nullpunkt in der Geschichte. „Leider ist die Gesellschaft, mit der wir umgehen müssen, nicht die, die sich Ernesto Cardenal vorstellt," hat einer der neun „Revolutionskommandanten" gesagt, der als Realist (aber nicht als Pragmatiker) bekannt ist.
Für die zynisch-„linke" Nicaragua-Sicht schließlich soll der reportagehafte Artikel als Beispiel dienen, der unter dem Pseudonym „Albert Lot" in der Zeitschrift „Transatlan-

---

* Dieser Artikel wurde erstmals in PERIPHERIE 7 veröffentlicht; wir danken der PERIPHERIE-Redaktion für die freundliche Überlassung des Artikels.

Klassenkampf ist, bleibt in Nicaragua bis zum Sturz Somozas nationaler Befreiungskampf. In ihn können alle Energien hineingelegt werden. Auf ihn werden aber danach auch alle Erwartungen projiziert: Wer gegen die Diktatur hinter den Barrikaden gestanden hat, erwartet, daß der Sieg über Somoza auch seine existentiellen und sozialen Probleme rasch löst.
Daß jedoch auf den Sieg über Somoza zunächst eine lange Periode von Klassenkämpfen und ökonomischer Knappheit folgen würde, das hatte bislang niemand dem Volk klargemacht oder klarmachen können. So ermöglicht die taktische Konzentration auf die Diktatur zwar den Sieg. Die fehlende Vorbereitung der Bevölkerung aber wird anschließend zum Hindernis.
Monatelang braucht das Nachkriegs-Nicaragua täglich 100 t Lebensmittel aus dem Ausland, um eine Hungersnot abzuwenden. Massive Kapitalflucht, eine zu 40 % zerstörte industrielle Infrastruktur, der Ausfall von Saat und Ernte während des Krieges und die Notschlachtung von Hühnern und Rindern haben die nationale Produktion um ein rundes Drittel gesenkt.
Dennoch entschließt sich die Revolutionsregierung, die Erwartung der Bevölkerung, daß es nach den Entbehrungen des – wenn auch kurzen – Krieges schnell wieder aufwärts gehen würde, nicht zu enttäuschen. Die Zeichen der Wirtschaftspolitik werden auf „schnelle Normalisierung" gestellt: keine Abwertung des Cordoba trotz einer 100 %igen Inflation während der zwei Kriegsmonate, keine Devisenbeschränkungen trotz leerer Dollarkonten der Zentralbank und auch keine Rationierung, weder von Benzin noch von Lebensmitteln.
Und so beginnt die Reaktivierung der Wirtschaft beim Konsum. Im Laufe des Jahres 1980 steigt der Verbrauch um 28,8 %, während die Produktion wesentlich langsamer anläuft: + 3,8 % bei den Gütern und + 18,7 % bei den Dienstleistungen (in konstanten Preisen) (6). Konsumiert wird jetzt immerhin 87 % des Vorkriegsstandes (1977), während die Güterproduktion nur auf 75 % gekommen ist.
Mitte des Jahres 1980 gibt es (angesichts rapide wachsender Importe: 1980 insgesamt + 124,3 %) die erste wichtige Kurskorrektur: Ab jetzt verkauft die Zentralbank „billige" Dollar zum offiziellen Umtauschkurs nur noch für Importgüter, die auf einer staatlichen Prioritätenliste stehen. Konserven, importierte Plastikwaren oder Autoersatzteile kosten jetzt das Dreifache. Währenddessen werden die Grundnahrungsmittel weiter subventioniert – in Nicaragua sind Reis, Mais und Bohnen weit günstiger zu haben als in den Nachbarländern.
Doch die Schein-Normalisierung hat die Bevölkerung auch anspruchsvoller gemacht. Maßstab ist immer, was etwas „vor dem Krieg gekostet hat" und was es „früher" gab. Freiwillig den Konsum einzuschränken, um über produktive Investitionen die desolate Produktionsstruktur zu verbessern – das wäre zu viel verlangt von der Bevölkerungsmehrheit, die ohnehin am Rande des Existenzminimums lebt. Die Mittelklasse dagegen hat noch viele Privilegien in Nicaragua: Ein Akademiker verdient beim Staat das Vier- bis Sechsfache eines Industriearbeiters, und sonst noch erheblich mehr. Um-



Juli 1979: In Managua feiert das Volk den Sieg der sandinistischen Befreiungsfront.

tik" (München, Juni 1981) erschienen ist. Die sogenannte „Landkarte des Elends – Nach der Befreiung" zeichnet sich durch Detailreichtum und geschickte Selektion der Informationen aus (wie auch viele reaktionäre Analysen). In unserem Zusammenhang interessiert nicht, welche der dort aufgezählten „Mißstände" auf wahren und welche auf falschen Informationen beruhen. Worum es uns geht, ist die unvermittelte und unhistorische Gegenüberstellung, die den roten Faden des Berichtes bildet: Auf der einen Seite die weiter existierende Armut und das Elend, das in der Tat jeder in Nicaragua beobachten kann, auf der anderen die Aufzählung von Episoden und Entwicklungstendenzen, die nachweisen sollen, daß die Revolution nicht für die Armen ist („In Managua scheint die Regierung hauptsächlich an den Wiederaufbau ihres Regierungszentrums zu denken... Dem 'Revolutionspalast' der Regierung entspricht der revolutionäre Slum für das Volk, wie er sich in den neugebauten Siedlungen ankündigt..." S. 92). Der anonyme Autor verschweigt nicht nur, was die Revolution tatsächlich schon für die arme Bevölkerungsmehrheit erreicht hat – von der Alphabetisierung bis zum kostenlosen Gesundheitsdienst. Er reiht vor allem Phänomene aneinander, die beweisen sollen, daß die sandinistische Politik nicht zum Durchbruch des „Guten" führen kann. Und der deutsche Leser versteht natürlich entsprechend, wenn er belehrt wird: „... Aber die Abholzung geht weiter. Umweltprobleme rangieren in Nicaragua an letzter Stelle." (S. 91) Was nicht auftaucht, ist die Erinnerung daran, daß Umweltbewußtsein auch in Europa keine traditionsreiche Massenerscheinung ist. Daß eine Revolution sich ihre Lösungen innerhalb eines kulturell zunächst einmal vorgegebenen Rahmens aussuchen muß und daß sie auch – im Falle Nicaraguas – inmitten einer Weltwirtschaftskrise und nach einer kriegsbedingten Zerstörung engen objektiven Restriktionen unterliegt.

Zu dieser Art Verständnis will der vorliegende Text beitragen. Je eher hohe Erwartungen auf das reduziert werden, was konkret und historisch die Möglichkeiten einer Revolution ausmacht – und je mehr wir verstehen, warum bestimmte Begrenzungen existieren –, desto mehr wird es uns möglich sein, eine kritische Solidarität aufrechtzuerhalten. Das Überschreiten vorhandener auch bewußtseinsmäßiger Schranken kann von uns nicht einfach durch Solidaritätsverweigerung eingefordert werden. Vielmehr sollte die kritische Solidarität in denjenigen Bereichen, auch mit dem Blick auf andere Befreiungsbewegungen, weitergetragen werden, wo dies für eine Linke, die ihre eigene Geschichte und ihre Erfahrungen mit sich herumträgt, möglich ist.

2. Ausgangsbedingungen

19. Juli 1979: Der Rausch eines Volkes, das seinen Diktator verjagt, dessen Armee in alle Winde zerstreut und damit auch dem ehemaligen „großen Bruder" eine Niederlage beigebracht hat. Denn nun gibt es den von den USA gewollten „kontrollierten" Übergang nicht mehr. Der Neuanfang ist in der Hand der Sandinisten, einzige organisierte politisch-militärische Macht des Landes. Das Siegesgefühl stellt die Weichen für den Moment auf „Einheit" – die Einheit derjenigen, die gegen Somoza gekämpft, mit denjenigen, die immerhin auf seinen Abgang gewartet haben.
Aber weil dieser Kampf seine Geschichte hat – weil am 19. Juli eine ganz bestimmte Allianz auf eine bestimmte Weise ein begrenztes Ziel erreicht hat: Deshalb ist jener Tag nicht die Stunde Null, von der an die Revolution ihr Schicksal aus freier Wahl heraus bestimmt. Objektive Bedingungen, die den Kampf jahre- und jahrzehntelang begleitet haben (wie die Formen der wirtschaftlichen Einbindung Nicaraguas in den Weltmarkt) und subjektive Faktoren, die sich aus dieser Geschichte heraus entwickelt haben (wie Erfahrungen und Begrenzungen der Befreiungsbewegung oder der Bewußtseinsstand des Volkes) stellen die wesentlichsten Elemente dar, deren dialektisches Zusammenwirken und Durchsetzen im politischen Prozeß den tatsächlichen Stand nach zweieinhalb Jahren Revolution verständlich machen.
Damit will ich keineswegs einem Fatalismus das Wort reden, für den Geschichte (und speziell der Sieg von Befreiungsbewegungen) doch immer „auf das gleiche hinausläuft". Vielmehr werden die Spielräume im konkreten politischen Prozeß ausgelotet, in dem sich konkrete Möglichkeiten durchsetzen – oder scheitern. Und auch das geht nicht gradlinig vor sich. Die Widersprüche der Gesellschaft, zwischen Altem und Neuem, zwischen objektiven Möglichkeiten und ideologischen Begrenzungen, spiegeln sich in einer revolutionären Politik, die genauso voller Widersprüche steckt. Der Vorspann einer SPIEGEL-Story charakterisiert das so:

„Durch revolutionäre Sprüche und autoritäre Politik erschrecken die Sandinisten das Bürgertum, durch unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik verärgern sie ihre Basis." (3)

Aber so griffig die Formulierung auch ist,– daß sie vorn wie hinten schief sitzt, wird bereits dem SPIEGEL-Leser beim weiteren Lesen des Artikels klar. Vielleicht sollten wir uns erst einmal auf die Widersprüche selbst einlassen und sie in ihrer Verschlungenheit zur Sprache bringen.

3. Unmittelbare Erwartungen und längerfristige Transformation

18 Jahre dauerte es vor der Gründung der Sandinistischen Befreiungsfront im Jahre 1961 bis zum Sturz Somozas. Der Ansporn des kubanischen Vorbildes und die Fokus-Theorie, die Idee der nationalen Befreiung und das Praktizieren von „antiimperialistischer Solidarität" (wie die Beteiligung an Aktionen der PLO) bestimmen die Geschichte der Organisation ebenso wie der direkte Gegner: die Diktatur Somozas. Die eigentliche Volksbewegung und das allmähliche Umschwenken des Bürgertums beginnen erst knapp zwei Jahre vor dem Sieg des 19. Juli. Im Oktober 1977 – zu einem Zeitpunkt, als sich die Guerilla in der Defensive befindet und die Repression Somozas auch der bürgerlichen Opposition der UDEL (4) nur wenig Spielraum läßt, zeigt die jüngste der drei FSLN-Richtungen, die sogenannten „Terceristas", mit einer Reihe von eher symbolischen militärischen Aktionen Flagge. Die Idee, gleichzeitig mittels einiger renommierter Persönlichkeiten (der „Gruppe der Zwölf" (5) der immer unzufriedeneren Bourgeoisie ein informelles Bündnis anzubieten und die Dynamik in Richtung auf einen von allen getragenen Aufstand ingang zu setzen, schlägt ein. Als Somoza dann noch (im Januar 1978) den UDEL-Führer und Verleger der Tageszeitung „La Prensa", Pedro Joaquin Chamorro, ermorden läßt, folgen die ersten spontanen Aktionen zivilen Ungehorsams. Von jetzt ab geht alles so schnell, daß weitergehende Ziele des Kampfes gar nicht mehr diskutiert werden. Der gemeinsame Nenner aller ist der Sturz der Diktatur, und auch die FSLN (allen voran die nach außen hin dominierenden „Terceristas") hält sich mit Imperialismus- und Klassenkampfanalysen zurück. Die ausschließliche Konzentration auf die Diktatur als Gegner entspricht nicht nur dem Charakter des Bündnisses mit einer Bourgeoisie, die traditionell zu den Konsum- und Lebensidealen der USA aufschaut, sondern sie geht auch auf den Bewußtseinsstand eines Volkes ein, das die Mehrzahl aller Übel in der Diktatur mit ihrer Repression personifiziert sieht.
Was in El Salvador oder Guatemala auch und in erster Linie

so (scheinbar) unabänderlicher ist er an nordamerikanische Konsum- und Verschwendungsmuster gewöhnt: Auto, air condition, Kosmetika, etc.

4. Unmittelbare „Abkoppelung" als Alternative?

Bevor wir an die Darstellung der von der sandinistischen Regierung verfolgten „Doppelstrategie" einer gleichzeitigen Reaktivierung und längerfristigen Destabilisierung bzw. Transformation des Akkumulationsmodells herangehen, soll in Kürze begründet werden, warum Nicaragua bei der Wahl dieser ambivalenten Politik kaum eine reale Alternative zur Verfügung hatte, wollte es überhaupt längerfristig (und nicht auf repressive Weise) die Möglichkeiten für eine sozialistische oder anti-kapitalistische Lösung offenhalten.
Eine unmittelbare Abkoppelung vom kapitalistischen Weltmarkt – erste und radikalste Möglichkeit, einen anti-kapitalistischen Übergang einzuleiten – hätte schwerwiegende Konsequenzen mit sich gebracht, die das politische Überleben der Revolution schon auf kurze Sicht infragegestellt hätte. Die Enteignung aller Großunternehmer hätte Nicaragua vor allem vor zwei praktisch unüberwindbare Probleme gestellt:
1. Die Auswanderung von großen Teilen der Bourgeoisie und von Technikern und Spezialisten (schon unter heutigen Bedingungen ein gewichtiges Problem) hätte den revolutionären Staat zur Übernahme der gesamten Wirtschaft durch nicht ausgebildete Leute gezwungen; und das in einer politischen Situation, in der auch die Mehrheit der ausgebeuteten Klassen solche Maßnahmen nicht verstanden hätte.
2. Eine solche „Abkoppelung" hätte den sofortigen Boykott der westlichen Industrieländer bedeutet. Das heißt, die stoffliche Seite der Produktion hätte auf einen Schlag entweder autark sein oder sich auf die gleichen Einfuhren und Ausfuhren wie bisher stützen müssen, nur jetzt mit den sozialistischen Staaten.
Abgesehen davon, daß vor allem eine Importstruktur nicht einfach „ausgetauscht" werden kann – denn wie und mit welchen Inputs produziert wird, das ist eng mit der Art der internationalen Integration einer Wirtschaft verflochten –, hätte eine solche Strategie die Bereitschaft der Sowjetunion, diesen Prozeß langfristig zu tragen und auch zu subventionieren, vorausgesetzt. Diese Bereitschaft bestand jedoch für die Sandinisten in keiner Weise. Auch deshalb nicht, weil diejenigen Teile der sandinistischen Führung, die das Bündnis mit der Bourgeoisie ins Werk gesetzt hatten, zunächst keinen Anlaß sahen, auf die unmittelbaren Vorteile dieser Allianz für die Ankurbelung der brachliegenden Wirtschaft zu verzichten, nachdem die politische Macht ohnehin in ihren Händen war.
Wenn also weder eine sehr rasche Abschaffung der kapitalistisch bestimmten Integration Nicaraguas in den Weltmarkt möglich war noch die Finanzierung der Wiederaufbau- und Transformationskosten durch den sowjetischen Block, dann mußte eine realistische anti-kapitalistische Strategie sich in einem Widerspruchsfeld bewegen: zwischen allmählicher Zurückdrängung der bürgerlichen Macht in der Wirtschaft, der Sicherung großzügiger internationaler Finanzierung durch kapitalistische Länder und rapidem, möglichst nach innen orientiertem Wachstum.
Und dennoch handelt es sich bei der sandinistischen Revolution um den Versuch, eine soziale Revolution ingangzusetzen, die – innerhalb des engen ihr gesetzten Rahmens – das Gewicht der großen Bevölkerungsmehrheit aus Campesinos, Arbeitern und der in ökonomisch marginalen Aktivitäten tätigen Stadtbevölkerung verstärkt. Ihren Interessen will die Revolution nicht einfach ihr Ohr leihen, sondern eine Stimme oder besser: Stimmen geben. Die Einführung zunehmender Partizipation – ansatzweise realisiert in den Massenorganisationen und im Staatsrat – stößt allerdings auf Schranken. Diese Schranken haben sowohl mit den gegebenen Grenzen politischen und kulturellen Bewußtseins zu tun als auch mit den Zwängen der weiterhin kapitalistisch bestimmten Wirtschaft und einer Bourgeoisie, die im Verbund mit der katholischen Kirche fast ungehindert ihre ideologische Macht ausspielt.
Wieweit in zweieinhalb Jahren seit dem Sturz Somozas die soziale Revolution tatsächlich vorangeschritten ist; wie weit dabei von oben her bestimmt wird und wo die Basis wie partizipiert – diese Fragen wird der vorliegende Text allerdings nicht beantworten. Hier geht es uns vorerst darum, welche objektiven und welche bewußtseinsmäßigen Probleme einem raschen und radikalen Umwälzungsprozeß tendenziell entgegenstehen.

5. Doppelstrategie: Stabilisierung des Akkumulationsmodells ...

Die Situation einer Nachkriegswirtschaft und der hohe Grad materieller wie auch technologisch-kultureller Anbindung an die USA haben den Sandinisten eine Doppelstrategie aus kurzfristiger Reaktivierung und Stabilisierung der kapitalistischen Strukturen sowie deren längerfristige Destabilisierung und Transformation nahegelegt. Diese Ambivalenz spiegelt sich in den wichtigen wirtschafts- und ordnungspolitischen Entscheidungen der Revolutionsregierung wieder:

- die Konfiszierung der Somoza-Güter legt rund 25 % der direkt produktiven Aktivitäten in die Hände des Staates, von den restlichen 75 % bleibt aber weiter der größte Teil im Besitz privater Großunternehmer.
- die Verstaatlichung der Banken und des gesamten Finanzsystems nimmt zwar der Bourgeoisie ein wichtiges Steuerungsinstrument (zuvor war das produktive Kapital direkt den drei großen Finanzgruppen des Landes angeschlossen), fügt aber dem revolutionären Staat solange kein wirksames hinzu, wie die Liquidität vom ausländischen Kapitalzufluß und die realen Investitionen von den Unternehmerentscheidungen abhängen;
- die Anerkennung der von Somoza ererbten Auslandsschulden ermöglicht neue und auch „weiche" Kredite der kapitalistischen Industrieländer. Gleichzeitig hat die Regierung aber damit inkauf nehmen müssen, daß (trotz einmalig günstiger Umschuldungsbedingungen) 1981 rund 40 % der Exporteinnahmen in den Schuldendienst fließen. Wenn 1986 die Tilgung der Auslandsschulden des Somozastaates beginnt, dann wird dieser Prozentsatz sogar noch erheblich steigen.

Die „Reaktivierung" zerstörter oder brachliegender Produktionskapazitäten bedeutet in Nicaragua zunächst einmal die Bestätigung des herrschenden Akkumulationsmodells. Mit der Stabilisierung von Konsum und Produktion auf dem Vorkriegsniveau innerhalb von zwei Jahren (1980 und 1981) sollte gleichzeitig eine allmähliche Modifizierung der Akkumulationsdynamik beginnen, deren Charakteristika und Grenzen weiter unten beschrieben werden.
Hier zunächst einige Bemerkungen zum traditionellen Akkumulationsmodell Nicaraguas und den Folgen seiner erneuten Stabilisierung. Es wird seit Beginn des massiven Kaffeeanbaus in den achziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von der Agrarproduktion für den Export bestimmt. Zum Kaffee sind mittlerweile Viehzucht und Baumwolle gekommen. Gemeinsam machten diese drei Güter 1978 64 % der gesamten Exporterlöse aus (7). Nimmt man noch Zucker, Fischereiprodukte, andere leicht verarbeitete Agrarerzeugnisse und die Förderung von Edelmetallen hinzu, dann liegt der Anteil des Primären Sektors bei über 80 %. Im wirklich industriellen Bereich findet sich eine einzige nennenswerte Rubrik: die chemischen Produkte mit 8 % (ebenfalls 1978).
Als die wichtigsten historischen Folgen dieser Form der In-



Mitglieder der Führung der FSLN: Von links, Tomas Borge, Daniel Ortega, Humberto Ortega, Henry Ruiz, Jaime Wheelock und Bayardo Arce.

tegration in den kapitalistischen Weltmarkt (bei der die direkten ausländischen Investitionen relativ unbedeutend blieben) können wir folgende nennen:

1. Die Zurückdrängung der Agrarerzeugung für den internen Markt. Der Anbau von Grundnahrungsmitteln wurde immer weiter auf marginale Böden verdrängt; die Campesinos konnten von ihren kleinen Parzellen bei zudem niedrigen Erzeugerpreisen nicht leben und wurden gezwungen, zusätzlich oder ausschließlich als Land- und Erntearbeiter ihr Brot zu verdienen.
2. Der unter dem Subsistenzminimum liegende Preis der Arbeitskraft auf dem Lande. Schwankende Weltmarktpreise machten eine Mechanisierung und Intensivierung (vor allem bei Baumwollanbau und Viehzucht) lange Zeit nicht rentabel und hielten die Löhne in den arbeitsintensiven Branchen niedrig.
3. Die hohe Abhängigkeit der gesamten Produktions- und Infrastruktur von immer teurer werdenden industriellen Importen. Die Art, wie sich der landwirtschaftliche Anbau – nach ausländischen Vorbildern – entwickelt hat, führt dazu, daß immer mehr gespritzt und gedüngt werden muß, um den ausgelaugten Böden noch lohnenswerte Erträge abzugewinnen. Nicaraguas Elektrizität wird fast ausschließlich aus Öl erzeugt: Überbleibsel der Kalkulation mit niedrigen Ölpreisen vor 1973. Schließlich sind auch die im Rahmen des Gemeinsamen Zentralamerikanischen Marktes in den sechziger Jahren entstandenen Industrien in hohem Grade von importierten Vorprodukten abhängig. Beispiel: Die Textilindustrie verwendet nicht etwa im Lande verarbeitete Baumwolle, sondern importiert Baumwollfäden und Kunstfasern.

Doch da die Art der Integration Nicaraguas in den Weltmarkt nicht aus dem Stand heraus nach dem Krieg in eine „autozentrierte" Ökonomie verwandelt werden konnte, entschloß sich die sandinistische Regierung zunächst, die vorhandene Produktionsstruktur maximal zu nutzen, um einmal die interne Versorgung zu sichern und zum anderen die Exporte – durch den Krieg um rund 30 % zurückgegangen – wieder dem vorigen Niveau anzunähern. Das bedeutete allerdings:

1. die Importe gegenüber den Exporten zunächst überproportional anzukurbeln, entsprechend der stark einfuhrabhängigen Produktionsstruktur und den besonders durch die Ölpreise verschlechterten Terms of Trade;
2. das entstehende Defizit in der Handelsbilanz durch billige Auslandskredite zu decken – deren niedrige Zinsen und lange Laufzeiten politisch motiviert sein müßten;
3. den privaten Unternehmern, die den größten Teil der Produktionsmittel kontrollieren, die Produktionsentscheidungen mittels staatlicher Kreditfinanzierung, Steuervergünstigungen und nicht nennenswert erhöhter Löhne zu erleichtern; und
4. auf eine „integrierte" Gesamtplanung der Wirtschaft (was sich allerdings nur schrittweise durchsetzen könnte) vorerst zu verzichten – zugunsten einer rein „indikativen" Planung für den privaten Sektor und einer Zielplanung für den staatlichen Bereich (ohne jedoch die wesentlichen ökonomischen Determinanten kontrollieren zu können.)

6. ... und seine Transformation: Wo liegen die objektiven Grenzen?

Nach den Vorstellungen der sandinistischen Planer soll die beschriebene Stabilisierungs- und Wachstumspolitik dazu dienen, Zeit zu gewinnen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß allmählich anti-kapitalistische Elemente die Wirtschaft durchsetzen und ein anti-kapitalistisches Bewußtsein die produzierende Bevölkerung, nicht zuletzt auch die neue Generation von Technikern, bestimmen kann. Von den bewußtseinsmäßigen Problemen und ihrem Einfluß auf die Veränderungsmöglichkeiten wird im folgenden Abschnitt die Rede sein. Hier wollen wir zunächst Spielraum und Grenzen der Transformation ausleuchten, wie sie sich aus den „objektiven Faktoren" des dominanten Akkumulationsmodells und der internationalen Wirtschaftskrise ergeben.

Drei Ebenen können wir unterscheiden, auf denen der revolutionäre Staat, gestützt auf seine politisch-militärische Macht, in den ersten beiden Jahren Transformationen mit struktureller Reichweite in Angriff genommen hat:

1. der Aufbau eines Systems staatlicher Wirtschaftsplanung und -kontrolle sowie der zentralen Steuerung der verstaatlichten Industrien und landwirtschaftlichen Komplexe;
2. die Politik einer größtmöglichen Selbstversorgung des Binnenmarktes und, innerhalb dieser, die Orientierung auf den notwendigen Konsum der armen Bevölkerungsmehrheit; sowie
3. Ansätze zu einer Rationalisierung und Neuausrichtung der Import-Export-Struktur, um
   - die interne „Vermaschung" der Wirtschaft zu vergrößern,
   - komparative Vorteile zu suchen, vor allem in der Agroindustrie, und
   - die Landarbeiter nicht mehr unter ihren Reproduktionskosten bezahlen zu müssen.

Auf der *ersten* Ebene stehen dem Staat das Monopol über das gesamte Finanz- und Bankensystem, das „Nationale Planungssystem" (mit dem Planungsministerium gleichzeitig als Sekretariat der Regierungsjunta), der verstaatlichte Exporthandel und die Wirtschaftsunternehmen in staatlichem Besitz zur Verfügung. Ein Bündel von Kontrollinstanzen, die die Bewegungsfreiheit des privaten Kapitals erheblich einschränken, ihm jedoch keine nicht profitablen oder „politisch unsicheren" Investitionen oktroyieren können.

Problemverstärkend kommen die Experimentierkosten einer fast völlig erneuerten staatlichen Verwaltung sowie der Administration der konfiszierten Betriebe hinzu. Verschärft durch die Abwanderung eines Großteils der ohnehin in Nicaragua dünn gesäten Techniker und Wirtschaftsfachleute, mußte zunächst eine geringere Arbeits- und Kapitalproduktivität inkaufgenommen werden. Das Defizit der Produktion gegenüber dem Konsum und der Exporte gegenüber den Importen vergrößerte sich über das Maß des „üblichen" strukturellen Ungleichgewichts hinaus.

Die *zweite* Ebene staatlicher Transformationen greift zum einen auf den verstaatlichten Wirtschaftssektor und zum anderen auf Anreiz- und Redistributions-Maßnahmen des Staatshaushaltes zurück. Immer unter der Prämisse, daß die gegenwärtige Exportproduktion nicht gefährdet wird, fördert die Regierung mit großzügiger Kredit-, Infrastruktur- und Abnahmepolitik den Anbau von Grundnahrungsmitteln, vor allem bei Kleinbauern und mittleren Landwirten. Kooperativenbildung, technische Beratung und die beginnende (ebenfalls auf Kooperativen ausgerichtete) Landreform sollen die Campesinowirtschaft aus ihrer Marginalisierung herausholen, die für die arbeiterhungrige extensive Exportwirtschaft durchaus funktional war. (Notwendiges Komplement ist also die Intensivierung der Agrarexportproduktion.)

Auf der Seite des Verbrauchs wirken Subventionierung von Grundgütern sowie Devisenzuteilung nach strikten Prioritäten und hohe Importsteuern für Luxusgüter als Mechanismen der Umstrukturierung und Umverteilung. Sie bewegen gleichzeitig das nationale Produktionsspektrum allmählich in Richtung auf Basisgüter für den Massenkonsum. So werden mittlerweile die relativ umfangreichen staatlichen Textilbetriebe (auch natürlich deshalb, weil der Zentralamerikanische Markt als Abnehmer fast gänzlich ausgefallen ist) auf Deckung des nationalen Bedarfs an einfacher Kleidung ausgerichtet.

Auf der *dritten* Ebene, der Modifizierung der Handelsstruktur, steht der revolutionäre Staat wiederum vor dem Handikap, im Rahmen der „Doppelstrategie" zunächst die Devisenbilanz einigermaßen ausgleichen zu müssen, will er nicht die Alternative: Unterwerfung unter den Internationalen Währungsfonds oder plötzlicher Zusammenbruch der weltmarktintegrierten Produktion Nicaraguas riskieren. Importrestriktionen und Erhöhung der Exporterlöse dienen kurzfristig dazu, das 392-Millionen-Dollar-Loch in der Bilanz der laufenden Posten (gegenüber 526 Millionen Dollar Exporteinnahmen, ebenfalls 1981) zu stopfen.

Devisen, die beispielsweise durch die Beschränkung aller nicht essentiellen Einfuhren gespart werden, stehen daher nicht automatisch dem Aufbau anderer, importsubstituierenden Produktionen zur Verfügung, sondern müssen primär das Defizit verringern. Dennoch zielen die bisher bekannten Planungen in Nicaragua auf eine systematische Importsubstitution und eine gewisse Erweiterung der Exportpalette. Dieses Feld bleibt fast ausschließlich der Aktion des Staates überlassen, denn die einheimische Bourgeoisie – das haben die ersten zwei Jahre gezeigt – ist unter den Bedingungen der Revolution nur zu kurzfristig rentablen Investitionen (wie der jährlichen Baumwollaussaat) bereit – und auch dort erst, als der Staat sich bereiterklärte, nicht nur, wie zu früheren Zeiten üblich, 80, sondern 100 % der Produktionskosten durch Kredite vorzufinanzieren.

In einigen Fällen einfacher Konsumgüterindustrien hat bereits eine Importsubstitution durch nationale Produktion stattgefunden. Produkte wie Tomatenkettchup und Marmelade sind neuerdings in viel größerem Umfang „hecho en Nicaragua". Doch schon am Beispiel der vor einigen Monaten kanppen (aus Guatemala importierten) Zahnpasta sehen wir die Grenzen einer raschen Substitution: Erst wenn die erforderlichen Inputs, nämlich die Paste und die Tuben, aus Costa Rica angeliefert werden, kann die „Endproduktion" in Nicaragua aufgenommen werden. Um dagegen kurzfristig in größerem Umfang Industrien mit höherer Wertschöpfung (die auch die Vorprodukte selbst herstellen) zu substituieren, bräuchte es nicht nur im Vergleich zur unmittelbaren Devisenersparnis beträchtliche Kapitalmengen, die nicht vorhanden sind. Der Mangel an Technikern und Ökonomen zwingt auch den Staat, sich vorerst auf wenige Projekte zu konzentrieren.

Zu den prioritären Vorhaben zählen in erster Linie solche, die die fast 100%ige Abhängigkeit der Energiegewinnung vom Öl vermindern helfen: Das Potential Nicaraguas an Wasserkraft und Erdwärme der Vulkane ist beträchtlich. Im Exportbereich strebt Nicaragua eine Diversifizierung in Richtung auf Agroindustrien an. Die drei größten Projekte sind nicht zufällig Gemeinschaftsvorhaben mit Kuba (eine große Zuckermühle) und der mexicanischen Regierung (Ausbeutung und Verarbeitung der Holzbestände im von Indianern besiedelten Nordosten sowie ein Unternehmen

für den Export von Reis, Soja und anderen Grundnahrungsmitteln). Längerfristig und mit Blick auf die steigende Knappheit von Getreide auf dem Weltmarkt deutet sich eine Tendenz an zur Zurückdrängung der Anbauflächen von Baumwolle und Kaffee zugunsten der Nahrungsmittelproduktion.
Kurzfristig steht die Mechanisierung der Baumwollernte und der Reisproduktion, mittelfristig auch die Intensivierung des Zuckeranbaus an. Mit Ausnahme des Kaffeesektors würde damit die unter ihren Reproduktionskosten bezahlte Saisonarbeit größtenteils überflüssig. Ohne um die Exporternten fürchten zu müssen, können dann auch die ehemaligen Erntearbeiter in Kooperativen der Agrarreform angesiedelt werden. An Land jedenfalls fehlt es nicht: Nicaragua besitzt mindestens doppelt so viel kultivierbares Land wie das heute zum Anbau genutzte.
Bei den großen Investitionsprojekten kann Nicaragua kaum eigenes Kapital einbringen. Denn zur Aufnahme internationaler Kredite zu marktüblichen Zinsen (über 20 %) geben weder die Finanzlage des überschuldeten Landes noch die voraussichtliche Rentabilität der neuen Produktionen eine Grundlage her. Damit bleibt Nicaragua angewiesen auf die Kooperation einiger befreundeter Staaten (vor allem der Mexikaner und z.B. des einmaligen 100-Millionen-Dollar-Kredits Lybiens), während die meisten einschließlich der sozialistischen Staaten nur Kreditlinien für Importe aus ihren Ländern und technische Hilfe gewähren.
Im Vergleich mit der relativ langen Ausreifungszeit der meisten Investitionen, die die Akkumulationsdynamik Nicaraguas ansatzweise verändern können, gibt es schnellere Ergebnisse bei der Modifizierung der Handelspartner Nicaraguas. Investitionsgüter werden mittlerweile zu einem beträchtlichen Teil in Ländern des RGW (neben Kuba vor allem die SU, DDR und Bulgarien) eingekauft, verbunden mit längerfristigen Lieferverträgen für Nicaraguas agrarische Exportgüter. Das bietet eine Gelegenheit für das Land, beispielsweise dasjenige Drittel seiner Kaffeeernte loszuschlagen, das die Ausfuhrquote im Rahmen des Internationalen Kaffeeabkommens übersteigt – wenn auch üblicherweise zu Preisen, die mindestens 15 % unter dem stabilisierten Niveau des Kaffeeabkommens liegen.
Zusammenfassend können wir jetzt festhalten, welche objektiven Faktoren einer Modifikation der Akkumulationsdynamik Nicaraguas bisher und auf absehbare Zeit Grenzen setzen (von der Möglichkeit eines unmittelbaren „Aussteigens" aus der internationalen Arbeitsteilung wiederum abgesehen):

1. Die Beibehaltung der privatkapitalistischen Produktionsverhältnisse im Agrarexportbereich und auch in der Industrie haben eine zentrale Wirtschaftsplanung des Staates bisher unwirksam gemacht. Der indikative Wirtschaftsplan für 1981 hat u.a. deshalb seine Ziele verfehlt, weil der Widerspruch zwischen der Autonomie der Großproduzenten im ökonomischen und einer deutlichen Abkehr von der bürgerlichen Demokratie im politischen Bereich zu groß geworden war.
2. Unmittelbare Erwartungen einer Bevölkerung, die auch in ihren politisierten Kernbereichen kaum an langfristigen, strategischen Zielen der Revolution ausgerichtet ist, verengen noch mehr den Spielraum für eine Politik, die – im Konsens der Mehrheit – Ressourcen für neue, die anti-kapitalistische Option stärkende Akkumulationsformen abzweigen will.
3. Die „Deformation" der Akkumulationsdynamik Nicaraguas hat im Zuge der Neustrukturierung der Weltwirtschaft – und verschärft durch die direkten Kriegsfolgen – zu derartig gravierenden Ungleichgewichten im internationalen Austausch geführt, daß es viel schwerer fiel als von den Sandinisten ursprünglich erwartet, die ohnehin limitierten ausländischen Hilfsgelder und Kredite gezielt und wirksam zur Transformation (statt zur Deckung des laufenden Defizits) einzusetzen.



Arbeiter(innen) auf einer Kaffeeplantage von San Marcos.

4. Schließlich verlassen auch die größeren Investitionsprojekte der Revolutionsregierung nicht den Rahmen der Suche nach einem günstigeren Platz in der arbeitsteiligen Weltwirtschaft (und sei es über eine mögliche Integration in das Wirtschaftssystem des sozialistischen Blocks). Warum auch in Nicaragua wie in anderen Revolutionen eine anti-kapitalistische Strategie wohl nach dem Muster der „nachholenden Industrialisierung" verlaufen wird, und warum darüber hinausweisende Formen von Produktionen und Konsum sowie das Erlernen alternativer Lebensformen eine relativ geringe Rolle spielen, läßt sich allerdings aus den objektiven Grenzen und Beschränkungen, denen die Revolution unterliegt, nicht oder nur sehr partiell verstehen. Wir wollen deshalb in einem letzten Abschnitt dieses Textes einige bewußtseinsmäßige Probleme aufzeigen, die der sandinistischen Revolution durch Zivilisationsmuster, politische Kultur und historische Erfahrung gesetzt sind. Wiederum können wir keine Vollständigkeit in der Argumentation anstreben. Während andere Publikationen bereis die Schwierigkeiten beschrieben haben, die der geringe Organisationsgrad und das niedrige Bewußtseinsniveau der arbeitenden Bevölkerung auf dem Land, aber auch in der Stadt mit sich bringen, sollen sich unsere Beispiele im folgenden auf die bewußtseinsmäßigen Grenzen konzentrieren, die Denk- und Handlungsmöglichkeiten der Revolutionsführung determinieren.

7. Die bewußtseinsmäßigen Probleme in der Führung der Revolution

Vielleicht kann man es schon heute als eine Tragik der nicaraguanischen Revolution bezeichnen, daß eben die historischen Umstände, die den Triumph über Somoza möglich gemacht haben, derselben Befreiungsbewegung – einmal an der Macht – hinderlich sind, sobald es um die „Vertiefung" der sozialen Revolution geht.
Wenn Nicaragua in den siebziger Jahren zur Schwachstelle des imperialistischen Systems wurde, dann nicht zuletzt deshalb, weil 45 Jahre Diktatur und zuvor mehr als 20 Jahre fast ununterbrochener Okkupation durch US-Militär das Land faktisch ohne Tradition und Mechanismen politischer Vermittlung gelassen hatte, die die Anhäufung und Privatisierung politischer Macht durch einen einzigen Familienclan „rechtzeitig" hätten begrenzen können. Nicaragua ist von den Erfahrungen bürgerlich-demokra-

tischer oder populistischer Epochen der meisten anderen lateinamerikanischen Länder nicht erfaßt worden und konnte so wichtige Bestandteile einer politischen Kultur (8) nicht entwickeln.
Es kannte eine zuweilen oppositionelle, aber immer schnell zu neuen Pakten mit den Somozas bereite Bourgeoisie, während Arbeiter- und Volksbewegung nach dem Tod Sandinos 1934 und bis in die 60er Jahre nur wenig Raum gewinnen konnten. Fast ausschließlich die herrschenden Klassen und ihre Nachahmung der angebeteten nordamerikanischen Konsumgesellschaft haben in diesen Jahrzehnten die Kultur und die ideologischen Einflüsse in Nicaragua bestimmt. So dominierte der American way of Life auch Wünsche und Vorstellungen des städtischen Kleinbürgertums mit aller Gründlichkeit.
Aus dieser Umgebung heraus entstand als eine ganz überwiegend studentische Bewegung 1961 die Sandinistische Nationale Befreiungsfront. Ausgerichtet am heroischen Kampf des „kleinen verrückten Heeres" von Augusto Cesar Sandino gegen die US-Invasoren und an den Idealen der gerade zwei Jahre alten kubanischen Revolution, definierte die FSLN in erster Linie anti-imperialistisch.

- Repression und Brutalität des Somozaregimes, aber auch die militärischen und politischen US-Interventionen im Laufe eines Jahrhunderts boten so klare und unmittelbare Ziele für den Widerstandskampf, daß demgegenüber die subtilen Mechanismen des kulturellen Imperialismus in den Hintergrund traten.
- Die Möglichkeiten der FSLN-Mitglieder und -Führer, nicht-orthodoxe Diskussionen des Marxismus oder Ideen der Industriekritik kennenzulernen und zu verarbeiten, waren äußerst begrenzt. Wie fast überall in Lateinamerika, ist auch in Nicaragua der Marxismus von der moskauorientierten Kommunistischen Partei (hier Sozialistische Partei genannt) eingeführt worden. Was in der Schulungsliteratur der FSLN zu den dogmatisch interpretierten Klassikern hinzukam, waren fast ausschließlich Schriften über Strategie und Taktik des bewaffneten Weges und über den Volksaufstand (Rußland, Vietnam, Korea, China). Demgegenüber findet sich so gut wie keine Literatur über Konzepte der „Übergangsperiode" nach dem Umsturz. Viele FSLN-Kader und die meisten ihrer Kommandanten haben zwar längere oder kürzere Zeit des Exils in Kuba verbracht, waren im allgemeinen jedoch erst nach dem Tod von Che Guevara und dem Ende der kubanischen ideologischen Diskussion auf der Insel.
- Ihre hauptsächliche Rekrutierungsbasis hatte die FSLN traditionell in Oberschulen und Universitäten. Bis Mitte der siebziger Jahre war sie eine „Fokus"-Bewegung aus der städtischen Mittelklasse, die in den Bergen mit Campesinos zusammenarbeitete. Die Organisation selbst jedoch bestand kaum aus Campesinos oder Arbeitern. Dies ist ein Anzeichen dafür, daß in den Volksklassen die ideologische Vorherrschaft der katholischen Kirche und die von Staat und Kirche propagierte Kommunismusangst kaum ein wirksames Gegengewicht erhielten.

Schließlich hat auch die Art, wie der Kampf gewonnen wurde, das Bewußtsein der FSLN-Kader und ihren Umgang mit den täglichen Problemen der Revolution beeinflußt. Während viele der Guerilleros (vor allem der späteren GPP-Richtung des „Langen Volkskrieges") durch die Askese der Landguerilla einen gewissen Abstand von Konsum- und Verhaltensmustern des städtischen Kleinbürgertums gewinnen konnten, ist der Krieg gegen die Diktatur gerade nicht von ihnen entschieden worden. Es war die „Tercerista"-Richtung der FSLN, die schließlich dem Kampf ihren Stempel aufdrücken konnte und die unter dem Namen „Aufstands-Richtung" (tendencia insurreccional) erst 1976 entstanden war. In der Folge der symbolischen Effekte ihrer militärischen Aktionen im Oktober 1977 sind die Volksaufstände 1978 und 1979 von den städtischen Zentren ausgegangen. Der radikale Umschwung von der Strategie des „Langen Volkskrieges" auf den kurzfristigen Volksaufstand brachte seinerseits ein geometrisches Wachstum der Organisation mit sich. So ist der Sandinismus keine organisch gewachsene Bewegung, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit Gelegenheit gehabt hätten, mehr als nur die unmittelbar repressive Oberfläche der Diktatur zu ana-8ysieren und zu kritisieren.
Die heutige Führungsgruppe der FSLN repräsentiert zu gleichen Teilen die ehemaligen drei Richtungen der Bewegung, die von Mitte der siebziger Jahre bis zum März 1979 bestanden. Daß die beiden Spaltungen im wesentlichen aus Fragen der Strategie und Taktik der Machteroberung entstanden, nicht aber aus entgegengesetzten Sozialismusvorstellungen, hat andererseits ermöglicht, daß nach dem Sieg über Somoza sich die Einheit der Organisation eher festigte. Mit dem Verteidigungs- und Innenministerium existieren zwar „Hochburgen", in denen die beiden stärksten Richtungen (Terceristas bzw. GPP) die Mehrheit ihrer Kader konzentrieren.
Dennoch hat sich das Prinzip der kollektiven Führung durch die Nationale Direktion der FSLN mit ihren neun „Komandanten der Revolution" bis heute in der Entscheidung wichtiger Fragen bewahrt. Dies mag oft zu einer Überbetonung pragmatischer und kurzfristiger Entscheidungskriterien und zu einer verzögerten Reaktion auf die sich Anfang 1981 verschärfende Wirtschaftskrise geführt haben. Auf der anderen Seite war der ständige interne Diskussionsprozeß ein wichtiger Schutz gegen die bekannten Folgen „einsamer Entscheidungen".



Juntamitglied Daniel Ortega bei einem Besuch der nationalen Textilfabrik FANATEX.

Allerdings dürften diese Debatten, von denen kaum etwas nach außen dringt, ihre inhaltlichen Schranken haben. Fast ausnahmslos sind die Revolutionäre, ihre Kommandanten eingeschlossen, Teil einer überfremdeten Kultur und aufgewachsen mit einer Erziehung, die nicht nur in technischer Hinsicht oft schlecht war, sondern die auch Umweltbewußtsein oder historisches Verständnis gegenüber den Tieflandindianern der Atlantikküste nicht zuließ. So wie die Nicaraguaner, Sandinisten eingeschlossen, in dieser Hinsicht Nachkommen der spanischen Kolonisatoren sind (und ihre Indianerpolitik das gleiche Unverständnis gegenüber der indianischen Kultur verrät), so ist der Kern ihrer Vorstellungen von industriellem Fortschritt weiter geprägt vom jahrzehntelangen Einfluß der nordamerikanischen Konsumgesellschaft.

Innerhalb der neuen Konzeptionen beginnt eine Umkehr dieser Werte vom privaten Verschwendungskonsum zum öffentlichen Konsum für die Masse der Bevölkerung. Doch bleiben auch Gesundheits- und Erziehungsprogramme eingebettet in Vorstellungen von Wirtschaft und Gesellschaft, die in erster Linie an quantitativem Wachstum orientiert sind.
Die Selbstverständlichkeit, mit der die nicaraguanische Revolution von „nachholender Industrialisierung" ausgeht, hängt auch damit zusammen, daß der Übergang vom nordamerikanischen Industrialisierungsmodell zur zunehmend richtungsweisenden Position kubanischer und osteuropäischer Konzeptionen von Wirtschaftsplanung an dieser Stelle gerade keine Brüche aufweist, die neue, über die Industrialisierung hinausweisende Fragestellungen und Infragestellungen erzwingen könnten.

Vielmehr existiert im revolutionären Nicaragua eine Art globaler Vertrauensvorschuß für die Beraterteams der Kubaner, der auf eine Reihe historischer Umstände zurückgeht:

- Die FSLN ist im Gefolge und ermutigt von der kubanischen Revolution entstanden. Sie hat Kuba weniger aus seiner politischen und wirtschaftlichen inneren Problematik der sechziger Jahre als durch seinen Abwehrkampf gegen die USA und seine Solidarität mit den von der somozistischen Repression stark bedrängten Sandinisten kennengelernt. Übrigens zu einem Zeitpunkt, als weder Moskau noch die sozialdemokratischen Parteien in der FSLN anderes als Terroristen sahen.
- Kuba ist das einzige lateinamrikanische Land – und der Faktor der gemeinsamen Sprache sollte auf dem Gebiet von Beratung und Vertrauen nicht unterschätzt werden –, das überhaupt langjährige Erfahrungen mit einer revolutionären Umwälzung weitergeben kann.
- Der Ansatz der Kubaner, in erster Linie einfache Organisationskonzepte, Planungsmodelle und „Rezepte" als Blaupausen zu vermitteln, erwies sich in der Situation Nicaraguas oft als realitätsnäher als die Weisheit westlicher oder östlicher Experten, die schnell an der „Unplanbarkeit" lateinamerikanischer Partner verzweifeln.;
- Die Sandinisten haben 1979 beim Aufbau des Staatsapparates vor dem konzeptuellen Nichts gestanden, praktisch ohne eigene administrative Erfahrung. Bedrängt von der Notwendigkeit, eher schnell anwendbare als dialektische und flexibel angepaßte Antworten aus einem organisatorischen Vakuum heraus zu geben (und zudem angesichts des geringen politischen, kulturellen Ausbildungsniveaus derjenigen, die eigentlich ihre Strukturen selber schaffen sollten), gab es für die FSLN zunächst kaum sichtbare Alternativen zur straffen „Institutionalisierung" und Zentralisierung, wie sie vor allem in Kernbereichen des Staatsapparates (Verteidigung, Sicherheitsbereich, Planungsministerium) zur dominanten Tendenz wurden.

Es soll allerdings nicht der Eindruck erweckt werden, zur staatlichen Zentralisierung entwickelten sich keine Gegentendenzen. Ein Beispiel ist die neue Agrarreform, deren starke Betonung auf freiwillige Kooperativenbildung der Campesinos eine Antwort auf die Erfahrung der ersten beiden Jahre gibt: daß nämlich das staatliche AGRO-INRA (9) nur mit Mühe etwa 20 % der Agrarproduktion erzeugen kann und eine wesentliche Produktionsausweitung auf den staatlichen Gütern kaum zu erreichen ist; trotz umfangreicher brachliegender Böden, die von ihren somozistischen Vorbesitzern nicht genutzt worden waren.

Ein weiteres Beispiel für solche Gegentendenzen kündigt sich in der langsam zunehmenden Bedeutung an, die der Entwicklung angepaßter Kleintechnologien in der Landwirtschaft beigemessen wird. Auch wenn die Bereiche, in denen solches Umdenken schon die Oberhand gewinnt, noch sehr beschränkt sind. Der unausweichliche Zwang, industrielle Importe mangels Devisen schnell und billig zu ersetzen, räumt industriekritischen Initiativen zumindest im kleinen einen Spielraum ein, der vor einem Jahr kaum möglich erschien.
Hinter solchen Versuchen, ölerzeugte Energie zu sparen, handwerkliche Techniken einzusetzen oder neue Produkte (wie Soja) einzuführen, muß allerdings in Nicaragua fast regelmäßig die Ankurbelung durch Institutionen des revolutionären Staates stehen. Das innovative Potential der Campesinos, durch Jahrhunderte kolonialer und neo-kolonialer Geschichte verschüttet, wird, so kann man hoffen, in einer zweiten Phase sich in materiellen Druck der Basis und in Formen ökonomischer Partizipation verwandeln.
Mit diesen Bemerkungen soll zumindest angedeutet werden, was eine Analyse bewußtseinsmäßiger Faktoren, die den Gang der nicaraguanischen Revolution beeinflussen, nicht aus dem Auge verlieren sollte: daß nämlich auch diese Faktoren nichts Statisches sind. Der kulturelle und politische Erfahrungsschatz der Menschen, die diese Revolution machen, besitzt zwar gerade unter Bedingungen der äußeren Bedrohung und wirtschaftlichen Krise eine Tendenz zur Reproduktion und Verfestigung erlernter Denk- und Handlungsmuster. Doch erschöpfen sich seine Möglichkeiten darin bei weitem nicht, und die Widersprüche der Revolution erzeugen auch widersprüchliche Antworten, die nicht gradlinig und bruchlos einer vorgezeichneten Entwicklungsdynamik untergeordnet werden können.

Michael Rediske

Anmerkungen:

1) Eckart Garbe, Reflexionen zu Indochina, in: PERIPHERIE Nr. 2, September 1980, S. 63 - 91.
2) Projektgruppe „Beziehungen Deutschland Lateinamerika" am Lateinamerika-Institut der FU Berlin, Gegendarstellung zur Fernsehsendung des SWF Baden-Baden vom 5.8.1981 „Die gestohlene Revolution". abgedruckt in Lateinamerika-Nachrichten Nr. 97, Berlin, Oktober 1981, S. 7 - 16.
3) Der SPIEGEL vom 14.9.1981, S. 177.
4) UDEL Unión Democrática de Liberación (Demokratische Union der Befreiung), bürgerliches Oppositionsbündnis.
5) „Gruppe der Zwölf", lose Vereinigung von zwölf nicaraguanischen Intellektuelle, Geistlichen und Unternehmern, die für eine Beteiligung der FSLN an einer politischen Lösung eintreten.
6) Jeweils Zahlen des Planungsministeriums, aus: Programa de Austeridad y Eficiencia 1981, Managua 1981.
7) Instituto Nicaraguense de Estadístico 1980.
8) Fernando Mires, Die Unterentwicklung des Marxismus, in: V. Bennholdt-Thomsen u.a. (Hg.), Lateinamerika Analysen und Berichte Bd. 1, Berlin 1977.
9) INRA, Instituto Nicaraguënse de la Reforma Agraria, Nicaraguanisches Institut für die Landreform.

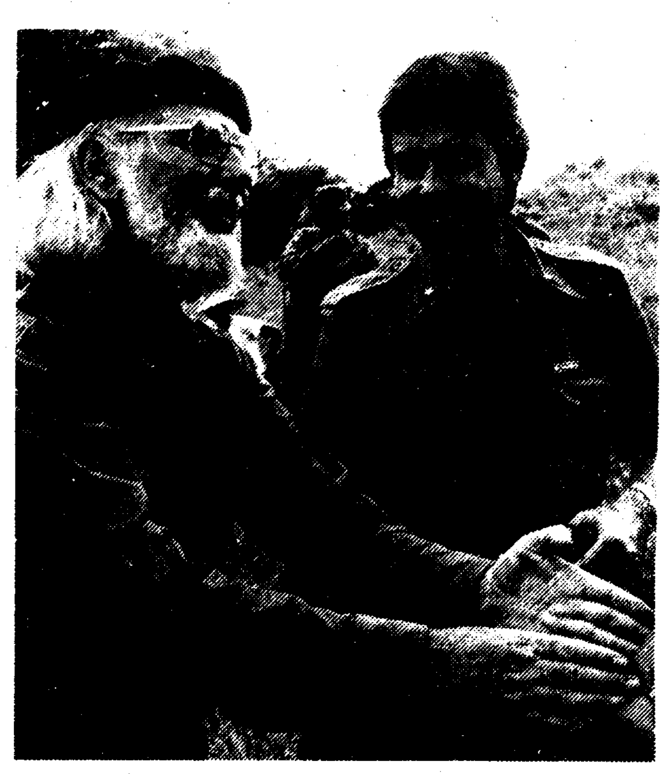
Nikaragua Solidarität:

Zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Die Nicaragua-Solidaritätsarbeit stieß zu Zeiten des Befreiungskrieges auf relativ große Resonanz in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit. Im Gegensatz zu vielen anderen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, denen es nie gelingt, das von den Medien kreierte „Terroristenimage" einer kleinen radikalen Minderheit loszuwerden, konnten die Sandinisten auf breitgestreute Sympathien zählen, angefangen von kirchlichen Gruppen und Gewerkschaften über Teile der etablierten Parteien und der bürgerlichen Presse bis hin zur undogmatischen Linken: durch keinerlei Spaltungen und ideologische Querelen zerrissen kämpften die verschiedenen Tendenzen der Frente diszipliniert und gemeinsam, unterstützt sogar vom nationalen Bürgertum, gegen einen klassischen Bilderbuchdiktator. Gar zu einsam war die Position des garstigen Somoza, als daß man ihm die übliche Funktion des Stabilisators hätte zuschreiben können, gar zu menschlich dagegen der sanfte Priester und Dichter Ernesto Cardenal, der hierzulande wie auf einem Präsentierteller herumgereicht und gnadenlos vermarktet wurde: Solentiname als Symbol für da neue Nicaragua – wer mochte da nicht zustimmen?
Und nach dem Sieg: keine Massenhinrichtungen der Kolaborateure des alten Systems. Wo gab es das sonst noch? Humanispus pur.
Wie steht es nun heute damit. Immer noch Friede und Eintracht unter uns und mit der Frente wie in der guten alten Zeit? Die Hoffnung, daß sich daran bis heute nichts geändert habe, verkennt die grundlegenden Schwierigkeiten, die sich für Selbstverständnis und Wirkung der Solidarität durch den Sieg der Frente und die sich verändernden politischen Bedingungen in Nicaragua ergeben haben: es war sehr viel einfacher, vor drei, vier Jahren gegen Somoza zu sein, als für „die Sandinisten". Wir wollen daher zunächst die Ziele und Aufgabenbereiche der Komitees vor und nach dem Krieg und die Motivation ihrer Mitglieder unter die Lupe nehmen, und dann anhand von Beispielen des Verhältnisses der FSLN zu den Solidaritätskomitees die Grenzen der heutigen Solidaritätsarbeit aufzuzeigen.

Die Frente wird's schon machen

Die Solidaritätsarbeit beinhaltete seit der Gründung der Komitees zwei verschiedene Arbeitsbereiche: zum einen die Verbreitung von Nachrichten und Hintergrundinformationen aus Nicaragua in der BRD, zum anderen finanzielle Hilfe durch Geld- und Materialsammlungen. Beides wurde nach dem Sieg der Frente weitergeführt.
Die Komiteearbeit wurde und wird auch in der Tat von Leuten unterschiedlicher politischer Richtungen getragen; jedoch überwiegen, zumindest im Berliner Komitee, eindeutig diejenigen aus kirchlichen und studentischen Gruppen sowie der parteiunabhängigen Linken. Allgemeiner Konsens war und ist die Zusammenarbeit mit allen interessierten Gruppen, aber bei deutlicher Abgrenzung gegenüber Dogmatismus aller Art und Versuchen inhaltlicher Beeinflussung, z.B. seitens der SPD. Motivation für die Komiteearbeit war zumeist der „Wunsch, zu helfen", entstanden aus allgemeiner Empörung über die Grausamkeiten der Diktatur. Die meisten Leute hatten sich jedoch vorher kaum mit der Struktur der nicaraguanischen Gesellschaft beschäftigt. Auch arbeiteten im Komitee nur wenige Nicaraguaner mit, die detaillierter über die Verhältnisse im Land hätten berichten



Ernesto Cardenal, Kulturminister

können. Dies trug zunächst positiv dazu bei, Sektierertum zu vermeiden. Während z.B. die Chile- und Peru-Solidarität immer daran krankten, daß die internen Fraktionskämpfe der zersplitterten Linken dieser Länder von den deutschen Komitees nachvollzogen, wenn nicht gar übertroffen wurden, unterstützten die Nicaraguakomitees alle Tendenzen der FSLN gleichgewichtig.
Nach dem Sieg allerdings wurde die inhaltliche Arbeit im Komitee weiterhin gegenüber der organisatorischen vernachlässigt, mit fatalen Folgen. Der allgemeine Informationsmangel über die Bedingungen der nicaraguanischen Gesellschaft führte, via Vertrauensvorschuß an die FSLN, einerseits zu unrealistischen Erwartungen und Euphorie über die Möglichkeiten der Revolution (s.u.) nach dem Motto: die Frente wird's schon machen, andererseits vermieden wir möglichst, uns mit von außen kommenden kritischen Fragen auseinanderzusetzen: linientreuer als die Frente selbst.

Die Euphorie weicht der Skepsis

Ist es den Komitees nun gelungen, im Laufe der Zeit eine kontinuierliche Gegenöffentlichkeit zu den Berichten der bürgerlichen Presse zu schaffen? Wir meinen nein. Ein Grund ist, daß die etablierten Medien den Komitees, die locker zusammengeschlossen sind und unbezahlt arbeiten, sowohl materiell als auch organisatorisch überlegen sind. Der Hauptgrund liegt aber im Konzept der Solidaritätsarbeit selbst. Mit wem wollen wir eigentlich solidarisch sein? Mit dem Land? Mit dem Volk? Mit Teilen des Volkes? Mit Leuten, die zeitweilig genauso denken, wie wir?

Was ist eigentlich die ideologische und/oder humanitäre Grundlage der Solidarität – der Minimalkonsens? Die Frage stellte sich nicht in Bezug auf Nicaragua, solange die „Optimalbedingungen" gegeben waren: die politisch und militärisch vereinigte Opposition, die gegen einen klaren Feind und für allgemeine humanitäre Ziele kämpft. Auch nach dem Sieg schien die FSNL die Revolution zu garantieren, sie galt als richtiger Adressat unserer Unterstützung – wurden ihre noblen Ziele doch Erwartungen fast aller Art gerecht. Doch je konkreter die Ziele, umso schwieriger die Einheit.

Die homogene Gesellschaft, der eine einheitliche, an den Bedürfnissen des Volkes orientierte Politik hätte entsprechen können, existierte nicht und konnte auch nicht existieren. Die Politik der FSLN orientiert sich an Reformwünschen und ökonomischen wie politischen Sachzwängen gleichzeitig (vgl. Artikel von Michael Rediske), sie experimentiert, reorientiert sich auf Druck von außen und innen, ist widersprüchlich. Da gibt es eine bürgerliche Opposition, eine linke Opposition, eine indigenistische Opposition, ein schwankendes Kleinbürgertum, eine schwankende Kirche. Was tun wir? Wir schwanken auch. Der Skepsis weicht die Euphorie – Unsicherheit in Anbetracht enttäuschter Erwartungen. Eigentlich wäre uns am liebsten, wenn die Frente Ökosozialismus machen würde, wie auch immer man sich den vorstellen mag, zumindest müßte sie aber Produktionsmittel vergesellschaften, Entfremdung beseitigen, Frauen befreien, Indianer und Homos selbstredend auch, den Managua-See saubermachen und Petersilie in den Barrios, statt Baumwolle mit Pestiziden hochzuzüchten. Wenn die commandantes Fahrrad fahren würden, wär auch nicht schlecht.

Die commandantes fahren aber nicht Fahrrad und finden Klimaanlage und Mercedes ganz gut. Auch unsere wirtschaftspolitischen Vorschläge finden vorerst nicht viel Anklang. Die können das sogar begründen: Devisen braucht der Mensch. Sehen wir ein. Dann richten wir unser Augenmerk auf die sogenannten „Bürgerlichen Freiheiten". Dochauch hier gibt es enttäuschendes zu melden. Die periodischen Schließungen von „La Prensa" verkraften wir noch relativ leicht, die von „El Pueblo" schon weniger; daß der Altamirano von der KP im Knast sitzt, läßt ja tief blicken, aber das mit den Miskitos ist uns peinlich.[1] Die haben die echt nicht gefragt wegen der Umsiedlung.

Was bleibt noch übrig, womit wir uns identifizieren können? Alphabetisierung, Sozialpolitik und ein bißchen Mitbestimmung, das gibt es eigentlich in der guten alten BRD schon lange, aber ist ja auch nicht schlecht. Da stehen wir also voll hinter der Frente, zu den anderen Dingen schweigen wir lieber. Vielen Komitees ist das auch genug. Angesichts der Schwierigkeit, in deutschen Kleinstädten an aktuelle und verläßtliche Information zu kommen (das Informationsbüro hatte immer nur eine technische, jedoch nie eine inhaltliche Koordinationsfunktion), setzen sie den Arbeitsschwerpunkt auf karitative Arbeit und unterstützen Kleinprojekte.

In den großen Universitätsstädten (Hamburg, Münster, Berlin...), wo der Polit-Jetset die Akzente in den Komitees setzt, sind die Ansprüche höher, aber auch die Angst vor einer totalitären Entwicklung nicaraguanischer Verhältnisse größer. Offenes Dissidendentum ist selten, aber viele Leute ziehen es vor, ins El Salvadorkomitee zu wechseln oder in ganz anderen Bereichen zu arbeiten. Wir bestrafen die Frente durch Ignoranz. Obschon die Informationslage z.B. in Berlin weitaus besser ist als in der Provinz, sind wir weit davon entfernt, das für regelmäßige Gegeninformation auszunützen.



Einer der wenigen positiven Fälle, in denen es gelang, in Zusammenarbeit mit dem Lateinamerikainstitut der FU Berlin schnell und adäquat auf ein typisches Produkt des deutschen Dominotheorie-Journalismus zu reagieren, war die Ausarbeitung und Veröffentlichung von Gegendarstellungen zu dem Fernsehfilm „Die gestohlene Revolution" von Jochen Waldmann im vergangenen Herbst. Ferner erscheint seit ca. zwei Jahren regelmäßig der IDES mit einer Auflage von 3000 Exemplaren.

Bei vielen anderen Gelegenheiten kam es jedoch nie zu Stellungnahmen, Analysen, Hintergrundberichten der Komitees. Dies wurde, wenn überhaupt, eher von Einzelpersonen oder der TAZ-Berichterstattung geleistet.

Typische Beispiele für versäumte Klarstellungen, die übrigens teilweise auch auf die mangelnde Einigkeit innerhalb der Komitees zurückgehen, sind die Behandlung der Opposition in Nicaragua und die Indianerfrage. Bei der jüngst auf zahlreiche Proteste gestoßenen Umsiedlung der Miskito-Indianer handelt es sich nicht um die Absicht, die indianische Kultur im Rahmen der Agrarreform zu disziplinieren (z.B so Rudi Ratlos in Radikal 4/82), auch nicht um die Zerstörung einer Idylle, sondern schlicht um ein Dilemma zwischen nationalen Erfordernissen der militärischen Verteidigung und dem anerkannten Recht der Indiobevölkerung auf ihren angestammten Lebensraum. Dieses Dilemma wurde zugunsten der Landesverteidigung entschieden, wofür es auch gute Gründe gibt. Die Umsiedlung wurde so weit in Erfahrung zu bringen war, mit der größtmöglichen Sorgfalt durchgeführt. Soweit ist die Frenteposition in Ordnung; nur sollten wir, im Gegensatz zur Barricada-Berichterstattung (Barricada ist die Zeitung der FSLN) nicht leugnen, daß dabei eine Menge Probleme entstehen. Der Verlust der Heimat für die Miskitos und die Umstellung ihrer Lebensweise auf andere ökologische Bedingungen desavouiert nicht unbedingt die ganze Revolution, aber sie ist auch nicht das, wovon die Miskitos geträumt haben.

Auch unser Verhältnis zur Opposition ist ein gespaltenes: wir ziehen es vor, ihre inhaltliche Kritik an der Revolution zu vernachlässigen.

Sie gibt auch nicht viel her, denn in die immer gleiche Jammerleier des Unternehmerverbandes COSEP über mangelnde Eigentumsgarantien und Produktionsanreize, das Ende des sozialen Friedens durch Politisierung der Arbeiterschaft, mögen wir doch nicht einstimmen – ihr platter Antikommunismus ist nicht unserer.[2] Daß die steigende Auslandsverschuldung und Defizite im Wirtschaftsmanage-

ment allgemein sowohl von den Unternehmern, als auch von der CAUS angeprangert werden, finden wir eher kurios. Gibt es aber Verhaftungen, werden Zeitungen geschlossen, ist uns unwohl. Da mögen wir nicht mal mehr die Argumente der Frente zur Diskussion stellen. Hier wird z.B. nichts bekannt über die Tradition der KP als Bündnispartner der Bourgeoisie, ihre Nichtbeteiligung am Kampf, was die Empfindlichkeit der Frente verständlich machen würde. Die vorübergehende Schließung von „El Pueblo" vor zwei Jahren war für uns Verletzung der Pressefreiheit, für die Frente die Reaktion auf ein Wirtschaftsverbrechen, Sabotage der Produktion durch Streikaufruf. Warum für die FSLN die Infragestellung ihres Avantgarde-Anspruchs in einem offenen Brief der KP-Gewerkschaft CAUS so bedrohlich ist, daß die Führer verhaftet werden, erschließt sich uns nicht.
Wenn es gegen die Rechten geht, sind wir rein emotional betrachtet etwas toleranter, aber trotzdem finden wir die Einführung der Pressezensur im Ausnahmezustand unklug. (Obschon: Man kann auch verstehen, daß sie's leid sind, die Prensa abwechselnd zu schließen und unter Polizeischutz zu stellen.)

Überlebt die Frente auch ohne uns?

Zu all diesen Widersprüchen, die sich daraus ergeben, daß wir uns nur mit etwas solidarisieren können, dem wir zustimmen, oder was wir zumindest verstehen, gesellt sich auch noch die Erkenntnis: die Frente kann vielleicht auch ohne uns leben.
Das Verhältnis der Komitees zur FSLN wurde nach dem Sieg nie geklärt: Zwar deuten zahlreiche Äußerungen und good-will-Besuche darauf hin, daß die Frente sich durchaus des Umfangs der von den Komitees geleisteten Hilfe bewußt war. Dies zeigt sich unter anderem an dem 1981 abgehaltenen Solidaritätskongreß in Managua, wo die Arbeit aller Komitees (Ost/West, Europa, USA) öffentliche Anerkennung fand. Andererseits ist davon auszugehen, daß die Frente von uns, d.h. vom Aufbau der Komitees und der Motivation ihrer Mitglieder noch weniger wußte als wir von der Frente (siehe Artikel Michael Rediske). So gab es Verdächtigungen seitens einzelner commandantes bezüglich politischen Sektierertums der Komitees; es gab Versuche der Frente, aus der diffusen Komiteestruktur per Anforderung von Mitgliederlisten und Benennung von Verantwortlichen Ansprechpartnern herauszufiltern, ein Ansinnen, das von uns natürlich empört als Kontrolle interpretiert und zurückgewiesen wurde. Obschon all das nie zu tieferen Differenzen mit der Frente führte, haben wir auch heute noch keine kontinuierliche und institutionell abgesicherte Versorgung mit Informationen erreicht, was natürlich schnelles Reagieren nicht gerade erleichtert. Auch die Entsendung von voluntarios (unentgeltlich tätige Arbeitskräfte) hat daran nichts geändert; die Leute wurden halt entsprechend den politischen Prioritäten anders eingesetzt.

Sind 70.000 Mark ein Pappenstiel?

Durchaus ähnliche Interessendifferenzen ergaben sich bei der finanziellen Unterstützung. Während die FSLN projekt- und zweckungebundene Gelder bevorzugt, die sie nach eigenen Präferenzen z.B. zur Deckung von Personalkosten u.ä. einsetzen kann, haben die Spender in der BRD zum einen mehr Interesse an der Unterstützung konkreter Projekte, deren Notwendigkeit nachvollziehbar und deren Verlauf kontrollierbar ist. Zum zweiten sollen nicht nur Frente-Vorhaben unterstützt werden, sondern auch Projekte der Massenorganisationen, die kein Geld aus anderen Quellen bekommen können. Die bisherigen Anstrengungen, die diversen Hilfsangebote besser mit dem Bedarf in Nicaragua abzustimmen, gestalteten sich schwierig, teilweise sind Projekte wie z.B. ein Kooperationsabkommen mit der TU-Berlin geplatzt, weil der Nachdruck von der Seite Nicaraguas fehlte. 1981 wurde in Nicaragua die FAS (Fundacion Augusto C. Sandino) gegründet, ein Sammelfonds für ausländische Hilfsgelder aller Länder und förderungsbedürftige Projekte aus Nicaragua. Wiederholt entstand bei Kontakten der Komiteevertreter mit dieser Stelle der Eindruck, daß die verantwortlichen Funktionäre an Geldern aus Europa relativ uninteressiert sind.



Schließlich zeigt sich, daß bei Projekten die eine gewisse Größenordnung überschreiten, die Komitees in Konkurrenz zu Entwicklungshilfeorganisationen der BRD treten, jedoch den finanziellen und organisatorischen Anforderungen, die sich daraus ergeben, nur mit Mühe gewachsen sind. Diese Lehre läßt sich aus dem Projekt: „Finanzierung einer Druckerei für die Landarbeitergewerkschaft ATC" des Berliner Komitees ziehen. Es handelt sich um die Bezahlung einer gebraucht gekauften Druckerei im Wert von ca. 70.000 DM, Transport und Aufbau derselben, viermonatige Ausbildung eines nicaraguanischen Druckers in Berlin, sowie Entsendung von drei deutschen Technikern (Drucker und Mechaniker). Obschon dieses Projekt als eines der besten angesehen wird, traten eine Reihe von nicht zu vernachlässigenden Problemen auf; z.B. verzögerte sich die Lieferung und Inbetriebnahme der Druckerei erheblich, weil es dem Komitee nicht gelang, das Geld innerhalb der abgemachten Zeit zu sammeln, was von der Frente natürlich nicht gerade begeistert aufgenommen wurde. Auch zieht ein solches Projekt eine Reihe von Folgekosten nach sich, z.B.eine Zusatzmaschine für 25.000 DM, Ersatzteile... und macht mehrjährige Arbeitskontinuität notwendig, was bei de relativ lockeren Komiteestruktur auch nicht selbstverständlich ist.

Uns geht's ja noch Gold ...

Trotz der zahlreichen Schwierigkeiten können wir sagen, daß die Nicaragua-Solidaritätsgruppen im Vergleich zu anderen landesspezifischen Unterstützungskomitees den Wechsel einer Befreiungsbewegung zur Staatspartei noch ganz gut überstanden haben. Denkt man z.B. an die Vietnamgruppen und deren völliger Orientierungslosigkeit nach Beendigung des Krieges, so wird klar, daß je ferner uns die Kultur, Spra-

che, Religion eines Landes sind, je weniger personelle Bindungen an Europa bestehen, je weniger die Möglichkeit besteht, einfach mal rüber zu fahren und zu gucken, offen mit den Leuten zu reden, desto geringer die Chancen, nicht unseren eigenen Wunschvorstellungen zu erliegen.

Niña Boschmann
Willibald Fredersdorff



Anmerkungen:

1) Es handelt sich um folgende Sachverhalte:
a) Im Frühjahr 1982 wurden 8500 Miskito-Indianer vom nördlichen Grenzfluß El Coco ins Landesinnere umgesiedelt. Als Grund wurden verteidigungspolitische Notwendigkeiten angegeben.
vgl. dazu: blätter des iz3w 98, S. 28; Volker Wünderich in der TAZ, abgedruckt in Spiegel der Presse 7/82
b) Die der bürgerlichen Opposition nahestehende „La Prensa" ist die auflagenstärkste Tageszeitung in Nicaragua. Sie ist in den vergangenen Jahren mehrfach von der Regierung für kurze Zeit geschlossen worden – wegen Verbreitung von Lügen. Seit der Verhängung des Ausnahmezustandes im März wird die Prensa, wie alle anderen Zeitungen, permanenter Pressezensur unterworfen.
c) Die relativ kleine Zeitung „El Pueblo" ist das Organ der KP und ihrer Gewerkschaft CAUS, die der FSLN aufgrund deren Kompromisse mit dem Bürgertum skeptisch gegenüberstehen. Im Frühjahr 1980 wurde El Pueblo geschlossen und die Redaktion verhaftet, da das Blatt trotz der schwierigen ökonomischen Lage Nicaraguas zum Streik aufgerufen hatte. Die Verhafteten wurden nach Gesprächen mit der Frente vorzeitig entlassen, jedoch blieb das Verhältnis gespannt. Seit Herbst letzten Jahres befindet sich KP-Chef Ali Altamirano in Haft, weil die CAUS in einem Offenen Brief an die Frente die Avantgarderolle der FSLN für sich selbst beanspruchte und die Frente als unfähig zu Strukturreformen darstellte (reactivismo capitalista) nach: Barricada 6.10.81

2) Als Warnung vor der vielfach beschworenen Kubanisierung Nicaraguas schrie der COSEP in einem offenen Brief an die Frente: „El nacionalismo de todo un pueblo esta siendo amenazado por el inter nacionalismo de una minoria radical fanatiada" Der Nationalismus eines ganzen Volkes wird bedroht durch den Internationalismus einer kleinen radikalen und fanatisierten Minderheit.

2) Als Warnung vor der vielfach beschworenen Kubanisierung Nicaraguas schrieb der COSEP in einem offenen Brief an die Frente: „El nacionalismo de todo un pueblo esta siendo amenazado por el inter nacionalismo de una minoria radical fanatiada" Der Nationalismus eines ganzen Volkes wird bedroht durch den Internationalismus einer kleinen radikalen und fanatisierten Minderheit.

Wer geht demnächst in den Entwicklungsdienst und hat Lust, sich mit ein paar Gleichgesinnten auf seinen dortigen Einsatz vorzubereiten?

Mitglieder des „Arbeitskreises Dritte Welt" in Frankfurt möchten mit künftigen Entwicklungshelfern eine feste Gruppe gründen, in der man sprechen will über:

– sinnvolle persönliche Vorbereitung
– Probleme, die auf einen im Entwicklungsland zukommen
– Wiedereingliederung/Nachbereitung

Kontaktadressen:

Peter Roche
Oldenburger Str. 40
1000 Berlin 21

Fragen zu Kuba und Internationalismus

Aus zwei Gründen gehört eine Behandlung Kubas in einen Themenblock über „Internationalismus": Zum einen gibt es eine Solidaritätsbewegung m i t Kuba in der BRD, zum anderen leistet kein Land der Dritten Welt in einem solchen Umfang „internationalistische" Hilfe in Afrika und Lateinamerika wie Kuba.
Eine Besonderheit Kubas ist darüber hinaus, daß dort eine Befreiungsbewegung bereits gesiegt hatte, als die Linke in der BRD ihr Interesse für die Dritte Welt, bzw.: für Kuba, zu entdecken begann (also anders als im Falle von Vietnam, Kambodscha, Iran...) Damals, Ende der 60er Jahre, sahen sogar unterschiedliche, einander bekämpfende Strömungen der Linken ihre Vorstellungen in Kuba verwirklicht. In diesem Beitrag soll die These vertreten werden, daß dies einer bestimmten Phase der kubanischen Revolution – nach innen wie nach außen – entsprach („Che Guevara"), die eine Identifikation sehr leicht machte.
Einen Wendepunkt stellt in dieser Hinsicht der Artikel von Günter Maschke im „Kursbuch" 1972 (1) dar: dort war von „Hunger-Angst-Desorganisation-Terror-Lüge" (2) in Kuba die Rede. Seither ist die Solidarität mit Kuba in der BRD gekennzeichnet von einer organisierten, apologetischen Bewegung („Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba", AIB, usw.) auf der einen und eine weitgehende Verdrängung und Nichtbefassung durch die übrige Dritte-Welt-Bewegung und Linke auf der anderen Seite (3). Hier stellt sich die Frage nach der Möglichkeit oder Unmöglichkeit kritischer Solidarität.

Während in den letzten Jahren die Bereitschaft zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Entwicklung in Kuba in den Reihen der etablierten, publizistischen Lateinamerika-Solidarität gewachsen ist (4), bleiben dort die Fragen kubanischen Internationalismus in Afrika (vor allem die andernorts heftig diskutierte Frage Äthiopiens/Eritreas) ausgespart (5). Beides, Fragen zur Entwicklung in Kuba sowie zu kubanischem Internationalismus, ist für die organisierte Kuba-Solidarität kein Gegenstand kritischer Erörterung.

Der Prozeß des Sich-Abwendens vieler Linker von einer Befreiungsbewegung nach ihrem Sieg bzw. den „sozialistischen" Entwicklungsländern, macht eine kritische Überprüfung der Projektion unserer (in unserem eigenen Land frustrierten) Vorstellungen von „Sozialismus" in die Dritte Welt erforderlich. Hier ist nach den Bedingungen und Voraussetzungen für eine k r i t i s c h e S o l i d a r i t ä t zu fragen.
Mit diesem Beitrag will ich versuchen, die jeweils nicht gestellten Fragen zu Kuba und Internationalismus zu benennen und darauf einzugehen, warum diese Fragen ausgeklammert werden. Für mich selbst ist die „Befassung" mit Afrika in diesem Zusammenhang neu, da auch ich bislang ausschließlich auf Lateinamerika hin orientiert war (Chile-Komitee usw.). Ohne die Diskussion und das Mit-der-Nase-drauf-Stoßen durch die Gruppe (iz3w) wäre dies nicht möglich gewesen.

Kubanischer Internationalismus

„Im Moment gibt es in mehr als 30 Ländern kubanische Ärzte und technisches Personal. Darum schämen wir uns nicht, daß bei uns noch ein bißchen Schmutz herumliegt, den wir aber gewiß aufheben und auf den Müllhaufen befördern werden, wenn mehr als 50.000 aufopferungsvolle und prächtige Kubaner den Namen unseres Heimatlandes erhöhen und in einer Reihe von Bruderländrn vorbildliche Arbeit leisten...
Als Nikaragua uns um Lehrer bat, Lehrer mit langjähriger Erfahrung, gab es 29.500 Freiwillige; während der internationalen Missionen in Angola und Äthiopien meldeten sich Hunterttausende von Mitgliedern unserer Streitkräfte und Reservisten freiwillig...
Im September (1980, Ch. K.) ... wird es in Nikaragua statt 1.200 kubanischen Lehrern 2.000 geben.
In Nikaragua hatte ich Gelegenheit, die Arbeit der kubanischen Ärzte, Schwestern und Gesundheitsfürsorger zu sehen ...
Mehr als 1.500 kubanische Ärzte und Zahnärzte arbeiten im Ausland..." (Fidel Castro, Rede im Sommer 1980, Granma Weekly Review, 3.8.1980, aus : AIB 1/81



Das Zitat vermittelt einen Eindruck vom Umfang kubanischer Hilfe und von der Art ihrer Präsentation durch Fidel Catro; auf der Titelseite von AIB 1/81 steht die Ankündigung „Kubas Internationalismus" und dann kommt Teil 3 der Rede Fidels, aus der wir oben zitiert haben. Die Vermutung liegt nahe, daß für das der DKP nahestehende „Antiimperialistische Informationsbulletin" das Thema somit hinreichend abgehandelt ist (6).

Kubanischer Internationalismus in der ersten Dekade nach der Revolution

Mit dem Sieg der Revolution (1959) und den Verstaatlichungen us-amerikanischer Unternehmen (1960) war und wurde Kuba in Lateinamerika zusehens isoliert und schließlich von den USA auch blockiert. Die Ausrufung der „sozialistischen Revolution" durch Fidel Castro (1961) war somit angesichts der massiven Invasionsdrohung durch die USA zunächst einmal ein Hilferuf an die Adresse der Sowjetunion, Kuba zu schützen. Auf wirtschaftlichem Gebiet gewährleistete die UdSSR durch Aufkauf der Zuckerernte und Lieferung von Erdöl das Überleben der kubanischen Revolution.
Dennoch orientierte sich der „Internationalismus" der Kubaner weiterhin zuerst und vor allem auf Lateinamerika, auf den Sieg der Revolution in anderen lateinamerikanischen Ländern. Die „Zweite Erklärung von Havanna" (Feb. 1962) ist ein Aufruf zur Revolution an die „Armen Amerikas". Praktisch fand dieser Internationalismus seinen Niedeschlag in der Unterstützung von Guerillabewegungen überall auf dem Kontinent, gestützt auf die Theorie des revolutionären „Fokus" (Che Guevara, Régis Debray), nach der ein kleiner Guerilla-Brennpunkt genügt, die schwelende Revolution zum Aufflammen zu bringen. Diese Politik wurde ohne und auch gegen den Willen der Sowjetunion durchgesetzt. Als die USA und die UdSSR zur Lösung der Raketenkrise (Okt. 1962) in Verhandlungen über die Abgrenzung ihrer Interessensphären eintraten, war die Sowjetunion nicht nur bereit, Lateinamerika als Hinterhof der USA anzuerkennen, sie bot sogar den vollständigen Rückzug aus Kuba für den Fall, daß die USA bereit wären, ihre *Militärstützpunkte* in der Türkei aufzugeben. (Dazu waren die USA nicht bereit) (7). Die Kubaner machten damals aus ihrer Empörung über diese Mauschelei keinen Hehl; Fidel Castro bezeichnete das sogar in Interviews mit westlichen Journalisten als „ernste(n) Affront" (8).

Die „Fokus-Theorie" scheiterte auf der ganzen Linie und diese Phase fand mit dem Tod Che Guevaras in Bolivien (1967) ihren symbolischen Abschluß.

Kuba versuchte schon sehr früh, andere Befreiungskämpfe in der Dritten Welt außerhalb Lateinamerikas zu unterstützen. Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang die von den Kubanern äußerst tief empfundene Solidarität mit Vietnam. Vietnam war für die Kubaner nicht nur eine der neu zu eröffnenden Fronten gegen den US-Imperialismus, sondern gleichzeitig die Hoffnung au einen neuen Verbündeten in der Dritten Welt: „Dos, tres, muchos Vietnam!" („Zwei, drei, viele Vietnams!").

Internationalismus in Afrika aus kubanischer Sicht

Fragen an die Solidaritätsbewegung mit Kuba, die nicht beantwortet oder nicht gestellt werden, ergeben sich aus der kubanischen Präsenz in Afrika, besonders dort, wo *kubanische Soldaten* im Einsatz sind. Tatsächlich wird Afrika in den 70er Jahren zum vorherrschenden Ziel kubanischen Internationalismus: Angola, Moçambique, Äthiopien, Kongo, Guinea-Bissau, Äquatorial-Guinea. Diese Linie ist noch unvollständig; ich möchte mich in diesem Beitrag auf Angola und das Horn von Afrika beschränken. Kubanischer Internationalismus in Afrika ist nur zu verstehen, wenn man folgende drei Punkte in Betracht zieht:

- Kubanische Solidarität mit Völkern der Dritten Welt und fortschrittlichen blockfreien Regierungen hat eine lange Tradition: Schon 1960 brach Che Guevara zu seiner ersten Reise durch Afrika und Asien auf, um Kultur- und Handelsabkommen zu schließen; im gleichen Jahr begann Kuba mit medizinischen und militärischen Hilfssendungen an die Befreiungsfront Algeriens (FLN); 1963 unterstützte Kuba das inzwischen unabhängige Algerien im Grenzkrieg gegen Marokko, indem es erstmals Truppen nach Afrika entsandte. Che Guevaras zweite Reise nach Afrika (1964 bis 1965) hatte das Ziel, mit progressiven Regierungen Afrikas, die vor der Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit die „Casablanca-Gruppe" gebildet hatten, eine Dritte-Welt-Allianz gegen Kolonialismus und Imperialismus zu bilden. Auf dieser Reise kamen die für die spätere Zeit wichtigen Kontakte zu den Befreiungsbewegungen etwa Angolas oder Mozambiques zustande.(9)
- Die Kubaner – sie sind zu 30 % Schwarze und Mulatten – besinnen sich verstärkt auf ihre afrikanischen Wurzeln. Wenn Fidel Castro Kuba aufgrund der Sklavenvergangenheit und des kämpferischen Anteils, den die Schwarzen an der Revolution hatten, als „lateinafrikanisches" Land bezeichnet, so ist das keine hohle Phrase: auch im kulturellen Leben Kubas, etwa der Musik (z.B. das Nationalballett) ist Afrika gegenwärtig.
- Die Freiwilligkeit und Begeisterung der Kubaner für „internationalistische" Aufgaben, die Fidel Castro in der oben zitierten Rede anspricht, ist tatsächlich vorhanden. Ich selbst hatte in Kuba den Eindruck eine lebendige Begeisterung und Stolz zu verspüren, wenn etwa Mütter oder Arbeitskollegen von „unseren Internationalisten" sprachen. Besonders beeindruckend fand ich in diesem Zusammenhang ein Interview mit einem jungen Kubaner, das am 18.4.1982 im 3. Programm des Südwestfunks zu hören war (1)).

Er war als Soldat in Angola und beschreibt nicht nur die Freiwilligkeit seines Einsatzes, sondern auch warum er sich heute noch dazu bekennt.

„Ich heiße Ricardo Garcia. Ich bin 26 Jahre alt und Lehrer. Ich unterrichte an der Universität Havanna Hafenmechanisierung, Relativitätstheorie und Marxismus.

Frage: *„Wie bist Du nach Angola gekommen, da warst Du doch gerade an der Universität?"*

Antwort: Die Leute, die als Internationalisten in Angola kämpfen wollten, haben das freiwillig getan, das bedeutete, daß in jeder Fabrik, in jeder Industrie eine Liste organisiert wurde. Das war ganz freiwillig."

Frage: *„Es gab also Listen in der Universität, in den Betrieben, in denen man sich eintragen konnte, wer nach Angola gehen wollte, um da mitzukämpfen?"*

Antwort: Am Anfang hatten wir Probleme mit der Universität, weil sie die Studenten, die die neuen Techniken studieren, nicht gehen lassen wollte. Für die Universität war es sehr schlecht, bei dieser Gelegenheit einige Studenten zu verlieren: Angola, das war ein Krieg, das war kein Spiel. Am Anfang sind viele Studenten nach Angola gegangen, wo allein über 100 Studenten der Universität gekämpft haben."

(Anschließend beschreibt Ricardo Garcia, wie seine Frau, die ebenfalls in Angola gekämpft hat, dort gefallen ist.)
Frage: *„Warum machst Du das? Kuba ist ein armes Land; es kann sich eigentlich gar nicht leisten, so viele Ärzte, Lehrer, Spezialisten in andere Länder zu schicken."*
Antwort: „Natürlich, wir sind ein armes Volk. Vor dem Sieg der Revolution hatten wir dieselben Schwierigkeiten, die diese Länder haben. Und: das hängt auch an unserem Temperament. Wir sind Leute, die immer helfen möchten; und, wenn wir gerufen werden, dann machen wir das ganz schnell." (11)

Die Betonung der Begeisterung der Kubaner gibt den subjektiven Eindruck wider, den auch ich bei einer kurzen Kuba-Reise gewonnen habe. An dieser Stelle müßte auch eine kritische Untersuchung der realen gesellschaftlichen Aufstiegschancen von ehemaligen Internationalisten und der eventuellen materiellen Vorteile, die sie aufgrund ihres Einsatzes haben,folgen. Zu einer solchen Untersuchung bin ich an dieser Stelle nicht in der Lage.

Wie die Kubaner Befreiungsbewegungen unterstützten und wo sie *eigene Soldaten* einsetzen, wird deutlich in einem Interview, das der kubanische Vizepräsident Carlos Rafael Rodriguez im September 1981 dem „Spiegel" gegeben hat. Wir können die kubanische Position in zwei Punkten zusammen fassen:

- Kuba wird auch weiterhin Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt unterstützen: das heißt z.B. Ausbildung von lateinamerikanischen und afrikanischen Widerstandskämpfern in Kuba und materielle Unterstützung. Kuba wird aber keine eigenen Leute in die Revolution anderer Länder schicken, denn „Revolution kann man nicht exportieren noch importieren. Sie muß aus den Wurzeln des Volkes entstehen." (12)
- Kuba wird nur *dort eigene Soldaten* einsetzen, wo es von „souveränen", „etablierten" Regierungen zur Verteidigung der „nationalen Integrität" gerufen wird. „Dann kann man mit der internationalen Solidarität den Export von Konterrevolution verhindern." (Carlos Rafael Rodriguez) (13)

Folgende Fragen ergeben sich aus diesen Prinzipien der Kubaner:

- Haben die Kubaner diese Prinzipien selbst befolgt?
- Verlieren diese Prinzipien in Afrika (insbesondere am Horn von Afrika) nicht überhaupt ihre Anwendbarkeit?
- Wird also der kubanische Wille zur Verteidigung „nationaler Integrität" „souveräner Staaten" der komplexen *nationalen Frage* am Horn von Afrika gerecht (die auf kolonialen Grenzziehungen beruht)?
- Kann die Bedrohung „nationaler Integrität" durch die Konflikte am Horn von Afrika im Rahmen eines „Exports von Konterrevolution" erklärt werden? Oder, konkret im Falle Äthiopiens/Eritreas: Ist die EPLF konterrevolutionär?

War Angola ein „etablierter Staat", als die Kubaner militärisch intervenierten?

Zunächst einmal wird man feststellen, daß die Kubaner die o.a. Prinzipien befolgen: Kubanische Soldaten stehen nur dort in Afrika (und nur in Afrika (14)), wo sie von „souveränen", „etablierten" Regierungen gerufen worden sind. (Das sagt freilich noch nichts über den „fortschrittlichen" oder „revolutionären" Charakter dieser Regierungen aus, insbesondere im Falle Äquatorial-Guineas sind da Zweifel angebracht. (15) Umgekehrt unterstützen die Kubaner keine Befreiungsbewegungen durch Soldaten, weder in Afrika noch in Lateinamerika (16).
Lediglich im Falle Angolas müssen wir ein Abweichen von diesen Prinzipien diskutieren.



Kubanische Soldaten in Angola

Bei ihrem Eingreifen zugunsten der MPLA war diese nur anteilmäßig an der Regierung (zusammen mit FNLA und UNITA) beteiligt, die darüber hinaus weit davon entfernt war, „etabliert" zu sein. Im Januar 1975 hatten die drei Befreiungsfronten in Alvor (Südportugal) ein Abkommen geschlossen, das eine Dreiparteien-Übergangsregierung, eine einzige Armee und den 11. November 1975 als Unabhängigkeitsdatum vorsah. Ab März 1975 unternahm die FNLA mit massiver us-amerikanischer Waffenunterstützung (17) immer stärkere Angriffe auf die MPLA, was diese veranlaßte, den „Zweiten Widerstandskrieg" auszurufen (18) und Kuba um verstärkte Hilfe zu bitten. Am 23. Oktober überschritten 5.000 südafrikanische Soldaten die Grenze von Namibia her und drangen in Richtung der angolanischen Hauptstadt Luanda vor. Am 8. November landeten die ersten regulären kubanischen Truppen in Angola, zuerst mit eigenen Mitteln transportiert, später dann mit Hilfe einer sowjetischen Luftbrücke. Durch das Eingreifen von 12.000 bis 24.000 (19) kubanischen Soldaten konnte nicht nur die Erklärung der Unabhängigkeit durch die MPLA gewährleistet werden, es gelang auch die Vertreibung der südafrikanischen Invasoren.
Wenn also keine Rede davon sein kann, daß Kuba aufgrund des Hilferufs einer „etablierten" Regierung in Angola intervenierte (sondern vielmehr entscheidend dazu beitrug die MPLA-Regierung Agostinho Netos zu „etablieren"), so muß andererseits festgestellt werden, daß die schnelle Anerkennung dieser Regierung durch die OAU und das positive Echo, das die kubanische Intervention bei führenden afrikanischen Politikern fand (20), den Kubanern zumindest eine Art nachträglicher Legitimation verschaffte. Auch erscheint es einleuchtend, die Intervention Südafrikas und der CIA (auf Seiten der FNLA) im kubanischen Sinne als Versuche des „Exports von Konterrevolution" zu interpretieren.
Seither leistet Kuba Angola vor allem technische und medizinische Hilfe; das Militärpersonal wurde zwar erheblich reduziert, doch nie ganz abtezogen, zumal das Land immer noch einer ständigen Bedrohung und Übergriffen (Invasion im August 1981) von Seiten Südafrikas ausgesetzt ist. Stärker noch als Nikaragua scheint Angola durch einen „aufgezwungenen Krieg" in seiner inneren Entwicklung beeinträchtigt.

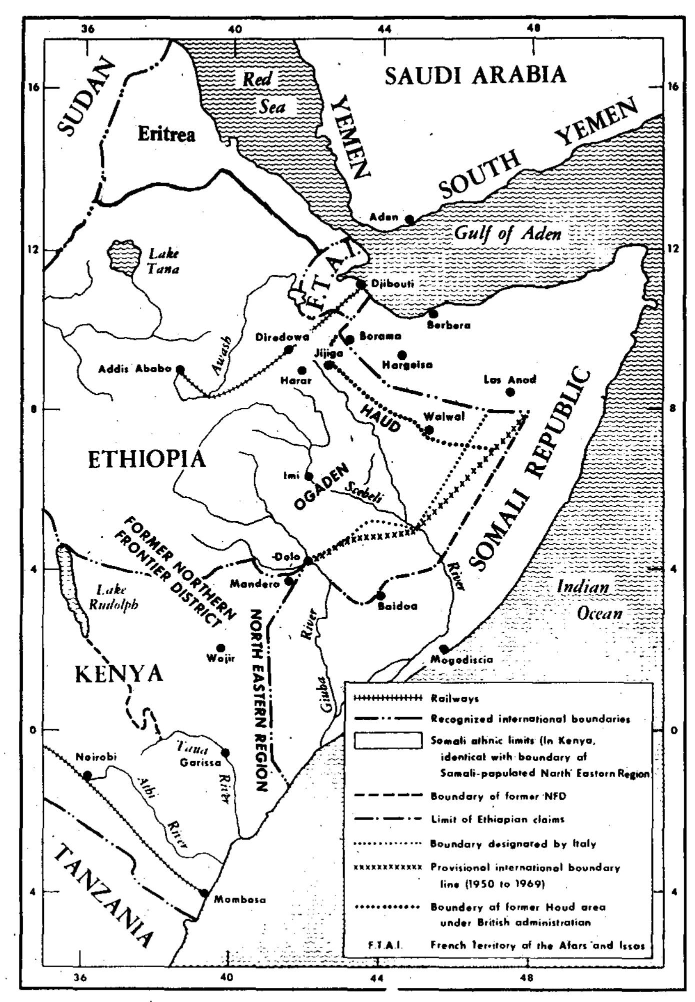
Fragt sich, ob die Kubaner in Afrika nur als „Söldner" sowjetischer geopolitischer Großmachtinteressen „funktionieren"

Argumente für eine solche These ließen sich leicht finden: Die UdSSR „subventioniert" die kubanische Revolution mit erheblichen Summen, da läge es gleichsam auf der Hand, wenn sie Kuba zu „Gegenleistungen" veranlaßte.
Kein Zweifel, das kubanische Engagement widerspricht sowjetischen Interessen nicht, es fällt mit ihnen zusammen. Dennoch ist es „inzwischen ziemlich unumstritten" (21), daß Kuba im Falle Angolas nicht auf Befehl der Sowjetunion interveniert hat, ja der kolumbianische Schriftsteller Gabriel Garcia Márquez, der lange in Kuba gelebt hat, behauptet sogar, die Sowjetunion sei anfänglich überhaupt nicht unterrichtet worden.

So „unumstritten" war diese Frage 1975/76 in der Solidaritätsbewegung nicht: insbesondere die Vertreter der damals starken maoistischen Richtung sahen in Angola ein abgekartetes Spiel des sowjetischen Imperialismus. Auch Konrad Melchers bemüht sich in seinem Buch „Die sowjetische Afrikapolitik" (22) um den Nachweis des sowjetischen Imperialismus als „Hauptfeind" (23) gerade im Falle Angolas. Ich meine, daß sich die Vertreter einer solchen Argumentation allen Ernstes fragen lassen müssen, ob ihnen denn eine südafrikanische Marionettenregierung in Angola lieber wäre. Für mich befindet sich Angola in einem ähnlichen „historischen Dilemma", in dem sich auch Kuba 1961 befand: die Hilfe Kubas und der Sowjetunion angesichts der massiven Bedrohung von außen bedeutet natürlich auch Abhängigkeit und Unterordnung unter sowjetische Großmachtinteressen.

Die nationale Frage am Horn von Afrika

Im Unterschied zum restlichen Afrika konnte Äthiopien – von der kurzen italienischen Besetzung 1935 – 41 abgesehen – nicht nur seine staatliche Unabhängigkeit bewahren, sondern seine territorialen Grenzen unter Ausnützung der Widersprüche zwischen den Kolonialmächten sogar noch ausdehnen: der flächen- und bevölkerungsmäßig größte Teil wurde erst Ende des 19. Jahrhunderts unter Kaiser Menelik II. mit imperialistischer Unterstützung erobert und ein feudaler Siedlerkolonialismus errichtet „Über den feudalen Grundwiderspruch hinaus ist in Äthiopien also noch der Widerspruch zwischen einer unterdrückten Nationalität, den Amhara und einer Reihe von unterdrückten Nationalitäten, den Oromo, Somali, Afar, Gurague u.a. von herausragender Bedeutung." (24) Eritrea spielt in diesem Augenblick der Betrachtung noch keine Rolle, darauf soll später eingegangen werden. Die Organisation für Afrikanische Einheit hat dann diese kolonialen Grenzziehungen für die neuen Staaten Afrikas in ihrer Charta ausdrücklich festgeschrieben.
Mit dem Sturz Haile Selassie I. (1974) übernahm in Äthiopien eine radikale Militärregierung die Macht, die aufgrund eines sozialitischen Selbstverständnisses begann, das bis dahin feudal-kapitalistische System des Landes einem Prozeß gesellschaftlicher Transformation zu unterwerfen (siehe dazu: „blätter des iz3w", Nr. 96, Sept. 1981)
Für die weitere Betrachtung ist es aber von Bedeutung, daß dies keinen totalen Bruch der engen Beziehungen bedeutete, die Haile Selassie zu den USA gehabt hatte, im Gegenteil: trotz aller Revolution in Äthiopien erhöhten sich die Waffenkäufe der USA von 1975 bis 1976 auf das sechsfache (von 22 Mio. auf 135 Mio. Dollar) (25). Das Motiv der USA für die Aufrechterhaltung ihrer Präsenz ist darin zu suchen, daß Äthiopiens Nachbar, Somalia, ein Freund und Verbündeter der Sowjetunion war, der mit sowjetischen Waffen ausgerüstet wurde. Somalia war auch das Land am Horn von Afrika, in dem der größte Teil kubanischer Berater vor 1974 tätig war (26).



Das Horn von Afrika.

Im Juli 1977 fielen somalische Truppenverbände in der äthiopischen Wüstenprovinz Ogaden ein, in der eine somalische Bevölkerung lebt und eine westsomalische Befreiungsfront gegen die äthiopische Regierung kämpfte. Ein totaler Frontwechsel der Sowjetunion erlaubte es nun Äthiopien, zur Verteidigung seiner „nationalen Integrität" Kuba zur Hilfe zu rufen; mit massiver Unterstützung durch kubanische Truppen und einer noch nie dagewesenen Luftbrücke für sowjetisches Kriegsgerät konnten die Äthiopier die Somalis aus dem Ogaden vertreiben. Seither stehen kubanische Soldaten in Äthiopien.
Dabei hatten die Kubaner noch im April 1977 zwischen Äthiopien und Somalia zu vermitteln versucht: Bei einem Treffen in Aden mit Mengistu (Äthiopien) und Siad Barre (Somalia) hatten sie eine Föderation Äthiopiens, Somalias und Südjemens im Sinne einer „antiimperialistischen" Front vorgeschlagen.
Siad Barre hatte auf dem Treffen zwei Bedingungen gestellt: Erstens, den *Eritreern* müsse gestattet werden, der Föderation als gleichberechtigter Partner beizutreten; zweitens, der Ogaden-Bevölkerung müsse die volle Selbstbestimmung gewährt werden mit der Möglichkeit, der Föderation beizutreten. Mengistu hatte beide Forderungen zurückgewiesen, das Treffen war gescheitert (27).
Die *nationale Frage* war offensichtlich stärker als der kubanische Wunsch nach antiimperialistischer Einheit. Immerhin, auch das bleibt festzuhalten, müssen alle Beteiligten an diesen Verhandlungen in den Augen der Kubaner als so fortschrittlich gegolten haben, daß man ihnen eine solche Föderation vorschlagen konnte.

Für AIB 10/77, „Konflikt am Roten Meer", waren die Fronten klar: Bei dem Einmarsch somalischer Truppen im Ogaden handelte es sich um einen Komplott reaktionärer arabischer Staaten gegen das revolutionäre Äthiopien. Die Argumentation dort läßt sich in drei Punkten zusammenfassen:

– Die Intervention der Somalis zugunsten der Westsomalischen Befreiungsbewegung (WSLF) verstößt gegen die OAU-Charta
– Die WSLF arbeitet mit kaisertreuen Reaktionären zusammen;
– hinter dem ganzen stehen „die meisten Mittelostländer mit Ausnahme von Libyen und Südjemen" (28): „Dem sudanesischen Präsidenten Numeiri fällt eine Schlüsselrolle bei der Organisierung und Koordinierung der konterrevolutionären Aktivitäten gegen die Revolutionsregierung in Addis Abeba zu." (29)

Nach allem oben Gesagten erscheint es mir schwer, diese schnelle Einteilung in Revolutionäre hier – Konterrevolutionäre dort nachzuvollziehen. Immerhin wird in einem späteren Artikel (30) noch der Versuch unternommen, das plötzliche Auftreten Groß-Somalischen-Chauvinismus aus der gesellschaftlichen Entwicklung in Somalia herzuleiten: allgemeine Rückständigkeit, Nomadenvolk, fehlendes Industrieproletariat und das Sich-Durchsetzen chauvinistischer „Kreise". Im Falle Eritreas werden wir noch sehen, daß dort *ausschließlich* die „reaktionären Freunde" als Beweis für den konterrevolutionären Charakter des eritreischen Widerstands herhalten müssen; der Versuch einer Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklung in den befreiten Gebieten wird dort gar nicht erst unternommen.

Doch zunächst möchte ich Eritrea als *nationale Frage* diskutieren.

Nach der Fertigstellung des Suezkanals (1869) wurde Eritrea von Italien kolonisiert; die heutigen Grenzen wurden in einem Vertrag zwischen dem äthiopischen Kaiser Menelik II. und Italien (1889) festgelegt (31). Mit der Eroberung Äthiopiens (1935/36) gerieten beide unter gleiche italienische, Kolonialherrschaft. Deren rasche Beseitigung durch die Engländer (1941) führte zur Restauration des semi-feudalen Äthiopiens unter dem „König der Könige" Haile Selassie. Mit Unterstützung der USA vor den Vereinten Nationen – die USA waren an einem Militärstützpunkt am Roten Meer interessiert, den sie dann auch bekamen – erreichte der Kaiser eine „Föderation" gegen den Willen der Eritreer. Die Sowjetunion trat damals vor der UN für die Unabhängigkeit Eritreas ein. (32) 1962 wurde aus der „Föderation" die völlige Annektion durch Äthiopien: Haile Selassie machte Eritrea zur 14. Provinz. Seit 1961 haben eritreische Nationalisten den Kampf um die Unabhängigkeit Eritreas aufgenommen, in der Eritreanischen Befreiungsfront (ELF), von der sich 1969/70 die stärker sozialistisch orientierte EPLF abspaltete.
Kuba hat diesen nationalen Befreiungskampf zunächst unterstützt: von 1967 bis 1971 wurden Kämpfer der ELF und EPLF in Kuba ausgebildet.
Inzwischen haben die Äthiopier ihre 6. militärische Offensive gegen die eritreische Befreiungsbewegung gestartet (vgl. „blätter des iz3w" Nr. 100, März 1982), mit einer von der UdSSR hochgerüsteten Armee, südjeminitischen Piloten... und Kuba?

Auch wenn die Kubaner wie schon in den vorangegangenen Offensiven ihre Soldaten nicht unmittelbar in den Kampf gegen Eritrea schicken, so ist doch ihre mittelbare Unterstützung durch Ausbildung der Äthiopier und Logistik nicht von der Hand zu weisen. Insbesondere dadurch, daß sie im Ogaden „die Stellung halten", geben sie der äthiopischen Militärregierung freie Hand für ihre Operationen in Eritrea. Auf der anderen Seite führen eine Reihe von Autoren (33) das wiederholte Scheitern der äthiopischen Offensiven, das sich auch diesmal wieder abzeichnet (34), auf die Nichtbeteiligung der Kubaner an diesen Aktionen zurück.

Wie wird nun die *nationale* Frage Eritreas und die Verwicklung Kubas auf Seiten Äthiopiens von der Solidaritätsbewegung bei uns, insbesondere der Lateinamerika-Solidarität, diskutiert?
Während sich, wie schon gesagt, die publizistischen Organe der Lateinamerika-Solidarität mit diesem Thema noch nicht befaßt haben (34), läßt lie Position des der DKP nahestehenden „Antiimperialistischen Solidaritätskomitees" und des AIB, die ich beide auch der organisierten Kuba-Solidarität zurechnen möchte, an Klarheit nichts zu wünschen übrig.
In AIB Nr. 1/1978 wurde der Ausgangspunkt für die Herangehensweise an die nationale Frage vom Chefredakteur der DKP-Zeitung „Unsere Zeit" und Präsidiumsmitglied der DKP Georg Polikeit (36) folgendermaßen definiert:

„Doch so wenig von dem Versuch zu halten ist, die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit eines bestimmten Gebietes zu diesem oder jenem Staat aus längst vergangenen historischen Verhältnissen abzuleiten und damit heutige politische Forderungen geschichtlich legitimieren zu wollen, so wenig kann übersehen werden, daß politische Forderungen, die im Gewand nationaler Anliegen auftreten, nicht isoliert beurteilt werden können. Sie sind vielmehr im gesamtpolitischen Zusammenhang und vom übergeordneten Standpunkt des antiimerpialistischen Kampfes insgesamt zu betrachten." (37)

Erst kürzlich, auf einem Treffen in Frankfurt (27. u. 28. 2.82), legte Jürgen Ostrowsky (ASK und AIB) in einem längeren Grundsatzreferat, „Eritrea – Fallbeispiel für die nationale Frage", dar, was der „übergeordnete Standpunkt" (Polikeit) für Eritrea bedeutet:

- „Tatsache ist die Legitimität des Widerstandes in Eritrea als demokratischer Kampf gegen das feudale System Haile Selassies; zumindest moralisch ist damit auch die Sezessionsforderung begründbar."
- „Die Leugnung einer qualitativen Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Lage in Äthiopien (aufgrund der Revolution von 1974, Ch. K.) ist absurd... Es liegt nahe, daß diese objektiv reaktionäre... und fatale Fehleinschätzung der nachrevolutionären Entwicklung in Äthiopien zur Legitimierung des von ELF und EPLF repräsentierten bornierten Nationalismus herhalten mußte." (38)

Mit anderen Worten: Aufgrund der Errichtung einer fortschrittlichen Zentralgewalt wird der bis dahin „legitime" Befreiungskampf der Eritreer „objektiv reaktionär". Zur Darstellung dieser Position hätte sicher auch einer der beiden Autoren genügt; was mir an dem Polikeit-Artikel darüber hinaus so interessant erscheint, ist der Zeitpunkt seiner Veröffentlichung: Januar 1978. Alles deutet nämlich darauf hin, daß für die Kubaner selbst die Sache zu diesem Zeitpunkt längst noch nicht so klar war wie für ihre Apologegen in der Bundesrepublik. Africa Confidential vom Juli

1978 berichtet, daß die Kubaner sich aus der damaligen Offensive der Äthiopier gegen Eritrea bewußt raushielten und beschreibt Vermittlungsversuche der Kubaner. Die Zeitschrift führt das auf die engen Kontakte zurück, die Kuba zur EPLF aufrechterhielt und weist darauf hin, daß die Jugendorganisationen *beider* eritreischer Befreiungsfronten zu den Weltjugendfestspielen nach Havanna eingeladen wurden (39). Richard Sherman (40) behauptet, daß bis Mitte 1978 die Kubaner den Eritreern nicht völlig ablehendn gegenüberstanden, weil sie sie im größeren Rahmen einer afrikanischen Befreiungsbewegung sahen. Bereket Habte Selassie (41) spricht sogar von „sowjetisch-kubanischen Differenzen" (42) über Eritrea zu diesem Zeitpunkt (1978). Für die Zeit danach habe ich keine Hinweise auf solche „Differenzen" mehr gefunden; wir müssen also davon ausgehen, daß die Kubaner „nolens-volens objektiv" (43) für Äthiopien Partei ergriffen haben, auch, wenn sie sich weiterhin unmittelbar raushalten. Es bleibt uns also nichts anderes übrig, als die kubanische Präsenz in Äthiopien anhand der oben geschilderten Prinzipien von Carlos Rafael Rodriguez zu diskutieren, den „Export von Konterrevolution" verhindern zu wollen.

Ist der eritreische Befreiungskampf „konterrevolutionär"?

„Das Beharren auf der Sezession mußte... damit die äthiopische Revolution selber liquidieren helfen, das erklärte Ziel des Imperialismus und der arabischen Reaktion. ... Damit machte sich der eritreische Nationalismus nolens-volens objektiv zum Instrument imperialistischer Interessen." (J. Ostrowsky) (44)

Als Hauptargument für den konterrevolutionären Charakter müssen die „abenteuerlichen Allianzen namentlich (der) ELF" (die lange Zeit engen Bindungen der EPLF an Kuba werden in dem Dokument nicht thematisiert!) herhalten. Was dabei auffällt ist vor allem die *Selektivität* des Arguments: der PLO wird ihre Unterstützung durch *die gleichen* arabischen Staaten nie zum Vorwurf gemacht:

In AIB 10/77 wird die andernorts gut belegte Behauptung Israel, habe Äthiopien bis 77 mit Waffen unterstützt (45) empört („Jede Lüge ist diesen Propaganda-Söldnern eben recht" (46)) mit dem Hinweis zurückgewiesen, die PLO genieße Äthiopiens volle Unterstützung.

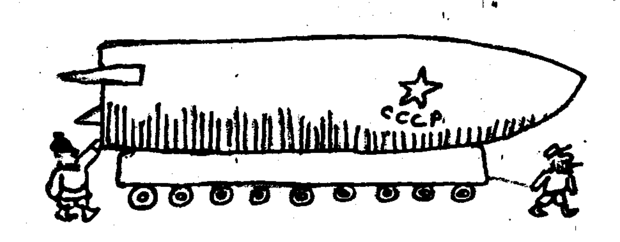
So einfach ist das für die organisierten Freunde Kubas in der BRD: hier Revolution, dort Konterrevolution. Daß es sich anderswo in Europa eine Solidaritätsbewegung mit Kuba nicht so einfach macht, zeigt ein Interview mit dem italienischen Senator Lelio Basso (KPI-Liste) auf dessen Initiative ein Aufruf breiter Teile der italienischen Linken an die Kubaner zustande gekommen war. Das Interview wurde im „Dritte Welt Magazin" 7/8, Juli/August 1978, veröffentlicht.
Darin heißt es (Lelio Basso:)

„... wir sind alle Freunde Kubas, die alle mit Sympathie, wenn nicht mit Enthusiasmus die kubanische Revolution verfolgt haben und wir können nicht glauben, daß, nachdem Fidel Castro das erste freie Territorium in Amerika gegründet hat, er jetzt ein afrikanisches Bauernvolk unterdrücken will, das sich befreien will
„Frage: ... International haben sich alle reaktionären Länder auf die Seite Eritreas geschlagen. Ich glaube, daß einer der Haupthinderungsgründe für Verhandlungen zur Zeit in diesen Koalitionen liegt.
(Lelio Basso:) So kann man das nicht sagen.
In Eritrea gibt es zwei Befreiungsfronten. Eine dieser Fronten ist unzweifelhaft sozialistisch, sie hat phantastische Dinge in Eritrea durchgesetzt, insbesondere für die Bauern.
Denn das Territorium Eritreas ist in den Händen der Befreiun s-fronten... und die Transformation Eritreas ist weit fortgeschritten.
... Das was in Eritrea passiert ist, kommt wirklich dem in Vietnam sehr nahe... Ich kann nicht sagen, ob eine sozialistische Entwicklung in Äthiopien möglich ist, aber ich weiß, daß sie in Eritrea zur Zeit möglich ist..." (47)

Was an der Argumentation Bassos auffällt, ist die Bewertung der Entwicklung in den befreiten Gebieten Eritreas, die in dem Vergleich mit Vietnam gipfelt.
Alles bisher Gesagte läßt mir ein Verständnis der Konflikte am Horn von Afrika in Kategorien von Revolution und Konterrevolution zusehends fragwürdig erscheinen. Indem aber diese Kategorien ihre Anwendbarkeit verlieren, stellt sich um so drängender die Frage, inwieweit es sich hier nicht tatsächlich um ein Streben der Sowjetunion nach Erhalt von Stützpunkten am Indischen Ozean und Roten Meer im Rahmen ihres Ringens mit den USA um strategische Positionen handelt. Eine Solidaritätsbewegung, die das „vom übergeordneten Standpunkt" aus als Auseinandersetzung zwischen dem Imperialismus und den „fortschrittlichen" Kräften in der Welt (Sowjetunion an der Spitze) interpretiert, setzt sich damit über die Menschen in der Region hinweg und macht sie zu Schachfiguren ihrer weltpolitischen Auseinandersetzung. Die Kubaner sind selbst „nolens volens" zu „Läufern" in diesem Spiel geworden.

Kubas „Proletarischer Internationalismus" – Ausdruck von „Nichtpaktgebundenheit"?

Kubanischer Internationalismus ist oft genug auch verbal „proletarischer Internationalismus" im Sinne der Sojwetunion gewesen: die stets rechtfertigenden Erklärungen der kubanischen Führung (wenn auch manchmal zögernd und verspätet) zu den Invasionen in der CSSR und Afghanistan und zum Kriegsrecht in Polen machen das deutlich.
1979 fand in Havanna die VI. Konferenz der Nichtpaktgebundenen statt – unter kubanischem Vorsitz. Die Berichterstattung in AIB 11/12, 1979, versucht, keine Zweifel an der „Nichtpaktgebundenheit" Kubas aufkommen zu lassen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß uns hier die organisierten Kuba-Freunde ein X für ein U vormachen wollen: an der Paktgebundenheit Kubas führt kein Weg vorbei, das machen auch die Stellungnahmen Kubas zu sowjetischen Interventionen bzw. die Entwicklung in Osteuropa deutlich. Eine solidarische Würdigung dieses Sachverhaltes erfordert jedoch auch die Benennung der Gründe, warum Kuba sich heute in dieser Lage befindet. Kuba hatte angesichts der drohenden Invasion und anhaltenden Blockade ja gar keine andere Wahl, als sich unter den Schutz und die Solidarität der Sowjetunion zu begeben. Für kleine abhängig-kapitalistische Länder gibt es keine autarke Entwicklungsmöglichkeit nach der Revolution. Ihre Unabhängigkeit kann letztlich nur darin bestehen, sich ein Höchstmaß an Wahlmöglichkeit zu erhalten, wann, von wem und worin sie sich *helfen* lassen. Die Aufgabe einer Solidaritätsbewegung bei uns sehe ich darin, vor allem gegen die Blockade dieser Länder und für ein Offenhalten dieser Wahlmöglichkeit zu kämpfen. Der Politik der Sozialistischen Internationale (und einiger kapitalistischer Länder) in Bezug auf Nikaragua kommt daher eine Bedeutung zu, die unserer Wachsamkeit (ob der Motive) und unserer Unterstützung (ob der realen Hilfe) bedarf (48). In Nikaragua ist das letzte Wort noch nicht gesprochen; in Kuba kann ich nur eine langfristige Perspektive im Durchbrechen von Isolation und Blockade sehen.



Kubanischer Internationalismus in Nikaragua

Mit dem Sieg der sandinistischen Befreiungsfront in Nikaragua wurde die Isolation Kubas in Lateinamerika erstmals nachhaltig durchbrochen. Die nikaraguanische Alphabetisierungskampagne vollzog sich nach dem Vorbild der kubanischen und mit kubanischer Hilfe.
Auch kubanische Ärzte kamen ins Land, wie wir schon aus der Rede Fidels erfahren haben. Ein Freund, der von einer Reise aus Nikaragua zurückkehrte, erzählte mir, die Einführung des „kubanischen Gesundheitswesens" in Nikaragua sei für das Land auf die Dauer nicht durchzuhalten, weil es zu aufwendig, zu technisch, zu teuer sei. Tatsächlich ist das kubanische Gesundheitswesen sehr kurativ, sehr arztzentriert, sehr modern im Sinne der „wissenschaftlich-technischen Revolution". (49)

Also, haben die Kubaner nicht immer die richtigen Konzepte?
Um den tatsächlichen Einfluß Kubas auf die Entwicklung in Nikaragua abschätzen zu können, genügt es nicht, die Anzahl kubanischer Lehrer und Ärzte in diesem Land zusammenzuzählen. Von entscheidender Bedeutung ist vielmehr, daß die wichtigsten Führer der nikaraguanischen Revolution ihre politische Sozialisation in Kuba durchlaufen haben. (Siehe dazu den Artikel von Michael Rediske in diesem Heft)
So ist die Frage nach dem, was sie möglicherweise nach Nikaragua übertragen, die Frage nach dem „kubanischen Modell" selbst.



arztzentriertes Gesundheitswesen

Kuba: Modell für die Dritte Welt oder „real existierender Sozialismus"?

Model Kuba

Kuba hat, was die Befriedigung von Grundbedürfnissen anbetrifft, Leistungen vollbracht, die es für die Ärmsten selbst viel höher entwickelter Länder Lateinamerkas immer noch attraktiv erscheinen läßt:

- In keinem Land Lateinamerikas ist eine gleichmäßige und vollwertige Ernährung der gesamten Bevölkerung in dem Maße gewährleistet wie in Kuba (50).
- Die Erfolge des kubanischen Gesundheitswesens sind beeindruckend: Die höchste Lebenserwartung bei Geburt, die geringste Säuglingssterblichkeit und die größte Ärztedichte pro Einwohner in Lateinamerika (51).
- Kein Land Lateinamerikas hat so wenig Analphabeten und eine so gut ausgebildete Jugend wie Kuba (52).

Warum haben dann 1980 über 100.000 Menschen Kuba verlassen?

Nachdem am 1. April 1980 eine Gruppe von Kubanern die gewaltsame Stürmung der peruanischen Botschaft versucht hatte, wobei ein kubanischer Wachsoldat ums Leben kam, zogen die Kubaner ihre Soldaten um die Botschaft zurück; innerhalb von Stunden und Tagen versammelten sich daraufhin zehntausende Ausreisewilliger auf dem Gelände der Botschaft.
Die Reaktion der kubanischen Behörden hierauf war eine liberale und solidarische Praxis gegenüber den Ausreisewilligen (Lebensmittel für die Botschaftsbesetzer, Passierscheine für die Rückkehr nach hause bis zur garantierten Ausreise) und eine breite öffentliche Kampagne, in der sie als antisoziale Elemente, Homosexuelle und Kriminelle bezeich-

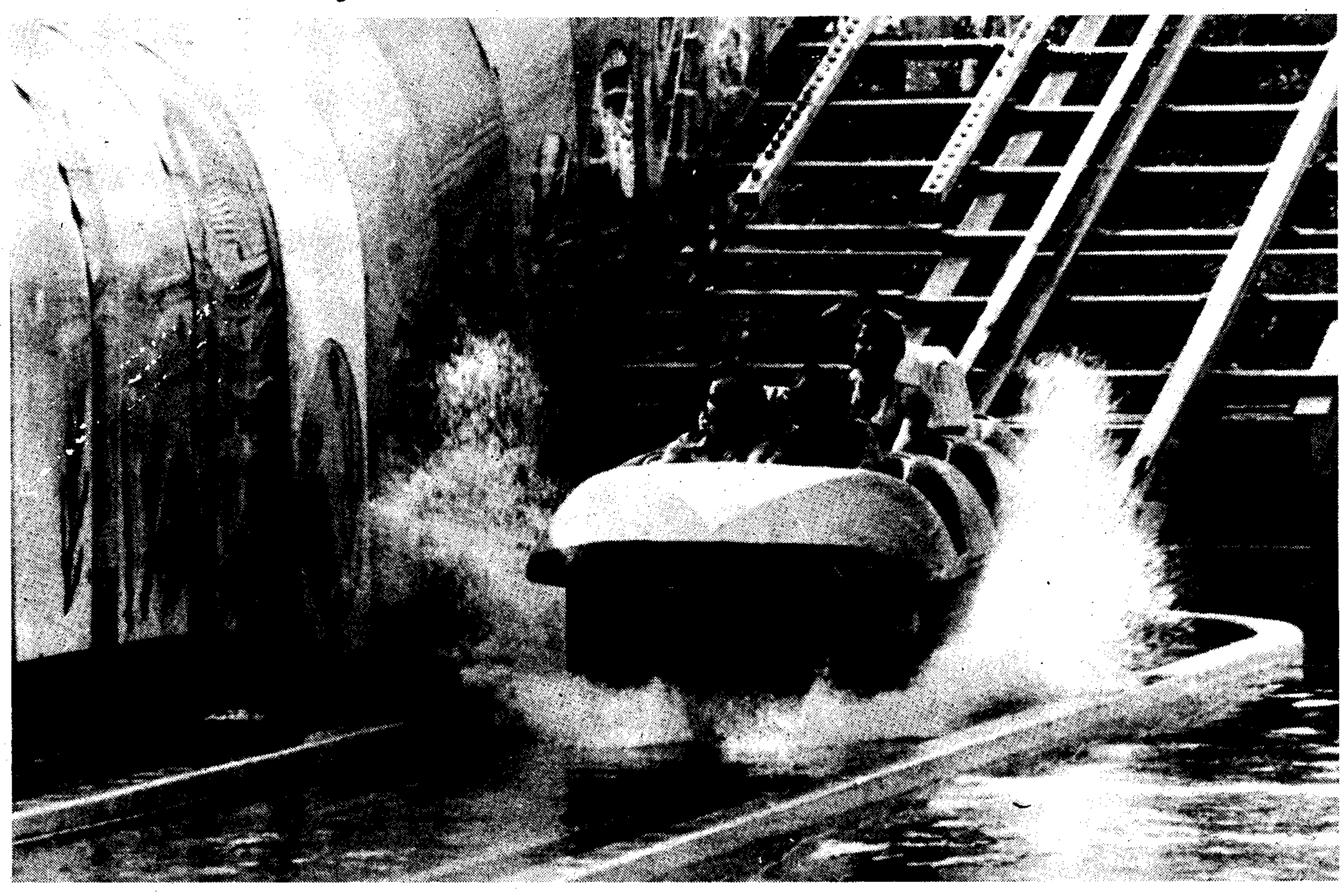
net wurden sowie eine breite Mobilisierung der Bevölkerung.
Den organisierten Kuba-Freunden von AIB war der ganze Vorgang eine „Kurzinformation" in AIB 5/1980 wert, in der die offizielle Sprachregelung der Kubaner übernommen wurde:

„... Andere Meldungen sprechen von ehemaligen CIA-Agenten, die an der Invasion in der Schweinebucht beteiligt gewesen und letztes Jahr amnestiert worden waren. ... Die Meldungen über ein bevorstehendes 30.000-Mann-Mannöver der US-Streitkräfte vor der kubanischen Küste ... erhärten den Verdacht, daß die Carter-Regierung an dem künstlich herbeigeführten Konflikt um die Ausreisewilligen nicht unschuldig ist. Die kubanische Regierung erklärte zu der Situation in der peruanischen Botschaft, daß sie keinem die Ausreise verwehren werde und charakterisierte die Ausreisewilligen als in ihrer überwiegenden Mehrheit 'Straffällige, Angehörige des Lumpenproletariats und antisoziale Elemente' (Granma, Havanna, 13.4. 80)." (53)

Für einen Teil der Linken bei uns, der sich früher zur kubanischen Revolution bekannt hatte, mag der Massenexodus nur eine Bestätigung des bereits Geahnten oder schon längst Gewußten gewesen sein: Kuba als von der Sowjetunion unterdrückter „real existierender Sozialismus". Nach den „boat people" aus Vietnam blieb bei den Nachrichte aus Kuba nichts übrig, als mit einem resignierten Achselzucken zu reagieren.
Die publizistische Lateinamerika-Solidarität nahm dieses Ereignis immerhin zum Anlaß, sich wieder und diesmal kritischer mit Kuba zu beschäftigen und nach den Gründen für den Massenexodus zu fragen. Während die Leute vom Bonner „ila-info" lediglich kundtaten: „Die bisherige Antwort, es handele sich meist um Kriminelle, Prostituierte, Zuhälter, Homosexuelle... hat uns recht geärgert" (54), erschien in den „LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN" (im Juli 1981!) ein beachtenswertes Interview mit Carlos Rafael Rodriguez (55). Darin gesteht er ein, „daß es möglich ist, daß unter den 120.000, die gingen, 30.000 sind, denen man kein asoziales Verhalten nachsagen kann"; auch auf die Frage, warum so viele junge Kubaner das Land verließen, geht er ein.
Offenbar sind die Kubaner in dieser Frage zu mehr Diskussion und Analyse bereit als die organisierte Kuba-Solidarität in der BRD. Es ist wichtig, zu betonen, daß diese organisierte Bewegung der relevante Teil der Kuba-Solidarität ist, der für Kuba etwas tut. Da dort die Frage nach Gründen für den Massenexodus nicht kritisch diskutiert wird, möchte ich es an dieser Stelle tun, wobei ich die Einteilung von Frank Niess (56) in objektive und subjektive Gründe übernehme.

Objektive und subjektive Gründe für den Massenexodus

Ein objektiver Grund ist die anhaltende wirtschaftliche Krisensituation, in der sich Kuba 1980 befand. Das durch die fortdauernde Wirtschaftsblockade in seiner Entwicklung ohnehin eingeschränkte Land befand sich im „Jahr der Plagen" (Fidel Castro): 27 Prozent der Tabakernte waren durch den Blauschimmel zerstört, die Zuckerernte durch den Rostpilz schwer beeinträchtigt und die Schweinepest führte zu Engpässen in der Fleischversorgung. Im folgenden Jahr führte Castro gute Belege dafür an, daß dies Folgen einer „biologischen Kriegsführung" der USA waren (57). Das Wachstum des Bruttosozialprodukts sank von 9 % (1978) auf 3 % (1979 und 1980).
Die subjektiven Gründe für eine *Unzufriedenheit* der Kubaner sind mannigfaltig.
Mit dem gestiegenen Gesundheits- und Bildungsniveau steigen notwendig auch die Ansprüche nach differenzierterem Konsum, individuellen Entfaltungsmöglichkeiten und Freizeit. Dies schlägt sich schon in einfachen Dingen nieder: der mangelhafte öffentliche Nahverkehr der Hauptstadt ist ein tägliches Ärgernis für die mobiler gewordenen Bewohner Havannas. Auch im Wohnungsbau, dessen unbestreitbares Verdienst es ist, die in Lateinamerika allgegenwärtigen Elendsviertel beseitigt zu haben, gibt es nach wie vor Engpässe und lästige Wartezeiten. (58)



Wohnen heute: „monoton und langweilig"?

In Kuba hatte ich Gelegenheit in Alamar eine der neuen Trabantenstädte außerhalb Havannas kennenzulernen: vierstöckige Wohnblocks, die mir immer noch humaner vorkamen als die gigantischen Betonwüsten unserer Schlafstädte. Wir gingen in irgendein Haus, wo eine etwa vierzigjährige Frau uns stolz ihre komplett eingerichtete Wohnung zeigte: Vor der Revolution hatte sie in einem Elendsviertel gelebt. Am Abend traf ich einen etwa 25jährigen Kubaner: Er verdankte der Revolution eine hervorragende Ausbildung und einen Beruf: Er war Dolmetscher (deutsch) und führte DDR-Delegationen durch's Land: „Da gibt's nicht viel zu übersetzen, die sagen sowieso immer das gleiche". Die Trabantenstädte fand er „monoton und langweilig", es gäbe zu wenig Freizeitmöglichkeiten.
Fidel Catro: „Die Jugendlichen von heute sind wirklich anspruchsvoller, weil sie unvergleichlich fähiger, ausgebildeter, gebildeter und vor allem kritischer sind. Jede Generation braucht ihre eigenen Motivationen und Werte, niemand wird heute revolutionär allein deshalb, weil wir ihm von der Armut seiner Eltern und Großeltern erzählen..." (59)

Desweiteren ist der Einfluß der Konfrontation mit der amerikanischen Konsumgesellschaft nicht zu unterschätzen, insbesondere auf die jungen Kubaner, denen der Vergleich mit der vorrevolutionären Situation aufgrung eigener Erfahrung fehlt. Neben der permanenten Berieselung durch us-Rundfunk, der die Segnungen der Konsumgesellschaft verhieß, ergoß sich nach 1978 eine Flut von Exilkubanern über das Land: im Straßenbild von Havanna schon von weitem erkennbar an ihren Texashüten, karrierten Hosen, Kameras und Kassettenrekordern. Nach der Wahl Carters hatte Fidel Castro einer „Menschenrechtskampagne à la Carter" dadurch die Spitze genommen, daß er mit der „kubanischen Gemeinschaft im Ausland" (vormals im offiziellen Sprachgebrauch: gusanos = Würmer) ein Abkommen schloß: 1. Freilassung von 3.600 politischen Gefangenen; 2. Familienzusammenführung; 3. Besuche der Exilkubaner in Kuba. 150.000 Exilkubaner kamen allein 1979. (60)
Als weitere Gründe für Unzufriedenheit müssen wir aber auch bürokratische Reglementierung, mangelnde demokratische Partizipationsmöglichkeiten und Frustration am Arbeitsplatz diskutieren.

Gibt es eine bürokratische „Degeneration" der kubanischen Revolution?

In einer Rede am 30. November 1979 in Santiago de Cuba kritisierte Raúl Castro Schlendrian und Günstlingswirtschaft der Führungskader. (Betriebsdirektoren würden mit Dienstwagen am Wochenende ihre Familie spazierenfahren u. dgl.).
„Auf dem Zweiten Kongreß der kubanischen KP, auf dem Castro die 'Laster gewisser Leute' anprangerte, von denen er sagte: 'unsere schlimmsten Feinde hätten uns nicht so viel Schaden zufügen können', stellte er auch die besorgte Frage:

'Ist unsere Revolution denn direkt vor den Toren unseres imperialistischen Feindes der Degeneration anheimgefallen? Ist das etwa ein unausweichliches Gesetz für jede Revolution, die die Macht ergriffen hat?' " (61)

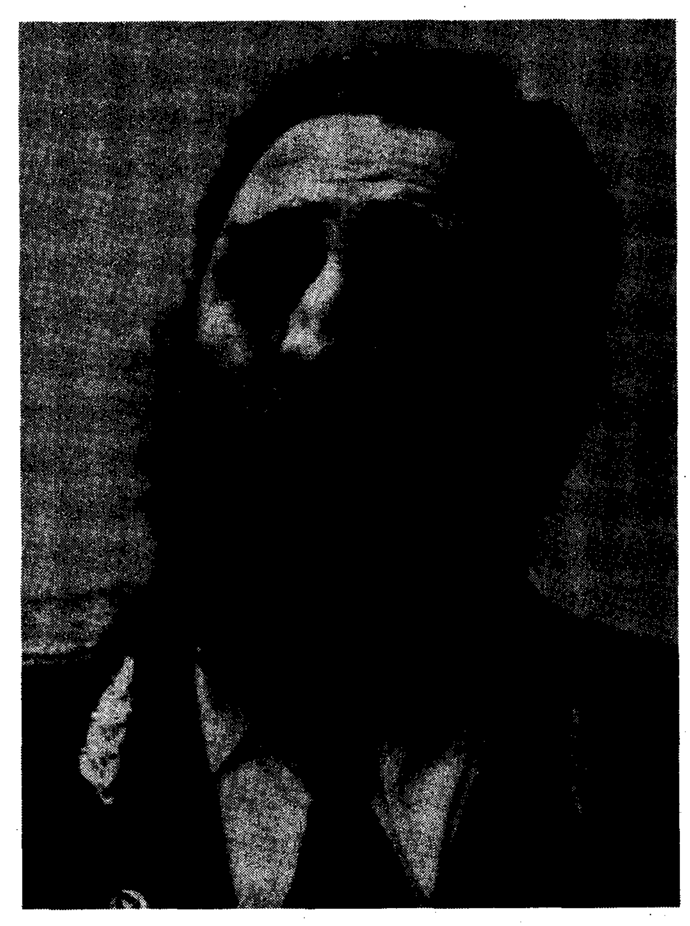
Ich bringe diese Castro-Reden deshalb, weil es mir bezeichnend erscheint, daß diese Reden im AIB, das sich sonst durch seitenlangen Abdruck von Reden kubanischer Führer hervortut (62), nicht abgedruckt worden sind; ich werte das als Hinweis dafür, daß eine Diskussion um eine bürokratische Entwicklung in den Reihen der organisierten Kuba-Solidarität nicht geführt wird. Die Führer der kubanischen Revolution *sehen* also die Gefahr einer Bürokratisierung und sie haben auch Maßnahmen dagegen unternommen.

1974 begann der Aufbau der Volksmacht, zunächst in der Provinz Matanzas. Dieses Modell, das in der Folgezeit auf ganz Kuba ausgedehnt wurde, wird man in keinem Land des „real existierenden Sozialismus" wiederfinden: auf *lokaler* Ebene sind die Kandidaten im Sinne einer basisdemokratischen Verwaltungsstruktur wähl- und abwählbar, und zwar unabhängig von einer Mitgliedschaft in der KP. Diesen Selbstverwaltungsorganen, schon auf der Ebene des Stadtteils, sind 75 % der Handels- und Gaststätteneinnahmen, 86 % der Ausbildungseinheiten und 50 % der Gesundheitseinrichtungen unterstellt. Dennoch verbleibt dieses System auf der *lokalen Ebene;* alle höheren Organe in Staat und Wirtschaft sind nicht mehr *direkt* wählbar, und man muß sehen, daß dort die Entscheidungen von oben nach unten verlaufen.
In den „LATEINAMERIKANACHRICHTEN" (Nr. 78, Januar 1980), „Bürokratisierung (versus) revolutionäre Linie", wird auch die Schließung von autonomen staatlichen Organisationen, die Auflösung von vier Ministerien und die drastische Regierungsumbildung Ende 1979 im Sinne eines Kampfes gegen Bürokratisierung interpretiert. Die Macht wurde in den Händen der alten Guerilla-Kämpfer zentralisiert, denen damit eine entscheidende Kontrollfunktion zuteil wurde. „Das Paradoxe erscheint uns, daß gerade diejenigen, die auf Volksmachtlinie liegen, verstärkt zentralisieren, um so ihre Position gegenüber dem hierarschichen Parteiapparat... (zu stärken) und Bureaukratisierungsdendenzen entgegenzusteuern." (63)
Die Frage ist, ob Fidel nicht schon viel zu sehr in einem bürokratischen System befangen ist, wenn er meint, die Auswüchse dieses Systems dadurch bekämpfen zu können, daß er „die richtigen Leute an die richtige Stelle" zu setzen versucht und die Macht in den Händen dieser Leute *zentralisiert.* Strategien dieser Art sind in den Ländern des „real existierenden Sozialismus" stets fehlgeschlagen (Gomulka in Polen).
Ein Teil der Linken in der BRD, der sich kontinuierlich mit der Entwicklung in Kuba befaßt hat, ist die trotzkistische Linke (GIM). In einer Resolution zu Kuba heißt es:

„Sich auf den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft begeben, setzt eine demokratische sozialistische Umorganisierung voraus, die die jetzigen oder im Entstehen begriffenen neuen Strukturen mit dem Ziel umwandelt, die demokratische Verwaltung des Planes und die Selbstverwaltung in den Betrieben sicherzustellen, sowie die tatsächliche Beteiligung der Massen an der politischen Führung auf allen Ebenen... Die Verwirklichung dieses Zieles umfaßt die Freiheit der Meinungsäußerung, das Recht sich zu organisieren, einschließlich dem Recht, Parteien zu gründen..." (64)



Mit denen konnten wir uns identifizieren ...



... aber mit dem?

Bürokratische Gängelung führt immer auch zu einer Entpolitisierung der Bevölkerung.

In Kuba hatte ich auch Gelegenheit, ein „Komitee zur Verteidigung der Revolution (CDR) kennenzulernen. Das war 1979, im Jahr der Blockfreienkonferenz. Die Mitglieder des Komitees zeigten uns stolz ein rotes Ehrenbanner (goldumwoben), das sie als Auszeichnung dafür erhalten hatten, daß sie in kürzerer Zeit mehr *Souvenirs für die Delegierten* der Blockfreien-Konferenz gebastelt hatten, als andere CDR. Souvenirbasteln und Pflege der Parkanlagen waren die Tätigkeiten des CDR. *Ich* hatte mir die Verteidigung der Revolution anders vorgestellt.

Kubas „Neue Ökonomische Politik" und die Krise unserer „Sozialismus-Projektionen in die Dritte Welt

In der gleichen Rede 1979, die ich schon oben angeführt habe, kritisierte Raúl Castro auch die Arbeiter: mangelnde Arbeitsdisziplin, Fernbleiben von der Arbeit („ausentismos"), „Kameraderie" zwischen Arbeitern und Brigadeleitern und daß die Industriearbeiter ständig die Normen drücken würden, um bequemer zu leben oder durch Schwarzarbeit ihr Einkommen aufzubessern. Tatsächlich war bei meinem Aufenthalt in Kuba der „ausentismo" im Straßenbild allgegenwärtig: auf Transparenten, die ihn anprangerten und bekämpften. Daraufhin angesprochen, erklärten meine kubanischen Gesprächspartner, der „ausentismo" sei ein Erbe aus der Vergangenheit eines Landes der Dritten Welt, das in eine Industriekultur noch nicht hineingewachsen sei.
Die Erklärung leuchtet ein, aber nur zum Teil.
Bestehen diese Probleme des „ausentismo" nicht genauso in den „sozialistischen" Ländern wie der Sowjetunion (oder Polen), in denen man das Bestehen einer entwickelten Industriekultur schon seit einigen Jahrzehnten voraussetzen kann? Kann er nicht auch Ausdruck einer *Entfremdung* von der Arbeit sein, die sich in mangelnder Mit- und Selbstbestimmung der Arbeiter widerspiegelt?

„Eigentlich sollte der Planvorschlag, den die nationale Planungsbehörde JUCEPLAN erstellt und anhand dessen die Betriebe ihre Einzelpläne ausarbeiten, mit den Arbeitern besprochen werden. Tatsächlich wurde der Plan für das Jahr 1979 in 34 Prozent der Betriebe, die den Plan aufstellten, gar nicht und in 58 Prozent nur unzureichend diskutiert." (65)

Die Kubaner scheinen die Probleme der Arbeitsdisziplin inzwischen „in den Griff" bekommen zu haben, die wirtschaftlichen Indikatoren für 1981 verheißen Wachstum (18); das verdanken sie einer *„Neuen ökonomischen Politik"*, die am 1. November 1980 in Kraft getreten ist.

„Sie besteht nicht nur in verstärkten materiellen Anreizen, sondern sie gibt vor allem den Unternehmen ein eigenes betriebliches Rechnungswesen an die Hand und darüber hinaus die Möglichkeit, selbst Arbeitskräfte einzustellen oder zu entlassen. Arbeitslose erhalten weiterhin 70 % ihres bisherigen Lohnes. Schon im Juli verkündete Planungsminister Humberto Perez den Erfolg der neuen Politik im ersten Halbjahr 1981. Eine Rekordauslastung der Kapazitäten sei erreicht worden bei einer gleichzeitigen Verringerung der Industriearbeiter um 215.000. Allein die Zuckerindustrie habe 30.000 Arbeiter freigesetzt; insgesamt hätten bis zu diesem Zeitpunkt 441 Unternehmen das neue System übernommen." (66), (67).

Die Fragen der Arbeitsdisziplin wurden den Arbeiterräten entzogen und dem Management übertragen. Das alles läßt sich schwer mit unseren Vorstellungen von „Sozialismus" vereinbaren, bedeutet es doch eine Abkehr von den Ideen Che Guevaras, nach denen der „neue Mensch" aufgrund *„moralischer* Anreize" wirtschaftliche Leistungen für den Aufbau des Sozialismus erbringt. „Der wesentliche Fehler dieses Idealismus war, den subjektiven Faktor ... zu überschätzen", sagt Carlos Rafael Rodriguez heute (68). *Für uns* war es allemal einfacher, uns mit der „idealistischen" Politik Che Guevaras zu identifizieren, als uns den realen Problemen von „Sozialismus" in einem Entwicklungsland zu stellen.
Aber weiter:

„Auch die neu zugelassenen freien Märkte für Kleinbauern und Kooperativen traten im vergangenen Jahr zusehends in Erscheinung und sollen zu einer Verbesserung der Versorgun der Bevölkerung mit Obst und Gemüse geführt haben." (69)

Das bedeutet die Rücknahme der „revolutionären Offensive" vom 13. März 1968, in der der private Handel abgeschafft worden war. Aber waren es nicht gerade die „revolutionären Offensiven" oder die „Kulturrevolution", die es uns so leicht gemacht haben, unsere bei uns frustrierten revolutionären Hoffnungen in die Dritte Welt zu projizieren; hätten *wir* dafür nicht gerne in Kauf genommen daß das für die Kubaner weniger Gemüse bedeutet?
Das Gesagte macht eine kritische Hinterfragung unserer Projektionen ebenso notwendig wie eine kritische Analyse von „Sozialismus" aus entwicklungstheoretischer Sicht. Dieter Senghaas zeigt, daß eine objektiv-reale Chance für den Sozialismus (in den Augen der Klassiker) nur in „reifen" kapitalistischen Ländern gegeben schien; aber:
„Wo Sozialismus gesamtgesellschaftlich bestimmend wurde..., war er Grundlage und Motor beschleunigter *nachholender Entwicklung* (hervorgehoben vo n mir, Ch. K.) unter wi drigen internen und internationalen Bedingungen, die in der Regel eine erfolgreiche nachholende Entwicklung unter kapitalistischen Vorzeichen unwahrscheinlich machen". (70) „Sozialismus wird zur alternativlosen Entwicklungspolitik unter Bedingungen, unter denen der Kapitalismus versagt." (71) Erfolgreiche Entwicklung bedeutet in diesem Zusammenhang: Befriedigung der o.a. Grundbedürfnisse, Binnenmarktorientierung, Vernetzung und Verzahnung der Produktionszweige als Überwindung „struktureller Heterogenität". (72) Der dem zugrunde liegende Ansatz „autozentrierter Entwicklung" kann hier nicht näher diskutiert werden (73). Horst Fabian kommt in einer Untersuchung über den „kubanischen Entwicklungsweg" zu dem Ergebnis, daß Kuba bei einem modifizierten Verständnis autozen-

trierter Entwicklung eine solche gelungen sei; die Zucker-Exportwirtschaft habe ihre Funktion gewandelt: „Während früher die Unterentwicklung besonders der Nichtzuckerrohrlandwirtschaft die Bedingung des (deformierten) Wachstums der Zuckerindustrie war, wird heute die interne Entwicklung des Zuckersektors durch gesamtwirtschaftliche Erfordernisse bestimmt."
Kuba ist also ein *Modell* für die Dritte Welt.
Bleibt, abschließend noch einmal die „widrigen internen und internationalen Bedingungen" hervorzuheben: „Je später nachholende Entwicklung einsetzt und je mehr sie aus einem peripher-kapitalistischen ... Umfeld heraus inszeniert wird, umso dramatischer die Entwicklungsaufgaben... Sie gleicht einem Kraftakt sondergleichen; ... einer gesamtgesellschaftlichen Roßkur..." (74)
Das und die massive militärische Bedrohung (und Blockade), die wir im Falle Kubas und Angolas gesehen haben, erklärt Machtkonzentration und Militarisierung in diesen Ländern und die Gefahr bürokratischer Erstarrung. „Werden Reformen nicht durchgeführt, so schlägt die Effektivitätsentwicklung in der Ökonomie um" (75)
Dieser Anstz hat mit den oben zitierten trotzkistischen Forderungen („Sich auf den Weg einer sozialistischen Gesellschaft begeben...") die Postulierung einer „zweiten Phase" gemein: mehr Demokratie und Partizipation; ich meine, daß wir uns damit abfinden müssen, daß Entwicklung in der Dritten Welt widersprüchlich verläuft und daß wir die Erfüllung unserer Vorstellungen von „Sozialismus" – auch wenn wir sie anstreben – nicht zur *Bedingung* für unsere Solidarität machen dürfen.

Solidarität ohne Projektion

Solidaritätsarbeit darf kein Ersatz mehr sein für eine Standortbestimmung und politische Arbeit *bei uns hier*. Die Arbeit in Basisdemokratiebewegungen, in der Friedenbewegung, in der Auseinandersetzung mit Sozialdemokratie und den Apologeten des „real existierenden Sozialismus" bei uns müssen die Quelle eines neuen Selbstbewußtseins sein. Das versetzt uns in die Lage, den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt als gleichberechtigter Freund gegenüberzutreten und uns nicht länger als ihr *Vertreter* zu fühlen. So erst wird eine *kritische Solidarität* möglich.
(Das bedeutet im Falle der Lateinamerika-Solidarität auch ein Hinterfragen unserer kulturellen Überidentifikation mit den Latinos: Wir waren alle oft drüben, umgeben uns mit lateinamerikanichen Freunden und bauen eine Latinowelt um uns auf; wir singen „Intis" und nicht unsere eigenen Lieder). Dann können wir aber auch unsere Erfahrungen z.B. mit Sozialdemokratie (76) oder dem „real existierenden Sozialsismus" in die Diskussion mit den Befreiungsbewegungeneinbringen.
Kritische Solidarität erfordert aber auch eine Auseinandersetzung mit der lateinamerikanischen Linken (78) und der realen Entwicklung in den Ländern, in denen die Revolution esiegt hat: „Man übt keine politische Solidarität, wenn man die Prozesse so versteht, wie wir sie gerne hätten, statt sie so zu verstehen, wie sie wirklich sind" (Fernando Mires) (79)

Solidarität mit Kuba ist heute wichtiger denn je

Die Zuspitzung des Befreiungskampfes in El Salvador und das Fortbestehen eines sandinistischen Nikaraguas hat Kuba für die us-amerikanische Propaganda zur „Quelle" (Haig) aller Unruhe in ihrem Hinterhof werden lassen. Die immer wiederholten und nie bewiesenen Behauptungen kubanischer Soldaten in Nikaragua und El Salvador sollen als Rechtfertigung für eine massive Interventionsdrohung herhalten. (32) Auf der 14. Konferenz Amerikanischer Armeen mit Generälen und Geheimdienstchefs aus 19 Staaten Lateinamerika sund der Karibik (November 1981) erklärte Verteidigungsminister Weinberger: „Wenn nötig werden wir zu den Waffen greifen, bevor sie es tun". (80)
Die Reaktion der kubanischen Bevölkerung auf diese Drohungen läßt meine obigen Äußrungen über mangelde Politisierung als „Schnee von gestern" erscheinen: Sie organisieren sich in Volksmilizen, den Milicias de Tropas Territoriales, MTT. Die Mtt sind auf lokaler Basis organisiert, die Teilnahme ist freiwillig, sie müssen sich selbst finanzieren und die Übungen finden nur in der Freizeit statt.
Die Kubaner sind entschlossen, ihre Revolution *so wie sie ist* zu verteidigen. Der Zusammenschluß der Mittelamerika Komitees mit der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba zu *einer* Antiinterventionsbewegung entsprach einer Notwendigkeit.
Der Kampf gegen die Intervention muß eine zentrale Aufgabe der Friedensbewegung bei uns werden.

Christopher Knauth

Anmerkungen:

(1) Günter Maschke, Cubanischer Taschenkalender, in: Kursbuch 30, Dezember 1972
(2) ebenda, S. 129
(3) Die „Nichtbefassung mit Kuba" ist auch unsere eigene: In 100 Nummern der „blätter des iz3w" zwischen Nov. 1970 und März 1982 erschienen 13 Artikel zu Kuba: der letzte in Nr. 81, Nov. 1979 über die von den USA lancierte Meldung über eine sowjetische Spezialeinheit auf Kuba. In Nr. 71, Aug. 1978 findet sich ein Interview mit dem tansanischen Präsidenten Julius Nyerere, in dem er das kubanische Engagement in Angola rechtfertigt; kein Beitrag, der versucht, sich kritisch mit der Entwicklung in Kuba zu befassen. In den „Chile-Nachrichten/LATEINAMERIKANACHRICHTEN" erschienen zwischen Nr. 39, Juli 1976 und Nr. 100, Febr. 1982 elf Beiträge zu Kuba, im ersten Jahr unter dem neuen Namen kein einziger. In Nr. 78, Jan. 80 ein Artikel zu Bürokratisierung; in Nr. 95, Juli 1981 ein Interview mit Vize-Präsident Carlos Rafael Rodriguez, in dem kritische Fragen zum Massenexodus von 1980 gestellt werden; in Nr. 100 der Artikel von Luis Ramalho, „Einfache Identifikationsmuster sind nicht mehr möglich." Kein einziger Beitrag, der eine kritische Einschätzung kubanischen Internationalismus in Afrika versucht. Vom „ila-info" habe ich kein vollständiges Register und im iz3w-Archiv fehlen einige Exemplare. Dennoch sei die Feststellung erlaubt, daß auch relativ genauso selten über Kuba berichtet wurde; in Nr. 37, Juli/Aug. 1980 findet sich eine kritische Anmerkung zur kubanischen Darstellung der 100.000 Flüchtlinge. Selbst die Herausgeber des Jahrbuchs „Lateinamerika" (Verlag Olle & Wolter) in Berlin konnten erst in „Lateinamerika 5", 1981, „ein nun schon vier Jahre altes Versprechen" (Editorial) einlösen und einen „Länderbericht" zu Kuba veröffentlichen. Schon im folgenden Jahr (man wird ihnen ein Uberschauen der „Szene" wohl unterstellen dürfen) hatten sie wieder Schwierigkeiten bei der Suche nach Autoren.
(4) siehe den Artikel von David Werner, Gesundheitsversorgung in Kuba heute: Vorbildliche Dienstleistung oder Mittel sozialer Kontrolle – oder beides?, in: V. Bennholdt-Thomsen, ... (Hsg.), Lateinamerika 4, Olle und Wolter, Berlin 1980; ansonsten die a.a.O. hervorgehobenen Artikel der „LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN".
(5) Am 8.5.1982 fand in Göttingen ein Treffen entwicklungspolitischer Zeitschriften zur Eritrea-Frage statt, zu dem auch „Lateinamerikanachrichten" und „ila-info" eingeladen waren. Ihr Nichterscheinen auf diesem Treffen interpretiere ich als Demonstration ihres anhaltenden Desinteresses an dieser Auseinandersetzung. Auf dem Treffen modifizierte das AIB seine Position zu dieser Frage, was ich in diesem Beitrag nicht mehr berücksichtigen konnte. Im Sinne einer Darstellung der Geschichte der Solidaritätsbewegung bei uns erscheint mir eine Darstellung und Diskussion der bisherigen Position des AIB (bis Februar 1982) aber nach wie vor gerechtfertigt.

Kubanischer Internationalismus

(6) Weitere Artikel zu kubanischem Internationalismus in AIB: AIB 1/Januar 1978 Kuba-Angola; Auguste Conchiglia, Wiederaufbauhilfe – Brücke der Freundschaft; AIB 8/Aug. 1977, Gespräch mit Fidel Castro: Kubas außenpolitische Position zu Afrika und China. AIB berichtet regelmäßig über Kuba,

wobei das meist in Form von seitenlangen Übersetzungen von Reden Fidel Castros bzw. in agenturmeldungsartigen „Kurzinformationen" geschieht.
(7) vgl. Fernando Mires, Kuba: Die Revolution ist keine Insel, Rotbuch Verlag, Berlin 1978, S. 134
(8) Interview Fidel Castros mit der nordamerikanischen Journalistin Lee Lockwood, in: F. Mires, a.a.O., S. 135
(9) vgl. Gunter Peús, Kuba und Afrika, in: Dieter Kronzucker, Kuba in der Klemme, Knaur, München/Zürich 1981, S. 54
(10) Heinz Günther Schmidt, Junge Leute in Kuba, in „Popshop-Forum", Südwestfunk III, 18.0482, 20.05 Uhr.
(11) Das Interview war in deutscher Sprache und Ricardo Garcia hatte sprachliche Schwierigkeiten; ich habe das Interview mit Einverständnis von Herrn Schmidt in eine lesbare Form umgeschrieben.
(12) Interview mit Carlos Rafael Rodriguez in: Der Spiegel Nr. 40/1981, 28.09.81
(13) ebenda
(14) Die Behauptungen von USA-Außenminister Haig, in Nikaragua stünden 500 – 600 kubanische Elitesoldaten, die zur Unterstützung der salvadorianischen Guerilla bestimmt seien, wurden nie bewiesen; vgl. Christopher Knauth, Jakob Moneta, Länderbericht Kuba, in: Lateinamerika 6 (a.a.O.), 1982
(15) siehe: „blätter des iz3w", Nr. 77, Mai 1979 und Nr. 80, September 1979
(16) vgl. (14)
(17) Die Intervention des CIA und der USA insgesamt zugunsten der FNLA wird beschrieben in den Memoiren des ehemaligen CIA-Oberst John Stockwell, vgl. Fußnote 49 in: Konrad Melchers, Die sowjetische Afrikapolitik von Chruschtschow bis Breschnew, Oberbaumverlag, Berlin 1980, S. 52
(18) vgl. Konrad Melchers, a.a.O., S. 50
(19) Zahlenangabe nach Gunter Péus, a.a.O., S. 57
(20) vgl. das Interview mit Julius Nyerere, a.a.O.
(21) Gunter Péus, a.a.O., S. 58
(22) Konrad Melchers, a.a.O.
(23) ebenda, S. 39
(24) Konrad Melchers, a.a.O., S. 243
(25) eine statistische Übersicht aus: Review of African Political Economy no. 10 (September – Dec. 1978) findet sich in: Bereket Habte Selassie, Conflict and Intervention in the Horn of Africa, Monthly Review Express, New York/London 1980
(26) Bereket Habte Selassie, a.a.O., S. 141
(27) ebenda, S. 144
(28) AIB 10/Okt. 77, S. 7
(29) ebenda
(30) AIB 4/April 1978
(31) vgl. Konrad Melchers, a.a.O., S. 258
(32) ebenda, S. 259
(33) Bereket Habte Selassie, a.a.O.; Richard Sherman, Eritrea: The unfinished Revolution, New York 1980
(34) siehe: SZ 3.4.82; Libération 1.4.82; Guardian 10.3.;24.3; 21.4.82
(35) siehe (3) und (5)
(36) die Titel und Funktionen von Georg Polikeit habe ich bei Konrad Melchers, a.a.O., S. 261, abgeschrieben
(37) AIB 1/Januar 1978, S. 18
(38) Jürgen Ostrowsky, Eritrea-Fallbeispiel für die nationale Frage, unveröffentlichtes Manuskript, S. 10 f.
(39) Africa Confidential, Jul. 78, S. 4
(40) Richard Sherman, a.a.O., S. 151
(41) Bereket Habte Selassie, a.a.O.
(42) ebenda, S. 145
(43) („ob sie wollen oder nicht"), ich gebrauche hier eine Formulierung von J. Ostrowsky, a.a.O., S. 17
(44) ebenda
(45) Bereket Habte Selassie, a.a.O., S. 138
(46) AIB 10/Okt. 1977, S. 7
(47) Dritte Welt Magazin, 7/8 Juli/August 1978
(48) Zu SI und Lateinamerika siehe: Stefan Saarbach, Einige Aspekte der aktuellen Lateinamerikapolitik der Sozialdemokratie, in: Lateinamerika 4, a.a.O. ; besonders auch: Klaus Meschkat, Die deutsche Sozialdemokratie und die Offensive der Sozialistischen Internationale in Lateinamerika, in: „Lateinamerikanachrichten", Nr. 100, Febr. 1982
(49) siehe: David Werner, a.a.O.

Kuba: Modell für die Dritte Welt oder „real existierender Sozialismus"?

(50) Zum Nahrungsmittelangebot siehe die Statistik in: Horst Fabian, Der kubanische Entwicklungsweg. Ein Beitrag zum Konzept autozentrierter Entwicklung, Westdeutscher Verlag, Opladen 1981, S. 773
(51) siehe Statistik in Horst Fabian, a.a.O., S. 775 und in Christopher Knauth, Jakob Moneta, a.a.O.
(52) siehe Statistik in: Horst Fabian, a.a.O., S. 774
(53) AIB 5/Mai 1980, S. 38
(54) ila-info, Nr. 37, Juli/August 1980
(55) Lateinamerikanachrichten, Nr. 95, Juli 1981
(56) Frank Niess, Länderbericht Kuba, in: Lateinamerika 5, a.a.O.
(57) siehe Christopher Knaut, Jakob Moneta, a.a.O.
(58) vgl. Horst Fabian, a.a.O., S. 776 f.
(59) zitiert nach Luis Ramalho, a.a.O.
(60) Frank Niess, a.a.O.
(61) Christopher Knauth, Jakob Moneta, a.a.O.
(62) siehe: Kubanischer Internationalismus (6)
(63) Lateinamerikanachrichten 78, Januar 1980, S. 32
(64) Kuba-Resolution des IEK der IV. Internationale vom Mai 1981 unveröffentl. Übersetzung von J. Moneta
(65) Frank Niess, a.a.O.
(66) Christopher Knauth, Jakob Moneta, a.a.O.
(67) inwieweit durch die genannten Maßnahmen ein tatsächliches Problem von Arbeitslosigkeit in Kuba entsteht, kann ich nicht abschätzen. Bisher war immer die Rede davon, daß in Kuba Arbeitskräftemangel herrscht und besonders die im Zucker eingesetzten Arbeitskäfte (vor allem bei der Ernte) in anderen Bereichen fehlen
(68) in: Lateinamerikanachrichten 95, a.a.O.
(69) Ch. Knauth, J. Moneta, a.a.O.
(70) Dieter Senghaas, Sozialismus, Eine entwicklungsgeshhichtliche und entwicklungstheoretische Betrachtung, in: Leviathan 1/80, S. 11
(71) ebenda, S. 16
(72) Der Begriff „strukturelle Heterogenität" stammt von Armando Cordova: Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum, es 602, Suhrkamp, Ffm. 1973; eine Einordnung in die entwicklungspolitische Diskussion findet sich bei Wolfgang Hein, Fachübersicht: Zur Theorie der Unterentwicklung und ihrer Überwindung, in: Pheripherie 5/6, Sommer/Herbst 1981
(73) zum Konzept autozentrierter Entwicklung siehe: Dieter Senghaas, Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik, Plädoyer für Dissoziation, es 856, Ffm. 1977; Anwendung auf Kuba: Horst Fabian, a.a.O.; Kritik: Thomas Hurtienne, Sozialismus und autozentrierte Entwicklung, Zur Korrektur eines entwicklungspolitischen Modells anhand der Beispiele China, Nordkorea, Albanien und Kuba, in: Reiner Steinweg, Hilfe + Handel = Frieden?, es 1097, Suhrkamp, Ffm., 1982
(74) Dieter Senghaas, Sozialismus..., a.a.O.
(75) ebenda
(76) siehe (48)
(78) Fernando Mires, a. a. O
(79) ebenda
(80) siehe: Christopher Knauth, Jakob Moneta, a.a.O.

Die verwendeten Abbildungen stammen z.T. aus: Bernd Kübler (Hsg.), Cuba libre, Kübler Verlag, Lampertheim, 1977



Im Schatten der Krise der Solidaritäts-bewegung

Die Solidaritätsarbeit der Amilcar-Cabral-Gesellschaft

Die „Amilcar Cabral Gesellschaft" (ACG) befindet sich gegenwärtig in einer schwierigen Legitimationskrise. Die politischen Ereignisse und die sozioökonomischen Entwicklungen in Guinea-Bissau und auf den Kapverdischen Inseln haben ihren Schatten auf die Solidaritätsarbeit der ACG geworfen. Vor allem der Putsch vom 14. November 1980, der die Regierung in Guinea-Bissau absetzte und die aus dem Befreiungskampf hervorgegangene und seit 1974 dort herrschende Partei PAIGC (Partido Africano da Independencia da Guinè e do Cabo Verde) auflöste, stellte die ACG vor eine neue Situation. Denn ihre bedingungslose Solidarität galt seit ihrem Bestehen eben jener Regierung und Partei. Nun müßte die ACG ihr Selbstverständnis von Solidaritätsarbeit neuüberdenken, oder gar völlig in Frage stellen.
Dieser Beitrag versucht, den historischen Hintergrund für die vorhandene Krise zu beleuchten und damit einen kurzen Einblick in die Problematik der Solidaritätsbewegung zu liefern, der bei der jetzigen Diskussion über die weitere Perspektive der Solidaritätsarbeit dienlich sein könnte.

1. Motivation für die Gründung der ACG:

Die ACG ist im Unterschied zu den übrigen Solidaritätsgruppen und Komitees in der Metropole erst im Anschluß an die Befreiung der Völker von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln vom Joch des portugiesischen Kolonialismus und seinen imperialistischen Verbündeten gegründet worden. Vom Selbstverständnis getragen, daß der erfolgreiche politisch-militärische Sieg dieser Völker über die Kolonialherrschaft nur den ersten Schritt in einem langwierigen Prozeß der Befreiungsbewegung darstellt, wurde die Solidaritätsarbeit von Anfang an auf die postkoloniale Phase konzentriert.

Mit der von der Befreiungsbewegung PAIGC übernommene Parole: „Der Kampf geht weiter" wurde bereits im Aufruf der „Initiative zur Gründung der ACG" die Richtung angegeben. Dieser Kampf, dem die Unterstützung der fortschrittlichen und antiimperialistischen Kräfte gelten sollte, richtete sich sowohl gegen das Erbe des Kolonialismus wie „Unterentwicklung, Hunger und Krankheit, Elend und Unwissenheit" als auch gegen ‚alle neokolonialistischen Einmischungsversuche", die den Revolutionsprozeß in diesen Ländern aufhalten könnten.

In diesem Geist, der nicht allein von den Illusionen der progressiven Kräfte in der Metropole gespeist war, (diese sahen in der Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker in der Peripherie eine reale Chance zur Verwirklichung ihrer eigenen politischen Wünsche und Zielvorstellungen), sondern vielmehr von den programmatischen Erklärungen der PAIGC und vom Gedankengut ihres Begründers, Amilcar Cabral, wurde die ACG am 25. Mai 1975 in Münster ins Leben gerufen.

2. Programm und Aufgaben der ACG:

In Übereinstimmung mit dem Programm der PAIGC wurden die Ziele der Solidaritätsarbeit der ACG festgelegt. Folgende praktische Aufgaben hatte sich die ACG zum Ziel gesetzt:

- „die Freundschaft und Verständigung sowie die Zusammenarbeit zwischen den Völkern von Guinea-Bissau und den Kapverden zu fördern;
- den Kampf der Völker von Guinea-Bissau und den Kapverden gegen Kolonialismus und Imperialismus zu unterstützen;
- die Politik der Regierungen von Guinea-Bissau und den Kapverden in der BRD verständlich zu machen und über die Probleme dieser Länder zu unterrichten;
- die materielle Unterstützung für den Aufbau in Guinea-Bissau und den Kapverden zu organisieren."[1]

Ferner war der Gründung der Gesellschaft eine Rundreise einer Delegation aus dem Initiativausschuß in Guinea-Bissau und auf den Kapverdischen Inseln vorausgegangen, bei der eine offizielle Zustimmung zur Bildung der ACG seitens der PAIGC-Führung erfolgte. Damit war aber auch die unmittelbare Bindung der ACG an die politische Linie der Partei und deren Führung vollzogen, und infolgedessen der Weg zur öffentlichen, wenn auch solidarischen Kritik an der politischen Entwicklung in diesen Ländern und der später sich abzeichnenden „Deformation" versperrt.

3. Einschätzung der Solidaritätsarbeit der ACG:

Am Anfang wurde die Solidaritätsarbeit der ACG hauptsächlich von den Mitgliedern in den verschiedenen Ortsgruppen, die in mehreren Städten der BRD entstanden, durchgeführt. Der Vorstand war lediglich für die Koordination der Aktivitäten unter den Ortsgruppen zuständig. Die Mitglieder sorgten überall für die Organisation von Veranstaltungen oder Sammlung von Spenden sowie für die Öffentlichkeitsarbeit. Viele von ihnen waren aber gleichzeitig in anderen politischen Gruppen und Parteien organisiert, deren ideologische Anschauung zweifellos den Orientierungsrahmen der ACG indirekt mitprägte. So befand sich die ACG von vornherein in einer ambivalenten Situation, die durch die Gebundenheit an die offizielle Parteilinie der PAIGC bei gleichzeitiger autonomer Entscheidung auf der Ebene der Mitglieder und der Ortsgruppen gekennzeichnet war.

Zwar waren die Satzung und die Plattform der ACG für alle Mitglieder bindend, jedoch traten die ideologischen Unterschiede und die politischen Orientierungen der jeweiligen Mitglieder oft bei den Versammlungen in Erscheinung. Sie führten manchmal zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen, die für die Gesellschaft nicht ohne Konsequenzen blieben.

Außerdem tauchten zwei Jahre nach der Gründung der ACG einige Schwierigkeiten auf, die zu einem deutlichen Rückgang der Mitgliederzahl und zu einem Motivationsschwund bei den übrigen Mitgliedern in Bezug auf die Reaktivierung und Fortsetzung der Solidaritätsarbeit führten. So entstand zum Beispiel eine Kluft zwischen dem Vorstand und einem Teil der Mitglieder beziehungsweise der Ortsgruppen aufgrund der divergierenden Standpunkte hinsichtlich der Einschätzung des von der PAIGC eingeschlagenen Entwicklungswegs und ihrer Rolle als „Partei an der Macht". Damals waren schon einige negative Tendenzen erkannt, und von manchen Mitgliedern der ACG als symptomatisch für den weiteren Verlauf der Entwicklung in Guinea-Bissau und auf den Kapverden betrachtet worden.

4. Hintergründe der Krise in der ACG:

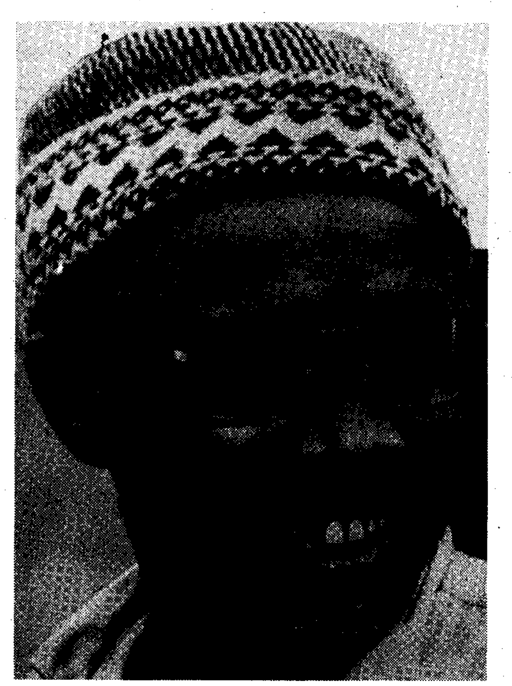
Als Ursache für das zurückgehende Engagement der progressiven Kräfte in der BRD für die Internationalismusarbeit der ACG spielten Ende der 70iger Jahre neben dem allgemein bekannten Abflauen der Solidaritätsbewegung zwei wesentliche Faktoren eine Rolle:

- Der eine betraf den realen Entwicklungsprozeß in Guinea-Bissau und auf den Kapverden. Dieser wies entgegen den program-

matischen Vorgaben und den rhetorischen Erklärungen der PAIGC-Führung bezüglich einer „autozentrierten Entwicklung" zur Überwindung der Unterentwicklung und zur Vermeidung neokolonialer Verhältnisse doch eine auf Fortsetzung der Abhängigkeit vom Kapitalismus dominierende Tendenz. Die Praxis in der Wirtschaftspolitik stimmte nach der Unabhängigkeit weder mit dem Programm der PAIGC noch mit den Gedanken Amilcar Cabrals überein, der auf die vorwärtstreibenden Rolle der Bauern in der Befreiungsbewegung und der Revolution im allgemeinen bestand. Große Industrieprojekte, die dem Export dienen, anstatt der Befriedigung der Grundbedürfnisse der einheimischen Bevölkerung, Vernachlässigung der Landwirtschaft und Zunahme der Auslandsverschuldung, das waren bereits konkrete Aspekte für die Befestigung dieser Tendenz, die bei vielen Mitgliedern Enttäuschung auslöste.

● Der zweite Faktor rührte eher vom Selbstverständnis der internationalistischen Solidaritätsarbeit in der ACG, welches den Blick für eine offene Kritik der Befreiungsbewegung an der Macht verstellte. Die ACG, und insbesondere der Vorstand, bemühte sich oft, die Entwicklung in Guinea-Bissau und auf den Kapverden eher zu verstehen und nach Legitimationsgründen für deren Orientierung zu suchen, anstatt sich damit auseinanderzusetzen und, falls notwendig, Konsequenzen zu ziehen. Sie hatte sich häufig über die negativen Erscheinungen in der Entwicklungsstrategie der PAIGC hinweggesetzt und warf ausschließlich das Positive in die Schale, ohne dabei dem Verlust an Glaubwürdigkeit Rechnung zu tragen. Die bedingungslose Identifizierung der ACG mit der PAIGC und ihr großes Vertrauen in Partei- und Staatsführung hatten manche Mitglieder frustriert und zum Rücktritt aus der Organisation bewogen.

Darüber hinaus gab es eine Reihe von Fakten, die eine Schwächung der Solidaritätsarbeit begünstigten. Der Kontakt zur PAIGC beschränkte sich auf die offizielle Ebene und blieb meistens unzulänglich. Es fehlte vor allem an Rückkopplung seitens der PAIGC-Führung bei der Unterstützung bestimmter konkreter Projekte. Dieser Mangel wurde von vielen ACG-Mitgliedern als ein Zeichen für das Desinteresse der PAIGC an ihrer Arbeit interpretiert. Eigentlich war es nicht anders zu erwarten angesichts der Einstellung mancher Parteifunktionäre. So erinnerte ein PAIGC-Mitglied kurz nach der Unabhängigkeit ausdrücklich daran, daß die Partei keine Befreiungsbewegung mehr sei, die weiterhin mit Solidaritätsgruppen in Europa zusammenarbeiten könne, sie sei jetzt eine Partei an der Macht, die anderen nationalen wie internationalen Verpflichtungen nachgehen müsse. Verglichen mit der materiellen Hilfe aus dem Ausland und speziell aus den kapitalistischen Ländern konnten die ACG-Spenden in der Tat nicht konkurrieren. Sie erhielten nicht einmal einen „Symbolwert", wenn sie an den enormen Summen gemessen werden, die allein von Schweden im Rahmen des Entwicklungshilfeprogrammes an die Regierungen von Guinea-Bissau und Kapverden überwiesen wurden.



Amilcar Cabral

Hinzu häuften sich die Berichte über die zunehmend auftretenden Widersprüche zwischen der Politik der Regierungen und den Interessen der Bevölkerungsmehrheit. Die grundsätzliche Interessenidentität von Partei und Volk, die während des nationalen Befreiungskampfes geschmiedet wurde und für den weiteren „demokratischen Neuaufbau" unabdingbar erschien, war in der Praxis nicht mehr vorhanden. Der antikoloniale Befreiungskampf mündete in eine Herrschaft der „Kleinbourgeoisie", die als politisch führende Kraft, entgegen den Hoffnungen und Erwartungen von Amilcar Cabral, nicht gewillt war und ist, »als Klasse Selbstmord zu begehen und sich vollständig mit den tiefsten Wünschen des Volkes zu identifizieren«, sondern ihre eigenen Interessen zu vertreten versucht.

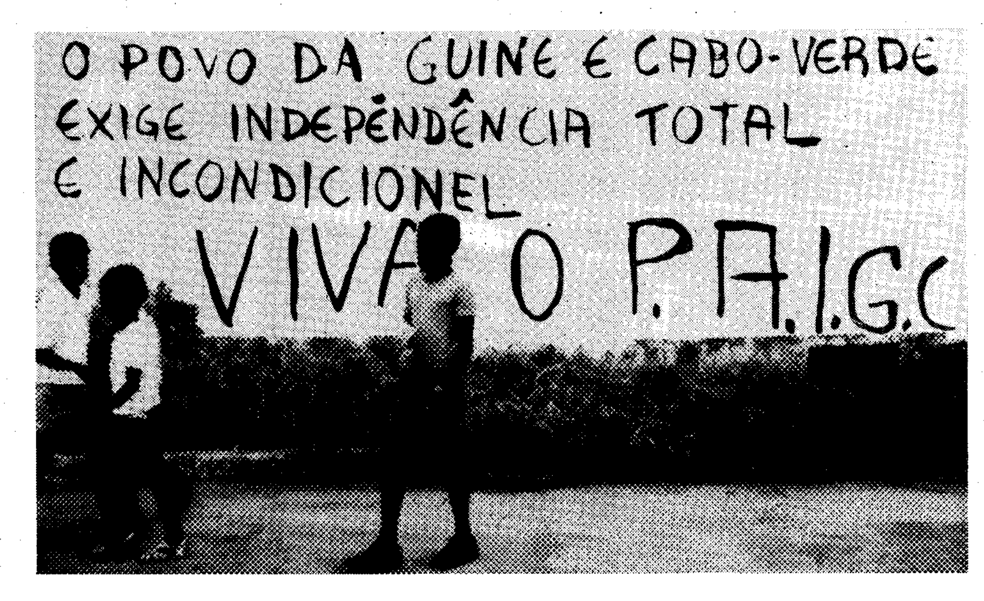
Ein weiteres Element für die Abwendung einiger Mitglieder von der ACG war schließlich die vorzeitige Rückkehr von Kooperanten, die im Auftrag der ACG und anderer Organisationen nach Guinea-Bissau beziehungsweise nach Kapverden geschickt wurden, um an dem Neuaufbau der Gesellschaftsstrukturen mitzuhelfen, die jedoch wegen ihres starken Engagements und der eigenen Initiative im jeweiligen Tätigkeitsbereich von den zuständigen Behörden oder Staatsorgenen behindert wurden. Ihre Enttäuschung über die sich dort anbahnende Entwicklung, die sie mit Daten und eigenen Erfahrungen belegen konnten, erweckte Betroffenheit und Unmut unter den ACG-Mitgliedern.

5. Der Putsch in Guinea-Bissau und seine folgen für die ACG:

Cabral ging einmal in einer Rede im Mai 1964 auf die Strategie des Neokolonialismus ein. Mit einem scharfen und weitsichtigen Blick sah er im voraus die Gefahr, die ständig vom Imperialismus ausgeht, um die Revolution zu vereiteln. Er sagte:

»Der Neokolonialismus arbeitet an zwei Fronten: sowohl in Europa als auch in den unterentwickelten Ländern. Seine gegenwärtige Politik ist es, den unterentwickelten Ländern Hilfe zu geben, und eines der wichtigsten Ziele dieser Politik ist, eine Pseudo-Bourgeoisie als Neutralisator einer Revolution zu benutzen.« [2)]

Dem Imperialismus ist es wahrhaftig gelungen, mit Hilfe der Kleinbourgeoisie, die seit der Unabhängigkeit die Staatsgewalt in Guinea-Bissau und auf den Kapverden ausübt, den revolutionären Prozeß in diesen Ländern aufzuhalten. Durch den Militärputsch vom 14. November 1980 hatte er schließlich die Glaubwürdigkeit und die Integrität der PAIGC zu Fall gebracht, und somit auch das Erbe Cabrals empfindlich erschüttert.
Nicht weniger wurde das Selbstverständnis der Solidaritätsarbeit der ACG getroffen. Der vollzogene Bruch in der PAIGC und ihre Teilung in eine guineische und eine kapverdianische Partei erschweren zweifellos die Arbeit der ACG in der Zukunft.



Denn die politische Legitimation der ACG, die durch die Fixierung auf die PAIGC und deren Staatsorgane bedingt war, ist faktisch entfallen. Angesichts der neuen Situation und der geringen Anzahl der aktiven ACG-Mitglieder liegt nun eine große Diskrepanz zwischen den zunächst gestellten Ansprüchen und der vorhandenen Wirklichkeit vor. Wie läßt sich diese aufheben, ohne ins Fahrwasser des Opportunismus oder der Abhängigkeit zu geraten?

Bestehen noch Perspektiven für eine weitere Solidaritätsarbeit innerhalb der ACG nach den traurigen Erahrungen mit der PAIGC, und, wenn ja, auf welcher Basis?

Diese Fragen werden weiterhin die übriggebliebenen Mitglieder der ACG beschäftigen, soweit sie noch über die Möglichkeiten einer Fortsetzung der Arbeit diskutieren wollen.

Schlußfolgerung:

„Wer auf See will, muß die Schifferknoten kennen, sonst könnte er Schiffbruch erleiden", sagt ein altes Sprichwort. Dies könnte auf die gegenwärtige Lage der Solidaritätsgruppen in der Metropole und speziell der ACG zutreffen.

Die Erfahrungen, die in den sieben Jahren gewonnen wurden, könnten trotz aller Enttäuschung und Frustration einen neuen Lernprozeß einleiten, der andere Perspektiven für die Solidaritätsarbeit erschließen sollte. Dazu gehört vor allem die klare Einschätzung der eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten zur Mitwirkung; das Vermögen, die reale Erkenntnis der jeweiligen historischen und kulturellen Bedingungen in den Ländern der Peripherie rasch und gründlich zu erfassen, und die Schaffung einer Denkungsart, die sich aus der Praxis von Kritik und Selbstkritik entwickeln läßt und bei künftiger Solidaritätsarbeit handlungsweisend fungieren könnte. Solidarische Kritik bedeutet keine Bevormundung sondern wirkliche Auseinandersetzung mit den Problemen in den Ländern der Peripherie und Offenheit bei der Diskussion mit den führenden Kräften in dieser Region.

Anmerkungen:

1) Satzung der Amilcar Cabral Gesellschaft e. V.
2) Amilcar Cabral, die Revolution der Verdammten, Rotbuch Verlag Berlin 1974, S. 29



WYHL – INFOBÜRO

Ende März ist im Büro des Netzwerk Dreyeckland, Freiburg, Habsburger Str. 9, ein Wyhl-Informationsbüro eingerichtet worden. Dieses Büro hat die Aufgabe, Kontakt zu möglichst vielen Gruppen, Initiativen u.ä. aufzunehmen, einen dauerhaften und verläßlichen Informationsfluß zu gewährleisten, regional und überregional zur Zusammenarbeit bzw. Unterstützung aufzurufen und Aktionen zu koordinieren.
Da die Einrichtung dieses Büros, sowie Flugblätter, Plakate, Telefon usw. viel Geld kosten, sind *Spenden* sehr notwendig. Bitte auf folgendes Konto: Netzwerk Dreyeckland, *PschA Karlsruhe Kto. Nr. 94879-750*, Stichwort: „Wyhl-Informationsbüro".
Das Wyhl-Info-Büro ist besetzt: Montag und Freitag von 17 bis 20 Uhr, Donnerstag von 17 bis 21 Uhr, Telefon: 0761 / 55 12 80

Ingenieure, Techniker, Erfinder, Hobbyisten, Künstler und Tüftler gesucht ...
vom Forschungskreis für Bio-Technik u. Bio-Physik, der sich mit der Konstruktion umweltfreundlicher Antriebe beschäftigt sowie mit der Energiespeicherung ohne jegliche Umweltbelastung.
Kontaktadresse:
Forschungskreis für Bio-Technik u. Bio-Physik
Postfach 221
6430 Hersfeld

Widerspricht die Emanzipation der Dritte-Welt-Länder unseren Interessen?

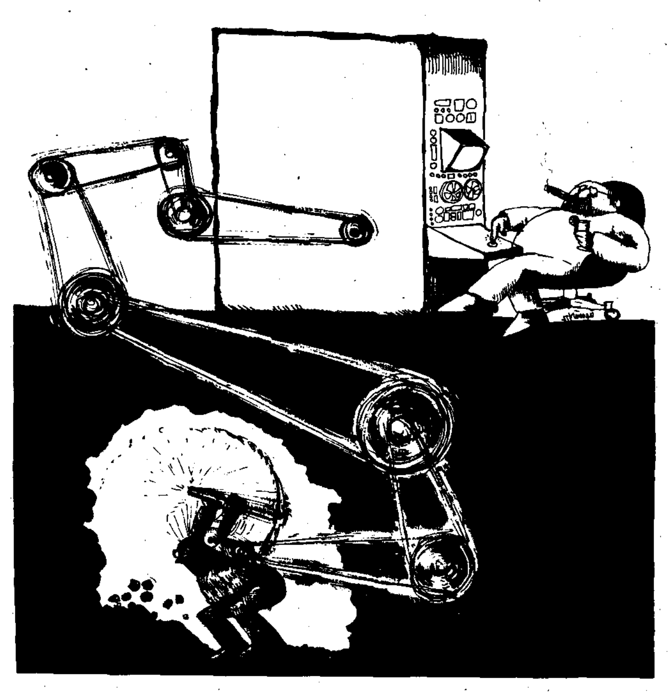
Dieser Artikel ist ein *Diskussionsbeitrag* zu einem Problem, das sich zumindest in den Dritte Welt- und Solidaritätsgruppen, die ihre Arbeit nicht (nur) unter idealistischen Vorzeichen sehen, immer wieder stellt: Hat Dritte Welt-Arbeit auch etwas mit unseren eigenen Interessen zu tun? Oder fordern wir, indem wir die Emanzipation der Dritte Welt-Länder unterstützen, von den Bundesbürgern und uns selbst Verzicht und Abkehr von liebgewordenen Lebensstandards? Wir haben in unserer Gruppe schon oft über diese Frage diskutiert. Trotzdem ist dieser Artikel keine Zusammenfassung dieser Diskussionen, wohl aber natürlich deren Produkt. Er geht nicht empirisch vor und enthält keine neuen Zahlen und Forschungsergebnisse, weil es zu diesem Thema keine Literatur gibt (die mir bekannt wäre).
Vorausgesetzt sind als Zielvorstellung die möglichst weitgehende Abkoppelung der Dritte-Welt-Länder vom kapitalistischen Weltmarkt und ihre autozentrierte Entwicklung. Wir vertreten diese Zielvorstellungen seit längerem (ich verzichte deshalb auch auf eine nochmalige ausführliche Darstellung dieser in vielen Einzelbeispielen von uns dargestellten Politik an dieser Stelle), wir unterstützen auch Gruppen und Bewegungen in Dritte Welt-Länder, die eine solche Politik verfolgen. Unabhängig davon, wie realistisch die Verwirklichung von Abkoppelung und autozentrierter Entwicklung (und auch der im Artikel angesprochenen Veränderungen bei uns) heute ist, soll bewußt unter der Annahme einer konsequenten Durchführung dieser Entwicklungsziele die in der Überschrift genannte Frage diskutiert werden. Nur so läßt sich m.E. darüber reden, ob wir mit der Unterstützung einer solchen Politik letztendlich uns selbst „schaden", ob Dritte Welt-Arbeit – so wie wir sie machen – eigentlich doch altruistisch oder gar caritativ ist.

1. Worum es geht

Es wird oft gesagt und ist auf den erstn Blick auch einleuchtend: Die Interessen der Dritte Welt-Länder sind den unsrigen entgegengesetzt. Die Entstehung des Reichtums der Industrieländer beruht sowohl historisch wie gegenwärtig *z.T.* auf der Ausplünderung der Länder der Dritten Welt. Und bei vielen Menschen begründet gerade diese Einsicht Spendenfreudigkeit und sogar Engagement für die Länder der Dritten Welt.
Es ist auch richtig, daß die Arbeiter bzw. unteren Schichten der Industrieländer ein Stück weit von der Ausplünderung der Dritte Welt-Länder profitiert haben, auch wenn sie nicht deren Verursacher und Hauptnutznießer waren. Aber: die in den Industrieländern bestehenden Klassengegensätze lösen sich auch in dieser Frage nicht auf, d.h. diejenigen, die den Raum der in der Bundesrepublik erwirtschafteten Produktionsergebnisse abschöpfen, sind auch die Betreiber und Profiteure der imperialistischen Politik.
Dies bedeutet, und beides ist sehr wichtig für unsere Arbeit:
a) das Interesse am Fortbestehen der ökonomischen Beziehungen zwischen Industrieländern und Dritte Welt-Ländern ist nicht bei allen Bundesbürgern gleichartig und
b) in bestimmten Bereichen gibt es sogar eine Menge *gemeinsamer* Interessen zwischen uns bzw. den Arbeitern und unteren Schichten in der Bundesrepublik und den Menschen in der Dritten Welt.
Damit diese Interessengemeinsamkeit aber „wirksam" werden kann, bedarf es grundlegender politischer Veränderungen bei uns. Die Unklarheit und Unsicherheit darüber, wie und mit welchen Auseinandersetzungen dieser Veränderungsprozeß vonstatten geht und was passiert – z.B. durch eine Emanzipation der Dritte Welt-Länder – wenn er *nicht* vonstatten geht, erzeugt bei vielen Angst und Resignation.
Diese Ängste lassen sich auch nicht durch die Einschätzung beseitigen, daß eigentlich nicht die Veränderung, sondern die bestehende Wirklichkeit und ihre „Fortschreibung" Angst erzeugen müssen. Wenn ich im folgenden das Wort Veränderung ohne nähere Erläuterung benutze, so heißt das nicht, daß ich meine, sie käme von selber und wäre ganz einfach: Ganz im Gegenteil. Sie muß *von uns allen erkämpft* werden.

2. Ökonomischer Bereich

Was würde die Emanzipation der Dritte Welt-Länder in diesem Bereich für uns bewirken? Wie würde sich eine Neugestaltung der Welthandelsbeziehungen bzw. die Abkoppelung der Dritte Welt-Länder vom Weltmarkt auf den Lebensstandard des bundesrepublikanischen Bürgers auswirken?
a) Der teilweise oder völlige Wegfall der *Lieferung von* (mineralischen) *Rohstoffen* aus den Ländern der Dritten Welt würde in vielen Fällen eine absolute Verknappung bzw. zumindest eine starke Verteuerung von bestimmten Produkten bedeuten. Stahlprodukte, für die Rohstoffe aus Dritte Welt-Ländern benötigt werden, könnten nicht mehr in derselben Menge und nicht mehr zum selben Preis hergestellt werden. Auch für den Fall, daß diese Rohstoffe irgendwo in der



Die Erste und die Dritte Welt sind ein und dasselbe System

Bundesrepublik oder einem anderen Industrieland vorhanden sind, gilt das Argument der Verteuerung, denn die Gewinnung wird teurer dadurch. Falls aufgrund der Nichtlieferung von Rohstoffen eine Produktionseinschränkung notwendig wäre, hätte das nicht nur auf das betreffende Angebot an Waren Auswirkungen, sondern könnte auch die Schließung von Fabriken und den Verlust von Arbeitsplätzen bedeuten.
Allerdings wäre es möglich, Verteuerung und Verknappung durch eine Veränderung unserer Wirtschaftsweise aufzufangen. Der gegenwärtigen Vergeudung von Rohstoffen jeder Art könnte durch die Herstellung haltbarerer Produkte und die konsequente Wiederverwendung bestimmter Stoffe (Recycling) Einhalt geboten werden (Dies ist natürlich in jedem Fall anzustreben, also auch wenn wir weiterhin billige Rohstoffe aus den Dritte-Welt-Ländern beziehen könnten).
Eine Verminderung unseres „Lebensstandards"/Wohlstands ist aber nicht auszuschließen bzw. tritt kurzfristig sogar sicher ein. An dieser Stelle kann jetzt leider keine Diskussion über die Problematik der Begriffe „Lebensstandard" und „Wohlstand" geführt werden (bedeutet ein autofreier Sonntag mehr oder weniger Lebensstandard?).

b) Im *Energiebereich* gilt ähnliches: Die Verknappung bzw. Verteuerung von Öl und Gas würde (zunächst) zu einer spürbaren Einschränkung des Lebensstandards führen.

Aber auch diese Auswirkung ließe sich durch Einsparung von Energie und Ausweichen auf andere Formen von Energie auffangen (ebenfalls beides m.E. sowieso sehr sinnvolle Entwicklungen).[1] Also stellt sich auch hier die Frage: Bedeutet das Abschütteln der Abhängigkeit durch die Dritte Welt-Länder notwendigerweise eine Entwicklung, die zu unseren Interessen im Gegensatz steht?
Für die beiden angesprochenen Bereiche gilt allerdings, daß sich die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in der Bundesrepublik ändern müßten, da das Abkoppeln der Dritte Welt-Länder vom Weltmarkt ansonsten zu krassen Auswirkungen bei uns führen würde. Und diese Veränderung dürfte nicht nur so aussehen, daß die betreffenden Wirtschaftsberiche der neuen Situation durch Stellenabbau und Betriebsschließungen „angepaßt" werden, sonden daß bei uns Überlegungen angestellt werden, wie wir bestimmte Produktionsbereiche aufrechterhalten können, ohne dazu auf die Ausplünderung fremder Länder angewiesen zu sein. Dies setzt eine Abkehr von der kapitalistischen Profitwirtschaft, also eine radikale Veränderung der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik voraus (und den anderen westlichen Industrieländern auch, klar, aber eins nach dem anderen!). Es ergibt also schon einen Sinn, wenn sich Dritte Welt-Gruppen mit ihrer eigenen Gesellschaft und deren Veränderung befassen.

c) Im *Nahrungsmittel-Bereich* lassen sich einige konkrete Auswirkungen aufzeigen: Falls sich die Dritte Welt-Länder entschließen würden, den Export von Lebensmitteln in die Industrieländer einzustellen, gäbe es an verschiedenen Punkten (zunächst) deutliche Einschränkungen bei liebgewordenen Konsumgewohnheiten.

– Bei Einstellung des Exports von Futtermitteln für das Vieh in den Industrieländern durch die Dritte Welt-Länder (oder des Exports von Fleisch selbst) wäre m.E. der hohe Fleischkonsum in den Industrieländern nicht mehr haltbar. Hier ist eine Veränderung der Ernährungsgewohnheiten erforderlich, die keinesfalls zu einer Verschlechterung des Ernährungsstandards führen muß, im Gegenteil: Es gibt eine große Anzahl einheimischer Getreide- und Gemüseprodukte, die diesen „Ausfall" voll ersetzen könnten.

– Auch das Fehlen bestimmter Obst- und Gemüsesorten könnte durch einheimische Früchte ersetzt werden,

– bei Kaffee und Tee allerdings müßten die „Verbrauchergewohnheiten" wohl massiv umgestellt werden.

Der in diesem Zusammenhang stehende Appell, z.B. auf Fleisch und Kaffee zu verzichten, gibt nur dann einen Sinn, wenn der individuelle Verzicht im Zusammenhang mit einer politischen Aufklärung über Ursachen und Hintergründe des Welthungers und mit Bestrebungen für eine Veränderung unserer eigenen Gesellschaft gekoppelt ist: Ansonsten bleibt er caritativ und folgenlos.

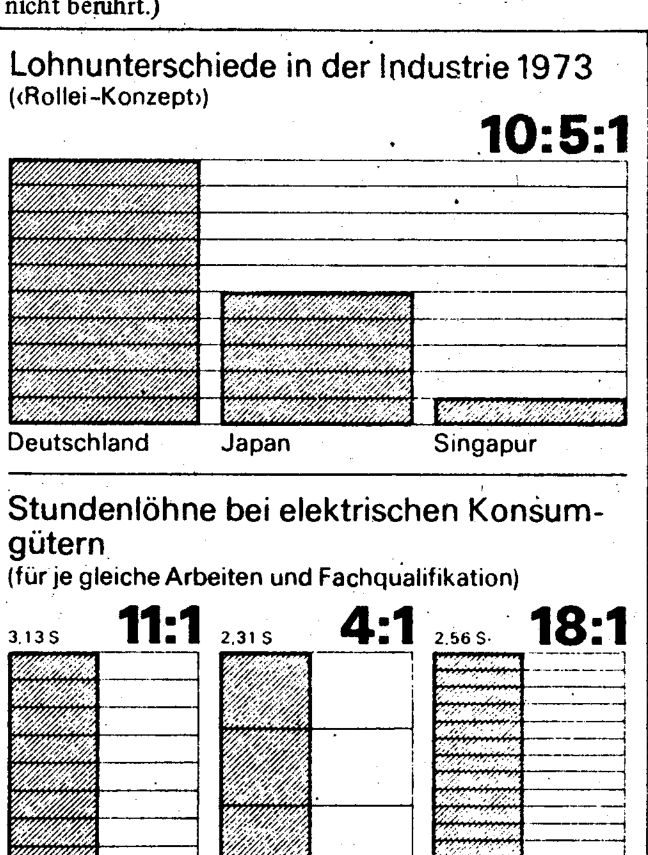
d) *Produktionsverlagerung bzw. Verminderung des Warenaustauschs mit den Dritte Welt-Ländern*

Der Fortfall günstiger Investitionsmöglichkeiten für die Firmen der Industrieländer in den Entwicklungsländern hätte m.E. verschiedene Auswirkungen:

– Zum einen würden bestimmte Billigprodukte, die heute aus Dritte Welt-Ländern importiert werden, wegfallen, z.B. im Bereich Textilien oder Fotogeräte.

– Auf der anderen Seite blieben bei uns dadurch Arbeitsplätze erhalten, wenn die Möglichkeit einer Auslagerung von (Teilbereichen von) Produktionszweigen in Länder mit „günstigem Investitionsklima", nicht mehr besteht.

(Ein Allheilmittel gegen die Arbeitslosigkeit bei uns ist das allerdings auf keinen Fall, denn die Arbeitsplatzvernichtung durch den technischen Fortschritt wird dadurch überhaupt nicht berührt.)



nach DIHT/Barnet-Muller

(Aus: R. H. Strahm: Überentwicklung – Unterentwicklung, Laetare Verlag, Stein/Nürnberg 1975, S. 92)

– Der Wegfall von Importen aus den Dritte Welt-Ländern hätte natürlich auch zur Konsequenz, daß weniger Waren aus den Industrieländern in diese Länder exportiert werden.

Für das Exportland Bundesrepublik würde dies ohne eine Umstellung auf Binnenmarktproduktion oder Exportproduktion für andere Industrieländer Firmenzusammenbrüche und ansteigende Arbeitslosigkeit bedeuten.
– Eine positive Auswirkung von Produktionsverlagerungen wäre, daß die Position der Multis durch den Wegfall der Billiglohnländer erheblich geschwächt würde: die Gewerkschaften hätten für Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik erheblich an Spielraum gewonnen. Hier sehe ich auch einen Ansatzpunkt gewerkschaftlicher Politik in Sachen Internationale Solidarität, hier könnten gemeinsame Interessen der Arbeiter in Industrieländern und Dritte Welt-Ländern herausgestellt werden und die Politik konsequenter Gewerkschaften in der Dritten Welt unterstützt werden. Die enge Bindung der DGB-Gewerkschaften an die SPD und die jetzige Regierungskoalition hat bisher eine Politik in dieser Richtung verhindert: „Internationale Solidarität" kommt nur in schönen Sonntagsreden vor, klare Stellungnahmen oder gar eine entsprechende Mobilisierung der Mitglieder zu Solidaritätsaktionen mit den Kollegen in den Dritte Welt-Ländern, gibt es nicht (vgl. hierzu die unten angegebene Literatur)[2]
Eine Frage habe ich hier nicht angeschnitten, weil ich mir ihre Lösung im Moment nicht vorstellen kann: Die der „Wiedergutmachung", d.h. der Abzahlung der historischen Ausbeutung der Dritte Welt-Länder.

3. Politischer Bereich

Politisch scheint mir die Emanzipation der Dritte Welt-Länder für uns von großem Nutzen, denn sie schafft bessere Bedingungen für unsere eigene Befreiung. Das gilt natürlich auch umgekehrt: Eine Veränderung der Machtverhältnisse bei uns würde den Befreiungsprozeß der Dritte Welt-Länder unterstützen.
Verschiedene Beispiele aus der jüngsten Zeit zeigen, daß sich kein Land (auf Dauer) allein befreien kann. Durch die weltweite militärisch-politische Verflechtung innerhalb der zwei Bündnissysteme kann auf ein Land, das einen Schritt in Richtung Unabhängigkeit und Selbstbestimmung gemacht hat, ein derart großer – politischer, ökonomischer und militärischer – Druck ausgeübt werden, daß es von seinem eingeschlagenen Weg abweichen muß, um nicht ausgehungert oder überfallen zu werden.
– Falls das unabhängige Nicaragua zu Kompromissen gezwungen werden sollte, die von seinem ursprünglich eingeschlagenen Kurs zumindest stark wegführen, so ist das nicht zuletzt ein „Erfolg" des internationalen ökonomischen und politischen Drucks.
– Falls in Polen die Knebelung der „Solidarität" und des Freiheitswillens des polnischen Volkes weiterhin aufrechterhalten werden kann, dann nur mit Hilfe der „Bruderländer", die eine größere Unabhängigkeit nicht dulden wollen und sie – bisher – verhindern können.
Wir haben m.E. ein starkes Interesse an der Befreiung der Dritte Welt-Länder, weil damit unsere politische Position gestärkt wird: der Imperialismus würde seine – ökonomischen und politischen – Rückzugsmöglichkeiten verlieren, die ideologische Bedeutung eines Landes, in dem ein solcher Prozeß mit Erfolg vonstatten geht, wäre groß (ohne damit in die – gerade in diesem Themenblock beschriebenen – Fehler der Euphorie oder der einfachen Übertragbarkeit von Erfahrungen/Prozessen in anderen Ländern zu verfallen).
Hier sehe ich auch einen Anknüpfungspunkt an die Friedensbewegung: Die Rüstungsindustrie würde durch die Befreiung der Dritte Welt-Länder wichtige Märkte und Erprobungsfelder für ihre Waffen verlieren.

4. Ökologischer Bereich

In diesem Bereich scheinen mir die Zusammenhänge und gemeinsamen Interessen sehr offensichtlich: Ich gehe auch hier wieder davon aus, daß sich ein befreites Dritte-Welt-Land von der kapitalistischen Produktionsweise wegorientiert.
Das hätte z.B. zur Folge,
– daß es eine Produktion mit für die eigene Bevölkerung unschädlichen Produktionsweisen aufzubauen versucht. Das hätte auch für uns Bedeutung, denn die Vergiftung der Umwelt macht bekanntlich an Ländergrenzen nicht halt.
– daß es seine Energie mit den lokal verfügbaren Ressourcen und nicht mit importierten KKWs zu erzeugen versucht. Dies hätte positive Auswirkungen nicht nur auf die radioaktive Verseuchung des Erdballs, sondern auch auf die weitere Fortführung des Atomprogramms in der Bundesrepublik. „Unsere" Atomindustrie ist auf den Export von KKWs existentiell angewiesen.
– daß es auch die Abholzung von Wald zur Holzgewinnung oder für den Straßenbau eindämmen würde, um die Ressourcen des Landes nicht zu vergeuden: Die weltweiten klimatischen Auswirkungen solcher Rodungsprogramme sind bekannt.
Um mich noch einmal zu wiederholen: Dieser Artikel ist nicht „realistisch", er macht sehr utopische Voraussetzungen. Es erschien mir allerdings sinnvoll, von solchen extremen Positionen auszugehen, um die angeschnittene Frage auch unter diesen extremen Bedingungen zu diskutieren.
Ein „einheitliches" Fazit ist nicht möglich, ich beantworte für mich die oben gestellte Frage mit Nein, im Gegenteil.

bm

1) Zu diesem Themenbereich siehe „blätter" Nr. 95, S. 14
2) Literatur zu diesem Themenbereich:
– Martin Bröckelmann: Arbeiterbildung und Dritte Welt, Breitenbach-Verlag, Saarbrücken 1981, Bielefelder Studien zur Entwicklungssoziologie 11
– J. Esser: Woran scheitert der gewerkschaftliche Internationalismus?, in: Jacobi/Schmitt/Müller-Jentsch: Starker Arm am kurzen Hebel, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1981/82, Rotbuch-Verlag, Berlin 1981
– Thomas Mitschein: Die Dritte Welt als Gegenstand gewerkschaftlicher Theorie und Praxis, Frankfurt/M. 1981

Aufstehen für den Frieden! Keine neuen Atomraketen in Europa!

Demonstration anläßlich des Nato-Gipfels am 10. Juni in Bonn

Vorbemerkungen der Redaktion

Wir unterstützen den untenstehenden Aufruf zur Friedensdemonstration am 10.6. gegen die NATO-Ratstagung in Bonn, obwohl wir diesen Aufruf in einigen Punkten anders gefaßt hätten, wenn wir dazu die Möglichkeit gehabt hätten.

Besonders enttäuschend ist für uns, daß man sich bei Erstellung des Aufrufs nicht darauf einigen konnte, die in der DDR entstandene Friedensbewegung in solidarischer Weise zu erwähnen. Gerade weil die weltweite Aufrüstung ein einheitliches, beide Militärblöcke umfassendes System ist, ist die Entstehung von Friedensbewegungen in Ländern beider



Militärblöcke, die sich für Abrüstung in Ost und West einsetzen, eine hoffnungsvolle Entwicklung. Die DDR-Behörden versuchen derzeit, die Ausbreitung einer unabhängigen Friedensbewegung durch repressive Maßnahmen, so gegen die Träger des Aufnähers „Schwerter zu Pflugscharen" aufzuhalten, wobei das auch uns gut bekannte Argument herhalten muß, die hier zum Ausdruck gebrachte Gesinnung würde eine Schwächung der Verteidigungsbereitschaft darstellen. Gleichzeitig bemüht sich die DDR-Führung, die Friedensbewegung im Westen politisch zu vereinnahmen. Schon aus diesem Grunde wäre es notwendig gewesen, im Aufruf deutlich zu machen, daß die westdeutsche Friedensbewegung die repressiven Maßnahmen der DDR-Führung genau beobachtet. Eine solche grenzüberschreitende Solidarität ist auch in unserem Interesse. Wir werden sie möglicherweise sehr rasch bitter nötig haben, wenn sich die Auseinandersetzung um die Aufstellung neuer Mittelstreckenwaffen zuspitzt.

Zwei Passagen des Aufrufs befassen sich mit dem Kriegsrecht in Polen und der Besetzung Afghanistans. Wir waren uns in der Redaktion nicht einig, ob Aussagen zu Polen und Afghanistan nur wünschbarer oder unverzichtbarer Bestandteil eines Aufrufes zu einer im Westen abgehaltenen Friedensdemonstration sind. Das Argument, friedensbedrohende Aktivitäten des Warschauer Pakts müßten – weil Aufrüstung ein einheitliches System zweier Militärblöcke ist – in einer Stellungnahme der Friedensbewegung mit einbezogen werden, stand dem Argument gegenüber, eine inhaltliche Begrenzung sei legitim, da der Anlaß der Demonstration die NATO-Ratstagung sei. Unbestritten ist jedoch, daß die im Aufruf getroffenen Formulierungen zu Polen und Afghanistan völlig unbefriedigend sind. So wurde die ursprüngliche Formulierung „wir fordern die Aufhebung des Kriegsrechts in Polen..." ersetzt durch „wir sind für die Aufhebung des Kriegsrechts in Polen und eine politische Lösung...". Auch Jaruselski ist für die Aufhebung des Kriegsrechts, sobald er dieses nicht mehr nötig hat und die Gewerkschaft Solidarität zerschlagen ist. Auch die zu Afghanistan getroffene Formulierung erweckt den Eindruck, daß man sich um eine klare Stellungnahme gegen die Besetzung herumdrücken wollte. Die Friedensbewegung sollte die sowjetische Rüstungs- und Außenpolitik genauso deutlich verurteilen wie die Politik der USA.

Die DKP und die ihr nahestehenden Organisationen, die eine Solidaritätserklärung mit der Friedensbewegung in der DDR verhindert und für die Verwässerung der Teile zu Polen und Afghanistan gesorgt haben, bemühen sich seit längerem, mit dem Appell an die Einheit der Friedensbewegung eine Diskussion über die Rüstung im Ostblock, über die weitergehenden Perspektiven der Friedensbewegung zu verhindern und die Friedensbewegung auf den Krefelder Appell, der in seiner Begrenzung auf die Rüstung im Westen für sie keine unangenehmen Passagen enthält, festzuschreiben. Unbestritten war der Krefelder Appell eine wichtige erste Bündnisplattform der Friedensbewegung in der BRD.

Die Diskussion und Auseinandersetzung wird jedoch über den Krefelder Appell hinausgehen. Bereits am 10. Oktober in Bonn und bei den Ostermärschen wiesen viele Transparente über den engen Rahmen des Krefelder Appells hinaus. Bei den Ostermärschen haben viele Teilnehmer die Parole der DDR-Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen" übernommen und damit die im Aufruf verweigerte Solidarität geleistet. Bei der Demonstration am 10. Juni in Bonn wird es sicherlich ähnlich sein.

BONN 10.6.
AUFSTEHN! FÜR DEN FRIEDEN.

Aufruf zur Friedensdemonstration

Trotz der weltweit wachsenden Friedensbewegung und der Anfang Juni beginnenden UNO-Abrüstungskonferenz in New York will die NATO am 10. Juni eine Gipfelkonferenz in Bonn durchführen, um neue Aufrüstungsprogramme zu beraten. Mit dieser Konferenz sollen die NATO-Staaten auf die von der Reagan-Administration angestrebte weltweite Vormachtstellung festgelegt werden. Dieser NATO-Gipfel ist eine Herausforderung für alle Menschen, die für die Erhaltung des Friedens und für konkrete Abrüstungsschritte eintreten.
Die weltweite Aufrüstung hat unvorstellbare Ausmaße angenommen. Die 80iger Jahre werden mehr und mehr zum gefährlichsten Jahrzehnt in der Geschichte der Menschheit. Die Gefahr der atomaren Vernichtung der Welt wird immer größer. Seit mehr als 30 Jahren haben NATO und Warschauer Pakt so viele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann. Diese Gefahr wächst durch eine neue Generation atomarer Vernichtungswaffen und die Fortentwicklung der chemischen und bakteriologischen Waffen.
Jährlich werden über 1,3 Billionen DM für Rüstung ausgegeben, das sind über 40.000 DM in der Sekunde. Jede Sekunde wird auch ein Kind geboren und über 1/3 dieser Kinder sterben vor Vollendung des ersten Lebensjahres. Rüstung tötet nicht erst im Krieg; Rüstung bedeutet schon täglich, stündlich den Tod vieler in der Welt, denn diese Aufrüstung geht auf Kosten der Länder der 3. Welt, wo jedes Jahr Millionen Menschen an Hunger sterben. Bei uns steigt die Arbeitslosigkeit, werden soziale Leistungen gestrichen und bleiben dringend notwendige Umweltschutzmaßnahmen aus.
Unser Ziel ist die vollständige weltweite Abrüstung, zu der wir konkrete Schritte in Europa durchsetzen wollen. Europa ist in besonderer Weise durch die Aufrüstung bedroht. Hier lagern jetzt schon mehr Atomwaffen auf engstem Raum als sonst irgendwo auf der Welt. 1983 sollen laut NATO-Doppelbeschluß neue US-amerikanische Atomraketen, Pershing II und Cruise Missiles in West-Europa, vor allem in der Bundesrepublik, stationiert werden. Diese neuartigen Waffensysteme entsprechen der US-Strategie eines auf Europa begrenzten Atomkrieges. Pershing II und Cruise Missiles sind zur Führung eines atomaren Erstschlages geeignet. Sie bringen nicht mehr Sicherheit, sondern erhöhen die Kriegsgefahr.
In dieser lebensbedrohenden Situation sind die Europäer aufgerufen, ihre Interessen nach Frieden und Abrüstung selbst wahrzunehmen. Die Genfer Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA haben nur einen Sinn, wenn sie zur tatsächlichen Abrüstung der nuklearen Mittelstreckenwaffen in Ost und West führen. Erste Voraussetzung dafür ist die Verhinderung der geplanten atomaren Aufrüstung durch Pershing II und Cruise Missiles. Eine Lösung, die nur landgestützte Mittelstreckenraketen beinhaltet, ist eine verlogene „Null-Lösung". Eine echte Null-Lösung im Mittelstreckenbereich muß alle Mittelstreckenwaffen umfassen. Wachsender Druck der Friedensbewegung ist notwendig.
Frieden ist für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden fordert soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, politische Freiheit, die Achtung der Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.
Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen die menschenverachtende Interventionspolitik der US-Regierung in Zentralamerika, dem Nahen Osten, dem Südlichen Afrika und anderen Teilen der Welt.
Wir fordern von der Bundesregierung die eindeutige Unterstützung einer politischen Lösung in El Salvador unter Beteiligung der vereinigten Opposition FDR/FMLN, die als repräsentative politische Kraft anerkannt werden muß. Die Grausamkeiten, die von pro-US-amerikanischen Marionettenregierungen an wehrlosen Menschen begangen werden und die Anhäufung von immer mehr Vernichtungswaffen bei uns, sind das Ergebnis ein und derselben Politik der US-Regierung, wieder unbestrittene Weltmacht Nummer Eins zu werden.
Wir verurteilen die Unterstützung der Militärregierung der Türkei durch die NATO-Mitgliedsstaaten.
Wir sind für die Aufhebung des Kriegsrechts und eine politische Lösung in Polen. Wir wehren uns aber dagegen, daß die Situation in Polen durch die NATO als Mittel zur Verschärfung der internationalen Spannungen genutzt wird.
Wir fordern eine politische Lösung des Konflikts in Afghanistan, die die nationale Selbstbestimmung des afghanischen Volkes sicherstellt, jegliche ausländische Einmischung beendet und den Abzug der sowjetischen Truppen einschließt.
Wir wenden uns gegen jede Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker der Welt, egal von wem und wo immer sie begangen wird.
Unser Widerstand gegen die atomare Bedrohung darf nicht nachlassen. Das Gleichgewicht des Schreckens kann den Frieden nicht sichern. Wir wollen dem alten Militärdenken unsere Friedenskonzepte entgegensetzen. Dazu brauchen wir weiterhin Mut, Kraft, Phantasie und langen Atem.
Allein eine starke Friedensbewegung kann zusammen mit den Befreiungsbewegungen in der 3. Welt die Politik der USA und der NATO durchkreuzen. Dabei stehen wir in Europa nicht allein. Auch in den USA wächst die Friedensbewegung. Das „andere" Amerika ist längst zu einem mächtigen Verbündeten im Kampf gegen den Kriegskurs der US-Regierung geworden.
Deshalb rufen Organisationen und Gruppen der Friedensbewegung anläßlich des NATO-Gipfels und der UNO-Abrüstungskonferenz vom 5. - 12. Juni bundesweit zu Friedensaktionen auf.

KOMMT ALLE ZUR INTERNATIONALEN FRIEDENS-DEMONSTRATION AM 10. JUNI NACH BONN

- **Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise Missile zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atom- und aller anderen Massenvernichtungswaffen in West- und Osteuropa eröffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.**
- **Wir fordern eine drastische Senkung der Rüstungen in Ost und West.**
- **Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen, Neutronenbomben und Giftgase in Europa**
- **Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder gelagert noch hergestellt oder verwendet werden.**
- **Wir fordern die USA auf, in Genf ernsthaft zu verhandeln, so daß eine wirkliche Nullösung mit der Abschaffung aller atomaren Mittelstreckenwaffen erreicht wird**
- **Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen zu wirksamen Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen**
- **Wir fordern den sofortigen Stop der BRD-Rüstungsexporte in Krisenherde und Länder der 3. Welt.**
- **Wir fordern die Bundesregierung auf, jede direkte oder indirekte Unterstützung der US-Interventionspolitik in Mittelamerika zu unterlassen.**

Voraussetzung für die erfolgreiche Unterstützung dieser Forderungen ist eine starke Friedensbewegung.

ZEITSCHRIFTENÜBERSICHT

SAGO, Informationsblatt Bolivien **Nr. 35, März / April 1982**
Torrelio: „Zeit der großen Entscheidungen . . . aber sie lassen mich nicht" ● Überleben zwischen Putschgefahr und „apertura" ● Eingeständnis der Mißwirtschaft: Die Verantwortung wird verschwiegen ● Die Kassen sind leer ● Die Kirche verurteilt Menschenrechtsverletzungen ● HINTERGRUND: In der Einheit liegt die Stärke: Arbeiterbewegung in Bolivien ● GEDICHT (sehr schön!): Aqui en esta oscura tierra
Einzelpreis: 2,— DM / Abo 12,— DM. Hrsg.: SAGO Informationszentrum Bolivien, Friedrich-Ebert-Anlage 51e, 6900 Heidelberg

EPK **2 / 1982**
SCHWERPUNKT Zucker: Geschichte des Zuckeranbaus ● Die Situation der Zukcerländer heute ● Welthandel: der internationale Zucker-Markt ● Zucker und Gesundheit
40 S., 4,— DM, Hrsg. EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 19

ila-info **Nr. 54, April 1982**
SCHWERPUNKT: Brasilien (Sobradinho) „Damit aus Drohungen nicht Wirklichkeit wird" ● Guatemala: Der FP-31 und die Gewerkschaftsbewegung ● W. Herzog und der Zweck heiligt alle Mittel ● LÄNDERNACHRICHTEN zu: Argentinien, Bolivien, Guatemala, Nikaragua, El Salvador ● Die Frankfurter El Salvador Demo: einige kritische Anmerkungen ● Bericht vom Antiinterventionskongreß
Einzelpreis: 2,50 DM, Hrsg.: Informationsstelle Lateinamerika, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

links **Nr. 146, Mai 1982**
SCHWERPUNKT Lateinamerika: Sozialistische Internationale ● Opposition gegen Intervention in Mittelamerika in den USA ● Argentinien: militärische Rolle in LA [= Lateinamerika] ● Brasilianische Arbeiterpartei ● Cuba: weltpolitische Rolle, Zwänge und Motive ● KPs am Beispiel Mexikos ● Guatemala
Einzelpreis: 3,— DM / Abo 25,— DM, Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN **Nr. 102, April 1982**
BERICHTE: BRD: Rüstungsexporte ● Nikaragua: Interview mit Comandante Bayardo Arce ● Chile: Neues Gewerkschaftliches Organisationsmodell ● Argentinien: Im Süden nichts Neues ● Bolivien: Kaputtsanierung der Wirtschaft ● HINTERGRUND: Argentinien / Mittelamerika: Schleichende Intervention ● Guatemala: Israel: Lieferant der Diktatoren ● VERSCHIEDENES
Einzelpreis: 3,— DM / Abo 35,— DM, Hrsg. FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

AIB **Nr. 4, 1982**
AIB-Aktuell: Keine Ruhe in Südafrika ● Mittelamerika: Initiativen zur Lösung der Krise ● Grundsatzrede Ronald Reagans vor der OAS ● 5-Punkte-Vorschlag Nikaraguas ● Interview mit Lopez Portillo ● Brief Fidel Castros ● USA bereiten ein neues Interventionsprojekt vor ● Guatemala: Vereinigungsproklamation ● Chile-BRD: Brief der Linksparteien an Schmidt ● Oman: eine breite Front ist im Enstehen ● Philippinen: Marcos-Regime stößt auf Widerstand ● SOLIADRITÄTSBEWEGUNG ● USA – Dritte Welt
Einzelpreis: 2,50 DM / Abo: 25,— DM, AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1

informationsdienst südliches afrika **Nr. 3 / 1982**
SCHWERPUNKT: Gewerkschaften / Banken-, Krügerrandboykott ● Südafrika: Apartheid und Gewerkschaft ● IBFG und südafrikanische Gewerkschaften ● Mosambik: Südafrikas zweite Front ● Zimbabwe: Innenpolitische Entwicklung ● Angola: Wirtschaftsentwicklung ● Namibia: Kontaktgruppe ist unglaubwürdig ● Bankenboykott
Einzelpreis: 5,— DM / Abo 40,— DM, Hrsg.: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Nikaragua aktuell **Nr. 18 / März 1982**
US-Politik: Interventionspläne und öffentliche Meinung; Das Santa-Fe-Papier ● Nikaragua: Interview mit Lenin Cerna ● El Salvador: Wahlfarce ● Guatemala: Armee betreibt Völkermord ● Costa Rica: treuer Bundesgenosse der USA
Einzelpreis: 2,— DM / Abo (6 Hefte) 12,— / 20,— DM; Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel

Zur Rezension eingetroffene Bücher und Zeitschriften

Academy of Sciences of the U.S.S.R., Africa Institute: Problems of Soviet African Studies, Moskau 1981

Akafrik, Südafrika — BRD, wirtschaftl. u. militärische Zusammenarbeit, 53 S., 2,50 DM (ab 5 Ex. 2,— DM + Porto)

Anti-Apartheid-Bewegung i. d. BRD e.V. / Lokalgruppe Stuttgart, Daimlers Rüstung in Südafrika

Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung, Das Elend der Modernisierung — Unterentwicklung und Entwicklungspolitik in Lateinamerika

Gerhard Breitenstein, Unser Haus brennt, rororo Sachbuch, 472 S., 16,80 DM

Die UNO-Studie — Kernwaffen —, C. H. Beck Verlag, 255 S., 17,80 DM

Friedrich Ebert Stiftung, Internationale Wirtschaft:
Alfred Pfaller: Billigimporte u. Freihandel. Was steht auf dem Spiel?
Michael Dauderstädt: Wie lange ist die lange Bank? Private Kredite an Entwicklungsländer

Gesellkschaft für bedrohte Völker, Indonesien heute: Völkermord in Osttimor, Dokumentation, 15 S.

H. M. Grosse-Oertinghaus, Erziehung zur Apartheid u. Geographische u. ökon. ethn.-soz. u. pol. Bedingungen der Bildungssituation von Schwarzen, Mischlingen u. Kindern in der Republik Südafrika, Bd 2

Kossmann, Ingeborg-Scharenberg, Lukrezia, Palästinensische Frauen — Der alltägliche Kampf, Verlag Das Arabische Buch, Berlin 1982, 147 S.,

Ueli Mäder, Fluchthelfer Tourismus: Wärme in der Ferne?, rotpunktverlag, März 82

Sigrid Peike, In den Frauen liegt die Zukunft — Frauengestalten im Werk des kenianischen Schriftstellers Ngugi wa Thiong'o, Nexus Verlag, 120 S., 12,— DM

Theodor Rauch, Das nigerianische Industrialisierungsmuster und seine Implikationen für die Entwicklung peripherer Räume, Institut für Afrikakunde (Hg.), Hamburg 81

Reihe Internat. Kritik: US-Strategie in Zentralamerika — Der Weg in den Krieg —, Verlag Internationale Kritik, Oberursel 1982, 78 S., 8,60 DM

Jürgen Roth, „Es ist halt so . . .", Reportagen aus dem alltäglichen Elend, rororo Sachbuch, 9,80 DM

Akafrik u. zentrale Arbeits- und Studienstelle der DEAE (Hg.), Südafrika Handbuch: Südafrika, Namibia, Zimbabwe
Politisches Lexikon, Bausteine für Aktionen . . . Jugenddienstverlag, 437 S., 19,80 DM

Sozialistisches Büro (Hg.), Widersprüche, Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 2 März 82, Thema: Sozialsparstaat, Operation '82, Verlag 2000, Offenbach, Preis 10,— DM

Gabi Meier

~~Eschholtzstr. 41~~
Hinterkirchstr. 7
78 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg